



DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Das Sicherheitsgefühl der Wienerinnen“

Verfasserin

Isabella Kubicek

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, im Oktober 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuer:

Univ.Prof. Dr. Karl Ucakar

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich besonders Herrn Univ.Prof. Dr. Karl Ucakar für die ausgezeichnete Betreuung und für das Korrekturlesen danken.

Außerdem möchte ich mich bei meiner Schwester Katha für die tolle Unterstützung während meiner gesamten Studienzeit und Diplomarbeit bedanken, sowie bei meinen Eltern.

Was kann man gegen die steigende Kriminalität machen?
„Kaufen Sie sich eine andere Zeitung“

Zitat von Kriminologe Willelm Nagel¹

¹ Blankenburg (2007), 1

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	11
1.1. Aufbau der Arbeit	12
2. Zielgruppe	13
2.1. Alter	13
2.2. Migrationshintergrund	13
2.3. Bezirke	14
2.3.1 Leopoldstadt	14
2.3.2 Neubau	16
2.3.3 Hietzing	17
2.3.4 Rudolfsheim-Fünfhaus	18
3. Thesen	19
4. Begriffsdefinition	20
5. Methode	21
5.1. Empirische Studien	21
5.1.1. Sozialwissenschaftliche Grundlagenstudie der Stadt Wien	21
5.1.2. Frauenbarometer 2008	22
5.2. OTS-Mitteilungen	23
5.3. Interviews mit PolitikerInnen	23
5.4. Gemeinderatssitzungen	24
5.5. Literatur	24
6. Stand der Forschung	24
6.1. „Wien – sichere Stadt“	24
6.2. „Sicherheit im öffentlichen Raum“	26
6.3. INSEC-Studie	27
6.4. Frauenabteilung der Stadt Wien (MA 57) und Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen	29
6.4.1. „Draußen einfach sicher – Mehr Bewegungsraum für Frauen in der Stadt“	30
6.4.2. Richtlinien für eine sichere Stadt	30
6.4.3. „Sicherheitstips für Frauen“	39
6.4.4. Sicherheitstips für Frauen und Mädchen	39
6.5. Lichttelefon	40
7. Politische Parteien	40
7.1. SPÖ	41
7.1.1. Maßnahmen der SPÖ Wien	44
7.1.2. Wiener SPÖ Frauen	49
7.2. Grüne	49
7.2.1. Vorschläge und Ideen der Grünen	52
7.3. FPÖ	53
7.3.1. Vorschläge und Ideen der FPÖ Wien	54
7.4. ÖVP	61
7.4.1. Vorschläge und Ideen der ÖVP Wien	61
8. Verifizierung und Falsifizierung meiner Thesen	69
8.1. These 1: Frauen in den Altersgruppen unter 29 Jahren und über 60 Jahren fühlen sich in Wien sicher	69
8.1.1. Sicherheit im Wohngebiet	69
8.1.1.1. Bildung	71
8.1.1.2. Erwerbstätigkeit	71
8.1.1.3. Einkommen	73

8.1.1.4.	Wohnsituation	73
8.1.2.	Kriminalität	74
8.1.2.1.	Alter	74
8.1.2.2.	Bildung	75
8.1.2.3.	Erwerbstätigkeit	75
8.1.2.4.	Einkommen	76
8.1.2.5.	Wohnsituation	76
8.1.3.	Opfererfahrung	77
8.1.4.	Öffentliche Sicherheit	78
8.1.4.1.	Alter	78
8.1.4.2.	Bildung	79
8.1.4.3.	Erwerbstätigkeit	79
8.1.4.4.	Einkommen	79
8.1.4.5.	Wohnsituation	80
8.2.	These 2: Das Sicherheitsgefühl der BewohnerInnen des 7. und 13. Bezirks ist höher, als das der BewohnerInnen des 2. und 15. Bezirks	81
8.2.1.	Sicherheit im Wohngebiet	81
8.2.2.	Öffentliche Sicherheit	82
8.2.3.	Kriminalität	83
8.2.4.	Erklärungsversuch	84
8.3.	These 3: Polinnen und Türkinnen nehmen ihre Wohnumgebung anders wahr, als Migrantinnen aus Ex-Jugoslawien	86
8.3.1.	Sicherheit im Wohngebiet	86
8.3.2.	Öffentliche Sicherheit	87
8.4.	These 4: Die Drogenszene und die Rotlicht-Szenen beeinträchtigt das Sicherheitsgefühl der jungen Frauen und Seniorinnen in Wien	89
8.5.	These 5: Be- und Ausleuchtung von öffentlichen Plätzen tragen zum Sicherheitsgefühl von Frauen bei	94
8.6.	These 6: Die Stadt Wien bezieht bei der Stadtplanungen und –veränderungen die Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen mit ein	96
8.7.	These 7: Die Stadtregierung versucht das Sicherheitsgefühl der Wienerinnen stets zu Verbessern	97
8.7.1.	Gender Mainstreaming Pilotprozess Mariahilf	97
8.7.2.	Frauen-Werk-Stadt I	98
8.7.3.	Pilotprojekt „Sicheres Wohnen“	99
9.	Conclusio	101
10.	Literatur	106
11.	Quellenverzeichnis	107
11.1.	Materialien der politischen Parteien	107
11.2.	Wörtliche Protokolle des Gemeinderats	107
11.3.	Schriftliche Anfragen und Beschlussanträge	108
11.4.	Online Medien	109
11.5.	Weitere Onlinequellen:	110
11.6.	Zeitschriften	113
11.7.	OTS-Meldungen	113
12.	Abbildungsverzeichnis	116
13.	Interviews (Anhang Transkripte)	118
14.	Abstract	180
15.	Abstract (english)	182
16.	Lebenslauf	184

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Sicherheit im Wohngebiet/ Alter (eigene Darstellung).....	70
Abbildung 2 Sicherheit im Wohngebiet/ Bildung (eigene Darstellung)	71
Abbildung 3 Sicherheit im Wohngebiet/ Berufstätigkeit (eigene Darstellung)	72
Abbildung 4 Sicherheit im Wohngebiet/ Wohnform (eigene Darstellung).....	73
Abbildung 5 Opfererfahrung (eigene Darstellung)	77
Abbildung 6 Öffentliche Sicherheit/ Alter (eigene Darstellung).....	78
Abbildung 7 Öffentliche Sicherheit/ Bildung (eigene Darstellung).....	79
Abbildung 8 Öffentliche Sicherheit im Vergleich / Alter (eigene Darstellung).....	80
Abbildung 9 Sicherheit im Wohngebiet/ Bezirke (eigene Darstellung).....	81
Abbildung 10 Öffentliche Sicherheit/ Bezirke (eigene Darstellung)	82
Abbildung 11 Öffentliche Sicherheit im Vergleich/ Bezirke (eigene Darstellung)	83
Abbildung 12 Sicherheit im Wohngebiet/ Migrationshintergrund (eigene Darstellung).....	86
Abbildung 13 Kriminaldelikte/ Migrationshintergrund (eigene Darstellung).....	88
Abbildung 14 Frauen allgemein	88
Abbildung 15 Frauen unter 30.....	89
Abbildung 16 Frauen über 30.....	89
Abbildung 17 Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls/ Alter (eigene Darstellung).....	90
Abbildung 18 Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls/ Bezirk (eigene Darstellung)	90
Abbildung 19 Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls/ Frauen (eigene Darstellung).....	91
Abbildung 20 Beleuchtung (eigene Darstellung).....	95
Abbildung 21 Kriminaldelikte im Vergleich/ Frauen (eigene Darstellung).....	100

1. Einleitung

Im Zuge eines Forschungspraktikums bei Prof. Dr. Karl Ucakar zum Thema „Indikatoren für Lebensqualität und Partizipation am Beispiel der Stadt Wien“ bekamen die Studierenden die Möglichkeit sich mit der „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien“ Studie auseinanderzusetzen. Nach Durchsicht des Fragekatalogs war mir klar, dass ich mich mit dem Thema Sicherheit beschäftigen möchte. Aber nicht mit jener Sicherheit, die mir tagtäglich in Form von Schauergeschichten und Horrormeldungen in der Zeitung entgegen kommt. Sondern mit jener Sicherheit bzw. Unsicherheit, die viele Personen am Abend beim Nachhause gehen begleitet, ohne das man sich diesen Gefühlszustand erklären kann. Von diesem Gefühl sind vor allem Frauen betroffen und rücken damit in den Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit.

Frauen fühlen sich an bestimmten Orten oder in der Nacht oft unsicher und unwohl. Dazu kommt, dass eine schlechte Einsehbarkeit in Straßenecken und eine mangelnde Beleuchtung von öffentlichen Plätzen ebenfalls ein unbehagliches Gefühl hervorrufen können. Die Folge ist oft, dass Frauen einen Umweg am Abend in Kauf nehmen oder gar zu Hause bleiben. Diese Einschränkung der Bewegungsfreiheit wird oft nicht als Unfreiheit erkannt, sondern von den Betroffenen als individuelles Problem abgetan und als selbstverständlich hingenommen. Dazu kommt, dass es statistisch bewiesen ist, dass Angsträume keine Tatorte sind.² Schließlich passieren 90% aller Gewalttaten gegen Frauen nach Schätzungen der Polizei in der Familie und im sozialen Nahraum.³

Warum fühlen sich Frauen dennoch am Abend auf öffentlichen Plätzen unsicher? Das Österreichische Ökologie Institut meint zu wissen, dass diese Ängste gesellschaftlicher Natur sind, „die durch gestalterische Gegebenheit verstärkt oder vermindert werden können“⁴.

Grund genug also sich anzusehen welche und ob gestalterische Maßnahmen von der Stadt Wien in den vergangenen Jahren gesetzt wurden, um das Sicherheitsgefühl der Frauen zu stärken und ob es sich dadurch verändert hat.

² Vgl. <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/alltagundfrauen/pdf/sicherheit-la.pdf>, zuletzt geöffnet am 28.07.2011

³ Vgl. <http://www.frauen.bka.gv.at/site/5463/default.aspx>, zuletzt geöffnet am 03.07.2011

⁴ Ruland (1992), 2

Daraus ergibt sich auch meine zentrale Fragestellung: Fühlen sich Wienerinnen in ihrer Stadt sicher? Wenn sie sich nicht sicher fühlen, wer oder was beeinträchtigt ihr Sicherheitsgefühl? War das Sicherheitsgefühl früher besser als heute? Welche Maßnahmen hat die Stadtregierung in den letzten Jahren gesetzt?

1.1. Aufbau der Arbeit

Um einen Überblick über die vorliegende Diplomarbeit zu geben, wird im Folgenden der Aufbau der Arbeit skizziert:

Um die Forschungsfragen sinnvoll beantworten zu können, werden im zweiten Kapitel zuerst Zielgruppen definiert. Im dritten Kapitel werden sieben Thesen aufgestellt, die am Ende der Diplomarbeit verifiziert oder falsifiziert werden. Anhand der Begriffsdefinition sollen die Begriffe „Sicherheit“ und „Unsicherheit“ näher beleuchtet werden.

Das vierte Kapitel beschäftigt sich ausführlich mit der Methode, die ich für meine Diplomarbeit anwende. Zu Beginn werden zwei empirischen Studien vorgestellt, welche in der Diplomarbeit zu tragen kommen. Den größten Input meiner Zahlen beziehe ich aus der Sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung der Stadt Wien, die Daten wurden 2008 erhoben. Daneben spielt auch der Frauenbarometer 2008 eine wichtige Rolle, der die frauenspezifischen Ergebnisse liefert.

OTS-Nachrichten der politischen Parteien wurden ebenfalls zum Thema ausgewertet. Genauso wie die wörtlichen Protokolle der Sitzungen im Gemeinderat. Abgerundet wird der methodische Teil von mir geführten Interviews, wobei sich die Transkriptionen im Anhang wiederfinden.

Im sechsten Kapitel wird der aktuelle Stand der Forschung umrissen. Dieses Kapitel gliedert sich in fünf Teile. Neben dem Symposium „Wien – sichere Stadt“, sollen auch die Studien „Sicherheit im öffentlichen Raum“ und die INSEC-Studie vorgestellt werden. Die Arbeit der Frauenabteilung der Stadt Wien und die Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen bilden den vierten Teil, hier werden verschiedene Publikationen zum Thema Sicherheit

präsentiert. Fünftes wird die Arbeit der MA 33 „beleuchtet“, hier handelt es sich um das Lichttelefon der Stadt Wien.

Die Arbeiten, Maßnahmen und Vorstellungen der im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien finden im siebten Kapitel ihren Platz.

Im achten Kapitel werden schließlich meine Thesen überprüft. Mit Hilfe der beiden oben genannten Studien, der sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung und Frauenbarometer werden die Thesen verifiziert und falsifiziert. Anschließend werden im Kapitel die Ergebnisse mit Meinungen der politischen VertreterInnen diskutiert.

Im neunten und letzten Kapitel werden die Ergebnisse zusammengefasst und abschließend die Conclusio verfasst.

2. Zielgruppe

2.1. Alter

In meiner Diplomarbeit konzentriere ich mich auf Frauen unter 29 Jahre und über 60 Jahre. Die Eingrenzung erfolgt deshalb, weil sich beide Altersgruppen durch einen unterschiedlichen Tagesrhythmus unterscheiden und die Stadt Wien unterschiedlich erleben. Ich gehe davon aus, dass sich vor allem die Jüngeren öfters in den Abend- und vor allem Nachtstunden in der Stadt aufhalten, während ältere Frauen vor allem tagsüber die Stadt zum Einkaufen, Besorgungen erledigen, usw. nutzen.

2.2. Migrationshintergrund

Außerdem möchte ich mir ansehen, ob und inwiefern sich das Sicherheitsgefühl von Österreicherinnen ohne Migrationshintergrund und Zuwanderinnen bzw. Österreicherinnen mit Migrationshintergrund aus der Türkei, Polen und dem ehemaligen Jugoslawien unterscheidet.

2.3. Bezirke

Neben Alter und Migrationshintergrund, beziehe ich auch vier Bezirke in meinem Untersuchungskatalog mit ein. Untersucht werden die Bezirke Leopoldstadt, Neubau, Hietzing und Rudolfsheim-Fünfhaus detaillierter. Die Auswahl dieser vier Bezirke möchte ich im Folgenden kurz begründen:

2.3.1 Leopoldstadt

Im zweiten Wiener Gemeindebezirk waren 2008 94.595 Personen⁵ registriert wobei 47.944 Frauen und 46.651 Männer in der Leopoldstadt leben. 41,9% der BewohnerInnen haben einen Migrationshintergrund⁶, damit hat die Leopoldstadt den Dritthöchsten Anteil an BewohnerInnen mit einem Migrationsanteil. Die größte MigrantInnengruppe bilden dabei ZuwanderInnen aus Serbien und Montenegro.⁷

Politisch wird der Bezirksvorsteher seit 1945 von der SPÖ gestellt.⁸ Bei den Bezirksvertretungswahlen im Oktober 2010 konnte die SPÖ mit 42,29 % den ersten Platz verteidigen und sie hält 26 Mandate. Durch einen Zuwachs von 7,63% bzw. 21% der Stimmen ging die FPÖ Leopoldstadt ganz knapp vor den Grünen (20,78%) als Zweiter aus den Wahlen hervor. Die ÖVP ist mit 11,1% die viertstärkste Partei im Bezirk.⁹

Die Leopoldstadt zählt zu den Gründerzeitgebieten mit hoher und teilweiser sehr hoher Wohnungsqualität.

Gründerzeitgebiete zählen mit Zentrum, Cottage, Einfamilienhaus- und Kleingartengebiete, Neubaugebiete bis und ab 1960, Gebiete mit großformatigen Wohnhausanlagen ab 1960 und sonstige gewerbliche Mischgebiete zu den Stadtgebietstypologien der Stadt Wien, welche von der MA 18 entwickelt wurden, „um für kleinräumige Analysen geeignete, baulich und sozialstrukturell ähnliche Gebiete zusammenzufassen“¹⁰.

⁵ Vgl. www.wien.gv.at/statistik/daten/rtf/bevoelkerungsstand.rtf, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

⁶ Hierzu zählt die MA 5 all jene Personen, die 1. außerhalb Österreichs geboren sind und keine österreichische Staatsbürgerschaft haben; 2. Geburtsland Österreich aber keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen und 3. Österreichische StaatsbürgerInnen sind, aber nicht in Österreich geboren wurden.

⁷ Vgl. www.wien.gv.at/statistik/bezirk-menschen.htm, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

⁸ Vgl. <http://www.wien.gv.at/kultur/archiv/politik/bezirk02.html>, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

⁹ Vgl. <http://www.wien.gv.at/wahl/NET/BV101/BV101-202.htm>, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

¹⁰ <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/b008137.html>, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

Für die Leopoldstadt bedeutet das, dass sich das Gebiet durch eine sehr hohe bauliche Dichte auszeichnet und der Anteil von Gebäuden, die in der Zwischenkriegszeit und nach 1960 errichtet worden sind, sehr hoch ist.¹¹

Mit der Leopoldstadt verbinden viele WienerInnen den Prater, den Augarten und das Ernst Happel Stadion. Orte, die gerne positiv besetzt werden. Speziell der Prater ist allerdings von einer ambivalenten Bewertung geprägt: einerseits der große Park, welcher sich hervorragend für Freizeitveranstaltungen anbietet, andererseits der Prater zu Nachtstunden, wo sich viele nur ungern lange aufhalten möchte. Diese Beobachtung haben auch Hanak und Neumann in ihrer Studie gemacht¹², wo der Prater und die Pratergegend als „unsichere Orte“ beschrieben werden. Viele Eindrücke und Einschätzungen stammen weniger aus persönlichen Erfahrungen, sondern entstammen vielmehr einem Mythos, der den Prater mit Vorstellungen von Rummelplatz, Kriminalität, Jugendlichen und Rotlicht-Szene verbindet.

Auffallend für die Pratergegend ist, dass sie vor allem am Abend als „unsicher“ eingeschätzt wird, kann aber problemlos gemieden werden.¹³ Für viele PassantInnen ist etwa der Praterstern in der Früh oder nach der Arbeit ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt, den man in den Nachtstunden allerdings nicht mehr aufsuchen muss.

Im Gegensatz zu den BewohnerInnen des Stuwerviertels, da dieses Viertel direkt an den Praterstern angrenzt. Für viele gilt der Praterstern als Angstraum oder als „Ausgangspunkt eines Angstkorridors“¹⁴, da der Weg nach Hause oft als unzureichend beleuchtet und unstrukturiert gilt, sowie in den Abendstunden von der Drogen- und Rotlichtszene geprägt wird.¹⁵

Weiters zählt das Volkertviertel zu den unsicheren Orten in der Leopoldstadt. Hier werden oft Probleme mit social disorder wahrgenommen, etwa die Präsenz von Randgruppen.¹⁶

Daneben stellt der Mexikoplatz einen weiteren Brennpunkt dar. Der Mexikoplatz wird ebenfalls in der Studie der MA 18 näher beleuchtet und als „unsicherer Ort“ beschrieben. Hervorgerufen wird dieses Unsicherheitsgefühl durch die vorherrschende ethnische Ökonomie

¹¹ Vgl. ebd.

¹² Hanak/ Neumann (2006)

¹³ Vgl. Hanak/ Neumann (2006), 19f

¹⁴ Vgl. ebd. 24

¹⁵ Vgl. ebd. 24

¹⁶ Vgl. ebd. 24

und das sich vor allem junge MigrantInnen den öffentlichen Raum angeeignet haben. Oft steckt allerdings eine alte Assoziation dahinter, als der Mexikoplatz noch vom Schwarzmarkt, Geldwechselgeschäfte und Handel mit geschmuggelten Zigaretten dominiert wurde.¹⁷

Die oben angeführten Viertel und Orte waren ausschlaggebend dafür, dass ich den zweiten Bezirk für die Bezirksanalyse herangezogen habe.

2.3.2 Neubau

In Neubau leben 30.056 Menschen und er zählt zum drittkleinsten Bezirk in Wien – nur Mariahilf und die Josefstadt sind Flächenmäßig noch etwas kleiner. Beinahe dreiviertel der Fläche ist Baufläche und damit ist Neubau mit 72% der dicht verbaute Stadtbezirk Wien. Knappe 2,9% entfallen auf Parkanlagen und Wiesen.¹⁸

In die Gebietstypologien eingeordnet, zählt Neubau zum Zentrum und zum Gründerzeitgebiet mit hoher Wohnungsqualität. Das Zentrum unterscheidet sich nur gering von dem Gründerzeitgebiet mit hoher Wohnungsqualität: es ist durch eine sehr hohe bauliche Dichte, einem sehr hohen Anteil an gut ausgestatteten bzw. großen Wohnungen und einem sehr hohen Altbaubestand gekennzeichnet.¹⁹

33,9%²⁰ haben einen Migrationshintergrund, wobei die größte Zuwanderungsgruppe aus Deutschland kommt.²¹

Politisch ist Neubau seit 2010 einzigartig, weil der Bezirk mit Thomas Blimlinger den einzigen Grünen Bezirksvorsteher haben. Die Grünen konnten bei den Bezirksvertretungswahlen etwas dazu gewinnen und verteidigen unangetastet mit 45,44% den ersten Platz. Die SPÖ hält mit 25,42% sicher den zweiten Platz, dahinter reihen sich die ÖVP (13,89%) und die FPÖ (10,67%).²²

¹⁷ Vgl. ebd. 33f

¹⁸ Vgl. www.wien.gv.at/statistik/pdf/bezirksportraits09.pdf, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

¹⁹ <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/b008137.html>, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

²⁰ Vgl. Bevölkerungszustand nach Migrationshintergrund, Geschlecht, Altersgruppen und Bezirken 2008

²¹ Vgl. <http://www.wien.gv.at/statistik/bezirk-menschen.html>, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

²² Vgl. <http://www.wien.gv.at/wahl/NET/BV101/BV101-207.htm>, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

Da Neubau der einzig Grüne regierte Bezirk in Wien ist, wurde er in die Bezirksanalyse hineingenommen. Neben zwei SPÖ und einen ÖVP geführten Bezirk ist es sicherlich spannend sich anzusehen, ob das Sicherheitsgefühl anders ist oder gar besser, als in den anderen drei Bezirken.

2.3.3 Hietzing

Hietzing zählt mit 37,69 Quadratkilometer zum drittgrößten Bezirk²³ Wiens, wobei knapp 70%²⁴ auf Grünflächen, Parks und dem Lainzer Tiergarten entfallen und der Bezirk damit der grünste Wiens ist.

In Hietzing gibt es einige Einfamilienhaus- und Kleingartengebiete sowie Cottages. Beide Typologien zeichnen sich durch eine niedrige bauliche Dichte aus und der Altbaubestand ist sehr niedrig. Dazu kommt, dass der Anteil mit maximal zwei Wohnungen in einem Gebäude sehr hoch ist.²⁵

51.147 Personen leben im 13. Bezirk, wobei der Altersdurchschnitt mit 45,7 Jahren der Höchste im Wien-Vergleich ist²⁶. Die Altersstruktur im Bezirk war auch ein Grund, Hietzing in die Bezirksanalyse mit hineinzunehmen. Ich gehe davon aus, dass das Sicherheitsgefühl von älteren Personen durch andere Faktoren beeinflusst wird, als dass das bei Jüngeren der Fall ist.

Ein weitere Besonderheit stellt Hietzing bei der Gruppe der MigrantInnen dar: mit 21% haben im Wien-Vergleich nur wenige BewohnerInnen einen Migrationshintergrund, allerdings bilden hier die Deutschen die größte ZuwanderInnengruppe.²⁷

Seit 1978 stellt die ÖVP ununterbrochen die Bezirksvorsteherin bzw. den Bezirksvorsteher und seit 1990 hat Gerstbach Heinrich das Amt des Bezirksvorstehers inne.²⁸ Trotz geringer Verluste, haben die Bezirksvertretungswahlen 2010 die Vorreiterrolle der ÖVP noch einmal bestätigt und sie hält mit 36,51% bzw. 16 Mandaten den ersten Platz. Mit 29,18% rangiert die

²³ Vgl. http://www.hietzing.at/Bezirk/geschichte1.php?id=78&tags=Zahlen_und_Fakten&menu=2, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

²⁴ Vgl. www.wien.gv.at/statistik/pdf/bezirksportraits09.pdf, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

²⁵ <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/b008137.html>, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

²⁶ Vgl. www.wien.gv.at/statistik/pdf/bezirksportraits09.pdf, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

²⁷ Vgl. <http://www.wien.gv.at/statistik/daten/pdf/bevoelkerungsstand.pdf>, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

²⁸ Vgl. <http://www.wien.gv.at/kultur/archiv/politik/bezirk13.html>, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

SPÖ vor den Grünen (15,67%) und der FPÖ (15,18%). Letztere konnten ihre Stimmen beinahe verdoppeln.²⁹

2.3.4 Rudolfsheim-Fünfhaus

In Rudolfsheim-Fünfhaus wohnen 70.902 Personen. 46,6% der EinwohnerInnen haben einen Migrationshintergrund, wobei die Gruppe aus Serbien und Montenegro mit Abstand die größte Gruppe ist – gefolgt von BewohnerInnen mit türkischem Migrationshintergrund.³⁰ Erwähnenswert ist, dass 41,7% der BewohnerInnen als höchste abgeschlossene Ausbildung einen Pflichtschulabschluss haben, das ist in Wien der höchste Wert. Den geringsten Wert weist hier Hietzing mit 23,4% auf.³¹

Gemäß der Wiener Stadtgebietstypologien, finden sich im 15. Bezirk vor allem Gründerzeitgebiete mit Basis-Wohnungsqualität, d.h. hier gibt es einen hohen Anteil an baulicher Dichte und einen hohen Altbaubestand. Im Gegensatz zu anderen Typologien ist hier der Anteil der Kategorie A-Wohnungen niedrig, gleichzeitig gibt es viele Wohnungen der Kategorie D (machen 20% aus) und es gibt mehr kleinere Wohnungen.³² Grundsätzlich werden Wohnungen nach vier Ausstattungskategorien bewertet, Kategorie D bedeutet, dass es keine Wasserentnahmestelle oder kein WC im Inneren der Wohnung gibt.³³

Der Bezirksvorsteher wird in Rudolfsheim-Fünfhaus seit 1946 von der SPÖ gestellt und Gerhard Zatlöcher hat dieses Amt seit 2008 inne. Trotz der Verluste von 5,87% konnte die SPÖ mit 43,6% ihre Vormachtstellung halten. Zugleich konnte die FPÖ bei den Bezirksvertretungswahlen 2010 mit einem Zuwachs von +7,29% den Bezirksvorsteher-Stellvertreter (mit 23,35%) gewinnen und hat damit die Grünen mit 19,36% auf den dritten Platz verwiesen. Die ÖVP spielt mit 9,74% bzw. 4 Mandaten eher eine geringe Bezirkspolitische Rolle.³⁴

Ich habe mir den 15. Bezirk für meine Analyse ausgesucht, weil ich davon ausgehe, dass insbesondere die (Straßen-)Prostitution und der Handel und Konsum von illegalen Drogen

²⁹ Vgl. <http://www.wien.gv.at/wahl/NET/BV101/BV101-213.htm>, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

³⁰ Vgl. www.wien.gv.at/statistik/pdf/bezirksportraits09.pdf, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

³¹ www.wien.gv.at/statistik/pdf/bezirksportraits09.pdf, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

³² <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/b008137.html>, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

³³ Vgl. <http://www.wien.gv.at/wohnen/wienerwohnen/mietvertrag-bestandteile/kategorie.html#kategorie>, zuletzt geöffnet am 13.07.2011

³⁴ Vgl. <http://www.wien.gv.at/wahl/NET/BV101/BV101-215.htm>, zuletzt geöffnet am 13.07.2011

rund um den Westbahnhof und dem Gürtel, das Sicherheitsgefühl der Wienerinnen beeinträchtigen.

Gleichzeitig gehe ich nicht davon aus, dass diese beiden Gebieten das gesamte Bezirksbild beeinflussen. Die ergänzende Auswertung zur (Un)Sicherheitstopographie der Stadt hat ebenfalls ergeben, dass die nördlichen Bezirksteile (Lugner-City, Stadthalle, Nibelungenviertel und die Schmelz) keine Unsicherheitsgefühle hervorheben.³⁵

3. Thesen

Folgende Thesen habe ich zu Beginn meiner Diplomarbeit aufgestellt und sollen im Folgenden verifiziert bzw. falsifiziert werden:

- (1) Frauen in den Altersgruppen unter 29 Jahren und über 60 Jahren fühlen sich in ihrer Wohnumgebung wohl
- (2) Das Sicherheitsgefühl der BewohnerInnen des 7. und 13. Bezirks ist höher, als das der BewohnerInnen des 2. und 15. Bezirks
- (3) Polinnen und Türkinnen nehmen ihre Wohnumgebung anders wahr, als Migrantinnen aus Ex-Jugoslawien.
- (4) Die Drogenszene und die Rotlicht-Szenen beeinträchtigt das Sicherheitsgefühl der jungen Frauen und Seniorinnen in Wien.
- (5) Be- und Ausleuchtung von öffentlichen Plätzen tragen zu einem höheren Sicherheitsgefühl von Frauen bei.
- (6) Die Stadt Wien bezieht bei der Stadtplanungen und –veränderungen die Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen mit ein.
- (7) Die Stadtregierung versucht das Sicherheitsgefühl der Wienerinnen stets zu Verbessern.

³⁵ Vgl. Hanak/ Neumann (2006), 38

4. Begriffsdefinition

Wie der Titel der vorliegenden Arbeit schon verrät, spreche ich in meiner Diplomarbeit über „Sicherheit“ und gleichzeitig auch über „Unsicherheit“. Aber was versteht man heutzutage unter diesen beiden Schlagwörtern? Ist Sicherheit gleichzusetzen mit der Sicherheit, die uns tagtäglich aus den Zeitungen entgegen kommt und damit eng verbunden mit Kriminalität? Und was verstehen wir unter Unsicherheit? Ist es die Abwesenheit von Sicherheit und können wir dagegen ankämpfen? Und wenn ja, wie? Wer ist unsicher? Sind nur Frauen unsicher oder auch Männer? Ist Sicherheit nur ein persönliches Empfinden?

Wenn wir von „Unsicherheit“ sprechen, könnten wir genauso von „Angst“ oder „Verunsicherung“ sprechen. Allerdings hat die Materie mit dem Begriff der „Unsicherheit“ Eingang in die Politik gefunden. Dort wird Unsicherheit allerdings „reichlich voreilig und stark verkürzt, meist auf Kriminalität zurückgeführt“³⁶. In der Politik wurde die „Furcht vor Kriminalität“ zur „Legitimationsfiguren für Law and Order“³⁷.

Anfang der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts war diese Entwicklung keinesfalls zwangsläufig: so ging man in den USA davon aus, dass man Kriminalität und der Furcht davor mit „Bekämpfung der Armut, durch bessere Erziehung (...), durch Sanierung der Innenstädte und Verbesserung der Wohnbedingungen“³⁸ entgegensteuern könnte. Die Strategie der „war on poverty“³⁹ ging Hand in Hand mit einem Wohlfahrtsgedanken, der letztendlich aber einer konservativen Vorstellung weichen musste. „War on fear of crime through war on crime“⁴⁰ also „die Bekämpfung der Kriminalität als Mittel der Bekämpfung der Furcht vor ihr“⁴¹ setzte sich vorläufig durch. Erst nach und nach gewannen sozial- und kommunalpolitische Programme als kriminalpräventive und furchtreduzierende Wirkung an Bedeutung.⁴²

Der Weg, bis die Wissenschaft und Politik, Kriminalitätsfurcht nicht mehr unmittelbar mit Kriminalität in Verbindung gebracht hat, war ebenfalls lang. Die Entdeckung, „dass das ermittelte Ausmaß der insoweit gemessenen Furcht durch die Größe der Kriminalitätsbedrohung oder durch persönliche Erfahrung mit Kriminalität, vor allem mit

³⁶ Sessar/ Stangl (2007), 11

³⁷ ebd., 11

³⁸ ebd., 11

³⁹ ebd., 11

⁴⁰ ebd. zitiert nach Harris, 11

⁴¹ Sessar/ Stangl (2007), 11

⁴² Vgl. ebd., 11f

Gewalt, nicht hinreichend erklärt werden konnte⁴³, brachte den Stein ins Rollen, Kriminalitätsfurcht neu zu definieren. Begriffe wie „insecurity with modern living“, „quality of life“ und „urban unease“⁴⁴ kamen anstelle in Frage. Und die Erkenntnis „fear of crime (...) is an unconscious displacement of other fears which are far more intractable.“⁴⁵

Damit war der Weg frei, andere Faktoren mit hinein in die Analyse zu nehmen, etwa die Zufriedenheit mit der Wohnumgebung und dem Arbeitsplatz. Ist man mit beiden unzufrieden, resultiert daraus oft eine schlechte Lebensqualität und Unsicherheiten, „vielleicht Furcht, wenn man gezwungen ist, in einer unwohnlichen, perspektivlosen Umgebung zu leben, die deswegen möglicherweise als gefährlich wahrgenommen wird.“⁴⁶

5. Methode

Im folgenden Kapitel wird die Methode erklärt, mit welcher diese Diplomarbeit entstanden ist. Neben Literaturrecherche spielen vor allem zwei empirische Studien eine wesentliche Rolle. Daneben wurden noch OTS-Mitteilungen ausgewertet, Interviews mit PolitikerInnen geführt und Gemeinderatsprotokolle ausgewertet.

5.1. Empirische Studien

Im Zuge meiner Diplomarbeit kommen insbesondere zwei Studien zu tragen: die „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien“ und der „Frauenbarometer 2008. Das Sicherheitsempfinden von Frauen in Wien“.

5.1.1. Sozialwissenschaftliche Grundlagenstudie der Stadt Wien

Im Forschungspraktikum „Politikfeldanalyse in urbanen Ballungsräumen – Indikatoren für Lebensqualität und Partizipation am Beispiel der Stadt Wien“ im Wintersemester 2008 und Sommersemester 2009 mit Univ.Prof. Dr. Karl Ucakar und Mag. Stefan Gschiegl, hatten Studierende die Möglichkeit, auf die Daten der Großstudie „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien“ zurückzugreifen. Bereits zum dritten Mal führte die Stadt

⁴³ ebd., 13

⁴⁴ ebd., 13 zitiert nach Hale (1996), 84

⁴⁵ ebd., 14 zitiert nach Hollway und Jefferson (1997), 176

⁴⁶ ebd., 14

Wien eine Großstudie zum Thema Lebensqualität in Wien durch. Dieser Studie waren bereits 1995 und 2003 zwei weitere vorangegangen.

Die Studie führte das IFES-Institut durch. Im Befragungszeitraum Mai bis Dezember 2008 wurden 8.400 „Face to Face“ Interviews geführt. 300 weitere Gespräche wurden mit ZuwanderInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei in Face-to-Face-Interviews in ihrer Muttersprache geführt.

Für meine Fragestellung sind vor allem die Ergebnisse der Frauen von Interesse, insgesamt wurden 4.628 Frauen interviewt, wobei 980 bis 29 Jahren sind und 1.310 über 60 Jahre.

Der Fragebogen umfasste 137 Fragestellungen und wir bekamen die Möglichkeit auf alle Ergebnisse zuzugreifen.

Für die Diplomarbeit waren vor allem die Fragen nach dem Sicherheitsgefühl in der Wohnumgebung, der öffentlichen Sicherheit und der eigenen Opfererfahrung relevant. Die Kombination mit den Variablen Alter, Geschlecht, Bildung und Bezirk brachten aufschlussreiche Ergebnisse und waren nur durch die Unterstützung des IFES Institut und der MA 18 überhaupt möglich.

Mithilfe der Regressionsanalyse fand auch der Faktor Migrationshintergrund Eingang in meine Ergebnisse.

5.1.2. Frauenbarometer 2008

Der Frauenbarometer wurde von der Frauenabteilung der Stadt Wien (MA 57) in Auftrag gegeben und vom SORA Institute for Social Research and Analysis durchgeführt. Im Befragungszeitraum September und Oktober 2008 wurden 807 Wienerinnen ab dem 12. Lebensjahr mittels Telefoninterviews befragt.⁴⁷

In der Folge bezeichne ich die Ergebnisse der „Sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung“ als IFES-Daten und die des Frauenbarometers als SORA-Daten.

⁴⁷ Vgl. Frauenbarometer 2008

5.2. OTS-Mitteilungen

Ich habe alle OTS-Aussendungen der vier im Gemeinderat vertretenen Parteien – SPÖ, Grüne, FPÖ und ÖVP – zu den Schlagwörtern Sicherheit und subjektives Sicherheitsgefühl seit 01.01.2008 mit den wichtigsten Forderungen und Ideen ausgearbeitet.

5.3. Interviews mit PolitikerInnen

Anschließend habe ich im Zeitraum Februar bis März 2011 Interviews mit Bezirks-PolitikerInnen aus der Leopoldstadt und Rudolfsheim-Fünfhaus geführt, weil hier die Ergebnisse meiner Meinung nach besonders diskussionswürdig waren. Die Interviews fanden entweder im jeweiligen politischen Büro statt oder in öffentlichen Lokalen und wurden alle persönlich geführt. Der Fragekatalog war unterschiedlich und die Gespräche dauerten zwischen 16:45 Minuten und 01h12. Letzteres Interview, mit Bezirksrat Karl Schwing wurde in der Transkription gekürzt, da viele Antworten vom ursprünglichen Thema abgekommen sind.

Meine Interviewpartner im Detail waren:

- Gerhard Kubik (SPÖ, seit 1999 Bezirksvorsteher von der Leopoldstadt),
- Ruth Dögl (Grüne Bezirksrätin in der Leopoldstadt) und Uschi Lichtenegger (Grüne Bezirksrätin und Klubobfrau in der Leopoldstadt),
- Waltraut Antonov (Klobobmann-Stellvertreterin und Bezirksrätin der Grünen in Rudolfsheim-Fünfhaus),
- Peter Hauer-Pawlik (ÖVP-Bezirksrat in der Leopoldstadt),
- Christine Rasinger (ÖVP-Bezirksrätin und Frauensprecherin in Rudolfsheim-Fünfhaus),
- Wolfgang Seidl (LAbg. und Obmann der FPÖ-Leopoldstadt) und
- Karl Schwing (Bezirksrat und Klubobmann der FPÖ-Rudolfsheim-Fünfhaus).

Außerdem habe ich noch ein Interview mit Johann Gudenus, LAbg. und Klubobmann der FPÖ Wien geführt.

Die Transkriptionen zu den geführten Interviews finden sich im Anhang.

5.4. Gemeinderatssitzungen

Darüber hinaus habe ich alle wörtlichen Protokolle der Gemeinderatssitzungen der 18. und 19. Wahlperiode nach meinen Schlagwörtern Sicherheit und Sicherheitsgefühl durchgearbeitet.

5.5. Literatur

Abgerundet wird meine Diplomarbeit von einer Literaturrecherche, die einerseits den Stand der Forschung beinhaltet, andererseits aktuelle Projekte und Ideen sowie die Programme der politischen Parteien miteinschließt.

6. Stand der Forschung

Das Kapitel „Stand der Forschung“ gliedert sich in fünf Teile: beginnend mit dem (1) Symposium „Wien – sichere Stadt“, das 1993 in Wien abgehalten worden ist und sich unterschiedliche ExpertInnen mit dem Thema Sicherheit auseinandergesetzt haben. (2) Danach stelle ich die INSEC-Studie vor, die Unsicherheiten von fünf Großstädten aus der Sicht der BewohnerInnen untersucht hat. (3) „Sicherheit im öffentlichen Raum“ ist eine Studie des Instituts für Konfliktforschung, die die Sicherheit am Beispiel von U-Bahn-Stationen untersucht hat. (4) Daraufhin stelle ich die Arbeit der MA 57 (Frauenabteilung der Stadt Wien) und der Leitstelle für Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen vor. (5) Abschließen wird das Kapitel „Lichttelefon“ und um deren wichtige Rolle.

6.1. „Wien – sichere Stadt“

Im März 1993 fand in Wien eine Fachtagung zum Thema „Wien – Sichere Stadt. Kommunale Sicherheitspolitik“ statt. Unter der Leitung des damaligen Wiener Stadtrat für Stadtentwicklung, Hannes Swoboda diskutierten ExpertInnen aus den Bereichen Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaft, Frauenforschung, Tiefenpsychologie und Sicherheitsbehörden mit einem Publikum über das Thema Sicherheit und brachten ihre Ideen und Vorschläge dazu ein. Ziel des Symposiums war es, später in bestimmten Vierteln Erhebungen zum Thema „problematische Erfahrungen im öffentlichen Raum“ zu machen und danach Interventionsgruppen zu bilden. Diese Interventionsgruppen sollten später BewohnerInnen die Chance geben, ihre Probleme genau zu definieren, um

Bewältigungsstrategien zu entwickeln und diese auch umzusetzen. Die Erhebungen wurden nur in Meidling und Hernals durchgeführt, das Interventionsprogramm wurde allerdings von der Gemeinde Wien, als Auftragsgeber, frühzeitig abgebrochen.⁴⁸

Nichts desto trotz sind die Ergebnisse aus Meidling (Wilhelmsdorfviertel) und Hernals (Kalvarienbergviertel) eindrucksvoll. Per Zufallsstichproben wurden die Befragten (149 in Meidling und 111 Personen in Hernals) ausgewählt und nach konkreten Erlebnissen bzw. Wahrnehmungen zum Thema Unsicherheit im Viertel befragt.⁴⁹ Unsicherheitserfahrungen wurden durch

- (1) materielle Schäden (Einbruchdiebstahl, Diebstahl, (Sach)Beschädigung und sonstiger materieller Schaden),
- (2) Gewalt (Bedrohung, Einschüchterung, Nötigung, Raub, Schläge, Verletzungen, schwere Verletzungen und sexuelle Gewalt),
- (3) Belästigung und Beleidigung,
- (4) Rücksichtslosigkeit und Einschränkung,
- (5) Verdächtige Personen/ problematische Nutzung,
- (6) Vernachlässigung und Niedergang sowie
- (7) Lärm und Schutz gemacht.

Auffallend war, dass auf die Kategorie „Gewalt“ relativ wenige Erlebnisse gefallen sind (Wilhelmsdorf/Meidling 11%, Kalvarienberg/Hernals 5%). Von den 11% bzw. 5% waren die Meisten, Opfer von Bedrohung und Einschüchterung. In Meidling handelten die Erfahrungsberichte allerdings von U-Bahnstationen außerhalb des Viertels, wo sich die Drogenszene oder andere Problemgruppen treffen. Hier wird die bloße Wahrnehmung von Problemgruppen bereits als Bedrohung erlebt, „ohne dass über konkrete Vorfälle berichtet werden kann“⁵⁰. Körperverletzungen haben 2% (Wilhelmsdorf) bzw. 1% (Kalvarienberg) selbst erlebt, Opfer eines Raubes wurde niemand. Damit waren Erlebnisse, die strafrechtlich relevant sind, eher selten erlebt.⁵¹

Die meisten Unsicherheitserfahrungen machten die BewohnerInnen im Bereich von „Lärm und Schmutz“. Lärmbelästigungen gingen am meisten von NachbarnInnen, Lokalen oder

⁴⁸ Stangl/Karazman-Morawetz/Hammerschick (1996), 11

⁴⁹ Vgl. Karazman-Morawetz (1996), 17

⁵⁰ Karazman-Morawetz (1996), 21

⁵¹ Vgl. ebd., 22

Verkehrslärm aus.⁵² Aber auch Probleme im ruhenden Straßenverkehr (z.B. Verparkung von Gehsteigen) und personenbezogene Konflikte (z.B. Radfahren in der Fußgängerzone) zählen zu Unsicherheitserfahrungen.⁵³

Insgesamt kann festgehalten werden, „das, was typischerweise mit Unsicherheit assoziiert wird und wovor die Furcht gemeinhin am größten ist, nämlich auf der Straße, im öffentlichen Raum attackiert und körperlich versehrt zu werden, spielt unter den tatsächlich erlebten Unsicherheitserfahrungen eine äußerst marginale Rolle.“⁵⁴

6.2. „Sicherheit im öffentlichen Raum“

Im Juni 2000 untersuchte das Institut für Konfliktforschung (Projektleitung Univ.Prof. Dr. Anton Pelinka) die „Sicherheit im öffentlichen Raum“ am Beispiel von sieben U-Bahnstationen in Wien. 500 PassantInnen wurden im Erhebungszeitraum Jänner bis April 2000 an den U-Bahnstationen persönlich befragt, ob sie Wien bzw. die betroffene U-Bahnstation sicher finden. 95% der Befragten fühlen sich in Wien sehr oder eher sicher. 93% fühlen sich ebenfalls sehr sicher bzw. eher sicher in der U-Bahnstation. An einem neutralen Ort wurden 70 Personen einer Kontrollgruppe befragt, auch sie stellten der Sicherheit in Wien ein gutes Zeugnis aus: 94% fühlen sich in der Stadt sehr sicher oder eher sicher, ebenso 83% in der U-Bahn.

Die Ergebnisse der Studie zeigten einen signifikanten Einflussfaktor: nämlich das Geschlecht, so fühlten sich ausschließlich Frauen in der Stadt bzw. in den U-Bahnen sehr unsicher. Die Folge des Unsicherheitsgefühls ist, dass Frauen in den Nachtstunden bestimmte Stationen meiden. Für meine Thesen auch relevant: Befragte zwischen 60 und 60 Jahre fühlten sich relativ häufig unsicherer.

Ähnlich wie bei den Ergebnissen der „Wien – sichere Stadt“ Studie, wurde bei dieser Befragung deutlich, dass lediglich die Präsenz und Sichtbarkeit von sogenannten „Randgruppen“ (Alkohol- und Drogenabhängige, Obdachlose, Jugendliche und AusländerInnen) als störend empfunden wird und dadurch Unsicherheitsgefühle hervorgehoben werden. Warum werden sie als störend empfunden?

„Weil durch sie die von der Gesellschaft postulierten Verhaltensregeln im (halb)öffentlichen Raum verletzt werden bzw. die PassantInnen mit einer Realität konfrontiert werden, mit der

⁵² Vgl. ebd., 24

⁵³ Vgl. ebd., 23

⁵⁴ ebd., 22

sie sich nicht auseinandersetzen wollen und die ihnen ein Gefühl von Hilflosigkeit vermittelt.“⁵⁵

Bauliche und gestalterische Rahmenbedingungen können hingegen das Sicherheitsgefühl fördern: Überschaubarkeit und Einsehbarkeit, ausreichende Orientierungsmöglichkeiten, Belebtheit und gute Beleuchtung ermöglichen persönliche und soziale Kontrolle und minimieren gleichzeitig die Gelegenheiten für potentielle TäterInnen.⁵⁶

6.3. INSEC-Studie

Die INSEC (Insecurities in European Cities) Studie ist ein gefördertes internationales Forschungsprojekt der Europäischen Kommission.⁵⁷ Bei der Studie ging es „um die Unsicherheit von Städten aus der Sicht ihrer Bewohner, und was man dagegen tun kann und tut“.⁵⁸ Insgesamt wurden fünf Großstädte für diese Studie herangezogen: Amsterdam, Budapest, Hamburg, Krakau und Wien. Für meine Diplomarbeit ist Wien relevant, wobei die Bezirke Leopoldstadt (Volkert- und Stuwerviertel), Floridsdorf (Großfeldsiedlung) und die Donaustadt (Rennbahnweg) untersucht wurden. Die Auswahl fand nach Kriterien statt, welche die EU vorgelegt hat, wie in etwa ein hoher Anteil an MigrantInnen und die Art der Bebauung in einem Gebiet.

Im Zeitraum von September bis Dezember 2003 wurden 1.079 Interviews in Wien geführt, davon 590 in der Leopoldstadt und 489 in Transdanubien.⁵⁹ Unter Transdanubien verstehen WienerInnen jene Bezirke die links von der Donau liegen, also Floridsdorf und Donaustadt.

Wichtig festzuhalten ist, dass sich in Wien kaum Wohngebiete mit eklatanten Kriminalitäts- und Sicherheitsproblem identifizieren lassen.⁶⁰ Entgegen mancher Erwartungen gibt es in Wohngebiete, in denen benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen überrepräsentiert sind, kaum eine markante Konzentration von Kriminalität. Diese Konzentration findet sich eher in der Inneren Stadt und im Bereich der großen Einkaufsstraßen.⁶¹

⁵⁵ http://www.ikf.ac.at/a_proj00/a_pro10.htm, zuletzt geöffnet am 26.07.2011

⁵⁶ Vgl. ebd.

⁵⁷ Vgl. Sessar/ Stangl (2007), 15

⁵⁸ ebd., 15

⁵⁹ Hanak/ Karazman-Morawetz/ Krajewski (2007), 83

⁶⁰ Vgl. ebd., 76

⁶¹ Vgl. ebd., 76

Das Volkert- und Stuwerviertel kennzeichnet sich durch ein gründerzeitliches Problemgebiet, d.h. das Gebiet ist relativ zentrumsnah und geprägt von Altbauten mit relativ hohem Anteil an schlecht ausgestatteten Wohnungen sowie einem überdurchschnittlichen Kriminalitätsaufkommen.⁶² Beide Viertel haben gemeinsam, dass sie beim Verkehrsknotenpunkt Praterstern und des Nord-Bahnhofs liegen. Die Viertel sind von gründerzeitlichen Mietshäuser geprägt, wobei 35% der 25.000 AnrainerInnen, Nicht-ÖsterreicherInnen sind. Prostitution und das Rotlichtmilieu dominieren das Straßenbild des Stuwerviertels.⁶³

Die Großfeldsiedlung in Floridsdorf und der Rennbahnweg in Donaustadt stehen stellvertretend für eine Art von Stadtrandsiedlung, wie sie in Wien während den 70er Jahren im Nordosten und im Süden Wiens entstanden sind.⁶⁴ Durch Defizite in der Infrastruktur und Probleme mit Jugendlichen galten diese Gebiete bald als Problemgebiete. Man versuchte diese Schwierigkeiten durch Nachbesserungen und Sanierungen in Bezug auf die soziale Infrastruktur entgegenzuwirken.⁶⁵ Insgesamt leben in beiden Gebieten 31.000 Menschen, wobei der Anteil mit 6% an nicht-ÖsterreicherInnen im Vergleich zu den Viertel im 2. Bezirk relativ gering ist.⁶⁶

Im Erhebungsviertel in der Leopoldstadt empfinden 63% der Befragten die Sicherheit in ihrem Stadtteil als (eher) sicher und 12% (eher) unsicher. In Transdanubien fällt die Bewertung nicht viel anders aus: so bewerten 67% die Sicherheit als (eher) sicher und 14% als (eher) unsicher.⁶⁷

Interessanterweise gehen die negativen Beurteilungen nicht einher mit schlechten Sicherheitsverhältnissen, sondern ist mit dem „Unzufriedenheitssyndrom“ zu erklären: hier werden auch Aspekte wie Sauberkeit und Ruhe im Stadtviertel aber auch die Zufriedenheit mit der eigenen Lebensführung miteinbezogen.⁶⁸

Die Daten zeigen, dass nur ein geringer Anteil der Befragten es für sehr wahrscheinlich halten, geschlagen und dadurch verletzt zu werden, bestohlen zu werden, überfallen und ausgeraubt

⁶² Vgl. ebd., 76

⁶³ Vgl. ebd., 76

⁶⁴ Vgl. ebd., 76

⁶⁵ Vgl. Hanak/ Karazman-Morawetz/ Krajewski (2007), 76f

⁶⁶ Vgl. ebd., 77

⁶⁷ Vgl. ebd., 84

⁶⁸ Vgl. ebd., 84

zu werden oder dass in der Wohnung eingebrochen wird.⁶⁹ Dafür liegt die Viktimisierungserfahrungen höher: so waren 33,1% der Befragten aus der Leopoldstadt bereits von einem Diebstahl betroffen, genauso wie 22,3% der Befragten aus Transdanubien. 14,5% der Befragten wurde im 2. Bezirk etwas aus dem Auto gestohlen, genauso wie 15,7% aus Transdanubien. Lediglich beim Raubüberfall stimmen die Opfererfahrung und Risikoeinschätzung beinahe überein, in beiden Bezirken sehr gering.⁷⁰

Die Ergebnisse der Studie haben gezeigt, dass WienerInnen eher weniger Probleme mit „social disorder“ haben: Heruntergekommene oder kaputte Gebäude werden von nur 4,9% (Leopoldstadt) bzw. 1,5% (Transdanubien) als sehr großes Problem im Wohnviertel beschrieben. Auch Graffiti (3,9% der Befragten in der Leopoldstadt, 7,7% in Transdanubien) und Betrunkene Personen auf der Straße (8,1% bzw. 4,6%) scheinen nur ein marginales Problem. Hingegen in Transdanubien herumhängende Jugendliche als markantes Problem gesehen werden: 17,8% der Befragten empfinden sie als ein sehr großes Problem, in der Leopoldstadt empfinden das nur 6,5% der Befragten. 17,5% der Befragten in Transdanubien empfinden als größtes Problem, dass die Polizei zu wenig auf der Straße ist. In der Leopoldstadt empfinden das 8,8%.⁷¹

Im Zuge der INSEC-Studie wurde auch nach den Stadtproblemen gefragt. Drogenhandel oder Drogenkonsum auf der Straße wurde von den WienerInnen als größtes Problem gesehen: für 36,1% der befragten Leopoldstädter ist es ein sehr großes Problem, in Transdanubien sogar für 48,2%. Kriminalität, Gewalt an Schulen und Hooligans spielen eher weniger eine Rolle.⁷²

6.4. Frauenabteilung der Stadt Wien (MA 57) und Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen

In der Frauenabteilung der Stadt Wien arbeiten 37 Mitarbeiterinnen mit unterschiedlichen Qualifikationen und Ausbildungen, deren Angebote sich an die Wienerinnen und Mitarbeiterinnen der Wiener Stadtverwaltung richten.⁷³

⁶⁹ Vgl. ebd., 85

⁷⁰ Vgl. ebd., 86

⁷¹ Vgl. Hanak/ Karazman-Morawetz/ Krajewski (2007), 87

⁷² Vgl. ebd., 89

⁷³ Vgl. <http://www.wien.gv.at/menschen/frauen/frauenabteilung/index.html>, zuletzt geöffnet am 03.07.2011

Die Leitstelle agiert seit 1998 und ist Teil der Stadtbaudirektion Wien. Ihre Arbeit geht auf die Initiative von Dipl. Ing. Eva Kail zurück, die von 1992 bis 1997 ein Frauenbüro leitete, welches sich u.a. auch mit Planungsschwerpunkten auseinandergesetzt hatte.⁷⁴

Im Mittelpunkt der Arbeit der Leitstelle stehen die Bedürfnisse von Frauen in den Bereichen Architektur, Stadt-, Verkehrs- und Landschaftsplanung. Neben dem Ziel, dass alltägliche Leben von Frauen und Müttern zu erleichtern, konzentriert sich die Arbeit der Leitstelle auch auf das Beseitigen von Belästigungen und Gefährdungen von Frauen im öffentlichen Raum.⁷⁵

6.4.1. „Draußen einfach sicher – Mehr Bewegungsraum für Frauen in der Stadt“

In den 90er Jahren hat die MA18 (Stadtstrukturplanung) gemeinsam mit der MA57 (damals noch Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten) eine Vorstudie beim Österreichischen Ökologie-Institut für frauengerechte Stadtplanung in Auftrag gegeben.

Hintergrund war jener, dass Frauen oft nicht angstfrei den öffentlichen Raum benützen können und dadurch in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Oft ist die Folge, dass Frauen Umwege in Kauf nehmen müssen, auf das Auto angewiesen sind oder sogar entscheiden, lieber zu Hause zu bleiben. Um dieser Fehlentwicklung entgegenzuwirken, müssen Maßnahmen gesetzt werden.⁷⁶

Freiraumgestaltung wäre eine Maßnahme. Wichtig ist natürlich, dass der Aspekt der Sicherheit für Frauen im öffentlichen Raum bereits früh im Planungsprozess berücksichtigt werden muss.⁷⁷

Basierend auf diese Vorstudie aus dem Jahr 1992, publizierte die MA 57 1995 „Richtlinien für eine Sichere Stadt. Beispiele für die Planung und Gestaltung sicherer öffentlicher Räume“.

6.4.2. Richtlinien für eine sichere Stadt

Die damalige Vizebürgermeisterin und Frauenstadträtin Grete Laska sah in der Publikation „Richtlinien für eine sichere Stadt“ einen Leitfaden für Planungsbüros, ArchitektInnen und

⁷⁴ Vgl. MA 18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung (2002) 29

⁷⁵ Vgl. <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/alltagundfrauen/leitstelle/index.html>, zuletzt geöffnet am 03.07.2011

⁷⁶ Vgl. Ruland (1992), 2

⁷⁷ Vgl. ebd., 4

Universitäten, damit in Zukunft „Frauenanliegen – auch im Planungsbereich – zu einer Selbstverständlichkeit“⁷⁸ werden.

Folgende Gestaltungskriterien⁷⁹ sind laut Publikation für sichere öffentliche Räume notwendig

- Orientierung
 - Zurecht finden durch übersichtliche Wegeführung
 - Deutliche Kennzeichnung von Eingängen und Wegverbindungen

- Übersicht
 - Erkennen und die Situation überblicken
 - Ausreichende Beleuchtung
 - Rechtzeitiges Einblicken in Nischen, Ecken, Gebüschränder

- Einsehbarkeit
 - Einblicke gewähren
 - Intakte Sichtverbindung zwischen Innen- und Außenraum
 - Gute Sichtbarkeit bzw. Einsehbarkeit bei Eingängen zu Wohnhäusern, Parks, Plätze, usw.
 - Transparente Gestaltung von Aufzügen, Stiegenhäusern und Haltestellen
 - Beleuchtung und Belichtung
 - Sehen und gesehen werden
 - Gute und ausreichende Belichtung
 - Vermeidung von Blendung und Verschattung

- Zugänglichkeit
 - Hindernisfreiheit von Wegen, Anbindung an den öffentlichen Verkehr
 - Haltestellen auf sicheren, belebten, möglichst direkten Wegen
 - Alternative von Fluchtwegen

- Belebung

⁷⁸ Tillner (1995), 3

⁷⁹ Vgl. ebd., 9ff

- Präsenz von Menschen durch hohe Aufenthaltsqualität attraktive gestalteter Orte
 - Ansiedlung stark frequentierter Einrichtungen
 - Es besteht die Möglichkeit Hilfe zu erbitten und zu bekommen; Belebtheit wirkt auf potentielle Täter hemmend oder sogar abschreckend
- Verantwortlichkeit
 - Positive soziale Kontrolle und Übernahme von Verantwortung durch Identifikation der AnrainerInnen mit dem Gebiet, in dem sie wohnen, arbeitet und leben
 - Voraussetzung: Überschaubarkeit der Größe von Wohnkomplexen, Unterteilung in übersichtlichen Einheiten, Schaffen von Möglichkeiten zum Kennenlernen, für Identifikation und Kommunikation
 - Indem verschiedene Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Einkaufshäuser, Cafés etc. beieinander angesiedelt sind, werden Plätze ständig besiedelt. Außerdem fördern diese Einrichtungen die Kommunikation zwischen den BezirksbewohnerInnen.⁸⁰
- Konfliktvermeidung
 - Räumliche Situationen können Konflikte vermeiden
 - Unterscheidbarkeit von öffentlichen und privaten Flächen

Im zweiten Teil von „Richtlinien für eine sichere Stadt“ wird auf die Tatsache hingewiesen, dass bei der Planung und Gestaltung einer Stadt bereits notwendige Akzente gesetzt werden müssen bzw. können. So wird in diesem Bericht festgestellt, dass „monofunktionalen Stadtteilen“⁸¹ Unsicherheit hervorheben, weil gewissen Stadtteile nur zu bestimmten Tageszeiten belebt sind, zu anderen wiederum ausgestorben wirken. Deshalb ist es wichtig, dass öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Ämter, Parkhäuser und Gastbetriebe, richtig angeordnet werden.

- Wohnen

Die Lebens- und Wohnformen haben in den letzten Jahren eine Veränderung erlebt, daher ist ein vielfältiges Angebot an Wohnungstypen notwendig. Eine Mischung der unterschiedlichen Wohnungstypen und Wohnungsgrößen pro Gebäude bewirkt, dass BewohnerInnen mit

⁸⁰ Vgl. Tillner (1995), 17

⁸¹ ebd., 18

unterschiedlichen Alltagsabläufen einziehen und damit die Wohnhausanlage durchgehend belebt werden kann. Indem große Wohnkomplexe unterteilt werden, wird der Anonymität entgegengewirkt.

Die MA 57 empfiehlt weiters, Wohnkomplexen bzw. Wohnhausanlagen mit maximal 5 Geschossen, damit ein Rufkontakt möglich ist. Außerdem kann ein Innenhof das Sicherheitsgefühl stärken.⁸²

- Bauliche Gestaltung

- Fassaden

„Fassaden sind Nahtstellen zwischen öffentlichem Straßenraum und Gebäuden“.⁸³ Indem Fassaden lichtdurchlässig und offen angelegt werden – mit Glaswänden, verschiebbaren Glaselementen, Loggia und Sonnenschutz – lässt sich der Wohnbau zu Straße hin öffnen. Als Beispiel wird hier zum Beispiel ein Wohnbau auf der Brünner Straße (21. Bezirk) genannt.

Hingegen U-Bahn Stationen mit braun getöntem Glas einen Sichtkontakt nach innen und außen verhindern und damit Angsträume entstehen lassen.

Genauso verhält es sich mit geschlossenen Geschäften: nach Ladenschluss sollten statt Rollläden, besser Gitter und lichtdurchlässige Rollläden heruntergezogen werden, damit das Licht der Auslagen den Gehsteig beleuchten kann.⁸⁴

- Eingangsbereiche

Ein „Eingang ist der Übergang zwischen öffentlichem und privatem Raum“ (Tillner 26.). Ein gut einsehbarer Eingang wirkt sich nicht nur auf das Sicherheitsgefühl aus, sondern erhöht auch die Verantwortungsbereitschaft und die soziale Kontrolle von MitbewohnerInnen.

Eingangsbereiche, die vorwiegend aus Glas gestaltet werden, in etwa eine Glastüre oder große Fenster, ermöglichen das Ein- und Überblicken des Eingangsbereichs vor dem Öffnen und erhöhen damit das Sicherheitsgefühl. (Vgl. Tillner, 26)

- Innenhöfe, Mistplätze, Abstellräume, Waschküchen

Liegen Waschräume und Abstellräume in der Wohnanlage, ist eine soziale Kontrolle möglich und bereitet Hausfremden den Zutritt schwieriger.

⁸² Vgl. Tillner (1995), 20ff

⁸³ Tillner (1995), 25

⁸⁴ Vgl. Tillner (1995), 25

Liegen diese Plätze außerhalb des Wohngebäudes, gehören sie zum übergeordneten Erschließungswegenetz. Sie „sind auf übersichtlichen, möglichst geraden Wegen gut zu erreichen und kontrollierbar angeordnet“⁸⁵. Nischen und Verwinklungen bereiten oftmals ein unangenehmes Gefühl, sollten daher vermieden werden und von klar und übersichtlich eingeteilten Räumen ersetzt werden.

Indem eine Sichtverbindung auf die Innenhöfe, Eingangs- und Gehwegbereiche geschaffen wird, kann eine soziale Kontrolle gewährleistet werden.

Türen sollten leicht zu öffnen und abschließbar sein, gleichzeitig nach außen aufgehen, damit die Weg- und Fluchtzeit verkürzt wird.

Außerdem ermöglichen Glastüren zum Keller, Tiefgarage, usw. (= innere Erschließung) einen Überblick vor dem Öffnen.⁸⁶

- Erschließung

- Langsamer Verkehr

1995 wurden „67% aller Fußwege, 53% aller Radwege, 58% aller Wege mit öffentlichen Verkehrsmitteln und nur 40% aller Wege mit dem privaten PKW von Frauen zurückgelegt“⁸⁷

Indem sich Verkehrskonzepte an den Interessen der BenutzerInnen orientieren, werden auch die Anforderungen an Sicherheit und Sicherheitsgefühl berücksichtigt.

Ein flächendeckendes Netz von Fuß- und Radwegen ist für die Mobilität für Frauen ausschlaggebend: Indem Wegzeiten verkürzt werden, wird das Sicherheitsgefühl bei Frauen erhöht. Außerdem trägt ein klarer Aufbau des Straßen- und Wegenetzes zur besseren Orientierung bei. Wegführungen in Mischgebieten sind angenehmer, weil diese Plätze gleichmäßig belebt und besser kontrollierbar sind. Außerdem sollten für Wege durch Parks und Unterführungen Alternativrouten gegeben sein.

Indem Geh- und Radwege parallel geführt werden, können weniger genutzte Gebiete, belebter und damit sicherer gestaltet werden.

⁸⁵ ebd., 29

⁸⁶ Vgl. Tillner (1995), 29

⁸⁷ ebd., 30

Weiters beschleunigen längere Grünphasen die Wege von RadfahrerInnen und FußgängerInnen.⁸⁸

– Gehsteige

Um einen angenehmen Gehkomfort sowie Übersicht und Orientierung zu gewährleisten, müssen Gehsteige entlang von Gebäuden mindestens 2,5 m breit sein. Außerdem bieten Gehsteige auf beiden Straßenseiten die Wahlmöglichkeit offen.⁸⁹

Indem eine Sichtverbindung zwischen Fahrbahn und den Fuß- und Radwegen gegeben ist, wird die soziale Kontrolle gefördert. Um die Sichtverbindung zu gewährleisten, sollte auf hohe Wegbegrenzungen sowie auf Sträucher größer als einen Meter verzichtet werden um eine unangenehme Schluchtwirkung zu vermeiden.

Führt eine Parkspur parallel zur FußgängerInnenspur, sollte diese regelmäßig unterbrochen werden, damit die Übersicht und die Überquerung der Fahrbahn möglich ist.

Außerdem fördern gute Belichtung und Beleuchtung von Gehsteigen und Wegen die persönliche und soziale Kontrolle. Öffentliche Plätze können durch Verweilmöglichkeiten belebter gemacht werden und damit die soziale Kontrolle fördern.⁹⁰

– Unterführung, Durchgänge

Damit Unterführungen und Durchgänge nicht zu Angsträumen werden, sollten diese kurz und ohne Nischen und potentielle Versteckungsmöglichkeiten sein, damit ein Durchsehen möglich ist. Ist eine Kurve oder Ecke unvermeidbar, empfiehlt es sich einen Spiegel anzubringen. Damit PassantInnen nicht zu eng aneinander vorbeigehen müssen, sollten Durchgänge mindestens 3m hoch und 3,5m breit sein.

Um das Wohlbefindlichkeitsgefühl zu stärken, sollten Durchgänge nicht von Vorbauten und Pflanzen verbaut sein, sowie innen als auch außen ausreichend beleuchtet sein. Ein heller Anstrich lässt den Durchgang bzw. eine Unterführung freundlicher und heller erscheinen.

Indem große Durchgänge vielseitig genutzt werden, in etwa die Passage am Karlsplatz, können Räume belebt und die soziale Kontrolle gefördert werden.⁹¹

– Haltestellen

⁸⁸ Vgl. ebd., 30

⁸⁹ Vgl. ebd., 32

⁹⁰ Vgl. Tillner (1995), 36f

⁹¹ Vgl. ebd., 39

Die Publikation von 1995 sagt aus, dass Frauen in Wien seltener über ein eigenes Auto verfügen als Männer, daher „in höherem Maß auf die gute Benützbarkeit der öffentlichen Verkehrsmitteln angewiesen sind“.⁹²

Frauen gehen am Abend oft nicht mehr außer Haus, weil „lange Intervalle des öffentlichen Verkehrs, Wartezeiten an z.T. abgelegenen Haltestellen und das frühe Betriebsende der Randbezirkslinien“⁹³ die Bewegungsfreiheit der Frauen einschränkt. Die Verbesserung liegt in „der flächendeckenden Erschließung, kurze Intervalle, aufeinander abgestimmte Fahrpläne und kurze Wartezeiten an Haltestellen“.⁹⁴

Haltestellen sollen so angesiedelt werden, dass der Bereich rundherum gut überschaubar ist, das heißt auf Mauern und Sträucher sollte hier verzichtet werden. Weiters muss der Bereich genug Platz bieten, damit es zu keiner Konfliktsituation zwischen Wartenden und PassantInnen kommen kann. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die richtige Belichtung und Beleuchtung von Haltestellen, sowie ein gut lesbarer Fahrplan.⁹⁵ Bei der Beleuchtung spielt „der fließende Übergang der Helligkeit zwischen Haltestelle und ihrer Umgebung“ eine wichtige Rolle, damit Wartende nicht „im Rampenlicht stehen und ins Dunkle schauen“.⁹⁶ Transparente Haltestellen, sowie City Light Stationen bieten ein größeres Sicherheitsgefühl.⁹⁷

Passend dazu, macht die Wiener Frauenstadträtin Sandra Frauenberger in der Broschüre „Sicherheitstipps für Frauen und Mädchen“ auf die Möglichkeit aufmerksam, dass ausgewählte Taxi Unternehmen sogenannte „Lady Taxi“ anbieten, d.h. Frauen können eine Fahrerin anfordern.⁹⁸

– U-Bahnstationen, Bahnhöfe

In Bahnhöfen unterscheidet man zwischen formeller Kontrolle (Sicherheitspersonal) und informeller Kontrolle (ZeitungsverkäuferInnen, Reinigungs- und Wartungspersonal). Weiters beleben Fahrkartenschalter/-automaten, Kioske die Wartehallen und bieten gleichzeitig eine soziale Kontrolle.

Die informelle und soziale Kontrolle wird durch eine gute Einsehbarkeit und Übersichtlichkeit der Zugänge erhöht.

⁹² ebd., 41

⁹³ ebd., 41

⁹⁴ ebd., 41

⁹⁵ Vgl. ebd., 41

⁹⁶ ebd., 42

⁹⁷ ebd., 43

⁹⁸ Bauer (2007) 29

Außerdem ist es von Vorteil, sanitäre Anlagen mit einem Personal zu besetzen bzw. in der Nähe von zentralen Plätzen anzusiedeln, damit sie besser kontrollierbar sind.

Transparente Lifte bei U-Bahnstationen erhöhen das Sicherheitsgefühl, genauso wie helle Farben, Videoüberwachung, Lautsprechanlagen und Notrufsäulen.⁹⁹

– Abstellmöglichkeiten: Parkplätze, Parkhäuser und Tiefgaragen

Werden große, nicht überschaubare Parkplätze in kleinere Einheiten mit eigenen Zugängen unterteilt, wird das Sicherheitsgefühl erhöht. Weiters benötigt es an Orientierungspunkten, wie niedrige Sträucher und hochstämmigen Bäumen, sowie an gute Ausleuchtung der Abstellfläche.¹⁰⁰

Um das Sicherheitsgefühl der ParkerInnen entgegenzukommen, sind Überwachung mit Personal oder Videokameras und Zutrittsüberwachung sinnvoll. Das Treppenhaus sollte mind. zwei Meter breit sein und gut ausgeleuchtet sein. Genauso wie bei Wohnungseingängen, sollten die Türen zu Parkhäusern und Tiefgaragen transparent sein, sowie auf Vermeidung von Nischen und Winkeln sowie Helligkeit geachtet werden.¹⁰¹

- Grünräume

Bei der Parkgestaltung wird der Stellenwert der Sicherheit zu Gunsten der Nutzbarkeit nach hinten gestellt. Trotz allem empfiehlt die MA 57 bei den Hauptwegen auf dichtes Buschwerk zu verzichten und den Weg direkt und gut beleuchtet anzulegen. Genauso wie bei Haltestellen, bewirkt die Ansiedlung von öffentlichen Einrichtungen eine Belebung und damit eine höhere soziale Kontrolle.¹⁰²

- Beleuchtung

Die richtige Beleuchtung ist ausschlaggebend für das „Sehen“ und „gesehen werden“. Wichtig ist, dass Leuchtkörper so angebracht werden, dass sie „nicht durch bauliche Gegebenheiten, Verkehrsschildern und Hinweistafeln verdeckt oder abgeschwächt“¹⁰³ werden.

Nach Auskunft der Leitstelle finden diese Aspekte bei neuen Gestaltungen im Einflussbereich der Stadtverwaltung (Parks, Straßen und geförderter Wohnbau) Anklang, wobei „noch nicht

⁹⁹ Vgl. Tillner (1995), 44f

¹⁰⁰ Vgl. ebd., 46

¹⁰¹ Vgl. ebd., 47

¹⁰² Vgl. ebd., 49ff

¹⁰³ ebd., 53

von einer systematischen Berücksichtigung aller angeführten Kriterien ausgegangen werden kann.“¹⁰⁴

Während in Österreich frauengerechte Planung noch kein Thema war, war in den 1980er Jahren in den Niederlande die Berücksichtigung der Sicherheit von Frauen im öffentlichen Freiraum bereits fester Bestandteil der Freiraumplanung.¹⁰⁵ Deutschland zog hier nach und 1991 erschien die Publikation „Sicherheit im öffentlichen Raum. Städtebauliche und planerische Maßnahmen zur Verminderung von Gewalt“. Einerseits beinhaltet die Publikation die Übersetzung des niederländischen Kriterienkatalogs¹⁰⁶ und andererseits Fallbeispiele aus Deutschland.

Mitte der 1980er Jahre brachten Frauen und Frauengruppen in den Niederlande das Thema der sexuellen Gewalt im öffentlichen Raum zur Sprache. Die Folge war, dass eine Kommission gegründet wurde, die erstmals einen Zusammenhang von Kriminalität und räumlicher Gestaltung zog. Daraufhin wurden erstmals Projekte gestartet, um „Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum (zu) realisieren“¹⁰⁷. Das 1984 initiierte Projekt „buiten gewoon veilig“ (dt. „Sicherheit im öffentlichen Raum“) machte eine Bestandsaufnahme um später „räumliche Maßnahmen (zu) ermitteln und Kriterien zur Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum (zu) entwickeln“¹⁰⁸.

Der daraus resultierende Kriterienkatalog (1987) gliederte sich in zwei Teile: zu einem bietet er Lösungsvorschläge für die Verbesserung der Sicherheit in Quartier und Stadtteil und zum anderen Verbesserung der Sicherheit in der Stadt.¹⁰⁹ Viele der Forderungen und Vorschläge fanden sich in den Gestaltungskriterien der Publikation „Richtlinien für eine sichere Stadt“ wieder.

Neben der ausführlichen Publikation „Richtlinien für eine sichere Stadt“ hat die MA57 1996 auch einen Leitfaden für „Sicherheit in Wohnhausanlagen“ herausgegeben.

¹⁰⁴ Vgl. schriftliches Interview vom 13.05.2009 mit Frau Dipl.Ing.in Claudia Prinz-Brandenburg, Leitstelle für Alltags- und Frauengerechtes Planen und Wohnen der Stadt Wien. Siehe Anhang

¹⁰⁵ Vgl. Ruland (1999), 9

¹⁰⁶ Herausgegeben von der Stiftung Vrouwen Bouwen & Wonen

¹⁰⁷ Siemonsen/ Zauke (1991), 13

¹⁰⁸ ebd., 14

¹⁰⁹ Der Kriterienkatalog wurde von Kerstin Siemonsen im Buch „Sicherheit im öffentlichen Raum“ übersetzt und gleichzeitig auch gekürzt.

6.4.3. „Sicherheitstips für Frauen“

1997 folgten „Sicherheitstips (sic!) für Frauen“, ebenfalls von der MA57 in Auftrag gegeben. Die Broschüre stellt gleich zu Beginn fest, dass „die wirksamste Maßnahme im Interesse der Sicherheit von Frauen (...), ihre ökonomische und soziale Gleichstellung und ihre gleichberechtigte Teilnahme an allen Entscheidungsprozessen - von der Gesetzgebung bis zur Stadtgestaltung“¹¹⁰ ist. Die Publikation selbst versteht sich als Ratgeberin für Mädchen und Frauen, die Strategien und Tipps liefern, wie „frau“ sich gegen belästigende oder gewalttätige Männer wehren kann.¹¹¹

6.4.4. Sicherheitstipps für Frauen und Mädchen

2008 folgte dann die Broschüre „Sicherheitstipps für Frauen und Mädchen“, die von Frauenstadträtin Sandra Frauenberger herausgegeben wurde. Sie zählt zu der aktuellsten Broschüre der Stadt Wien, die sich mit dem Thema Frauen und Sicherheit beschäftigt. Die Broschüre will als Hilfestellung dienen und Frauen und Mädchen informieren, welche Möglichkeiten es gibt, die eigene Sicherheit in bestimmten Situationen zu erhöhen.¹¹²

Gleich zu Beginn wird festgehalten, wie wichtig es ist, dass sich Mädchen und Frauen sicher fühlen. Ein Selbstverteidigungskurs etwa, kann positive Auswirkungen auf das Selbstbewusstsein der Frauen und Mädchen haben. Eine Liste unterschiedlicher AnbieterInnen soll Leserinnen dazu aufmuntern, solch einen Kurs zu besuchen.

Weiters gibt die Publikationen Tipps speziell für Mädchen sowie für Frauen und Mädchen mit Behinderungen. Auch hier werden wichtige Adressen im Anschluss angeführt.

Angsträume werden in der Broschüre ebenfalls angesprochen und welche Möglichkeiten es gibt, solche verschwinden zu lassen: scheint der Hauseingang etwa zu wenig beleuchtet, können sich Mieterinnen an das Lichttelefon der Stadt Wien oder an das Mietertelefon wenden.

„Sicherheitstipps für Frauen und Mädchen“ bietet auch Unterstützung hinsichtlich sicherem Wohnen und ein sicheres Unterwegs.

Daraufhin gibt der Ratgeber nützliche Hinweise und Tipps, wie man sich gegen sexuelle Belästigung, Stalking, Gewalt in der Familie und rassistisch motivierte Gewalt wehren kann.

Aber auch, an wen sich Frauen und Mädchen nach einer Vergewaltigung wenden können.

Abgerundet wird der Ratgeber mit einem Appell, dass uns Sicherheit alle angeht und dass man handeln soll, wenn man Vorfälle beobachtet.

¹¹⁰ Feigl (1997), 6

¹¹¹ Vgl. ebd., 7

¹¹² Vgl. Bauer (2007), 8

6.5. Lichttelefon

Unter einer kostenlosen Nummer können BürgerInnen 24 Stunden täglich die MA 33 (Öffentliche Beleuchtung) über defekte Lampen oder schlecht beleuchtete Plätze informieren.¹¹³

Auch die Broschüre „Sicherheitstips für Frauen“ weist auf die Möglichkeit hin, dass man die MA 33 auf unzureichend beleuchtete Plätze und Durchgänge aufmerksam machen kann.¹¹⁴

Neben der Betreuung des Lichttelefons, versuchen die MitarbeiterInnen der MA 33 in erster Linie, die Anforderungen einer idealen Beleuchtung umzusetzen: sei es die Verkehrssicherheit, der Schutz vor kriminellen Übergriffen als auch die Orientierung in der Dunkelheit. Die Umsetzung erfolgt in verschiedenster Weise: VerkehrsteilnehmerInnen werden beispielsweise durch eine stärkere Beleuchtung auf eine gefährliche Stelle aufmerksam gemacht. Indem man öffentliche Plätze und Parkanlagen lichttechnisch richtig gestaltet, können Angsträume beseitigt werden und damit vor allem Frauen und ältere Menschen die gleichen Mobilitätschancen bieten.¹¹⁵

Der Internetauftritt der MA 33 macht deutlich, dass insbesondere die Bedürfnisse von jungen Mädchen und älteren Frauen eine zentrale Rolle für deren Arbeit bedeuten. Infolgedessen setzt die MA 33 bei laufenden Instandhaltungen die bestehende Beleuchtung im Sinne des Gender Mainstreaming um.

Wichtig ist allerdings noch zu sagen, dass von einer funktionellen Straßenbeleuchtung selbstverständlich Frauen und Männer gleichermaßen profitieren.¹¹⁶

7. Politische Parteien

¹¹³ Vgl. <http://www.wien.gv.at/amtshelfer/verkehr/licht/stoerungsmeldung/beleuchtung.html>, zuletzt geöffnet am 03.07.2011

¹¹⁴ Vgl. Feigl (1997), 21

¹¹⁵ Vgl. <http://www.wien.gv.at/verkehr/licht/beleuchtung/oeffentlich/strassenbeleuchtung.html>, zuletzt geöffnet am 28.07.2011

¹¹⁶ Vgl. <http://www.wien.gv.at/menschen/gendermainstreaming/beispiele/beleuchtung.html>, zuletzt geöffnet am 12.06.2011

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit konkreten Projekten, Vorschlägen und Ideen der im Gemeinderat vertretenden Parteien in Wien. Neben den Wahlprogrammen bzw. Parteiprogrammen, spielen in diesem Kapitel vor allem OTS-Aussendungen und Diskussionen im Gemeinderat eine wichtige Rolle.

7.1. SPÖ

Im November 2010 hat sich die SPÖ zuletzt öffentlich mit dem Thema Sicherheit auseinandergesetzt, als es darum ging, das Regierungsübereinkommen mit den Grünen, nach den Gemeinde- und Landtagswahlen zu präsentieren.

In dem 77-Seitigen Regierungsübereinkommen „Gemeinsame Wege für Wien“ skizzieren die neuen Koalitionspartner auf einer A4-Seite, wie beide Parteien ein „sicheres Wien“ gewährleisten möchten.

Die rot-grüne Stadtregierung hat einen sehr weiten Begriff von „Sicherheit“ definiert, denn er bedeutet neben „sich wohlfühlen in Wien“ auch

„soziale Sicherheit – durch eine aktive Bildungs-, Beschäftigungs-, Sozial-, Gesundheits- und Wohnungspolitik. Sicherheit vor Natur- und Umweltkatastrophen (...), durch eine aktive Umweltpolitik oder eine gut ausgerüstete Wiener Feuerwehr und Wiener Rettung. Sicherheit vor Energiekrisen („Black-outs“) durch eine verantwortungsbewusste Energiepolitik. Ebenso Sicherheit vor politischer Gewalt (Radikalismus, Terrorismus) und natürlich Schutz vor Kriminalität, Kriminaltourismus und organisierter Kriminalität – durch eine ausreichend vorhandene und ausgestattete Polizei.“¹¹⁷

Für die SPÖ ist klar, dass Wien eine der „sichersten Großstädte der Welt“¹¹⁸ ist und dass auch in Zukunft daran gearbeitet wird, dass sie es bleibt, sowie dort sicher zu machen, wo es notwendig ist.

Das Zugeständnis der Koalitionsparteien, dass „bei der Planung und Gestaltung von öffentlichem Raum weiter darauf geachtet werden“ soll, „dass Angsträume und uneinsehbare

¹¹⁷ http://wien.gruene.at/uploads/regierungsuebereinkommen_gruenrot.pdf, 56

¹¹⁸ ebd., 56

Ecken vermieden werden sowie auf hinreichende Beleuchtung geachtet wird¹¹⁹ ist für meine Diplomarbeit ein wichtiger Punkt.

Dazu kommt, dass die Stadt Wien der Polizei in den letzten Jahren Aufgaben abgenommen hat (Bsp. Meldegesetz, Passamt, Fundwesen usw.) und dadurch die Polizei entlasten werden konnte, um sich den Sicherheitsaufgaben zu widmen.¹²⁰

Daneben spielen die unterschiedlichen Ordnungsdienste der Stadt Wien eine wichtige Rolle, „Ziel ist vor allem die Sicherstellung einer (...) Sauberkeit und Ordnung in unterschiedlichsten Lebensräumen“¹²¹, die in Zukunft einheitlich gekennzeichnet werden sollen.

Scharfe Kritik übte die ÖVP Wien am Sicherheitskonzept der Rot-Grünen Koalition. Insbesondere stößt ihnen die Allgemeinheit der einseitigen Formulierung auf und sie vermissen konkrete Lösungsvorschläge „zu den Verwahrlosungstendenzen in vielen Wiener Bezirken“, zur Graffiti- und Prostitutionsproblematik als auch zur Bettlerei.¹²² Als einzig Positiv zu bewerten ist die Tatsache, dass man in Zukunft die Ordnungsdienste einheitlich kennzeichnen möchte, da die ÖVP das schon lange gefordert hat.¹²³

Seit die SPÖ mit den Grünen das Regierungsübereinkommen unterzeichnet hat, hat sich die Mehrheitsfraktion lange Zeit nicht mehr öffentlich zu diesem Thema geäußert. Davor hat ein „Sicherheitspaket“ zwischen der Stadt Wien und dem Innenministerium hohe Wellen geschlagen: in den letzten Tagen der Intensivwahlkampfphase der Gemeinde- und Landtagswahlen im Oktober 2010 ließ die SPÖ mit einem Sicherheitspakt aufhorchen: ein Pakt zwischen der Stadt Wien und dem Innenministerium sicherte 1.000 PolizistInnen mehr für Wien. Die SPÖ Wien heftete sich den Erfolg auf ihre Fahnen und versuchte damit den Oppositionsparteien den Wind aus den Segeln zu nehmen.¹²⁴ Im Juli 2011 wurde diese Sicherheitspartnerschaft mit Innenministerin Johanna Mikl-Leitner erneuert.¹²⁵

¹¹⁹ ebd., 56

¹²⁰ Vgl. ebd., 56

¹²¹ http://wien.gruene.at/uploads/regierungsuebereinkommen_gruenrot.pdf, 56

¹²² Vgl. OTS 0021 || 0368 VPR0001 VP-Ulm: Rot-Grün ist Gefahr für Wiens Sicherheit

¹²³ Vgl. OTS0014 || 0302 NVW0002 VP-Marek zu Rot-Grün: Eiskalte Entscheidung der paktierten Wahlrechtsreform in Arbeitsgruppe

¹²⁴ Vgl. zB.: OTS 0378 || DS 10003 Sicherheitspakt – SP-Schuster: „Bürgermeister Häupl erkämpft 1000 Polizisten mehr für Wien“

¹²⁵ Vgl. <http://wien.spoe.at/sicherheit/sicherheitspartnerschaft-2011-fuer-wien>, zuletzt geöffnet am 20.07.2011

Dieser „Sicherheitspakt“ kann als Gipfel der vielen vorangegangenen Diskussionen gesehen werden: nachdem die SPÖ Wien die Schwarz-Blaue Regierung für den Personalnotstand in der Polizei verantwortlich gemacht hat¹²⁶, forderte der SP-Sicherheitssprecher, LAbg. Godwin Schuster, im Sommer 2008 den damaligen Finanzminister Wilhelm Molterer und die ehemalige Innenministerin Maria Fekter auf, die in Wien fehlenden 1.000 PolizistInnen zu genehmigen.¹²⁷

Im Mai 2009 startete die SPÖ Wien eine „Unterschriftenaktion für mehr Sicherheit“¹²⁸. Als im November 2009 über 66.000 WienerInnen die Aktion der SPÖ mit ihrer Unterschrift unterstützt hatten, richtete sich SPÖ-Landespartei sekretär LAbg. Christian Deutsch mit einem offenen Brief an die damalige Innenministerin Maria Fekter, wo er sie erneut aufforderte, zusätzliche 1.000 PolizistInnen in Wien einzusetzen.¹²⁹ Wie bereits oben erwähnt, wurde der Forderung erst ein Jahr später von Innenministerin Maria Fekter zugestimmt.

Die FPÖ kritisierte die Unterschriften-Aktion der SPÖ scharf und FP-Sicherheitssprecher LAbg. Mag. Johann Gudenus bezeichnete die Aktion als „reine Augenauswischerei“¹³⁰ und „Farce der Sonderklasse“¹³¹ und forderte die SPÖ auf, endlich zu handeln und keine Bürgernähe vorzutäuschen.

Bis dahin versuchte die Stadtregierung der Polizei so viele Aufgaben abzunehmen, wie es ihnen möglich war. Indem Wien zum Beispiel die Parkraumüberwachung, das Melde-, Fund- und Passwesen der Polizei abgenommen hat, konnten Polizeikräfte für die Kriminalitätsbekämpfung frei gespielt werden.¹³²

¹²⁶ Vgl. OTS 0248 || DSW0006 Deutsch: Mehr Polizistinnen und Polizisten für Wien

¹²⁷ Vgl. OTS 0246 || DS 10004 SP-Schuster an VP-Ulm: Stadtwache kein Beitrag zur Lösung von Armut, Alkohol- und Sicherheitsproblemen

¹²⁸ OTS 0248 || DSW0006 Deutsch: Mehr Polizistinnen und Polizisten für Wien!

¹²⁹ Vgl. OTS 0261 || DSW 0003 SP-Deutsch: Offener Brief an Innenministerin Fekter

¹³⁰ OTS0296 || NFW0010 0215 FP-Gudenus: Populistische Unterschriftenaktionen der SPÖ sind reine Augenauswischerei

¹³¹ Vgl. OTS0177 || NFW0003 0134 FP-Gudenus: SPÖ-Wien soll nicht Unterschriften sammeln, sondern handeln!, 19.01.2010

¹³² Vgl. OTS 0476 || DS 10006 Wr. Gemeinderat – SPÖ fordert von Innenministerin Fekter mehr PolizistInnen für Wien

7.1.1. Maßnahmen der SPÖ Wien

Dazu kommen unterschiedliche Maßnahmen, mit denen die SPÖ Wien die Sicherheit erhöhen möchte:¹³³

- Förderung von Sicherheitstüren und Alarmanlagen

Die Stadt Wien fördert den Einbau von einbruchshemmenden Wohnungseingangstüren mit 20% der Kosten aber maximal 400 Euro je Türflügel. Dazu kommt, dass die Wohnung mindestens 22m² groß sein muss und das Haus vor 20 Jahren errichtet wurde. Für Eigenheime, Kleingartenwohnhäusern und Reihenhäuser zählt die Förderung nicht.¹³⁴

- Bessere Beleuchtung von Wege und Straßen
- Angsträume beseitigen
 - Enge öffentliche Räume (Wartehäuschen, U-Bahnlifte) werden in transparente Räume umgewandelt, damit sie auch von außen einsehbar sind.
 - Durch besondere Gartenpflege und Strauchschnitte werden dunkle und uneinsehbare Ecken in Parkanlagen und Gemeindebauten vermieden, damit das Sicherheitsgefühl gehoben wird

- Videüberwachung

Die SPÖ steht dem Thema Videüberwachung grundsätzlich positiv gegenüber. Vor allem hat man damit positive Erfahrungen im Gemeindebau gemacht. So präsentierte der zuständige Wohnbaustadtrat Dr. Michael Ludwig zuletzt im Mai 2011 eine positive Bilanz: seit 2008 gibt es in ausgewählten Wohnhausanlagen Videüberwachung an neuralgischen Punkten, wie etwa Aufzüge, Garagen, Müllräume und Kellerabteile. Ende des Sommers 2011 werden 22 Wohnhausanlagen in Wien eine Videüberwachung haben. Seit dem Bestehen der Videüberwachung lässt sich ein Rückgang beim Vandalismus, Sachbeschädigung und Diebstähle vermerken.¹³⁵

Bestätigung bekommt Michael Ludwig auch von den BewohnerInnen. Interviews mit BewohnerInnen von jenen Gemeindebauten, wo die Videüberwachung um Probetrieb war, wurden im März 2009 mittels Face-to-Face durchgeführt. Sie zeigten, dass die

¹³³ Vgl. ebd.

¹³⁴ Vgl. <http://www.wien.gv.at/amtshelfer/bauen-wohnen/wohnbaufoerderung/wohnungsverbesserung/eingangstueren.html>, zuletzt geöffnet am 12.07.2011

¹³⁵ Vgl. <http://www.wien.gv.at/rk/msg/2011/05/06017.html>, zuletzt geöffnet am 24.05.2011

BewohnerInnen der Videoüberwachung sehr positiv gegenüberstehen. Außerdem steigerte die Videoüberwachung das subjektive Sicherheitsgefühl der BewohnerInnen.¹³⁶

Die Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls ist nur eine positive Auswirkung der Videoüberwachung für die SPÖ. Sie führt auch zu einer Reduktion der Vandalismus-Schadenskosten und hat eine starke präventive Wirkung.¹³⁷

Bürgermeister Dr. Michael Häupl erwähnt indes immer wieder, dass die gespeicherten Daten nach maximal 72 Stunden überschrieben und automatisch wieder gelöscht werden. Das Bildmaterial wird nur dann gesichert, wenn ein strafrechtlich relevanter Tatbestand besteht. Michael Häupl betonte etwa in einer Gemeinderatssitzung, dass eine hohe präventive Wirkung von der Videoüberwachung ausgeht und sie dementsprechend auch ausgebaut wird.¹³⁸

- Ordnungsdienste

Die unterschiedlichen Ordnungsdienste zählen ebenfalls zu den Maßnahmen, welche die SPÖ Wien in den letzten Jahren gesetzt hat, um die Polizei zu entlasten und das Sicherheitsgefühl der WienerInnen zu fördern.

- WasteWatcher

2008 hat Wien ein Reinhaltegesetz verabschiedet und damit die rechtliche Grundlage für die WasteWatcher geschaffen. Die derzeit 50 hauptberuflichen MitarbeiterInnen achten darauf, dass der öffentliche Raum nicht verunreinigt wird und dürfen gegebenenfalls abmahnen und Organstrafen verhängen. Grundsätzlich möchten sie allerdings nicht nur strafen, sondern aufklären und sensibilisieren, damit die Wiener Hausordnung eingehalten wird.¹³⁹

- Nightliner

Die sogenannten „Nightliner“ achten darauf, dass die Wiener Hausordnung sowohl in der Nacht-U-Bahn als auch in den Nightlines eingehalten wird und arbeiten eng mit der Polizei zusammen.¹⁴⁰

¹³⁶ Vgl. <http://www.wien.gv.at/rk/msg/2010/10/02002.html>, zuletzt geöffnet am 24.05.2011

¹³⁷ Vgl. <http://www.wien.gv.at/rk/msg/2010/09/14021.html>, zuletzt geöffnet am 24.05.2011

¹³⁸ Vgl. GR, Wörtliches Protokoll, 18. WP, 56.Sitzung vom 27.1.2010, 72

¹³⁹ Vgl. <http://www.wien.gv.at/umwelt/ma48/sauberestadt/strassenreinigung/wastewatcher.html>, zuletzt geöffnet am 12.07.2011

¹⁴⁰ Vgl. <http://www.wien.gv.at/verkehr-stadtentwicklung/fahrplan/nachtubahn.html>, zuletzt geöffnet am 12.07.2011

Als die Nightliner im Sommer 2010 ins Leben gerufen worden sind, kritisierte die ÖVP die neue Kapperltruppe scharf. Die Vielzahl der Ordnungsgruppen würden die WienerInnen verunsichern.¹⁴¹

- Kehrforce

30 Kehrforce-MitarbeiterInnen sind u.a. für eine rasche Straßenreinigung und Einkaufswagenentfernung verantwortlich.¹⁴²

- Blaukappler

Ob ein gültiger Parkschein für die Kurzparkzone ausgefüllt ist, kontrollieren in Wien die sogenannten „Blaukappler“.¹⁴³

- Weißkappler

Weißkappler sind für die Überwachung des ruhenden Verkehrs verantwortlich, d.h. sie beanstanden Fahrzeuge, die in zweiter Spur oder im Halteverbot stehen.¹⁴⁴

- Rathauswache

Die Rathauswache gehört zur Berufsfeuerwehr der Stadt Wien und ist somit Mitglied der MA 68. Ihre primäre Aufgabe sind vorbeugender und abwehrender Brandschutz, sowie Objekt- und Personenschutz in ihrem Einsatzgebiet.¹⁴⁵

- Help U

Die Einrichtung Help U feierte im Jänner 2011 sein 5jähriges Bestehen und geht auf eine Initiative der Stadt Wien und den Wiener Linien zurück. Sie achtet darauf, dass es am Karlsplatz zu weniger Konfliktsituationen kommt und beraten die Menschen in schwierigen Lagen.¹⁴⁶

- Stationswarte / U-Bahnaufsicht

300 Stationswarte sorgen für Ordnung in den Haltestellen.¹⁴⁷

Die FPÖ kritisiert immer wieder, dass die U-Bahnaufsicht eine „halbherzige Angelegenheit“ ist, da es ihr an Kompetenzen fehlt und damit den Passagieren keinen Schutz vor Überfällen bieten kann.¹⁴⁸

¹⁴¹ Vgl. OTS0111| 0226 VPR001 VP-Ulm: Stadtwache statt „Nightliner“, der 20sten Kapperltruppe

¹⁴² Vgl. <http://www.wien.gv.at/umwelt/ma48/sauberestadt/strassenreinigung/kehrforce.html>, zuletzt geöffnet am 12.07.2011

¹⁴³ Vgl. http://diepresse.com/home/514787/Schwarz-Weiss-und-Blaukappler_Uniformtraeger-in-Wien?gal=514787&index=2&direct=576975&_vl_backlink=/home/576975/index.do&popup=, zuletzt geöffnet am 01.08.2011

¹⁴⁴ Vgl. <http://www.wien.gv.at/rk/msg/2009/0218/010.html>, zuletzt geöffnet am 24.05..2011

¹⁴⁵ Vgl. <http://www.wien.gv.at/feuerwehr/organisation/rath.htm>, zuletzt geöffnet am 12.07.2011

¹⁴⁶ Vgl. OTS0077 || 0692 NRK0006 5 Jahre Help U: Erfolgreich im Team

¹⁴⁷ Vgl. http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/514787/Schwarz-Weiss-und-Blaukappler_Uniformtraeger-in-Wien?gal=514787&index=6&direct=&_vl_backlink=&popup=, zuletzt geöffnet am 01.08.2011

- Fair Play Team

Seit 2010 sind die Fair Play Teams in 17 Bezirken unterwegs. Die Zweiertteams sind von Mai bis September (Ausnahme: 15. Bezirks, hier ganzjährig) in den Abend- und Nachtstunden auf öffentlichen Plätzen und in Parkanlagen unterwegs und horchen sich die Anliegen der BewohnerInnen an, vermitteln bei Konflikten, informieren über verschiedene Angebote der Stadt und versuchen Alltagsrassismen zu thematisieren und entgegenzuwirken.¹⁴⁹

- Parkwächter
- OrdnungsberaterInnen

OrdnungsberaterInnen sind seit Herbst 2009 in den Gemeindebauten unterwegs, um auf die Einhaltung der Hausordnung aufmerksam zu machen. Sie dürfen Abmahnungen aussprechen und Strafmandate und Anzeigen ausstellen.¹⁵⁰

- „wohnpartner unterwegs“

Die „wohnpartner unterwegs“ sind aus dem Pilotprojekt „Nightwatch“ hervorgegangen und sind in Zweiertteams in den Abendstunden in den Gemeindebauten unterwegs. Sie kümmern sich in erster Linie um Beschwerden in der Wohnhausanlage, wie etwa Lärm oder Nachbarschaftskonflikte.¹⁵¹

- Schwarzkappler

Ticketkontrolleure der Wiener Linien.

- Wiener Linienservice

Der Wiener Linienservice ist seit November 2009 unterwegs, dessen wesentliche Aufgabe es ist, „dass sich durch die Präsenz des Linienservice die Fahrgäste in den Zügen und Bussen in ganz Wien noch wohler und sicherer fühlen.“¹⁵² Zu ihren anderen Aufgaben zählen älteren Passagieren beim Ein- und Aussteigen behilflich zu sein, Auskünfte erteilen aber auch zu strafen, falls gegen die Hausordnung verstoßen wird.¹⁵³

- Reinigungsservice

¹⁴⁸ Vgl. GR, Wörtliches Protokoll, 18. WP, 17. Sitzung vom 25.1.2007, 17

¹⁴⁹ Vgl. <http://www.wien.gv.at/freizeit/bildungjugend/fair-play/>, zuletzt geöffnet am 12.07.2011

¹⁵⁰ Vgl. OTS0238 || 2144 NRK0024 Vizebürgermeister Wohnbaustadtrat Dr. Michael Ludwig: Versprochen und gehalten: das starke Paket für Wiens Gemeindebauten

¹⁵¹ Vgl. ebd.

¹⁵² <http://www.wien.spoe.at/sicherheit/das-wiener-linienservice-eine-truppe-fuer-respekt-und-ruecksichtnahme>, zuletzt geöffnet am 01.08.2011

¹⁵³ Vgl. ebd.

Der Reinigungsservice der Wiener Linien wurde gleichzeitig mit dem Linienservice im November 2009 ins Leben gerufen. 50 MitarbeiterInnen sorgen zwischen 08:30 und 16:30 für mehr Sauberkeit in den U-Bahn-Fahrzeugen.¹⁵⁴

- Naturwacht

und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen¹⁵⁵

- Fischereiaufseher

Achten auf die Einhaltung des Gesetzes.¹⁵⁶ Der Aufgabenbereich der ehrenamtlichen MitarbeiterInnen der Naturwacht sind vielfältig, u.a. unterstützen sie die „Einhaltung der Vorschriften des Wiener Naturschutzgesetzes

- Grillplatzmeister

Grillplatzmeister sind zwischen 9 und 21 Uhr auf der Donauinsel unterwegs und achten darauf, dass die Sicherheitsregeln eingehalten werden, verhindern eine Doppelbelegung der Grillplätze und klären Problemsituationen und Missverständnisse.¹⁵⁷

- Info-Service Donauinsel (neu)

Die Inselinfo gibt es seit dem Frühjahr 2010 und die MitarbeiterInnen beantworten alle Fragen rund um die Insel.¹⁵⁸

- SAM

Die Einrichtung SAM gibt es seit Oktober 2007 in Wien und die Abkürzung steht für „Sozial – Sicher – Aktiv – Mobil“. SAM ist derzeit am Julius-Tandler-Platz und am Praterstern im Einsatz, dort bieten die MitarbeiterInnen professionelle Hilfe für wohnungslose oder suchtmittelabhängige Personen und bieten den AnrainerInnen, Geschäftsleute usw. Unterstützung an. „Ziel ist es, die objektive Sicherheit und das subjektive Sicherheitsgefühl an öffentlichen Orten zu erhöhen.“¹⁵⁹

Die Opposition bzw. auch die jetzigen Koalitionspartner, die Grünen kritisier(t)en die vielen Ordnungsdienste der SPÖ Wien. Vor allem wenn ein neuer Ordnungstrupp ins Leben gerufen wurde, reagierte die Opposition mit Missverständnis. Die FPÖ nennt die SPÖ Wien gar

¹⁵⁴ Vgl. <http://www.wienerlinien.at/wl/ep/contentView.do/contentTypeId/1001/channelId/-26075/programId/9419/pageTypeId/9081/contentId/25113>, zuletzt geöffnet am 12.07.2011

¹⁵⁵ <http://www.wien.gv.at/umweltschutz/naturschutz/gebiet/naturwacht.html>, zuletzt geöffnet am 12.07.2011

¹⁵⁶ Vgl. <http://www.wien.gv.at/recht/landesrecht-wien/rechtsvorschriften/html/19000000.htm>, zuletzt geöffnet am 12.07.2011

¹⁵⁷ Vgl. http://www.wienerbezirksblatt.at/inhalt/service/aemter_behoerden/12907, zuletzt geöffnet am 12.07.2011

¹⁵⁸ Vgl. <http://www.floridsdorf.spoe.at/info-center/inselinfo-neues-info-center-auf-der-donauinsel>, zuletzt geöffnet am 12.07.2011

¹⁵⁹ <http://www.vws.or.at/vws/themen/sam-sozial---sicher---aktiv---mobil.html>, zuletzt geöffnet am 12.07.2011

„Kopfbedeckungsfetischisten“ die „bekapplerle Einheiten in unterschiedlichsten Gewandungen am Fließband produzieren.“¹⁶⁰ Die ÖVP fordert indes ein Stopp des „Kapperlchaos“ und fordert „eine einheitlich uniformierte Stadtwache durch die Zusammenlegung aller bestehenden Ordnungsdienste“.¹⁶¹

7.1.2. Wiener SPÖ Frauen

Im März 2010 startete die Umfrage „Frauen leben Wien. Frauen prägen Wien“ der Wiener SPÖ-Frauen. Im Zeitraum vom 4. bis einschließlich 26. März beantworteten mehr als 6.500 Frauen den Fragebogen, u.a. zum Thema Sicherheit. Die Auswertung zeigt, dass sich 29,5% der Wienerinnen sehr sicher fühlen und 51 % sicher. Unsicherheit wird vor allem in der Nacht auf Straßen oder in U-Bahn Stationen gespürt.¹⁶²

LAbg. und Frauensekretärin der SPÖ Wien, LAbg. Mag.a Nicole Berger-Krotsch unterstreicht den Wunsch nach mehr Polizeikräften in Wien und ist sich sicher, dass auch die Wienerinnen so empfinden.¹⁶³ Gleichzeitig betont Nicole Berger-Krotsch, dass die Stadt Wien bereits zahlreiche Maßnahmen gesetzt hat, „um das subjektive Sicherheitsgefühl gerade von Frauen zu verbessern“.¹⁶⁴

7.2. Grüne

Die Wiener Grünen sind mit großen Erwartungen in den Wiener Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlkampf gezogen. Eines ihrer ambitionierten Ziele war unter anderem, dass die Stadt Wien 2015 wieder den Bürgerinnen und Bürgern gehören soll. Hierfür haben sie bereits 2007 ein 38-seitiges Verkehrskonzept ausgearbeitet, welches ganz klar an Frauen, Jugendlichen, älteren Menschen, sowie Menschen mit Behinderung als auch mit niedrigen Einkommen gerichtet ist.

Ein zentraler Punkt in ihrem Konzept ist, „die unterschiedlichen Ansprüche und Bedürfnisse“, welche Frauen und Männer an den Verkehr stellen, „sichtbar zu machen und ins Blickfeld der

¹⁶⁰ OTS 0318 || 0146 NFW0005 FP-Frank: SPÖ verliert Übersicht über ihre Kapperltruppen

¹⁶¹ OTS 0077 || 0194 VPR0001 VP-Ulm ad Sima/Auflösung der Naturwacht: Nein zu einer neuen Kapperltruppe - Wien braucht eine Stadtwache

¹⁶² Pressegespräch der SPÖ Wien: Präsentation der Ergebnisse „Frauen leben Wien. Frauen prägen Wien“, Mittwoch, 5.Mai 2010, Uhrzeit 11 Uhr

¹⁶³ Vgl. OTS 0126 || 0231 DS10002 SP-Krotsch ad VP-Feldmann: Starke Polizeipräsenz beste Prävention gegen Kriminalität

¹⁶⁴ ebd.

Verkehrsplanung zu rücken“¹⁶⁵. Hierfür sind für die Wiener Grünen folgende Maßnahmen unumgänglich:

- Genderkompetente PlanerInnen von Beginn an in den Verkehrsplanungsprozess einbinden
- Fundierte Genderprüfung für alle planerischen Maßnahmen durchführen
- Bewusster Umgang mit Geschlechter- und Rollenstereotypen in der Planung
- Entwicklung gendergerechter Partizipationsverfahren¹⁶⁶

Die Grünen schreiben in ihrem Verkehrskonzept ganz klar, dass sie „die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern“ forciert und „Genderaspekte mit nachhaltiger Mobilität“¹⁶⁷ verbindet.

Die Grünen schreiben in ihrem Verkehrskonzept, dass durch die falsche Gestaltung des öffentlichen Raumes, Angsträume geschaffen wurden.¹⁶⁸

Ideen, wie Angsträume zu attraktiven Aufenthaltsorten und gern gegangenen Routen umgewandelt werden können, sucht man im Grünen Verkehrskonzept allerdings vergeblich – sieht man von der Abschaffung von Unter- und Überführungen¹⁶⁹ einmal ab.

Für die Wahlen im Oktober 2010 haben die Grünen ein 84-seitiges Wahlprogramm herausgegeben. Dort wird Partizipation an gendergerechten Modellen allerdings klein geschrieben, lediglich ein kurzer Verweis im Kapitel „Aufwertung der städtischen Grünflächen“ sollen im Sinne der gender- und generationengerechten Nutzung passieren.¹⁷⁰

Länger fällt hingegen die Auseinandersetzung mit dem Thema „sichere und offene Stadt“ aus. Dort machen die Grünen deutlich, dass sie sich mit sinnvollen Maßnahmen zum Schutz der WienerInnen vor kriminellen Bedrohungen einsetzen wird:

- Um das Miteinander zu fördern, soll die Gemeinwesenarbeit ausgebaut werden
- Exekutive, PolitikerInnen, BewohnerInnen und ExpertInnen aus dem Sicherheits- und Präventionsbereich sollen sich regelmäßig treffen
- Im Bezirk sollen unbewaffnete Einheiten installiert werden, um die Rolle der Exekutive als KonfliktvermittlerInnen zu stärken

¹⁶⁵ Grünes Verkehrskonzept, 10

¹⁶⁶ Vgl. ebd., 10

¹⁶⁷ ebd., 11

¹⁶⁸ Vgl. ebd., 12

¹⁶⁹ Vgl. Grünes Verkehrskonzept, 14

¹⁷⁰ Vgl. Wahlprogramm der Grünen Wien, 53

- Bessere Arbeitsbedingungen für SicherheitsbeamInnen
- Verbesserte Aus- und Weiterbildung der Exekutive. Insbesondere soll der Umgang mit anderen Kulturen und verschiedenen Generationen verbessert werden und Menschenrechte sowie Menschenwürde mehr Beachtung geschenkt werden
- Förderung der Aufnahme von Menschen mit Migrationshintergrund
- Mehr Frauen in die Polizei
- Sicherheit ist Kernaufgabe der staatlichen Polizei, daher darf es zu keiner Ausgliederung der Sicherheit hin zu private oder halbprivate, ausgelagerte Unternehmen geben
- Achtung der Unschuldsvermutung bis zu einer gerichtlichen Verurteilung – keine Vorverurteilung insbesondere durch Speicherung und Weitergabe personenbezogenen Daten¹⁷¹

Im Wahlprogramm wird auch die Ablehnung der Grünen gegenüber Videokameras deutlich. Entgegen der Meinungen der SPÖ, glauben die Grünen an keinen präventiven Charakter von Videoüberwachung, lediglich von einem kurzfristigen. Für sie spielen Videokameras nur eine „scheinbare Sicherheit“¹⁷² vor und sehen vielmehr einen Eingriff in die Privatsphäre.

Überwachungskameras in U-Bahnen

Die Grünen kritisierten in einer OTS-Aussendung die Videoüberwachung in U-Bahnen am Beispiel der U2¹⁷³. Für Verbrechensaufklärung als auch als abschreckende Wirkung gegen Vandalismus sei die Überwachung sinnlos, genauso ist der Sicherheitsgewinn für Fahrgäste gleich null. Daher fordern die Wiener Grünen, statt in sinnlose und teure Videoüberwachung zu investieren, es besser wäre, geschulte MitarbeiterInnen der Stationsüberwachung an die Seite zu stellen. Die Grünen sind davon überzeugt, „dass die sichtbare Anwesenheit von geschultem Personal in Angsträumen zu einem höheren Sicherheitsgefühl führt und damit indirekt die Kriminalitätsraten sinken lässt“¹⁷⁴.

Überwachungskameras im Gemeindebau

¹⁷¹ Vgl. ebd., 70f

¹⁷² ebd., 71

¹⁷³ Vgl. OTS0196 || 0315 GKR 0005 Achtung! Korrektur! Grüne Wien: 55 Überwachungskameras in jeder neuen U2 Station – Sicherheitsgewinn für Fahrgäste gleich Null

¹⁷⁴ ebd.

Auch im Gemeindebau sind Überwachungskameras für die Grünen kein adäquates Mittel gegen Vandalismus, noch lösen sie bestehende Probleme. Indem in Garagen, Aufzügen und Müllräume Videokameras installiert werden, erkaufen sich die BewohnerInnen nur eine „scheinbare Sicherheit, die Wurzel der Probleme würden damit nicht einmal im Ansatz gelöst“¹⁷⁵. Im Gemeindebau vorherrschende gesellschaftliche Spannungen und fehlender sozialer Zusammenhalt sind für die Grünen die Ursachen der Probleme, denen nur mit BürgerInnen-Beteiligungsprojekte, Mediation und sozialarbeiterische Aktivitäten entgegengewirkt werden kann.¹⁷⁶

7.2.1. Vorschläge und Ideen der Grünen

Klubobfrau Maria Vassilakou betont immer wieder, dass die Aufgaben der Stadt Wien die Prävention ist. Daher fordern die Grünen SchulsozialarbeiterInnen, SchulpsychologInnen und Parkbetreuung.¹⁷⁷

Weitere Vorschläge der Grünen sind:

MigrantInnen in die Polizei

Wie auch im Wahlprogramm angekündigt, setzen sich die Grünen für eine Förderung von PolizeibeamtInnen mit Migrationshintergrund ein. Damit wollen sie erreichen, dass die Polizei „bunter, etwas vielfältiger (...) und etwas besser und mehr der Bevölkerungsstruktur der Stadt entspricht“¹⁷⁸.

Als Mag. Harald Stefan von der FPÖ noch im Gemeinderat für die FPÖ saß (jetzt im Nationalrat), kritisierte er 2007 die Forderung nach mehr MigrantInnen in der Polizei scharf, da man „damit die ethnischen Konflikte auch in die Polizei“ hineinträgt und daher „eine Katastrophe“ ist, da dadurch „Situationen mit gespaltenen Loyalitäten“¹⁷⁹ und dadurch das Sicherheitsgefühl der WienerInnen weiter sinken wird.

¹⁷⁵ OTS 0142 || 0263 GKR0004 Grüne Wien/Ringler: Videoüberwachung kein adäquates Mittel gegen Vandalismus

¹⁷⁶ Vgl. ebd.

¹⁷⁷ Vgl. GR, 18.WP, 30. Sitzung vom 24. Jänner 2008, wörtliches Protokoll, S.18

¹⁷⁸ Vgl. GR, 18.WP, 27.Sitzung vom 21.November 2007, wörtliches Protokoll, S.21

¹⁷⁹ ebd., S. 17

Die Grünen brachten in der 62. Sitzung des Gemeinderates vom 30.06.2010 einen Beschlussantrag¹⁸⁰ zum Thema „Sicherheit in Wien“ ein. Neben den Forderungen nach mehr weiblichen Polizistinnen, einer moderneren Ausrüstung für die Polizei, Aufstockung der Wiener Polizei und Ausbau des kriminalpolizeilichen Beratungsdienstes, setzten sie sich damals ebenfalls für mehr PolizistInnen mit Migrationshintergrund ein. Der Antrag fand allerdings keine Mehrheit im Gemeinderat, da er nur von den Grünen GemeinderätInnen unterstützt wurde.

Während das Sicherheitsthema bei den anderen Parteien eine wichtige Rolle einnimmt, spielt es bei den Grünen eine kleinere. Die Grüne Klubobfrau in der Leopoldstadt Uschi Lichtenegger erklärt sich diese Tatsache darin, dass sich die Grünen und auch die Grüne Politik sich anders als die anderen Parteien im öffentlichen Raum bewegen.¹⁸¹ Dazu kommt, dass die Grünen das Thema Sicherheit oft aus einem anderen Blickwinkel diskutieren: für sie beginnt Sicherheitspolitik bei der Prävention, aber nicht bei der Verteilung von Pfeffersprays und Teasers. Außerdem kritisieren die Grünen andere Parteien, die nur durch Presseaussendungen gefährliche Situationen konstruieren, um sie später mit Videoüberwachung zu entschärfen, obwohl es in Wirklichkeit keine gefährliche Situation gab.¹⁸²

7.3. FPÖ

Für die FPÖ spielt das Thema Sicherheit eine zentrale Rolle. Nicht umsonst lautete ihr Wahlkampf-Slogan bei den Wiener Gemeinderatswahlen „Für ein besseres, sozial gerechteres und sicheres Wien 2010“.¹⁸³ Dazu kommt, dass die FPÖ bereits öfters das Thema Sicherheit im Landtag und im Gemeinderat behandeln lies (z.B. im Wiener Landtag, 23.Sitzung vom 24.09.2004 in der aktuellen Stunde „Im roten Wien – Sicherheit in weiter Ferne“ oder im Wiener Landtag, 26.Sitzung vom 25. Juni 2009 in der aktuellen Stunde zum Thema „Sicherheitschaos in Wien – LH Häupl muss handeln“).

FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus meinte im Interview, welches ich mit ihm geführt habe, dass die Kriminalität in den letzten Jahren ganz klar gestiegen ist und damit auch ein

¹⁸⁰ Vgl. PGL - 02966-2010/0001 - KGR/GAT

¹⁸¹ Vgl. Transkript vom Interview mit Lichtenegger und Dögl, Zeile 26-29

¹⁸² Vgl. Transkript vom Interview mit Lichtenegger und Dögl, Zeile 129-133

¹⁸³ FPÖ WIEN – Wahlprogramm 2010, S. 1

wachsendes Unsicherheitsgefühl zu erkennen ist.¹⁸⁴ Obwohl das Innenministerium für das Jahr 2010 Statistiken präsentiert hat, dass die Kriminalität rückläufig ist¹⁸⁵, schenkt Johann Gudenus den Zahlen keinen Glauben, da ihm die Rohdaten vorliegen, die beinahe doppelt so hoch sind. Diese Daten bekräftigen ihn auch, wenn er sagt, dass sich die Situation nicht verbessert, sondern verschlechtert hat.¹⁸⁶

7.3.1. Vorschläge und Ideen der FPÖ Wien

Zuletzt hat die FPÖ kurz vor den Wiener Gemeinderatswahlen ihr Sicherheitskonzept vorgestellt. Parteiobmann Heinz-Christian Strache und Klubobmann Johan Gudenus forderten gemeinsam zusätzliche 1.500 Polizeibeamte für Wien, eine Sicherheitswacht und ein striktes Vorgehen gegen den Drogenhandel.¹⁸⁷ Darüber hinaus fordern sie einen Sicherheitsstadtrat, Ausweitung der Video-Überwachung, ein generelles Bettelverbot, Förderung von Sicherheitstüren und -fenstern sowie die Kontrolle der Schengen-Grenzen.¹⁸⁸

- Mehr Polizeibeamte für Wien

Die FPÖ beschuldigt die SPÖ-ÖVP Regierung für die fehlenden PolizistInnen. Im Sommer 2010 befürchtete sie, dass in Wien bald Zustände geben würden, wie sie es 1930 in Chicago gegeben hat.¹⁸⁹

Wegen den Kürzungen bei der Polizei während der schwarz-blauen Koalition, werfen SPÖ und Grüne der ÖVP und FPÖ immer wieder vor, selbst schuld am Polizeimangel zu sein. Gleichzeitig argumentiert die FPÖ, dass die SPÖ nun bereits den zweiten Bundeskanzler in Folge stellt und Bürgermeister Dr. Michael Häupl schon längst Druck auf seine ParteikollegInnen hätte ausüben können und sollen.¹⁹⁰

Neben mehr Polizei, betont die FPÖ immer wieder, dass auch die Aufklärungsquote verbessert werden muss, weil damit „das subjektive, aber auch das objektive Sicherheitsgefühl“ gehoben wird.¹⁹¹

¹⁸⁴ Transkript vom Interview mit Johann Gudenus, Zeile 44f

¹⁸⁵ Vgl. OTS 0122 || 0820 NIN0002 Kriminalstatistik 2010: Signifikanter Rückgang der Kriminalität

¹⁸⁶ Vgl. Transkript vom Interview mit Johann Gudenus, Zeile 49f

¹⁸⁷ Vgl. OTS0236 || 0162 NRK0028 FPÖ präsentierte Sicherheitskonzept für Wien

¹⁸⁸ Vgl. FPÖ Wien – Wahlprogramm 2010, S. 8

¹⁸⁹ Vgl. OTS 0152 || 0270 NFW0003 FPÖ-Gudenus: Wie sicher ist Wien tatsächlich?

¹⁹⁰ Vgl. GR, 18.WP, 46.Sitzung vom 29.April 2009, wörtliches Protokoll, S.77

¹⁹¹ GR, 18.WP, 30.Sitzung vom 24. Jänner 2008, wörtliches Protokoll, S.17

- Sicherheitswacht

Lösung für die fehlenden PolizeibeamtInnen in Wien, könnte für die FPÖ die Schaffung einer Sicherheitswacht sein. Hier hat die FPÖ in letzter Zeit unterschiedliche Modelle vorgestellt:

Sicherheitswacht-System nach Heinz Christian Strache, FPÖ Österreich

FPÖ-Bundesparteiobmann warf der SPÖ-Regierung Anfang 2010 vor, dass deren Sicherheitspolitik völlig gescheitert ist und daher nicht nur Österreich, sondern auch Wien vor einem Sicherheitskollaps steht.¹⁹²

In einer Aussendung unterstützte daher der Parteiobmann seine KollegInnen in Wien und forderte ebenfalls eine Sicherheitswacht für die Bundeshauptstadt, deren Aufgaben „die Kontrolle der Einhaltung von Hausordnung, Beförderungsbedingungen, Naturschutzgesetz, Parkometergesetz, Reinhaltengesetz und Straßenverkehrsordnung“¹⁹³ sein sollte. Die Beamten sollen „ermahnen, strafen, anzeigen“ dürfen und „Organstrafverfahren und bei Fahrzeugen Abschlepperlasse“¹⁹⁴ ausstellen dürfen.

Die Sicherheitswacht soll sich durch eine einheitliche Uniformierung kennzeichnen, die mit einem Mehrzweckstock, Pfefferspray und Funkgeräten mit einer direkten Verbindung zur Polizei ausgestattet sein.¹⁹⁵ Nach Vorstellungen des Bundesparteiobmanns sollen gleichzeitig vier Sicherheitswacht-Zentren in Wien errichtet werden und eine 24-Stunden Hotline für Sofortmaßnahmen eingerichtet werden. Die Ausbildung würde über die Polizei erfolgen und die Beamten würden immer zu zweit den Dienst verrichten.¹⁹⁶

Ziel ist es, die Polizei zu entlasten, die bisherigen Ordnungsgruppen zusammenzufassen und der „Bevölkerung auf der Straße wieder das verlorene Sicherheitsgefühl zu vermitteln“.¹⁹⁷

Wichtig ist allerdings festzuhalten, dass die freiheitliche Sicherheitswacht nicht die Polizei ersetzen möchte. Ganz im Gegenteil, die FPÖ fordert weiterhin 1.500 PolizistInnen mehr für Wien.¹⁹⁸

Koppelung von Stadtverwaltung und Polizei

Die FPÖ forderte in der 46.Sitzung des Gemeinderates vom 29.04.2009 eine Koppelung von Stadterverwaltung und Polizei.¹⁹⁹ Demzufolge soll das Magistrat die Polizei bei ihren

¹⁹² Vgl. OTS 0121 || 0559 FPK0008 Strache: Wien steht vor dem Sicherheitskollaps

¹⁹³ ebd.

¹⁹⁴ ebd.

¹⁹⁵ Vgl. OTS 0121 || 0559 FPK0008 Strache: Wien steht vor dem Sicherheitskollaps

¹⁹⁶ Vgl. ebd.

¹⁹⁷ OTS 0215 || 0537 NFW0005 FPÖ Klubklausur(2): Gudenus: Wiener Sicherheitsstadtrat und Sicherheitswacht zur Entlastung der Polizei gefordert, 16.06.2009

¹⁹⁸ Vgl. OTS 0121 || 0559 FPK0008 Strache: Wien steht vor dem Sicherheitskollaps

administrativen Arbeiten entlasten, damit die Exekutive ihrer „eigentlichen Aufgaben, wie die Ergreifung von Einbrechern, besser nachkommen“²⁰⁰

Ein ähnlicher Beschlussantrag fand sich in der gleichen Gemeinderatssitzung vom 29.04.2009 wieder: die FPÖ forderte 100 bis 200 Magistratsbeamte für die Wiener Wachzimmer, um die Exekutive zu entlasten.²⁰¹

Beide Anträge wurden abgelehnt.

Wiener Sicherheitswacht nach Linzer-Modell:

Für die FPÖ ist Linz in Sachen Sicherheitswacht ein Vorbild. In Linz sorgt ein Ordnungsdienst „für mehr Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit“²⁰², welches nach Wünschen der FPÖ auch so rasch wie möglich in Wien die Polizei unterstützen und entlasten soll.²⁰³

Nach dem Linzer Vorbild, sollen die MitarbeiterInnen der Wiener Sicherheitswacht mit Kamera und Handy ausgestattet werden und sich um die unterschiedlichsten Anliegen der Bevölkerung kümmern. Sie könnten gegen die illegale Müllablagerung, Verstöße gegen die Leinen- und Beißkorbpflicht, aber auch gegen Verschmutzung, illegale Straßenmusik uvm. vorgehen.²⁰⁴

Kooperation zwischen Polizei und Sicherheitsfirmen

Im Juli 2010 forderte die FPÖ Wien, dass private Sicherheitsfirmen die Polizei mit „Informationen und Wahrnehmungen“ verstärken sollen dürfen. Inspiriert von dem Modell aus der Steiermark sollen dadurch Einbrüche, Raub und Vandalismus bekämpft werden und Verbrechen verhindert werden. Aufgabe der MitarbeiterInnen wäre, „verdächtige Wahrnehmungen sofort der Polizei zu melden“.²⁰⁵

Der Beschlussantrag, den die FPÖ in der 62.Sitzung des Gemeinderats vom 30.Juni 2010 stellte, wo sie den Gemeinderat aufforderte, die damaligen Innenministerin Maria Fekter dazu zu bewegen, die Zusammenarbeit zwischen Bundespolizei und privaten Sicherheitsfirmen zu erwirken, wurde allerdings abgelehnt.²⁰⁶

¹⁹⁹ Vgl. PGL - 01850-2009/0001 - KFP/GAT

²⁰⁰ Vgl. ebd.

²⁰¹ Vgl. PGL-1851-2009/0001/KFP/GAT

²⁰² OTS0272 || 0333 NFW0009 FP-Gudenus fordert Wiener Sicherheitswacht nach Linzer-Modell statt SP-Kasperlsalat

²⁰³ Vgl. ebd.

²⁰⁴ Vgl. OTS0272 || 0333 NFW0009 FP-Gudenus fordert Wiener Sicherheitswacht nach Linzer Modell statt SP-Kasperlsalat

²⁰⁵ OTS 0120 || 0182 NFW0005 FP-Gudenus: FPÖ fordert verstärkte Kooperation zwischen Polizei und Sicherheitsfirmen in Wien

²⁰⁶ Vgl. Beschlussantrag PGL-02964-2010/0001-KFP/GAT

Bayrisches Modell bzw. Baden-Württembergischen Modell (sic!)²⁰⁷

2009 forderte die FPÖ Wien eine „Einrichtung einer Wiener Gemeindegewacht – nach erfolgreichen bundesdeutschen Modellen wie etwa der Bayerischen Sicherheitswacht oder dem Baden-Württembergischen (sic) Modell der „Freiwilligen Polizeireserve“ – im Rahmen der örtlichen Sicherheitspolizei“²⁰⁸.

Die Sicherheitswacht arbeitet laut der FPÖ der Sicherheitspolizei in Bayern sehr gut zu und dieses Modell könnte auch in Wien angewendet werden, wenn man einen Schritt weiter geht und „Gemeindegewachen“ für Wien einsetzt.²⁰⁹

Auch das Modell aus Baden-Württemberg würde der FPÖ zusagen, hier geht es darum, dass „entsprechend ausgebildete, uniformierte und unbescholtene Bürger (...) als Organe der Landespolizei zum Einsatz“²¹⁰ kommen. Allerdings müsste hier die Bundesverfassung geändert werden.

Die SPÖ erteilte in einer Gemeinderatssitzung der FPÖ eine Absage, Godwin Schuster meinte etwa „Das bringt nicht die Effizienz“²¹¹. Der Beschlussantrag PGL-1852-2009/0001 KFP/GAT wurde ebenso abgelehnt.

Zusammenfassung der Ordnungsdienste zu einer Sicherheitswacht

Klubobmann Johann Gudenus fordert immer wieder, dass die bestehenden Ordnungsdienste zu einer Sicherheitswacht zusammengefasst gehören, die alle einem Sicherheitsstadtrat unterstehen sollen.²¹² Hier sieht er auch die Möglichkeit, das Stadtratsressort von Maria Vassilakou (Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung) einzusparen und stattdessen ein Ressort für Sicherheit zu schaffen.²¹³

²⁰⁷ Vgl. PGL-1852-2009/0001 KFP/GAT

²⁰⁸ OTS0029 || 0265 NFW0009 FP-Gudenus: Zuwanderung beschert Anstieg an Intensivkriminalität und Unsicherheit

²⁰⁹ Vgl. PGL-1852-2009/0001 KFP/GAT

²¹⁰ Vgl. PGL-1852-2009/0001 KFP/GAT

²¹¹ GR, 18. WP, 46. Sitzung vom 29. April 2009, wörtliches Protokoll, S.85

²¹² Vgl. OTS 251 || 0179 NFW0008 FP-Gudenus: Sicherheitswacht sowie Sicherheitsstadtrat zur Entlastung der Polizei gefordert

²¹³ Vgl. Transkript vom Interview mit Johann Gudenus, Zeile 36-40

Für die FPÖ sind die Ordnungsdienste bislang nicht mehr als „Kapperl-Festspiele“ und „Alibi-Kontrollgruppen“²¹⁴ und sollten vor allem auch einheitlich uniformiert werden.²¹⁵

Obwohl für die FPÖ eine Sicherheitswacht dringend notwendig ist²¹⁶, erteilte Bürgermeister Dr. Michael Häupl jeglicher Art und Form eine Absage, da PolizistInnen „durch nichts zu ersetzen“²¹⁷ sind.

Ersetzen möchte die FPÖ die Polizei allerdings nicht und möchte am Gewaltmonopol nicht rütteln. Sie fordern lediglich die Entlastung der Polizei, durch die Zusammenlegung der Ordnungsdienste, damit diese für „wirkliche Verbrechensbekämpfung“²¹⁸ frei gespielt werden kann.

In der 18. Wahlperiode (18.11.2005 bis 25.11.2010) stellte die FPÖ insgesamt vier Beschlussanträge, wo sie die Einrichtung einer Wiener Sicherheitswacht bzw. Gemeindewacht forderte.²¹⁹ Alle vier Anträge wurden abgelehnt.

In der aktuellen Wahlperiode (seit 25.11.2010) gab es bis zur letzten Gemeinderatssitzung im Juni noch keine Diskussion zu diesem Thema.

Unabhängig davon, wie die FPÖ nun diese Einrichtung nennen möchte, ist sie sich zumindest in einem sicher: sie fordern die Sicherheitswacht seit über 10 Jahren und die ÖVP (sie fordert die Stadtwache, siehe weiter unten) hat die Freiheitlichen Ideen kopiert und nennt sie nur anders.²²⁰

Weitere Punkte zum Thema Sicherheit sind:

- Vorgehen gegen Drogenhandel

Im März 2010 forderte die FPÖ im Rahmen eines Mediengespräches eine „Wiener-Anti-Drogenpolizei“²²¹, die etwa regelmäßige Kontrollen in den öffentlichen Verkehrsmitteln und in Parkanlagen durchführen sollte.

²¹⁴ OTS 0298 || 0156 NFW0008 FPÖ-Gudenus: Militärpolizei –ÖVP-Ideen immer skurriler

²¹⁵ Vgl. GR, 18.WP, 46.Sitzung vom 29.April 2009, wörtliches Protokoll, S.77

²¹⁶ zb Vgl. „Ein solcher Dienst ist für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung dringend notwendig“ Herzog GR, 18.WP, 30.Sitzung vom 24.Jänner 2008, S.20

²¹⁷ GR, 18.WP, 46.Sitzung vom 29.April 2009, wörtliches Protokoll, S.75

²¹⁸ Transkript vom Interview mit Johann Gudenus, Zeile 28

²¹⁹ Vgl. PGL-01250-2010/0001-KFP/LAT, PGL-02649-2009/0001-KFP/GAT und PGL-01852-2009/0001-KFP/GAT, PGL-04453-2009/0001 KFP/GAT

²²⁰ Transkript vom Interview mit Johann Gudenus, Zeile 13f

²²¹ OTS0137 || 0174 NRK0019 Wiener FPÖ kritisiert Drogenpolitik der Stadt

- Ausweitung der Video-Überwachung

Zum Sicherheitskonzept der FPÖ zählt auch die Ausweitung der Videoüberwachung an neuralgischen Punkten.²²² Besonders lobt die FPÖ die Videoüberwachung im Gemeindebau, wo die Kameras einen „positiven Präventiv- und Aufklärungseffekt haben“²²³

Außerdem tritt die FPÖ für eine Förderung von Sicherheitstüren und -fenstern ein und für Kontrollen der Schengen-Grenzen. Weiters fordert sie ein generelles Bettelverbot und wehrt sich gegen ein Asylzentrum in Wien.²²⁴

Außerdem lässt die FPÖ immer wieder mit diesen Vorschlägen aufhorchen:

- U-Bahnpolizei

FPÖ-Sicherheitssprecher Johann Gudenus fordert in unregelmäßigen Abständen auch eine eigene U-Bahnpolizei, da besonders U-Bahnstationen und Wagengarnituren „zum Dorado für Taschendiebe, Rauschgift Händler und andere Kriminelle geworden“²²⁵ sind. Die U-Bahnpolizei sollte zunächst 150 BeamtenInnen umfassen, später einmal 450²²⁶. Genau genommen soll die U-Bahnpolizei laut einer FPÖ-OTS Aussendung die Fahrgäste „vor südländischen Taschliägern, nigerianischen Drogendealern und osteuropäischen Kriminellen“²²⁷ schützen.

- Berittene Polizei

Im Juni 2011 erinnerte Mag. Johann Gudenus erneut an eine langjährige FPÖ-Forderung: eine berittene Polizei. Die berittene Polizei sei ideal zur Sicherung von weitläufigen Grüngebieten, wie etwa der Donauinsel. Alleine die „beeindruckende Größe“ wirkt für Kriminelle abschreckend. Weitere Vorteile sieht Gudenus darin, dass man auf einem Pferd ein größeres Gebiet überblicken und „flott, geländegängig und umweltfreundlich unterwegs“²²⁸ ist.

- Förderung von Sicherheitseinrichtungen

²²² Vgl. <http://www.fpoe-wien.at/index.php?id=3414>

²²³ OTS 0211 || NFW0002 0204 FPÖ-Gudenus: Ausweitung der Videoüberwachung in den Gemeindebauten zügig vorantreiben

²²⁴ Vgl. FPÖ WIEN – Wahlprogramm 2010

²²⁵ OTS0186 || 0202 NFW0003 FP-Gudenus: U-Bahn Polizei wichtiger denn je

²²⁶ vgl. ebd.

²²⁷ OTS 0179 || 0190 NFW0005 FP-Gudenus: Brauners Kapperl-Fetischismus kommt Bevölkerung teuer

²²⁸ OTS 0017 || NFW0001 0249 FP-Gudenus: Endlich berittene Polizei für Wien einführen!

In einer Sitzung des Gemeinderates im Jahr 2005 brachte die FPÖ einen Beschlussantrag zum Thema „Sicherheitstüren und -fenster bei Kleingartenhäusern“²²⁹ ein. Die FPÖ forderte, dass Kleingartenhäuser mit der Widmung ganzjährig Wohnen in das Förderprogramm der Stadt Wien mit einzubeziehen.

2009 brachte die FPÖ ebenfalls einen Beschlussantrag betreffend „Förderung von Sicherheitseinrichtungen“²³⁰ ein. Sie forderte eine Förderung von Alarmanlagen, wonach BürgerInnen und Wirtschaftstreibende 40% des Kaufpreises, max. 1000€ beim Kauf einer solchen zurückerstattet bekommen sollen. Der Antrag wurde von der FPÖ und ÖVP unterstützt, hatte aber keine Mehrheit und wurde daher abgelehnt.

- Prävention

Für die FPÖ wäre in erster Linie eine Sicherheitswacht eine präventive Maßnahme. Man geht davon aus, dass durch eine einheitliche Kleidung, potenzielle TäterInnen abgeschreckt werden können.²³¹ Für LAbg. Johann Gudenus setzt Prävention aber auch schon viel früher ein: Bildung, Arbeitsplatz, Lösung der sozialen Frage und Konflikte im Gemeindebau: hier gibt es seiner Ansicht nach viele ungelöste Probleme, „die man alle durch eine bessere Prävention, also im Vorfeld besser lösen könnte.“²³²

- Petition für mehr Sicherheit

Obwohl die FPÖ und allen voran LAbg. Johann Gudenus die Unterschriften-Aktion der SPÖ Wien 2009 scharf kritisiert hat, startete die FPÖ im Februar 2010 eine vergleichbare Aktion: eine Petition für mehr Sicherheit. Gudenus forderte alle Interessierten auf, sich auf www.sicherheitsoffensive.at.tt (bereits offline) einzutragen und damit den Wiener Bürgermeister Dr. Michael Häupl und die Bundesregierung aufzufordern, für mehr Sicherheit Sorge zu tragen. Weitere Forderungspunkte waren: Aufstockung der Wiener Polizei um 1.500 Polizeikräfte und Schaffung einer Wiener Sicherheitswacht.²³³

²²⁹ Vgl. PGL-05666-2005/0001 KFP/GAT

²³⁰ Vgl. PGL-1856-2009/0001 KFP/GAT

²³¹ Vgl. Transkript vom Interview mit Johann Gudenus, Zeile 18f

²³² Transkript vom Interview mit Johann Gudenus, Zeile 72f

²³³ Vgl. Neue Freie Zeitung, Nummer 7A vom 18. Februar 2010, Seite 19

7.4. ÖVP

Die Wiener ÖVP stellt fest „Wien ist immer noch eine vergleichsweise sichere Stadt“²³⁴. Gleichzeitig sind sie sich aber sicher, dass die Stadt zunehmend unsicher wird und versprechen die Sicherheit der WienerInnen zu ihren obersten Anliegen zu machen²³⁵ und machen sich acht Themen zum Schwerpunkt.²³⁶

7.4.1. Vorschläge und Ideen der ÖVP Wien

- Mehr Polizei auf Wiens Straßen

Innenministerin Maria Fekter hat der Stadt Wien bis 2013 1.800 PolizistInnen mehr versprochen: sie sollen sich in erster Linie der Kriminalitätsbekämpfung widmen und sich nicht mehr mit der Kontrolle von Bettelverbot, Hundeführerschein und Falschparken beschäftigen müssen. Weiters schlägt die ÖVP Wien vor, dass das Innenministerium 200 MilitärpolizistInnen vom Verteidigungsministerium übernimmt und in der Stadt Wien einsetzt.

- Ansprechpartner für Sicherheit

Eine zentrale Forderung der ÖVP Wien ist die nach einem Stadtrat für Sicherheit, der eine kompetente Ansprechperson zwischen Innenministerium und Bundespolizei sein soll.

- Stadtwache

Die Forderung nach einer Stadtwache kann als die „Ur-Forderung“ der ÖVP gegen die steigende Kriminalität und zur Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls bezeichnet werden. Eine Gemeinderatssitzung im Jahr 2009²³⁷ erinnerte die Abgeordneten daran, dass die ÖVP bereits 2003 – damals nannte es der ÖVP-Sicherheitssprecher Wolfgang Ulm noch „Stadtpolizei“ – solch eine Institution forderte.²³⁸ Seit dem Jahr 2008 schickte die ÖVP unzählige OTS-Nachrichten zum Thema Stadtwache aus und wurde nicht müde, ihre Forderungen durchzusetzen.

Die Stadtwache würde nach ÖVP-Vorstellungen mit folgenden Aufgaben betreut werden²³⁹:

²³⁴ <http://oevp-wien.at/programm/sicherheit>, zuletzt geöffnet am 09.02.2011

²³⁵ Vgl. ebd.

²³⁶ Vgl. ebd.

²³⁷ GR 18. Wahlperiode 45. Sitzung vom 26. März 2009, Seite 14

²³⁸ Vgl. z.B. OTS 0311 || 0239 NVM0001 VP-Ulm: Wien braucht Stadtpolizei

²³⁹ <http://wien.oevp.at/1177/>, zuletzt geöffnet am 12.05.2011

- Überwachung der Reinhalte- und Grünanlagenverordnungen
- Überwachung der Reinhaltung von Straßen und Gehsteigen
- Vollzug der Campierverordnung
- Überwachung der Grillplätze
- Überwachung der Parkraumbewirtschaftung
- Überwachung von ruhendem Verkehr
- Schulwegsicherung
- Überwachung des fließenden Verkehrs
- Einfahren von Fahrzeugen auf das Kreuzungsplateau bei Rotlicht
- Nicht Anhalten vor Zebrastreifen
- Radarmessungen
- Anzeigen bei mangelnder Schneeräumung auf Gehsteigen
- Patrouillendienst u.a. in U-Bahn-Bereichen (Hot Spot Karlsplatz), Parkanlagen, Fußgängerzonen, Gemeindebauten
- Konsequentes Vorgehen gegen Graffiti
- Videoüberwachung mit Aufzeichnung

Neben der Schaffung von Ordnung und Sicherheit, erhofft sich die ÖVP Wien, dass das subjektive Sicherheitsgefühl der WienerInnen durch die Stadtwache gehoben wird.²⁴⁰

Ein positiver Nebeneffekt wäre für die ÖVP auch, dass die bisherigen „schwachbrüstigen Ordnungstrupps“ (Nightwatcher, Help You, SAM, Waste Watcher, Parkwächter, usw.) der Stadt Wien, „die vor allem der Befriedigung der Eitelkeit diverser Stadträte dienen“²⁴¹ mit der Stadtwache Geschichte wären und sie zu einer einheitlich uniformierten Stadtwache umfunktionieren. An der Spitze soll ein „Stadtrat für innere Sicherheit“ stehen, der dem „Kompetenzwirrwarr“ ein Ende setzt.²⁴²

Die Stadtwache nach Wiener ÖVP-Modell wurde schon etliche Male in der aktuellen Stunde im Wiener Gemeinderat und Landtag, sowie als dringliche Anfrage diskutiert. Allerdings wurden alle Anträge bis heute abgelehnt.²⁴³

²⁴⁰ Vgl. OTS 0098 || 0337 VPR0001 VP-Ulm ad Sima: Eine starke Stadtwache statt 19 schwacher Ordnungstrupps

²⁴¹ ebd.

²⁴² OTS 0174 || 0280 VPR0055 VP-Ulm: Sicherheitsstadtrat und Stadtwache für Wien

²⁴³ z.B. GR, 18.WP, 29-April 2009, 46.Sitzung, Antrag 15 (PGL - 01854-2009/0001 - KVP/GAT) zur Schaffung einer Stadtwache abgelehnt

Genauso oft wie die ÖVP die Stadtwache fordert, lehnt die SPÖ diese Idee kategorisch ab. Für die SPÖ ist eine Stadtwache „kein Beitrag zur wirksamen Kriminalitätsbekämpfung“²⁴⁴, insbesondere weil sie rechtlich in Wien nicht zulässig sei.²⁴⁵ So betont etwa der Sicherheitssprecher und Gemeinderat der SPÖ Godwin Schuster immer wieder, dass Wien eine Stadt ist, „die im örtlichen Wirkungsbereich einer Bundespolizeidirektion steht. Daher darf laut österreichischer Bundesverfassung, Artikel 78d, Absatz eine Einrichtung wie eine Stadtwache gar nicht errichtet werden“.²⁴⁶

Auch SPÖ-Wien Landespartei sekretär und Gemeinderat Christian Deutsch betont etwa im Gemeinderat immer wieder, dass eine Stadtwache keine Aufgaben mit polizeilichen Charakter übernehmen darf. Außerdem warnt er davor, dass eine Stadtwache Erwartungen weckt, die sie nicht erfüllen kann.²⁴⁷

Peter Hauer-Pawlik, ÖVP Bezirksrat in der Leopoldstadt, meinte im Interview für meine Diplomarbeit dazu, dass es sein kann, „dass es juristische Probleme gibt“, allerdings meint er auch „jedes Gesetz kann man ändern. Man braucht nur die entsprechenden Mehrheiten und man muss nur wollen“.²⁴⁸

Insgesamt hat die ÖVP 9 Beschlussanträge in der letzten Wahlperiode zur Schaffung einer Stadtwache gestellt: 2 im Jahr 2007²⁴⁹, einen 2008²⁵⁰, 2009 vier²⁵¹ und 2010 ebenfalls 2²⁵². In der aktuellen Periode (seit 25.11.2010) wurden keine Anträge zur Schaffung einer Stadtwache gestellt.

- Generelles Bettelverbot und Bordellgesetz

Die ÖVP Wien sieht das Verbot des gewerbemäßigen Bettelverbot als Etappensieg und setzt sich nun für ein generelles Bettelverbot ein. Außerdem fordert sie ein Bordellgesetz, wobei es primär wichtig wäre, die Straßenprostitution zu verdrängen und dafür in Bordelle zu verlagern. Gleichzeitig muss Zuhälterei und Menschenhandel erschwert werden. Die ÖVP fordert ein

²⁴⁴ OTS 0018 || 0256 DS10001 Schuster: Wien braucht keine Stadtwache, sondern zusätzlich 1.000 vollausgebildete PolizistInnen

²⁴⁵ Vgl. OTS 00031 || 0350 DS10002 SP-Schuster an VP-Ulm: Wieder ein verzweifelter Versuch der ÖVP, zumindest ein Thema zu behalten

²⁴⁶ ebd.

²⁴⁷ Vgl. OTS 0354 || 0352 DS 10016 Wr. Gemeinderat – SP-Deutsch: „Verfassung verbietet Stadtwache in Wien

²⁴⁸ Transkript vom Interview mit Hauer-Pawlik, Zeile 156f

²⁴⁹ Vgl. PGL - 04351-2007/0001 - KVP/GAT und PGL - 03103-2007/0001 - KVP/GAT

²⁵⁰ Vgl. PGL - 05295-2008/0001 - KVP/GAT

²⁵¹ Vgl. PGL - 05419-2009/0001 - KVP/GAT, PGL - 04451-2009/0001 - KVP/GAT, PGL - 02640-2009/0001 - KVP/GAT, PGL - 01854-2009/0001 - KVP/GAT

²⁵² Vgl. PGL - 02963-2010/0001 - KVP/GAT und PGL - 00314-2010/0001 - KVP/GAT

Genehmigungsverfahren, wonach die Betreiberin bzw. der Betreiber einer Zuverlässigkeitsprüfung unterzogen werden muss. Die Betreiberin bzw. der Betreiber wäre für die Einhaltung aller Vorschriften und Auflagen hinsichtlich ihrer/seiner Angestellten als auch dem Lokal verantwortlich. Ziel ist es, dass nur noch mit einer behördlichen Genehmigung die Ausübung der Prostitution möglich wäre und gleichzeitig diese auch entzogen werden kann.

- Schöne Straßen – sichere Wege

Die ÖVP spricht in ihrem Sicherheitskonzept von einer „Tendenz zur Verwahrlosung mancher Straßenzüge und Häuser“²⁵³ in Wien. Indem das Straßenbild zu wünschen übrig lässt, beginnt der Teufelskreis für die ÖVP: Verwahrloste Gegenden gehen Hand in Hand mit der Senkung der Lebensqualität und dem subjektiven Sicherheitsgefühl, dass kann wiederum zu einem Anstieg der Kriminalität führen und in weiterer Folge das Sicherheitsgefühl noch einmal verschlechtern. Daher fordert die ÖVP 10 Millionen Euro für Verschönerungsmaßnahmen, wie Beseitigung von Graffiti oder Reinigung von Fassaden, Rollbanken und Toren.

Die ÖVP Wien veranstaltete zuletzt im März 2011 dazu eine Pressekonferenz, wo der Sicherheitssprecher und Landtagsabgeordnete Wolfgang Ulm ein „Stadtverschönerungsgesetz gegen Verwahrlosungstendenzen“²⁵⁴ forderte. Das Gesetz würde u.a. regeln, wer einen Rechtsanspruch auf Förderung hat. Außerdem müsste ein „Stadtverschönerungsfonds“²⁵⁵ eingerichtet werden, dotiert zunächst mit 10 Millionen Euro, wo alle BürgerInnen das Recht hätten, zuzugreifen.

Ein besonderer Dorn im Auge ist der ÖVP Wien die Graffitischmiererei, die das Erscheinungsbild der Stadt verunstaltet. Neben einem ästhetischen Ärgernis, versuchen diese Farbmalerien auch einen finanziellen Schaden, sowie erwecken sie „beim Betrachter den Eindruck eines rechtsfreien und verwahrlosten Raumes“²⁵⁶. Daher fordert Sicherheitssprecher Ulm eine „eine Wiener Anti Spray Aktion“ (WASA)²⁵⁷ nach Kölner Vorbild: unterschiedliche Institutionen schließen sich zusammen und sorgen nicht nur für eine rasche Entfernung der illegalen Graffiti, sondern arbeiten auch im Präventionsbereich mit Schulen zusammen und sind erster Ansprechpartner zu diesem Thema.²⁵⁸ Daneben soll die WASA vor allem dafür Sorge tragen, dass das Stadtbild in Wien wieder schöner wird und Wien damit ein „Stück

²⁵³ <http://oevp-wien.at/programm/sicherheit>, zuletzt geöffnet am 09.02.2011

²⁵⁴ OTS0092 | 0318 VPR0001 VP-Ulm: Stadtverschönerungsgesetz gegen Verwahrlosungstendenzen in Wien, 28.03.2011

²⁵⁵ ebd.

²⁵⁶ OTS0037 | 0371 VPR0001 VP-Ulm ad Graffitischmierereien: Wien muss sich Beispiel an Köln nehmen, 27.04.2011

²⁵⁷ ebd.

²⁵⁸ Vgl. ebd.

Lebensqualität²⁵⁹ wieder zurückbekommt, damit sich die „WienerInnen wieder ein Stück sicherer“²⁶⁰ fühlen können.

In dieser Diskussion lässt die ÖVP immer wieder wissen, dass sie sich hier an der Broken Windows-Theorie orientiert.²⁶¹ Diese Theorie wurde 1982 von Wilson und Kelling aufgestellt, die im Kern aussagt, dass „ernsthafte Straßenkriminalität“ in Gegenden gedeiht, „in denen unordentliches Verhalten unkontrolliert durchgeht“²⁶².

Demnach vermittelt eine heruntergekommene Gegend den Eindruck,

„dass in ihr die soziale Kontrolle niedrig ist und Normverstöße nicht sanktioniert werden. Deshalb lädt sie zu abweichenden Verhaltensweisen inklusiver schwerer Verbrechen geradezu ein. Verstärkt wird dieser Zusammenhang durch die Wahrnehmung der Bewohner, die ihrerseits die Wahrnehmung der Verbrecher antizipieren. Deshalb fürchten sie sich unabhängig von tatsächlicher schwerer Kriminalität allein schon wegen des Verfalls ihrer Wohngegend vor Verbrechen und ziehen sich aus dem öffentlichen Leben zurück bzw. aus der Nachbarschaft weg.“²⁶³

Als Gegenmaßnahme fordert die Broken Windows These dazu auf, gegen die Zeichen des Verfalls vorzugehen.

Es wird allerdings auch Kritik an der Theorie geübt, weil nur zwischen ordentlichen und unordentlichen Menschen unterschieden wird.²⁶⁴ Diese Typologie kann deshalb als ungenau kritisiert werden, „weil dieselben Personen mal ordentlicher, mal unordentlicher daher kommen können“²⁶⁵. Außerdem ist sie widersprüchlich, wenn PolizistInnen und NachbarInnen, wo angenommen wird, dass sie ordentlich sind, „gegen die unordentlichen Leute ihrerseits sehr unordentlich – nämlich gewalttätig“²⁶⁶ vorgehen. Ein weiterer Kritikpunkt an der Broken Windows These ist, dass sie ideologisch ist, da sie von den

²⁵⁹ ebd.

²⁶⁰ ebd.

²⁶¹ Vgl. OTS 0016 || 0214 VPR0001 VP-Ulm: Graffiti-schmierereien nehmen rapide zu

²⁶² Belina (2005): 153f zitiert nach Wilson/Kelling (1982): 34

²⁶³ Belina (2005), 154

²⁶⁴ Vgl. Belina (2005): 154 nach Harcourt (1998), 306

²⁶⁵ Belina (2005), 154

²⁶⁶ Belina (2005), 154 nach Wilson/Kelling 1982: 31, zur Kritik Harcourt 1998:343-346)

Wertvorstellungen der Autoren Wilson und Kelling geprägt ist: beide nehmen an, dass ordentliche Menschen genauso wie sie sind.²⁶⁷

Die ÖVP ist BefürworterInnen dieser Theorie. Die ÖVP bezeichnet Sicherheit und Sauberkeit in einer Gemeinderatssitzung als „siamesische Zwillinge“²⁶⁸

Und obwohl die ÖVP schon einige OTS-Aussendungen zu diesem Thema ausgeschickt hat, blieben die Reaktionen der anderen Parteien bislang aus.

- Sicherheitsprävention ausbauen

Derzeit fördert die Stadt Wien den Einbau von Sicherheitstüren mit bis zu 400 Euro, die ÖVP fordert eine Erhöhung dieser Förderung und möchte sie gleichzeitig auch auf Sicherheitsfenster, Alarmanlagen und Videoüberwachung ausweiten. Außerdem sollen auch einbruchshemmende Eingangstüren für Eigenheime, Kleingartenhäuser und Reihenhäuser gefördert werden.²⁶⁹ 2009 stellte die ÖVP dazu einen Antrag im Gemeinderat (51.Sitzung vom 24.09.2009), der in den GRA für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung zugewiesen wurde.²⁷⁰ Bereits 2006 machte die ÖVP auf dieses Thema im Gemeinderat aufmerksam und forderte die „Ausdehnung der städtischen Förderung von Sicherheitstüren“²⁷¹

- Mehr Sicherheit für Frauen

Neben einer besseren Ausleuchtung von Parks und Straßen, fordert die ÖVP eine Ausweitung der frauenspezifischen Beratung bei der Polizei sowie ein Nachttaxi nur für Frauen.²⁷²

Auch eine Stadtwache ist für die ÖVP eine adäquate Lösung zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls, denn „vor allem Frauen und Mütter mit ihren Kindern, die sich weit mehr im öffentlichen Raum aufhalten als die männliche Bevölkerung, fühlen sich zunehmend unsicher“²⁷³, darum ist eine „Stadtwache für Frauen und Kinder wichtiger denn je“.²⁷⁴

- Mehr Sicherheit in den öffentlichen Verkehrsmitteln

²⁶⁷ Vgl. Belina (2005), 155

²⁶⁸ GR, 18.WP, 30.Sitzung vom 24.Jänner 2008, wörtliches Protokoll, S.21

²⁶⁹ Vgl. GR, 18.WP, 30.Sitzung vom 24.Jänner 2008, wörtliches Protokoll, S. 16

²⁷⁰ Vgl. <http://www.wien.gv.at/mdb/gr/2009/gr-051-s-2009-09-24-003.htm>, zuletzt geöffnet am 13.07.2011

²⁷¹ Vgl. PGL - 03141-2006/0001 - KVP/GAT

²⁷² <http://oevp-wien.at/programm/sicherheit>, zuletzt geöffnet am 9.Februar 2011

²⁷³ OTS0149 || 0336 VPR0003 ÖVP Wien: Stadtwache für Frauen und Kinder wichtiger denn je

²⁷⁴ ebd.

Während dem Wiener Gemeinde- und Landtagswahlkampf 2010 ließ die ÖVP Wien mit einer neuen Idee aufhorchen: Landesparteiobfrau Christine Marek forderte Mitte Juli Sicherheitsschleusen für die U-Bahn Eingänge in Wien. Neben der Reduzierung von SchwarzfahrerInnen, soll man mit Schleusen vor allem der Kriminalität das Handwerk legen können. Schließlich würden Handydiebstähle, Beschaffungskriminalität, Drogendealer und Gewaltübergriffen die Wienerinnen und Wiener sich in der U-Bahn unsicher fühlen, so Marek. Sicherheitsschleusen sollten daher die U-Bahn sicherer machen, indem ein bisher offener Zugang zu den U-Bahnbereichen verhindert wird. Kombiniert mit einer Videoüberwachung der Zutrittsysteme und einem E-Ticketing war das neue Sicherheitskonzept der Wiener ÖVP komplett: „Eine Videoüberwachung bei Ein- und Aussteigen garantiert Sicherheit“²⁷⁵ war sich Marek sicher. Hinzu kommt, dass das System des E-Ticketing nur Vorteile mit sich bringen würde, wie etwa, eine bessere Kontrolle und genauere Fahrgaststromanalysen für die Wiener Linien gegeben wären.²⁷⁶

Die Wiener Linien reagierten auf den ÖVP-Vorschlag skeptisch, denn neben fehlenden Vergleichszahlen, inwiefern Schleusen wirklich zielführend sind, sah man das Problem vor allem in der Barrierefreiheit, welche mit Schleusen nicht mehr sichergestellt werden konnte.²⁷⁷ Kritik kam auch seitens der SPÖ, den Grünen und der FPÖ: alle drei Parteien sind sich in ihren Aussendungen einig, dass Sicherheitsschleusen eine enorme Belastung für das Budget wären, ohne die erwünschte Wirkung zu erzielen²⁷⁸.

Der Vorsitzende des Verkehrsausschusses, SP-Gemeinderat Charly Hora kritisierte vor allem die Kostenexplosion, welche Sicherheitsschleusen mit sich ziehen würden, da damit ein Totalumbau aller Wiener U-Bahnstationen verbunden wäre. Weiters argumentierte er dagegen, indem er auf die Tatsache aufmerksam machte, dass elektronische System Defekte haben und damit viele kundenunfreundliche Probleme auftreten könnten.²⁷⁹

Wenig Anklang fand der Vorschlag auch bei den Grünen, sie sahen darin den „totalen Überwachungsstaat“²⁸⁰, denn mit dem E-Ticket System wären die Wege aller Fahrgäste

²⁷⁵ OTS0092 || 0538 NVW001 ÖVP Wien fordert Sicherheitsschleusen für die Wiener U-Bahn

²⁷⁶ Vgl. ebd.

²⁷⁷ Vgl. <http://derstandard.at/1277338435630/Wiener-U-Bahn-OeVP-fordert-Sicherheits-Schleusen-bei-Eingaengen>, Zuletzt geöffnet 19.7.2010

²⁷⁸ Vgl. OTS 0083 || 0364 DS10001 (SPÖ), OTS 0111 || 0192 GKR0001 (Grüne), OTS 0101 || 0119 NFW0001 (FPÖ)

²⁷⁹ Vgl. OTS 0083 || 0364 DS10001 SP-Hora an Marek: Klassischer Fall von Verschlimmbesserung

²⁸⁰ OTS 0111 | 0192 GKR0001 Grüne Wien/Puller: ÖVP verschwendet Millionen für unnötige Personenschleusen

nachvollziehbar. Die Grünen schlugen daher vor, man möge lieber in das öffentliche Verkehrsnetz an der Oberfläche investieren, genauso wie in kürzeren Intervallen und Verlässlichkeit der Öffentlichen Verkehrsmittel.²⁸¹

In eine ähnliche Kerbe schlägt auch die Kritik der FPÖ, sie forderte im Gegenzug die Verlängerung und Ausbau der U-Bahnlinien U3, U4 und U6. Außerdem könne nur eine eigene U-Bahnpolizei mehr Sicherheit in den Stationen und U-Bahnzügen gewährleisten.²⁸²

Die Wiener ÖVP hat sich in den letzten Jahren sehr intensiv mit dem Sicherheitsthema beschäftigt – sieht man von etlichen Presseaussendungen zum Thema „Stadtwache“ einmal ab, so ließ sie auch mit folgender Idee kurz aufhorchen:

- Busstopp nach Wunsch

Im Sommer 2009 präsentierte Johannes Hahn – damals noch im Amt des Landesparteiobmann – das Projekt „Busstopp nach Wunsch“²⁸³: Die Busse der Wiener Linien sollten demnach nach 22 Uhr auch fern der Haltestellen stehen bleiben, um den Komfort und das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste zu steigern. ÖVP Wien Frauensprecherin Barbara Feldmann sah darin eine Notwendigkeit, um das subjektive Sicherheitsgefühl der Wienerinnen zu gewährleisten.²⁸⁴

Die SPÖ Wien reagierte auf den Vorschlag prompt und sah es als Ablenkungsmanöver der „verfehlten Sicherheitspolitik der schwarzblau-orangen Regierung und der VP-InnenministerInnen“²⁸⁵. SP-Gemeinderätin Mag. Nicole Berger-Krotsch sah die Lösung in einer deutlich höheren Polizeipräsenz und wies auf Maßnahmen hin, die die Stadt Wien bereits in der Vergangenheit gesetzt hat, um das subjektive Sicherheitsgefühl der Wienerinnen zu heben - etwa der 24-Stunden-Frauennotruf.²⁸⁶

In der Gemeinderatssitzung vom 24. Jänner 2008 forderte die ÖVP in der Aktuellen Stunde mit dem Thema „Kommunale Sicherheitsoffensive für Wien“ weiters ein Alkoholverbot in

²⁸¹ Vgl. ebd.

²⁸² Vgl. OTS0101 || 0119 NFW0001 FP-Mahdalik: Sicherheitsschleusen für U-Bahn wären Geldverschwendung

²⁸³ OTS 0143 || 0313 NVW0001 ÖVP Wien fordert "Busstopp nach Wunsch"

²⁸⁴ Vgl. OTS 0090 || 0209 VPR002 VP-Feldmann: Busstopp nach Wunsch erhöht die Sicherheit von Frauen

²⁸⁵ OTS0126 || 0231 DS10002 SP-Krotsch ad VP-Feldmann: Starke Polizeipräsenz beste Prävention gegen

Kriminalität

²⁸⁶ Vgl. ebd.

ausgewiesenen Zonen, um das gute Klima in Wien aufrecht zuhalten und nicht durch Anpöbelungen von betrunkenen Menschen gestört werden soll.²⁸⁷

8. Verifizierung und Falsifizierung meiner Thesen

8.1. These 1: Frauen in den Altersgruppen unter 29 Jahren und über 60 Jahren fühlen sich in Wien sicher

In meiner ersten These gehe ich davon aus, dass sich sowohl jüngere als auch ältere Wienerinnen in Wien sicher fühlen.

Bei der Beantwortung meiner 1.These ist mir aufgefallen, dass ich diese mit „fühlen sich in Wien sicher“ zu ungenau formuliert habe. Analog des Fragenkataloges, der mir zur Verfügung steht, wird nun zwischen „Sicherheit im Wohngebiet“ und „öffentliche Sicherheit“.

8.1.1. Sicherheit im Wohngebiet

Grundsätzlich haben die IFES-Daten ergeben, dass 29% der Frauen „sehr zufrieden“ mit der Sicherheit in ihrem Wohngebiet sind. Fasst man die Note 1 und 2 zusammen, so bewerten 64% der befragten Frauen die Sicherheit als sehr bzw. zufriedenstellend. Lediglich 3% sind „gar nicht zufrieden“ mit der Sicherheit in ihrem Wohngebiet.

Sieht man sich das Ergebnis im Detail an, vergeben vor allem jüngere Frauen (bis 29 Jahre) öfters die Note 1:

²⁸⁷ Vgl. GR, 18.Wahlperiode, 30.Sitzung vom 24.Jänner 2008, wörtliches Protokoll, S.16

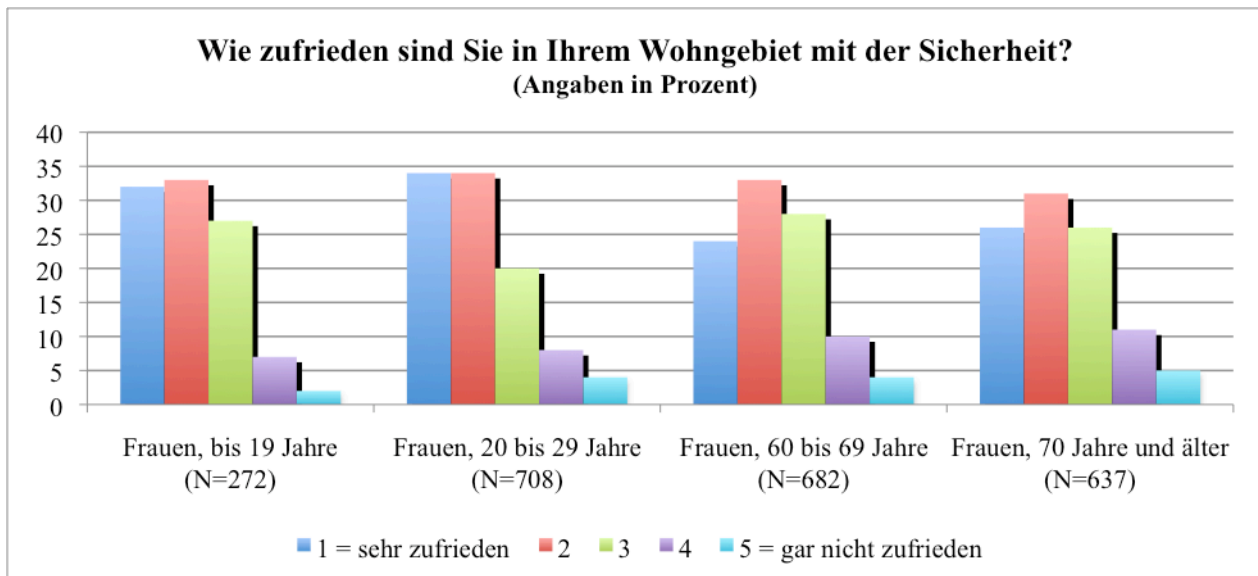


Abbildung 1 Sicherheit im Wohngebiet/ Alter (eigene Darstellung)

Frauen bis 19 Jahre bzw. Frauen zwischen 19 und 29 Jahren bewerten die Sicherheit in ihrem Wohngebiet durchschnittlich mit der Note 2,14 bzw. 2,16. Zwischen der älteren Altersgruppe ist der Unterschied genauso gering, so benoten Frauen zwischen 60 und 69 die Sicherheit mit 2,35 und ältere Frauen mit 2,37.

D.h. die Jüngsten sind zufriedener mit der Sicherheit in ihrem Wohngebiet, als die Ältesten.

Gleichzeitig bedeutet das auch, dass meine erste These nicht verifiziert werden konnte.

Wie Eingangs erwähnt, ziehe ich zu den IFES-Daten ebenfalls eine SORA-Auswertung hinzu, um speziell auf frauenspezifische Ergebnisse eingehen zu können.

Die SORA-Daten bekräftigen das Ergebnis: die Daten ergeben, dass je älter die Frauen sind, desto weniger fühlen sie sich sicher. Hier gaben zum Beispiel 5% der 12 bis 25-Jährigen an, sich wenig bzw. gar nicht sicher in ihrer Wohnumgebung zu fühlen, über 61-Jährige bewerteten selbiges mit 16%.²⁸⁸

Im Zuge meiner Recherchen musste ich allerdings feststellen, dass eine Alterseingrenzung viel zu kurz greift. Denn nicht alleine das Alter beeinflusst das Sicherheitsgefühl, sondern insbesondere auch Faktoren wie Bildung, Erwerbstätigkeit, Einkommen und Wohnsituation.

²⁸⁸ Vgl. Frauenbarometer 2008, 9

8.1.1.1. Bildung

Abbildung 2 zeigt, dass 71% Frauen mit einem Hochschulabschluss sehr zufrieden bzw. zufrieden mit der Sicherheit in ihrem Wohngebiet sind. Im Vergleich dazu sind nur 61% der Frauen ohne Maturaabschluss mit der Sicherheit in ihrem Wohngebiet (sehr) zufrieden.

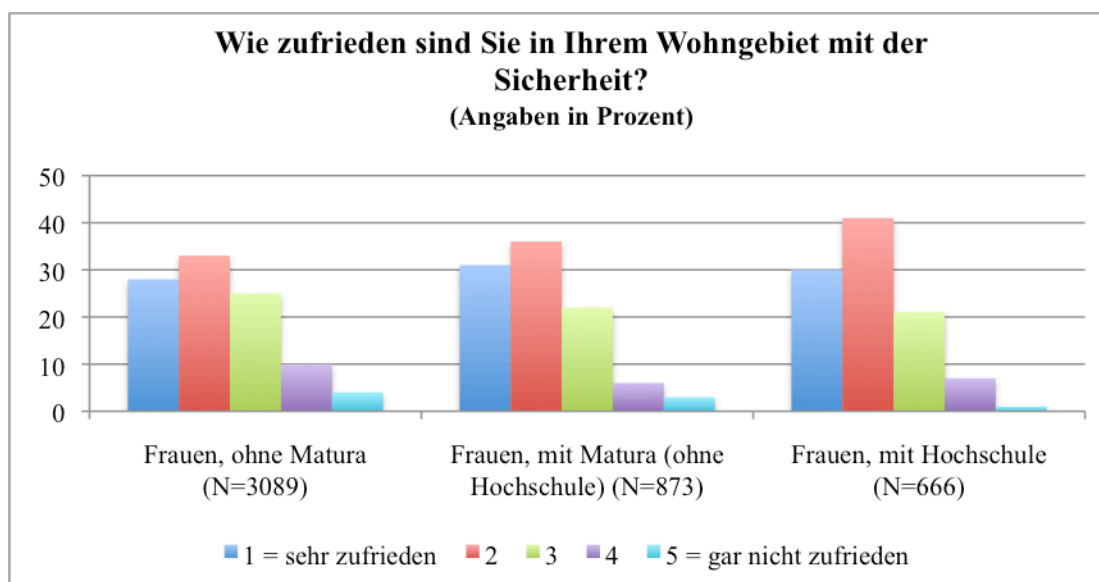


Abbildung 2 Sicherheit im Wohngebiet/ Bildung (eigene Darstellung)

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei jungen Frauen mit und ohne Matura. So sind 70% der Frauen zwischen 20 und 29 Jahre mit Maturaabschluss sehr zufrieden bzw. zufrieden mit der Sicherheit in ihrem Wohngebiet. Frauen der gleichen Altersgruppe ohne Maturaabschluss bewerten die Situation mit 64%.

Die SORA-Daten zeigen ein noch deutlicheres Bild: 99% der Frauen mit einem Universitätsabschluss und 93% der Frauen mit Matura fühlen sich sicher bzw. ziemlich sicher in ihrer Wohnumgebung. Selbiges bewerten nur 63% der Pflichtschulabsolventinnen und 43% der Lehrabsolventen und nur 25% der BMS-Absolventinnen.²⁸⁹

8.1.1.2. Erwerbstätigkeit

Eine weitere Variabel, die sich auf das Sicherheitsgefühl auswirkt, ist die Erwerbstätigkeit.

²⁸⁹ Vgl. Frauenbarometer 2008, 9

Die IFES-Daten zeigen, dass Berufstätige grundsätzlich zufriedener mit der Sicherheit in ihrem Wohngebiet sind, als nicht Berufstätige (siehe Abb.3). Zu letztere zählen PensionistInnen, Personen, die im Haushalt tätig sind oder gerade in einer Ausbildung stecken.

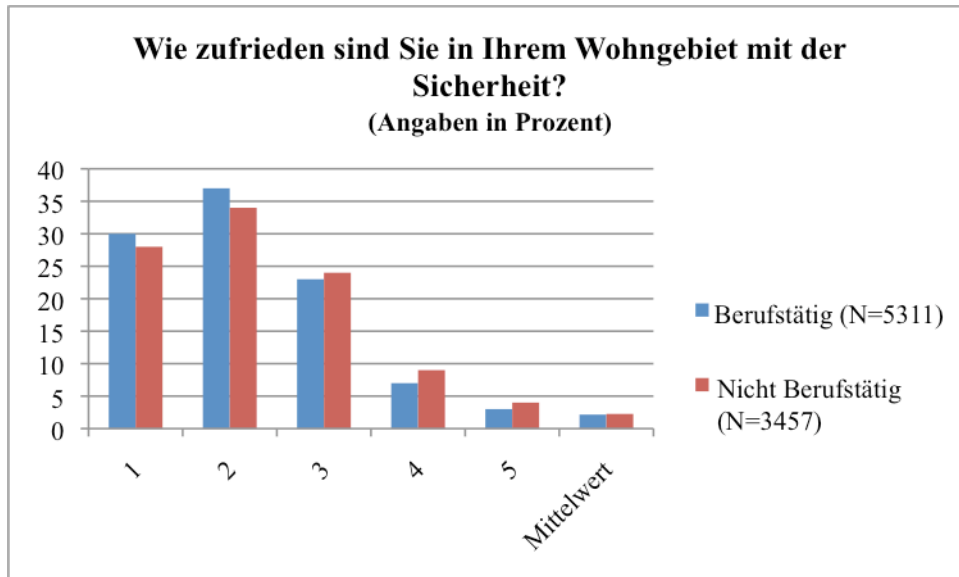


Abbildung 3 Sicherheit im Wohngebiet/ Berufstätigkeit (eigene Darstellung)

Abbildung 3 zeigt, dass 67% der Berufstätige sehr zufrieden (=Note 1) bzw. zufrieden (=Note 2) mit der Sicherheit in ihrem Wohngebiet ist, während nicht Berufstätige selbiges mit 62% beantwortet.

Im Detail zeigt sich allerdings, dass insbesondere Personen mit anderen Beschäftigungsformen als Voll- und Teilzeit sowie SchülerInnen und StudentInnen am zufriedensten sind. Beispielsweise zeigen sich 73% der StudentInnen mit der Sicherheit in ihrem Wohngebiet als (sehr) zufrieden.

Frauenspezifische Ergebnisse liefern wieder die Daten vom Frauenbarometer 2008 und bekräftigen teilweise die IFES-Daten: besonders Erwerbstätige und Frauen in Ausbildung fühlen sich zu 97% bzw. 91% sehr und ziemlich sicher in ihrer Wohnumgebung. Frauen, die im Haushalt tätig sind und Pensionistinnen hingegen geben zu 85% bzw. 83% an, sich sehr und ziemlich sicher zu fühlen.²⁹⁰

²⁹⁰ Vgl. Frauenbarometer 2008, 9

8.1.1.3. Einkommen

Die Auswertung von SORA hat ergeben, dass sich Frauen mit einem Einkommen unter 1.000 Euro am wenigsten sicher in ihrer Wohnumgebung fühlen. Sicherer fühlen sich hingegen Frauen mit einem Einkommen von über 1.500 Euro und ohne Einkommen.

Da in der sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung nur nach dem Netto Haushaltseinkommen gefragt wurde, ist ein Vergleich eher schwierig bzw. nicht zielführend. Vollständigkeitshalber möchte ich aber anführen, dass Personen mit einem Netto Haushaltseinkommen über 3.000 Euro die Sicherheit in ihrer Wohnumgebung mit einem Mittelwert der Schulnote 2,09 bewerten, während Personen mit einem Haushaltseinkommen bis 800 Euro selbiges nur mit 2,28 bewerten.

8.1.1.4. Wohnsituation

Besonders interessant sind die Ergebnisse sortiert nach Wohnform bzw. Wohn-Rechtsform.

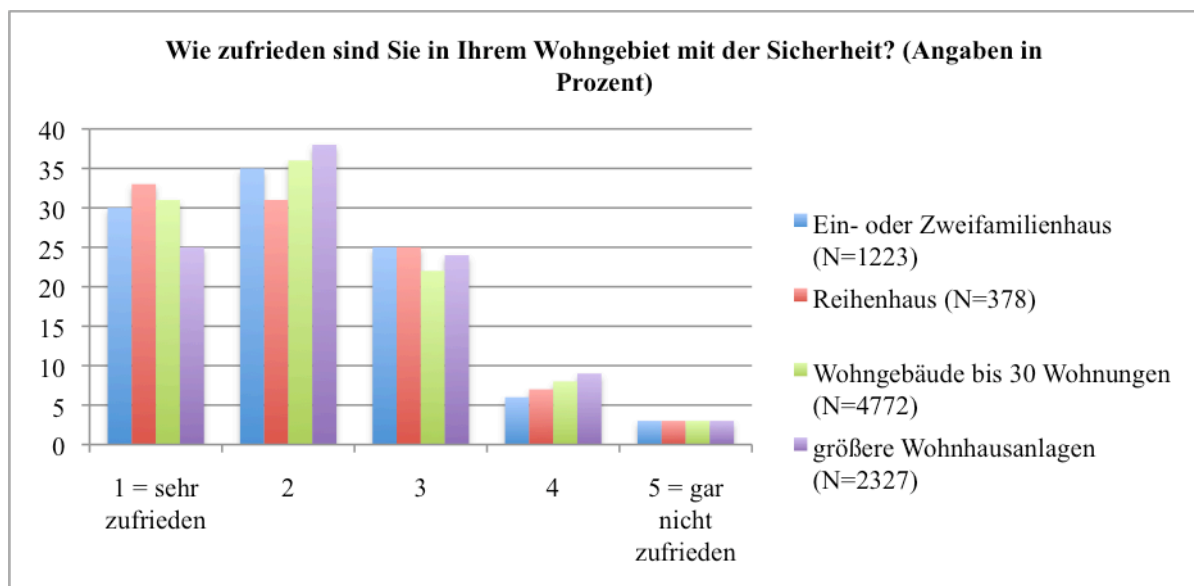


Abbildung 4 Sicherheit im Wohngebiet/ Wohnform (eigene Darstellung)

Abbildung 4 zeigt die Zufriedenheit mit der Sicherheit in seinem Wohngebiet sortiert nach Wohnform: es scheint, umso größer die Wohnhausanlage, desto unzufriedener sind die BewohnerInnen mit der Sicherheit in ihrer Wohnumgebung.

Sieht man sich das Ergebnis sortiert nach der Wohn-Rechtsform an, wird oben genannte Feststellung noch einmal bekräftigt: so bewerten nur 22% der GemeindebaubewohnerInnen

die Zufriedenheit der Sicherheit als sehr gut, während selbige Benotung 30% BewohnerInnen von einem Eigentumshaus/Haus und einer Genossenschaftswohnung sagen.

Die SORA-Daten haben ergeben, „dass sich Frauen in Wohnhäusern mit mehr als 30 Wohnungen deutlich weniger sicher fühlen, als Frauen in den anderen Wohnformen“²⁹¹.

Zusammengefasst kann man sagen, dass sich insbesondere ältere Frauen, Frauen mit einer geringeren Bildung und BewohnerInnen von größeren Wohnhausanlagen am unsichersten fühlen.

8.1.2. Kriminalität

Interessant ist also, sich anzusehen, wer oder was das Sicherheitsgefühl der Frauen beeinflusst. Angesprochen, ob man sich grundsätzlich vor Kriminalität in seiner Wohnumgebung sicher fühlt, bewerten 24% der Wienerinnen die Situation als sehr sicher. Im Vergleich dazu fühlen sich 28% der Wiener sehr sicher vor Kriminalität in Wien. Insgesamt ergibt die Bewertung der Frauen einen Mittelwert von 2,33, der der Männer liegt bei 2,24.

8.1.2.1. Alter

Im Detail ergeben sich wieder Unterschiede, wenn man sich beispielsweise den Faktor Alter ansieht:

68% der Mädchen (bis 19 Jahre) und 61% der jungen Frauen (zwischen 20 und 29 Jahre) fühlen sich vor Kriminalität insgesamt in ihrer Wohnumgebung sehr sicher bzw. sicher. Gleiches können nur 55% der Frauen über 60 Jahre behaupten.

Neben dem Sicherheitsgefühl gegenüber Kriminaldelikten insgesamt, wurde auch abgefragt, wie sicher man sich vor Überfällen auf der Straße, Verfolgtwerden bei Nacht, sonstigen Belästigungen auf den Straßen, einem Wohnungseinbruch, Autodiebstahl und –einbruch, Hunden und sexuellen Übergriffen in der Wohnumgebung fühlt.

Besonders auffallend waren hier die Ergebnisse bei der Frage vor sexuellen Übergriffen. Besonders Frauen zwischen 60 und 69 Jahre (83%) und ältere Frauen ab 70 Jahre (76%), haben angegeben, sich vor sexuellen Übergriffen sehr sicher bzw. sicher in ihrer Wohnumgebung zu fühlen. Hingegen sich 19% der jungen Frauen (bis 19 Jahre) und 16% der

²⁹¹ Frauenbarometer 2008, 12

20 bis 29jährigen nicht sicher bzw. gar nicht sicher davor in ihrer Wohnumgebung fühlen.

Am unsichersten fühlen sich junge Frauen (bis 19 Jahre) offensichtlich davor, in der Nacht verfolgt zu werden – 24% fühlen sich nicht sicher bzw. gar nicht sicher.

Ältere Frauen (über 70 Jahre) geben hingegen an, dass sie sich vor einem Wohnungseinbruch am ehesten unsicher fühlen (20% nicht sicher bzw. gar nicht sicher).

8.1.2.2. Bildung

Ebenfalls zeigen sich Unterschiede beim Bildungsstatus: 14% der Frauen ohne Matura-Abschluss geben an sich nicht sicher bzw. gar nicht sicher in ihrer Wohnumgebung vor Kriminaldelikten zu fühlen. 9% der Frauen mit einem Hochschulabschluss bewerten die Situation ebenso.

Unabhängig vom Bildungsstatus fühlen sich alle drei Gruppen (Frauen ohne und mit Matura sowie Frauen mit einem Hochschulabschluss), am ehesten vor einem Wohnungseinbruch am unsichersten (Durchschnittsnote jeweils 2,58; 2,62 und 2,64).

8.1.2.3. Erwerbstätigkeit

Die IFES-Daten haben ergeben, dass Personen, die in Karenz sind und jene, die voll berufstätig sind, sich am ehesten vor einem Wohnungseinbruch unsicher fühlen. StudentInnen und SchülerInnen fühlen sich hingegen am sichersten. Wenn man davon ausgeht, dass der Großteil der Personen die sich in Karenz befinden, weiblich sind, kann man die Schlussfolgerung ziehen, dass sich vor allem diese Frauen vor einem Wohnungseinbruch unsicher fühlen: 25% geben an sich nicht sicher bzw. gar nicht sicher davor zu fühlen. Gleichzeitig geben 62% der SchülerInnen und 61% der StudentInnen an sich sehr bzw. eher sicher zu fühlen.

Auch vor anderen kriminellen Handlungen fühlen sich Personen in Karenz ausnahmslos am unsichersten.

Die SORA-Daten haben ergeben, dass insbesondere ältere Frauen und im Haushalt tätige Frauen es am wahrscheinlichsten halten, überfallen oder beraubt zu werden.²⁹²

²⁹² Vgl. Frauenbarometer 2008, 43

Angepöbelt oder beschimpft zu werden, halten vor allem Frauen in Ausbildung für eher wahrscheinlich als erwerbstätige Frauen, im Haushaltstätige und Pensionistinnen. D.h. umso jünger man ist, umso höher wird die Wahrscheinlichkeit eingeschätzt, beschimpft zu werden.²⁹³ Genauso verhält es sich bei der Wahrscheinlichkeit, Opfer von sexueller Belästigung zu werden: umso jünger, umso größer schätzen Frauen die Wahrscheinlichkeit ein.²⁹⁴

8.1.2.4. Einkommen

Sieht man sich das Netto Haushaltseinkommen an, so ergeben sich sehr unterschiedliche Ergebnisse. Vor Überfällen auf der Straße und Verfolgtwerden bei Nacht fühlen sich am ehesten Personen mit einem maximalen Netto Haushaltseinkommen bis 800 Euro am unsichersten. 15% geben an sich nicht bzw. gar nicht sicher vor Überfällen auf der Straße zu fühlen. 63% fühlen sich allerdings sehr bzw. eher sicher. Personen mit einem Netto Haushaltseinkommen von über EUR 3.000 fühlen sich am sichersten vor Überfällen auf der Straße, 77% gaben an sich sehr bzw. eher sicher davor zu fühlen. Im Vergleich fühlen sich nur 6% nicht bzw. gar nicht sicher.

In ähnlicher Relation stehen auch die Befürchtungen vor Verfolgtwerden bei Nacht. 75% der Personen mit dem höheren Einkommen fühlen sich sehr bzw. eher sicher vor einer Verfolgung bei Nacht, gleiches behaupten nur 64% der Personen mit dem geringeren Einkommen.

Insgesamt fühlen sich Personen mit einem Netto Haushaltseinkommen über EUR 3.000 vor jeder Kriminellen Handlung oder Belästigung am sichersten, mit Ausnahme von Wohnungseinbrüchen und Hundebissen. Hier fühlen sich Personen mit einem mittleren Einkommen am sichersten.

8.1.2.5. Wohnsituation

Die IFES-Daten haben ergeben, dass sich BewohnerInnen von größeren Wohnanlagen, d.h. mit über 30 Wohnungen, beinahe vor jeder möglichen Situation am unsichersten fühlen. Insbesondere schätzen sie die Situation vor einem Autodiebstahl und –einbruch als höher ein: während 18% angeben sich nicht bzw. gar nicht sicher davor zu fühlen, geben 38% sich sehr bzw. eher sicher vor einem Autodiebstahl oder –einbruch zu fühlen. Personen, die in einem Ein- oder Zweifamilienhaus wohnen schätzen die Situation besser ein: 56% geben an sich sehr bzw. eher sicher vor einem Autoeinbruch oder –diebstahl zu fühlen. Dafür schätzen diese

²⁹³ Vgl. ebd., 43

²⁹⁴ Vgl. ebd., 44

Personen einen Wohnungseinbruch negativer ein: nur 44% geben an, sich vor einem Wohnungseinbruch sehr bzw. eher sicher zu fühlen, gleichzeitig geben 35% an sich nicht bzw. gar nicht unsicher zu fühlen. Im Vergleich zu den anderen Wohnformen, fühlen sich Personen in einem Ein- oder Zweifamilienhaus am unsichersten. Am Sichersten fühlen sich hingegen Personen in größeren Wohnhauseinrichtungen.

8.1.3. Opfererfahrung

Bei der großangelegten sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung der Stadt Wien, wurde auch nach Opfererlebnissen gefragt. Meiner Meinung nach, muss man bei der Interpretation allerdings vorsichtig sein, weil vor allem Gewalttaten an Frauen oft nicht gemeldet bzw. zugegeben werden.

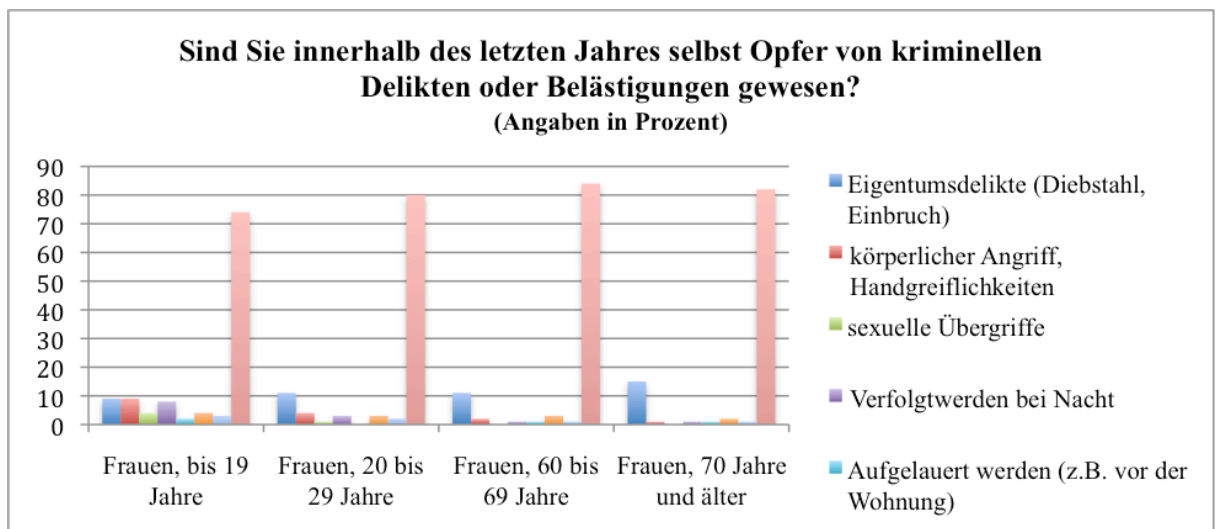


Abbildung 5 Opfererfahrung (eigene Darstellung)

Laut oben angeführter Grafik scheint es, als wären Frauen, bis auf eine Ausnahme, selten Opfer von kriminellen Delikten oder Belästigungen. Einzig Eigentumsdelikte weisen einen höheren Wert auf: so waren 15% der Frauen über 70 Jahre Opfer von einem solchen Delikt (Diebstahl oder Einbruch), genauso wie 11% der Frauen zwischen 20 und 29, sowie Frauen zwischen 60 und 69 Jahre. 9% der jungen Frauen (bis 19 Jahren) gaben an, ebenfalls Opfer eines Diebstahls oder Einbruchs gewesen zu sein. Interessanterweise gaben 24% der Frauen zwischen 60 und 69 Jahre an, sich (gar) nicht sicher vor einem Wohnungseinbruch zu fühlen (und damit der zweitschlechteste Wert nach den Frauen zwischen 30 und 39 Jahre). Jene Frauen, die laut Statistik am öftesten Opfer wurden, fühlen sich hingegen zu 58 % (sehr) sicher vor einem Wohnungseinbruch und „nur“ zu 18% wenig bis gar nicht sicher.

8.1.4. Öffentliche Sicherheit

Männer beurteilen die öffentliche Sicherheit in Wien etwas besser als Frauen: demnach bewerten Männer mit durchschnittlich 2,36 diesen Bereich, während Frauen jeder Altersklasse durchschnittlich die Schulnote 2,51 vergeben.

8.1.4.1. Alter

Sieht man sich die Ergebnisse im Detail an, ergeben sich beispielsweise beim Alter Unterschiede: während noch 18% bzw. 16% der Mädchen bis 19 Jahre und Frauen zwischen 19 und 29 Jahre die öffentliche Sicherheit in Wien als sehr gut bewerten, sehen das nur 9% der Frauen ab 60 Jahre. Zieht man die Ergebnisse der Note 1 und 2 allerdings zusammen, rücken die Ergebnisse bereits näher zusammen und fallen auch deutlich positiver aus:

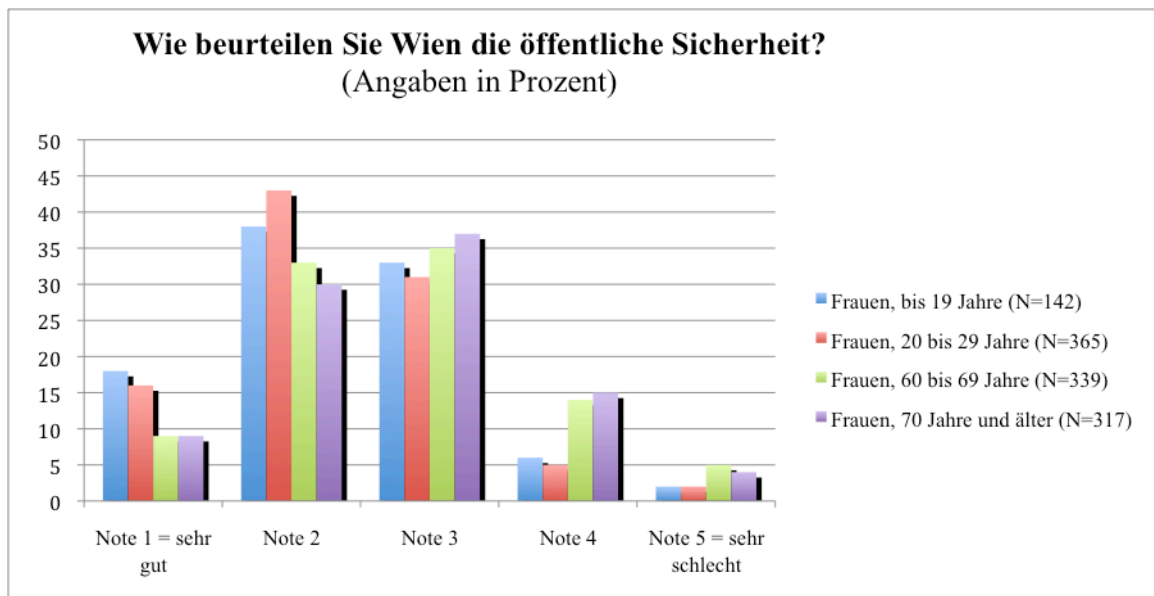


Abbildung 6 Öffentliche Sicherheit/ Alter (eigene Darstellung)

Insgesamt beurteilen jüngere Frauen die öffentliche Sicherheit in Wien besser, wobei die Altersgruppe 19 bis 29 Jahre die Situation am besten bewertet und durchschnittlich die Note 2,34 vergibt. Hingegen Frauen über 70 Jahre die schlechteste Note mit 2,75 vergeben. Am zufriedensten mit der öffentlichen Sicherheit sind laut Umfrage junge Männer bis 19 Jahre – sie vergaben im Durchschnitt die Note 2,22.

8.1.4.2. Bildung

Kreuzt man die Variablen Geschlecht und Bildung, so ergeben die Zahlen, dass Frauen mit einem Hochschulabschluss die öffentliche Sicherheit positiver beurteilen, als Frauen ohne Matura. Genauso verhält es sich auch bei den Männern.

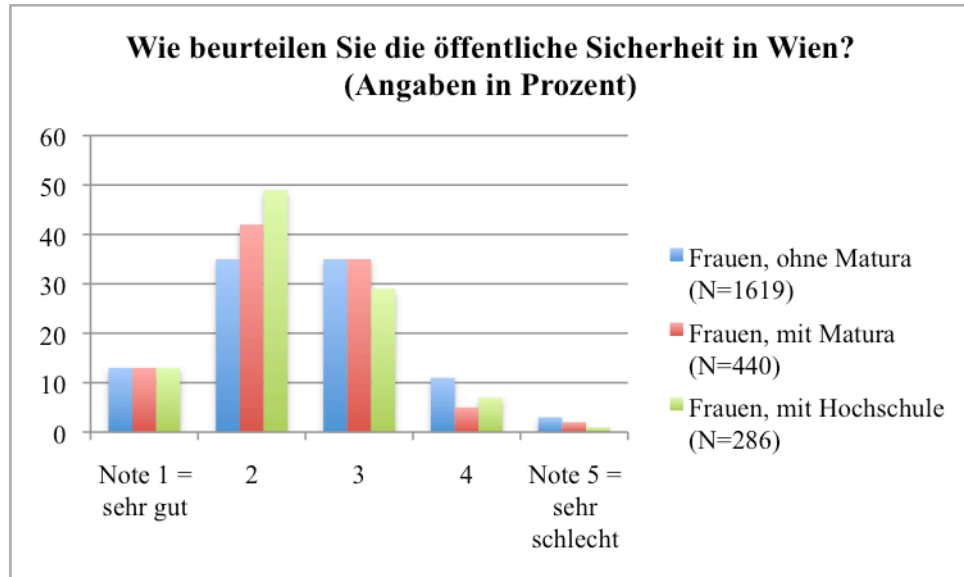


Abbildung 7 Öffentliche Sicherheit/ Bildung (eigene Darstellung)

62% der Frauen mit einem Hochschulabschluss beurteilen die öffentliche Sicherheit als sehr gut bzw. gut. Im Gegensatz dazu bewerteten 48% der Frauen ohne einen Maturaabschluss die Situation als sehr gut bzw. gut.

8.1.4.3. Erwerbstätigkeit

StudentInnen bewerten die öffentliche Sicherheit am positivsten: 68% fühlen sich sehr sicher bzw. sicher. Entgegen fühlen sich PensionistInnen nur zu 42% sehr sicher bzw. sicher und nur jede/r, der/die im Haushalt tätig ist fühlt sich ebenfalls sehr sicher oder sicher.

8.1.4.4. Einkommen

Nach dem Netto Haushaltseinkommen aufgelistet zeigen sich nur minimale Unterschiede. Jene, mit dem höchsten Einkommen (über EUR 3.000) beurteilen die öffentliche Sicherheit in Wien am besten, Personen mit einem Netto Haushaltseinkommen bis 2.300 hingegen am negativsten. Insgesamt pendeln sich die Mittelwerte zwischen den Schulnoten 2,35 und 2,52 ein.

8.1.4.5. Wohnsituation

Personen, die angegeben haben, in einem Reihenhaus zu leben, beurteilen die öffentliche Sicherheit nicht so positiv, wie jene, die in einem Wohngebäude bis 30 Wohnungen leben: 18% der Personen, die in einem Reihenhaus leben, beurteilen die Situation als eher bzw. sehr schlecht. Am Besten bewerten die Situation die BewohnerInnen von Wohnhäuser mit bis zu 30 Wohnungen (57%)

Auf die Frage inwiefern sich die öffentliche Sicherheit in Wien entwickelt hat, meinen 38% der Frauen sie ist gleich geblieben, für 13% hat sich die Situation verbessert. Allerdings empfinden 40% der Frauen, dass sich die öffentliche Sicherheit verschlechtert hat. Auch 36% der Männer empfinden das so.

Besonders im Bezug auf das Alter gibt es grobe Unterschiede: insbesondere ältere Wienerinnen und Wiener geben an, dass sich die Situation verschlechtert hat.

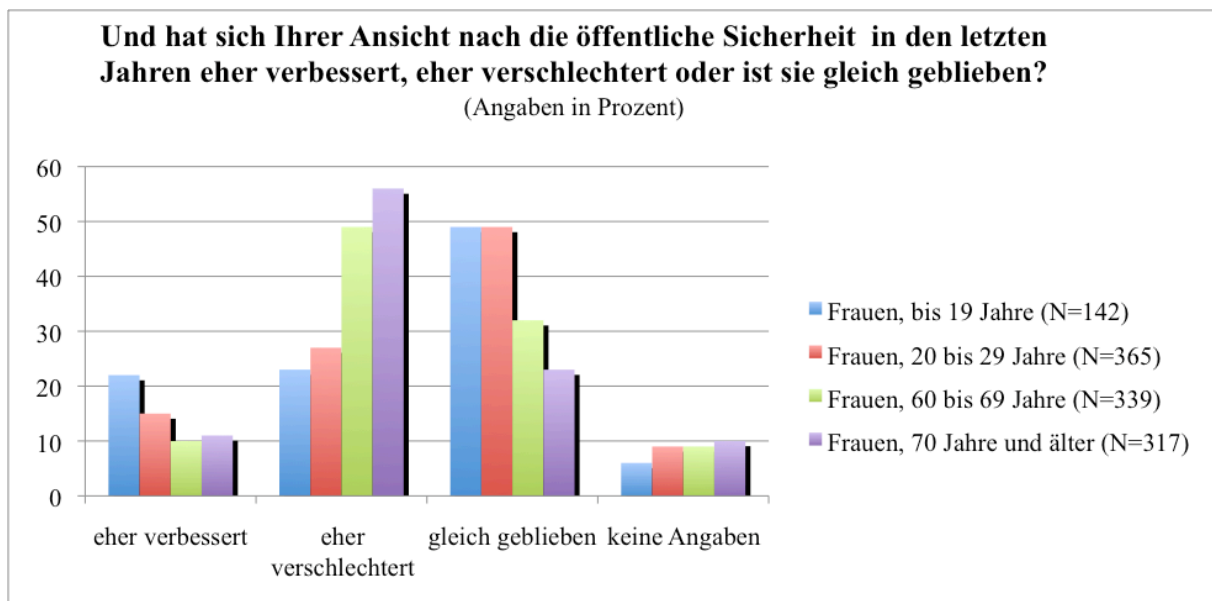


Abbildung 8 Öffentliche Sicherheit im Vergleich / Alter (eigene Darstellung)

Oben angeführte Grafik zeigt auch deutlich, dass insbesondere Frauen über 70 Jahre der Meinung sind, dass sich die öffentliche Sicherheit verschlechtert hat (56%). Entgegen finden „nur“ 23% der Frauen bis 19 Jahre das gleiche. Gleichzeitig muss auch festgehalten werden, dass jeweils 49% der jungen Frauen (bis 29 Jahre) finden, dass die Situation gleich geblieben ist.

Frauen ohne einen Matura-Abschluss benoteten die öffentliche Sicherheit schlechter als Frauen mit einer Matura und/oder Hochschulabschluss. Selbiges gilt auch, ob sich die öffentliche Sicherheit verbessert, verschlechtert oder gleich geblieben ist. 43% der Frauen ohne Matura gaben an, dass es zu einer Verschlechterung gekommen ist. Selbiges haben 37% der Frauen mit einem Hochschulabschluss beantwortet. Sie finden auch (45%), dass sich die Situation nicht verändert hat.

Angesprochen auf die Situation von älteren Frauen, kam von der FPÖ bzw. Johann Gudenus der Vorschlag, man möge SeniorInnen in Zukunft eine kostenlose Beratung zur Verfügung stellen. Aber auch Selbstverteidigungskurse oder Sachwerthilfe (etwas ein Pfeiferl) können hilfreich sein.²⁹⁵

8.2. These 2: Das Sicherheitsgefühl der BewohnerInnen des 7. und 13. Bezirks ist höher, als das der BewohnerInnen des 2. und 15. Bezirks

Ich gehe davon aus, dass die Prostitutions- und Drogenszene das Sicherheitsgefühl der BewohnerInnen beeinträchtigt. Beides spielt vor allem in der Leopoldstadt und in Rudolfsheim-Fünfhaus eine Rolle, daher wird dort das Sicherheitsgefühl niedriger sein.

8.2.1. Sicherheit im Wohngebiet

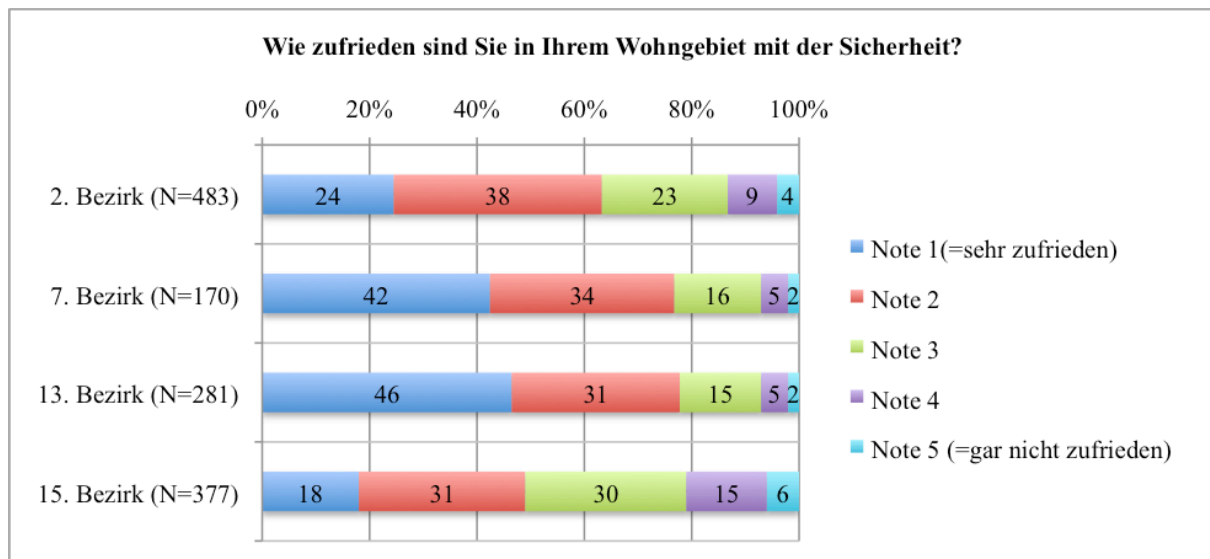


Abbildung 9 Sicherheit im Wohngebiet/ Bezirke (eigene Darstellung)

²⁹⁵ Vgl. Transkript vom Interview mit Johann Gudenus, Zeile 99

Oben angeführte Grafik zeigt, dass BewohnerInnen des 7. und 13. Bezirks besonders zufrieden mit der Sicherheit in ihrem Wohngebiet sind, so benoten 42% der BewohnerInnen von Neubau und 46% von Hietzing die Sicherheit mit „sehr gut“. Hingegen vergeben nur 18% der BewohnerInnen von Rudolfsheim-Fünfhaus die Note „sehr gut“ für die Sicherheit im Wohngebiet. Insgesamt erhält Hietzing die Durchschnittsnote von 1,85, das ist nach Döbling und die Josefstadt der Drittbeste Wert in Wien, mit einem Mittelwert der Note 2,58 bildet der 15. Bezirk das Schlusslicht in der Auswertung.

8.2.2. Öffentliche Sicherheit

Weniger positiv fällt allerdings die Beurteilung der öffentlichen Sicherheit in Wien aus.

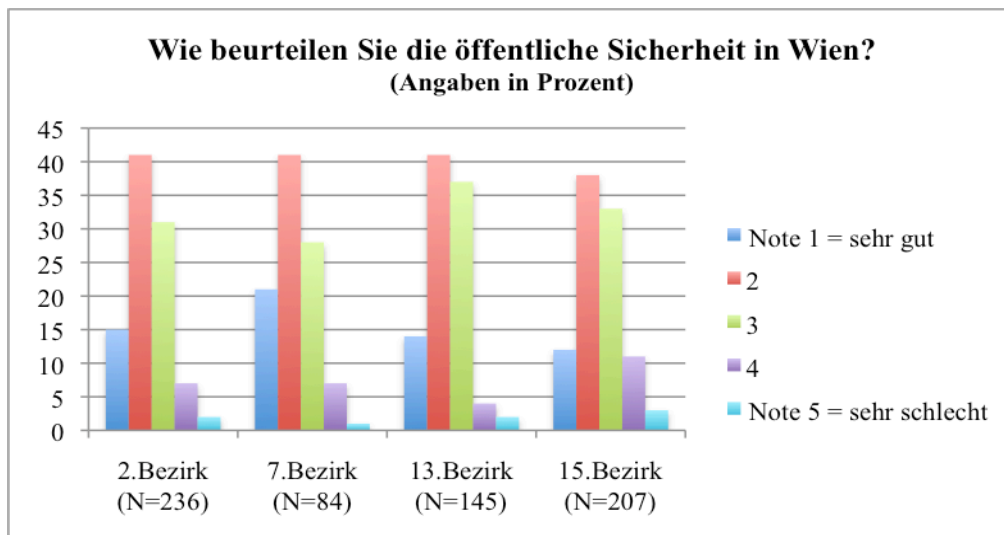


Abbildung 10 Öffentliche Sicherheit/ Bezirke (eigene Darstellung)

Lediglich 12% der BewohnerInnen des 15. Bezirks bewerten die öffentliche Sicherheit in Wien als „sehr gut“, in Neubau bewerten zumindest 21% der BewohnerInnen die öffentliche Sicherheit als „sehr gut“. Insgesamt bewerten alle 23 Bezirke die öffentliche Sicherheit in Wien mit einem Mittelwert von 2,44. Hernals vergab die Bestnote mit 2,16, während es den Anschein macht, BewohnerInnen des 22. Bezirks sind am wenigsten zufrieden und bewerteten die öffentliche Sicherheit mit einer Durchschnittsnote von 2,59.

Da die Bewertung der öffentlichen Sicherheit eher mäßig positiv ausgefallen ist, überrascht es vielleicht nicht, dass die Wienerinnen und Wiener grundsätzlich der Meinung sind, dass sich die öffentliche Sicherheit in den letzten Jahren verschlechtert hat.

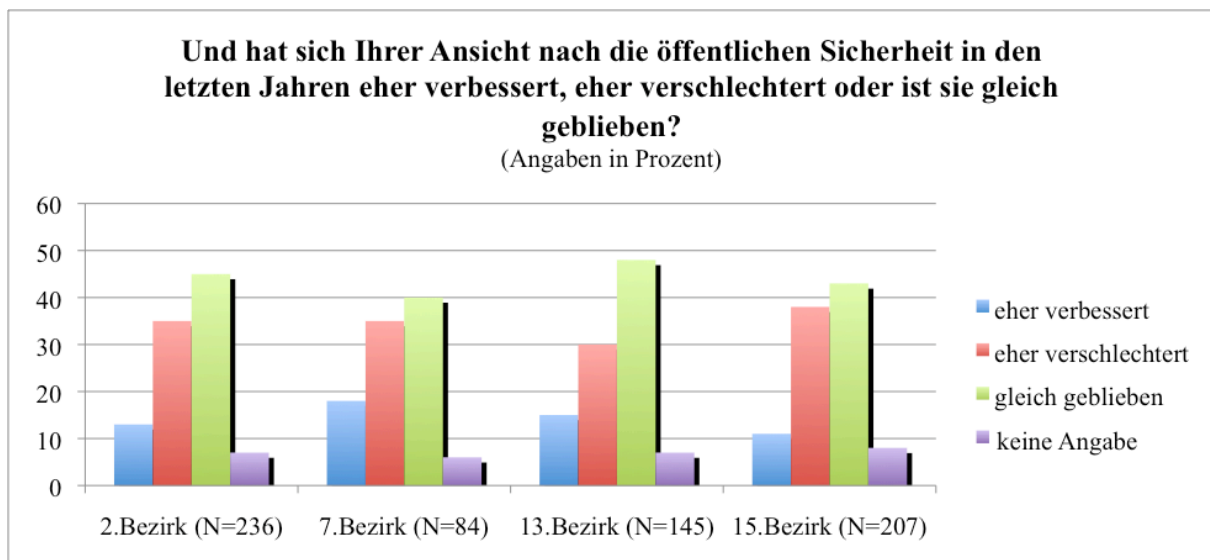


Abbildung 11 Öffentliche Sicherheit im Vergleich/ Bezirke (eigene Darstellung)

35% der BewohnerInnen von der Leopoldstadt und Neubau, 30% der Hietzinger und sogar 38% der BewohnerInnen des 15. Bezirks finden, dass sich die öffentliche Sicherheit in Wien verschlechtert hat. Insgesamt finden nur 13% der WienerInnen, dass sich die Situation verbessert hat. Dafür finden allerdings auch 48% der Hietzinger, dass die Situation gleich geblieben ist.

8.2.3. Kriminalität

Ähnlich verhalten sich die Ergebnisse, wenn die Frage in Richtung Kriminalität gestellt wird. Nach der Frage, inwiefern sich BewohnerInnen insgesamt vor Kriminalitätsdelikten in ihrer Wohnumgebung fühlen, bewerten 1/3 der BewohnerInnen von Neubau und Hietzing die Situation als „sehr sicher“. Dagegen schätzen nur 17% der BewohnerInnen aus dem 15. Bezirk die Situation als sehr sicher ein.

Die BewohnerInnen des 15. Bezirks fühlen sich laut IFES-Daten vor Überfällen auf der Straße, Verfolgtwerden bei Nacht, vor sonstigen Belästigungen auf den Straßen, vor Autodiebstahl und Autoeinbruch sowie vor sexuellen Übergriffen weniger sicher, als alle andere BewohnerInnen in den anderen Bezirken. Vor einem Wohnungseinbruch fühlen sich nur die FavoritenerInnen noch unsicherer. Allerdings muss man dazu sagen, dass der Mittelwert in Rudolfsheim-Fünfhaus sich bei jedem Delikt zwischen den Schulnoten 2 und 3 einpendelt.

Interessant ist auch, dass im 15. Bezirk die BewohnerInnen am wenigsten zufrieden mit ihrer Nachbarschaft sind: nur 28% sind mit ihren NachbarInnen sehr zufrieden, während das 50% der BewohnerInnen von Neubau und 52% von Hietzing sehr zufrieden sind.

Die SORA-Daten haben gezeigt, dass sich 13% der Frauen aus den Bezirken 10, 11, 15, 16 und 20 wenig bis gar nicht sicher in ihrem Heimatbezirk fühlen. Gleiches trifft auf 10% der Bewohnerinnen aus den innerstädtischen Bezirken und den Bezirken Meidling, Hietzing, Penzing, Hernals, Währing, Döbling und Liesing zu.²⁹⁶

Damit konnte meine 2. These verifiziert werden.

8.2.4. Erklärungsversuch

Auf die Frage, warum sich das Sicherheitsgefühl im 2. Bezirk verschlechtert hat, wusste Bezirksvorsteher Gerhard Kubik (SPÖ) keine direkte Antwort. Er weißt allerdings daraufhin, dass „Sicherheit“ ein sehr weiter Begriff ist und oft unklar ist, ob dahinter wirklich eine Opfererfahrung steckt oder nur die Verbrecherzahlen. Außerdem könnten in den Medien zu diesem Zeitpunkt viel über Verbrechen geschrieben worden sein, was ebenfalls das Sicherheitsgefühl beeinträchtigen könnte.²⁹⁷

Unabhängig von der Studie hat die Bezirksvorstehung gemerkt, dass sich die BewohnerInnen im 2. Bezirk zunehmend unwohler fühlen. Vielleicht mit ein Grund, warum im Juni 2010 Gerhard Kubik gemeinsam mit dem Landespolizeikommandanten General Karl Mahrer ein neues Sicherheitskonzept für den Praterstern präsentierte. Die Renovierung und Vergrößerung der Polizeiinspektion, ein höheres Aufgebot von PolizistInnen sollen gemeinsam mit SAM (Sozial - Sicher - Aktiv - Mobil) das objektive und subjektive Sicherheitsgefühl erhöhen. Einerseits bieten die MitarbeiterInnen von SAM „desintegrierte“ Menschen Hilfe an, andererseits unterstützen sie AnrainerInnen und PassantInnen.²⁹⁸

ÖVP²⁹⁹ und FPÖ haben die Maßnahme begrüßt, wobei die FPÖ eher einen Wahlkampf-Gag dahinter vermutete.³⁰⁰ Die ÖVP war auch noch Monate nach dem Start der Sicherheitsoffensive von dem Projekt überzeugt³⁰¹, während die FPÖ kritisierte, dass für eine

²⁹⁶ Frauenbarometer 2008, 8f

²⁹⁷ Vgl. Transkript vom Interview mit Gerhard Kubik, Zeile 19-28

²⁹⁸ Vgl. OTS0149 || 0203 NRK0012 Stadt Wien und Polizei: „Sicherheit am Praterstern“

²⁹⁹ Vgl. OTS0221 || 0190 NVW0002 VP-Walter zu Praterstern: "Hartnäckigkeit der ÖVP macht sich bezahlt"

³⁰⁰ Vgl. OTS0115 || 0229 NFW0002 FP-Gudenus: Polizeipräsenz bitte nicht nur vor der Wahl!

³⁰¹ Vgl. Transkript vom Interview mit Peter Hauer-Pawlik, Zeile 45-55

richtige Offensive es einfach am fehlenden Personal mangelt.³⁰²

Beide Bezirks-Parteien sind sich allerdings sicher, dass nur jeweils eine Maßnahme das „Sicherheitsproblem“ in den Griff bekommen kann: für die FPÖ ist das die Sicherheitswacht und für die ÖVP die Stadtwache. Mit diesen Forderungen geht auch immer Hand in Hand, dass alle bisherigen Ordnungsgruppen der Stadt Wien zusammengefasst werden und die MitarbeiterInnen in der jeweiligen neuen Institution zum Einsatz kommen.

Für die Grünen sind beide Einrichtungen keine adäquate Lösung, weil beide Maßnahmen viel zu spät ansetzen. Hingegen Investition in Bildung und Schule bereits sehr zeitig ansetzen zu fruchten.

Waltraud Antonov, Bezirksrätin der Grünen im 15. Bezirk, erklärt sich die wachsende Unsicherheit im Bezirk dadurch, dass im 15. viele Menschen mit einem geringeren Einkommen leben. Das wiederum wirkt sich negativ auf die soziale Sicherheit aus und das wiederum, dass sich die Betroffenen im öffentlichen Raum unsicher fühlen. Sie könnte sich auch vorstellen, dass diese Personen ein geringeres Selbstbewusstsein haben, als andere und sich leichter verunsichern lassen. Das verleitet dann dazu, dass man öfters zu Hause bleibt und damit gleichzeitig aber wieder an Sicherheit verliert.³⁰³ Eine Stadtwache oder Sicherheitswacht kann ihrer Meinung nach dieses Problem nicht lösen. Der „grüne Ansatz“ setzt dort an, wo es darum geht das subjektive Sicherheitsgefühl zu stärken. Denn würde man einer Stadtwache diese Aufgabe überlassen, verlassen sich die Menschen einerseits darauf bzw. müssen sich darauf verlassen, dass sich jemand um die Sicherheit kümmert und andererseits müsste eine Stadtwache finanzierbar sein und auch bleiben. Fällt diese Sicherheitskontrolle plötzlich weg, würden die Unsicherheitsgefühle gar größer sein, als zuvor. Darum lautet der grüne Ansatz: Menschen nachhaltig durch unterschiedliche Maßnahmen dazu bringen, aus sich selbst heraus mehr Sicherheitsgefühl zu entwickeln.³⁰⁴

Grundsätzlich empfindet Bezirksrätin Antonov die Situation im 15. Bezirk nicht so schlimm wie sie oft dargestellt wird. Ein Grund, warum das Sicherheitsgefühl geringer ist, könnte allerdings auch daran liegen, dass der 15. Bezirk besonders viele Substandardhäuser hat, „die allein schon durch die Bausubstanz ein wenig angsterregend sein können. Und wenn ein Haus

³⁰² Vgl. Transkript vom Interview mit Wolfgang Seidl, Zeile 142

³⁰³ Vgl. Transkript vom Interview mit Waltraud Antonov, Zeile 20-26

³⁰⁴ Vgl. ebd., Zeile 37-40

alt und unfreundlich ist, dann wirkt sich das auf die BewohnerInnen aus.“³⁰⁵

Ein Irrtum wäre es für die FPÖ, wenn man behaupten würde, das Sicherheitsgefühl ist im 15. Bezirk schlechter, weil dort besonders viele BewohnerInnen einen Migrationshintergrund haben. Nicht die MigrantInnen sind das Problem, sondern das System – so empfindet es der Klubobmann der FPÖ. Seiner Meinung nach, werden diese Leute systematisch im Regen stehen gelassen. Dann beginnt der Teufelskreis: sie lernen zu spät Deutsch, verlassen oft eine Pflichtschule ohne Abschluss und ausreichenden Schreib- und Lesetechniken, finden daraufhin keinen Ausbildungsplatz oder Job, fallen in die Arbeitslosigkeit und schlagen den Tag rum, indem sie mit Banden durch die Stadt ziehen.³⁰⁶ Wichtig ist daher: ausreichende Deutschkenntnisse bis zum Schuleintritt, sonst gezielte Förderungen.³⁰⁷

8.3. These 3: Polinnen und Türkinnen nehmen ihre Wohnumgebung anders wahr, als Migrantinnen aus Ex-Jugoslawien.

8.3.1. Sicherheit im Wohngebiet

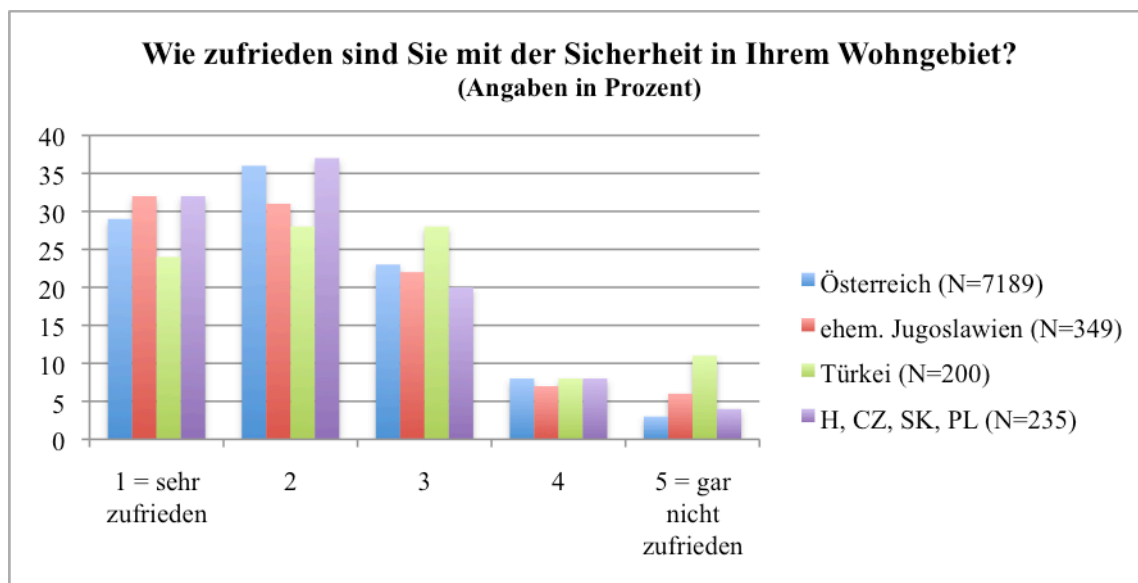


Abbildung 12 Sicherheit im Wohngebiet/ Migrationshintergrund (eigene Darstellung)

Die o. a. Grafik zeigt, die Zufriedenheit mit der Sicherheit im Wohngebiet, aufgelistet nach Geburtsland.

³⁰⁵ ebd., Zeile 98-101

³⁰⁶ Vgl. Transkript vom Interview mit Johann Gudenus, Zeile 144-151

³⁰⁷ Vgl. ebd., Zeile 159-161

Es wird deutlich, dass WienerInnen mit türkischem Migrationshintergrund unzufriedener mit der Sicherheit in ihrem Wohngebiet sind, als Zugewanderte aus dem ehemaligen Jugoslawien. 65% der WienerInnen, die in Österreich geboren sind, sind sehr zufrieden bzw. zufrieden mit der Sicherheit in ihrem Wohngebiet, gleiches gilt auch für 69% der WienerInnen mit einem ungarischen, tschechischen, slowakischen und polnischen Hintergrund. WienerInnen aus dem Ex-Jugoslawien sind zu 63% mit der Sicherheit (sehr) zufrieden. Allerdings können nur 52% der WienerInnen mit türkischem Migrationshintergrund das gleiche behaupten und einige (19%) sind gar nicht zufrieden.

8.3.2. Öffentliche Sicherheit

Ein anderes Bild zeigt sich allerdings bei der öffentlichen Sicherheit: WienerInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien finden sie zu 69% (sehr) gut und 53% WienerInnen, die in Ungarn, Tschechien, Slowakei oder Polen geboren sind, bewerten sie ebenfalls als (sehr) gut. Allerdings bewerten nur 44% der WienerInnen mit türkischem Migrationshintergrund und 43% der WienerInnen, die in Österreich geboren sind, die öffentliche Sicherheit als sehr gut bzw. gut.

Darum verwundert es vielleicht auch nicht, dass letztere Gruppe der Meinung ist (zu 41%), dass sich die Situation nicht verbessert hat. Ganz anderes sehen dass allerdings WienerInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien, einige (21%) finden, dass sich die Situation verbessert hat. Die Mehrheit aller – unabhängig wo sie geboren worden sind – sind der Meinung, dass die Situation gleich geblieben ist.

Damit meine 3. These falsifiziert bzw. verifiziert werden kann, hilft ein Blick auf die Frage, wovor sich WienerInnen unsicher fühlen.

U.a. Grafik zeigt das Bedrohungsgefühl (bewertet nach Noten) aufgelistet nach Geburtsländern. Hier wird sichtbar, dass sich Zugewanderte aus der Türkei besonders vor Kriminalitätsdelikten insgesamt fürchten. Im Detail betrachtet haben sie ein größeres Bedrohungsgefühl vor Wohnungseinbrüche und Autodiebstahl/Autoeinbruch.

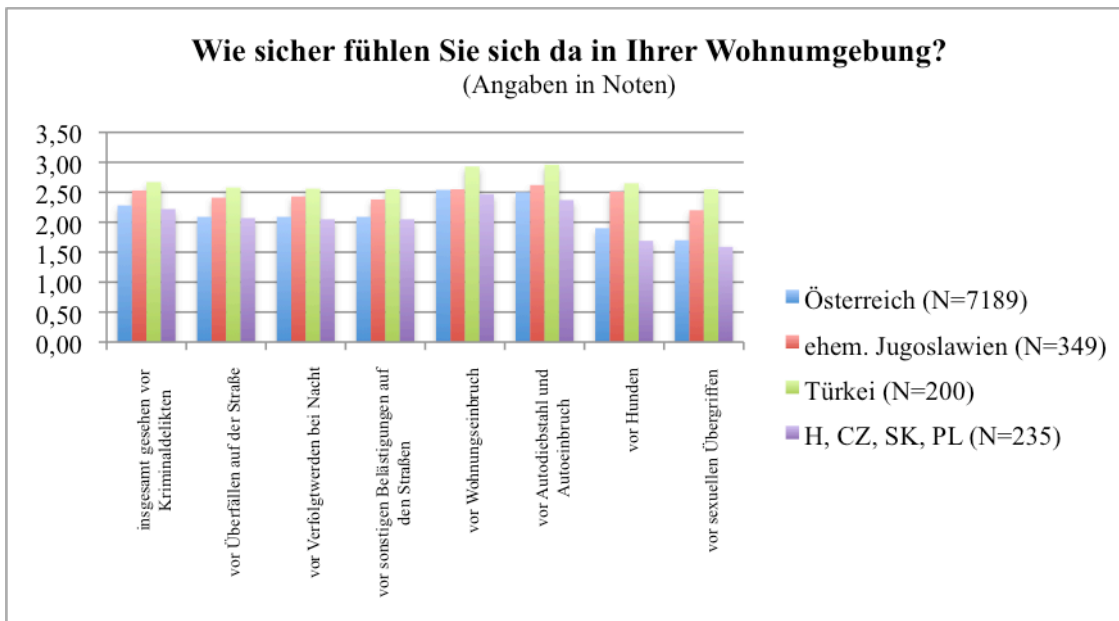


Abbildung 13 Kriminaldelikte/ Migrationshintergrund (eigene Darstellung)

Aus der Türkei Zugewanderte haben ein überdurchschnittliches Bedrohungsgefühl vor Wohnungseinbrüchen und Autodiebstahl/Autoeinbruch und generell ein höheres Bedrohungsgefühl vor Kriminaldelikten insgesamt – hier vor allem Frauen aus der Türkei.

Sieht man sich die Ergebnisse noch näher an, wird bei der o.a. Grafik deutlich, dass das Bedrohungsgefühl vor Überfällen auf der Straße bei ÖsterreicherInnen in etwa mit dem Gefühl der Zugewanderten aus Deutschland, Ungarn, Tschechien, Slowakei und Polen gleich ist. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei der näheren Betrachtung der anderen Faktoren (Verfolgtwerden bei Nacht, vor sonstigen Belästigungen auf den Straßen, vor Hunden, vor sexuellen Übergriffen).

Mit Hilfe der Regressionsanalyse lässt sich diese These auch auf den Faktor „weiblich“ überprüfen:

Model		Unstandardized Coefficients		Standardized Coefficients	t	Sig.
		B	Std. Error	Beta		
1	(Constant)	,416	,080		5,180	,000
	gebTUR	,443	,128	,062	3,446	,001
	gebJUG	,216	,094	,044	2,304	,021

Abbildung 14 Frauen allgemein

Frauen (in jedem Alter), die in Ex-Jugoslawien und in der Türkei geboren sind, haben einen Signifikant höheren Indexwert, d.h. Signifikant niedrigeres Sicherheitsgefühl.

Model	Unstandardized Coefficients		Standardized Coefficients	t	Sig.
	B	Std. Error	Beta		
1 (Constant)	,219	,305		,717	,474
gebTUR	,095	,211	,017	,448	,654
gebJUG	,670	,194	,138	3,454	,001
gebAND	,141	,138	,044	1,025	,306

Abbildung 15 Frauen unter 30

Bei Frauen unter 30 Jahre spielt das Geburtsland Türkei keine Rolle mehr.

Bei den Frauen über 60 Jahren ist das Geburtsland Türkei ebenfalls nicht mehr signifikant, dafür wieder Jugoslawien.

Model	Unstandardized Coefficients		Standardized Coefficients	t	Sig.
	B	Std. Error	Beta		
1 (Constant)	,449	,393		1,144	,253
gebTUR	,881	,881	,043	,999	,318
gebJUG	,740	,274	,110	2,695	,007
gebAND	-,115	,161	-,037	-,715	,475

Abbildung 16 Frauen über 30

Die SORA-Daten haben ergeben, dass Österreicherinnen mit einem Migrationshintergrund, Probleme in ihrer Wohnumgebung mit deutlich größerer Intensität wahrnehmen, als Österreicherinnen ohne Migrationshintergrund.³⁰⁸

Dadurch, dass ich nicht explizit auf die Situation der Polinnen eingehen konnte, ist meine 3. These nur zur Hälfte verifiziert.

8.4. These 4: Die Drogenszene und die Rotlicht-Szenen beeinträchtigt das Sicherheitsgefühl der jungen Frauen und Seniorinnen in Wien

Nachdem oben genannte Kriminaldelikte nicht den Anschein erweckt haben, dass sich WienerInnen besonders vor Autodiebstahle, Wohnungseinbruch und Verfolgtwerden bei Nacht, unsicher fühlen; ist u.a. Grafik besonders interessant:

³⁰⁸ Vgl. Frauenbarometer 2008, 26

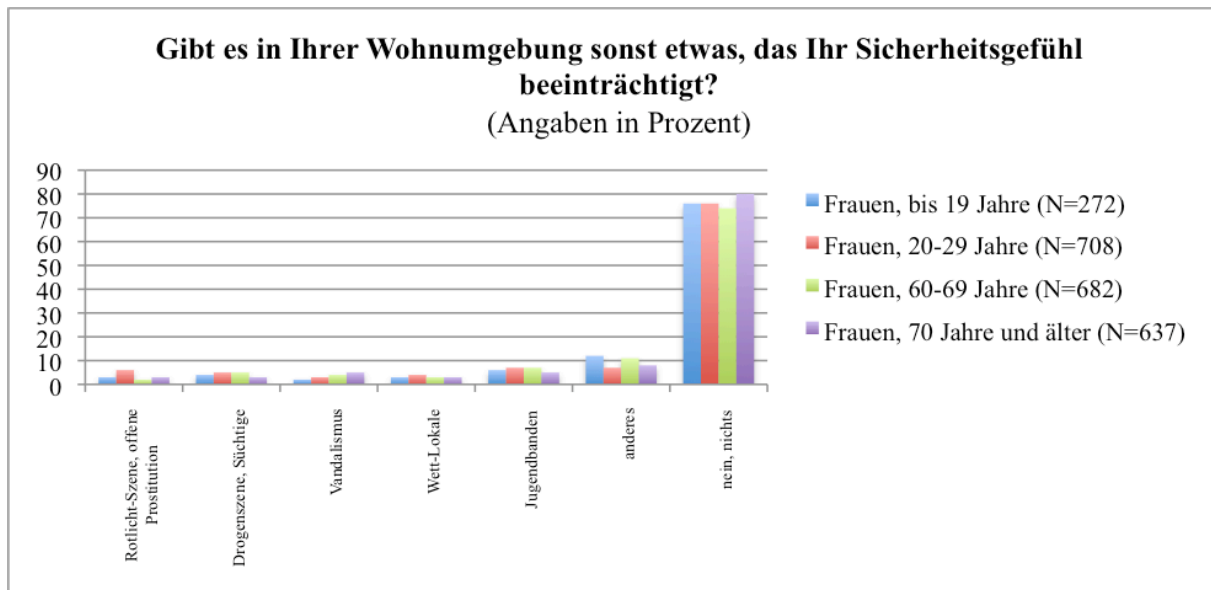


Abbildung 17 Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls/ Alter (eigene Darstellung)

Oben angeführte Grafik lässt darauf schließen, dass sich meine 4.These nicht bestätigen lässt. Weder die Rotlicht- noch die Drogenszene beeinflusst die WienerInnen enorm, unabhängig wie alt sie sind, in ihrem Sicherheitsgefühl.

6% der Frauen zwischen 20 und 29 Jahren geben an, dass die Rotlichtszene ihr Sicherheitsgefühl beeinträchtigt, bei den Frauen zwischen 60 und 69 Jahren sind es gar nur 2%. Auch die Drogenszene scheint die Frauen nicht unmittelbar zu stören: 4% der Frauen bis 19 Jahre geben es als Unsicherheitsfaktor an, 5% der 20 bis 29Jährigen sowie der 60 bis 69Jährigen und 3% der über 70Jährigen.

Ein differenzierteres Bild zeigt sich allerdings in den Bezirken:

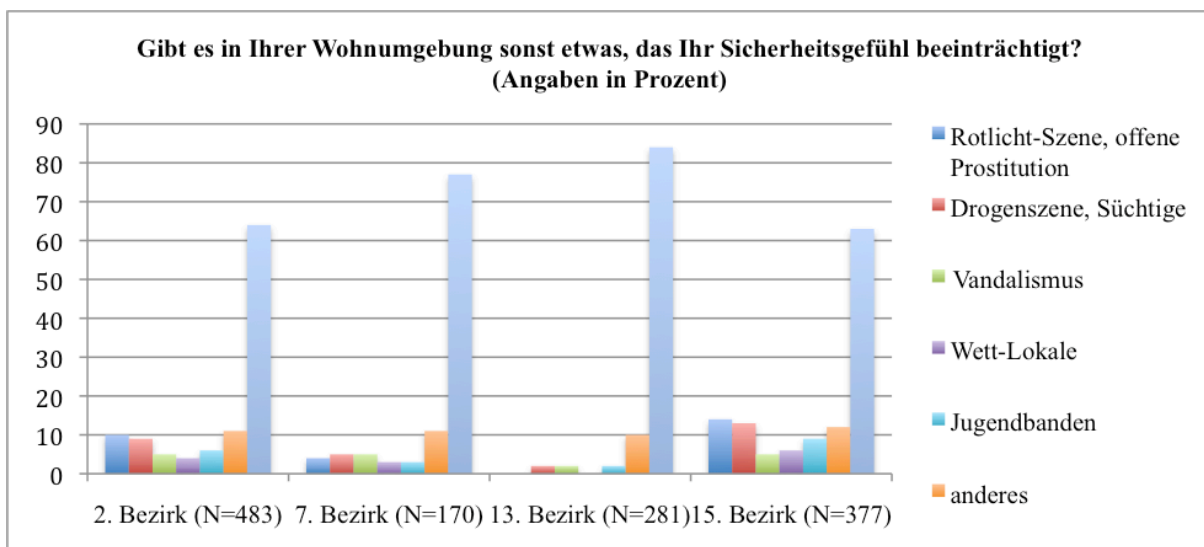


Abbildung 18 Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls/ Bezirk (eigene Darstellung)

Oben angeführte Grafik zeigt, dass die Rotlicht-Szene und die Drogenszene sehr wohl das Sicherheitsgefühl in der Leopoldstadt und Rudolfsheim-Fünfhaus beeinflussen. In der Leopoldstadt beeinflusst bei 10% der BewohnerInnen die Rotlicht-Szene das Sicherheitsgefühl, im 15. Bezirk sind es immerhin 14% und damit der höchste Wert in Wien. Die Drogenszene kommt nicht nur im 2. Bezirk (9%) und im 15. Bezirk (13%) zum Tragen, sondern beeinflusst im 6. Bezirk (16%) die BewohnerInnen am Meisten.

Insgesamt kann meine 4. These nicht als bestätigt erklärt werden, da sich laut Abbildung 18 Frauen nicht besonders durch die Rotlicht- und Drogenszene in ihrem Sicherheitsgefühl beeinflusst fühlen.

Wobei eine Verbesserung im Vergleich zwischen den Jahren 2003 und 2008 bei der Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühl durch die Drogenszene zu beobachten ist: hier hat sich die Zahl von 8% auf 5% verringert. Bei der Rotlicht-Szene und offenen Prostitution ist es hingegen zu einer (minimalen) Verschlechterung gekommen.

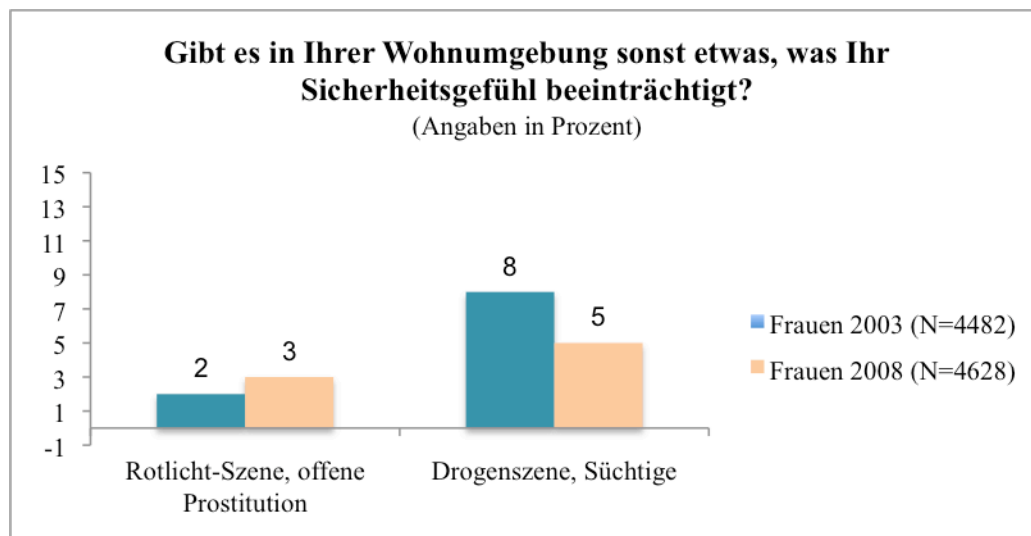


Abbildung 19 Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls/ Frauen (eigene Darstellung)

Auf Bezirksebene ist das Drogenproblem und die Prostitution stets ein Thema. Wie bereits oben erwähnt, fühlen sich 10% der BewohnerInnen in der Leopoldstadt durch die Prostitution in ihrem Sicherheitsgefühl beeinträchtigt. Der Bezirksvorsteher Gerhard Kubik (SPÖ) versicherte mir allerdings, dass die Beschwerden der AnrainerInnen im Vergleich zu den letzten 10, 15 Jahren abgenommen haben. Er meinte, die meisten Probleme gehen von den

Freiern aus, da sie oft wahllos Frauen auf der Straße ansprechen. Dass sich dadurch Frauen unwohl fühlen, kann er selbstverständlich nachvollziehen.³⁰⁹

LAbg. Wolfgang Seidl (FPÖ) geht sogar soweit, dass er jungen Mädchen nicht empfehlen würde ins Stuwerviertel zu ziehen, weil sie sonst damit rechnen müssten sechs bis sieben Mal am Tag von Freier angesprochen zu werden.³¹⁰ So ist es für ihn nicht verwunderlich, dass er ein bis zwei Mal pro Woche von BürgerInnen angesprochen wird, die sich durch die Prostitution beeinträchtigt fühlen.³¹¹

Für die Grünen gehen die Diskussionen rund um die Prostitution und Drogen oft Hand in Hand, allerdings warnen die Bezirksrätinnen Uschi Lichtenegger und Ruth Dögl vor überstürzte Urteile, da „sehr viele Vorurteile und Gerüchte gestreut“³¹² werden. Beide sprechen AnrainerInnen direkt auf die Problematik an, bekommen als Antwort allerdings oft Erzählungen, die jemand anderer erlebt haben soll. Für beide ist auch die Aussage der FPÖ, in der Leopoldstadt würde sich ein „neuer Karlsplatz“³¹³ entwickeln, sehr überspitzt formuliert.³¹⁴

Auch ÖVP-Bezirksrat Peter Hauer-Pawlik kann keinen Hotspot für einen Drogenumschlagplatz im 2. Bezirk erkennen.³¹⁵ Er ist der Meinung, dass das Prostitutionsthema viel mehr wiegt und die Bevölkerung beschäftigt. Vor allem junge Frauen sind einer „groben Belästigung“³¹⁶ im Stuwerviertel ausgeliefert.

Im 15. Bezirk sieht man die Prostitutionsproblematik ganz anders, zumindest die Grüne Bezirksrätin Antonov. Obwohl es sicher Frauen gibt, die sich durch Freier gestört fühlen, gibt es ihrer Meinung sehr wohl Frauen, die sich durch dieses Gewerbe sicherer fühlen. Dadurch das Prostituierte auf der Straße stehen, fühlen sich einige Frauen wohler, weil sie so nicht alleine auf der Straße am Weg nachhause Unterwegs sind.³¹⁷

Für diese Aussage hat FPÖ-Bezirksrat und Bezirksvorsteher- Stellvertreter Karl Schwing kein Verständnis und bittet die Grüne Bezirksrätin „mit offenen Augen und nicht mit der rosa Brille

³⁰⁹ Vgl. Transkript vom Interview mit Gerhard Kubik, Zeile 41-46

³¹⁰ Vgl. Transkript vom Interview mit Wolfgang Seidl, Zeile 45-47

³¹¹ Vgl. ebd., Zeile 49f

³¹² Transkript vom Interview mit Ruth Dögl und Uschi Lichtenegger, Zeile 42

³¹³ <http://leopoldstadt.fpoe-wien.at/index.php?id=1983&newsID=6664&cHash=36e41e0448ce3d0acd2b7e5e96cc2d29>, zuletzt geöffnet am 14.07.2011

³¹⁴ Vgl. Transkript vom Interview mit Ruth Dögl und Uschi Lichtenegger, Zeile 47f

³¹⁵ Vgl. Transkript vom Interview mit Peter Hauer-Pawlik, Zeile 14f

³¹⁶ ebd., Zeile 40

³¹⁷ Vgl. Transkript vom Interview mit Waltraud Antonov, Zeile 143

durch die Gegend zu gehen“.³¹⁸ Für den Bezirkspolitiker, im Brotberuf Polizist, hat das immer größer werdende Unbehagen im Bezirk einen Name: Prostitution. Und all die Facetten, die das älteste Gewerbe der Welt nach sich ziehen kann: geschlagene Frauen von Zuhälter, überfallene Frauen und Kinder, denen man abrät, nach der Dunkelheit aus dem Fenster zu schauen.³¹⁹ Dazu kommt, für Karl Schwing eine erst junge Entwicklung, dass vermehrt auch Frauen von Prostituierten angesprochen werden. D.h. sie werden nicht nur von Freiern belästigt, sondern auch von Frauen selbst.

ÖVP Bezirksrätin und Frauensprecherin Christine Rasinger berichtete, dass sich ältere Frauen zwar durch die Prostitution gestört fühlen, aber noch mehr durch die Lärmbelästigung die damit einher geht.³²⁰ Allerdings hat sie nicht das Gefühl, dass dadurch die BewohnerInnen beängstigt sind. Im Gegenteil, wenn sie „Schauergeschichten“ erzählt bekommt, dann nur vom Hören-Sagen. Noch keiner ihrer GesprächspartnerInnen ist selbst Opfer oder Zeuge einer Belästigung/Raub/usw. geworden. Nicht verwunderlich also, dass sie meint, „das ist nicht zu ernst zu nehmen“.³²¹ Einen positiven Nebeneffekt hat die Prostitution auf jeden Fall für ihr Grätzl: es gibt keine Einbrüche und damit sind sie und die BewohnerInnen sehr zufrieden.³²²

Auf Landesebene spielt insbesondere das Prostitutionsthema in den letzten Wochen eine große Rolle und dominierte Wochenlang die Tageszeitungen.

Vorangegangen war ein Pilotprojekt der zuständigen Stadträtin, Sandra Frauenberger im 15. Bezirk, welches sich zum Ziel gesetzt hat, „die Straßenprostitution aus dem dicht besiedelten Wohngebiet in zwei ausgewählte Straßenzüge zu verlagern.“³²³ Dieser Versuch war nur eine Maßnahme des 7-Punkte-Programms, welches sich die Stadt Wien selbst auferlegt hat – später sollte daraus ein neues Prostitutionsgesetz entstehen.

Neben dem Versuch (1) die Straßenprostitution auf zwei große Straßen im 15. Bezirk zu konzentrieren, wurde eine (2) Beschwerde-Hotline für AnrainerInnen eingerichtet und Sprechstunden abgehalten, (3) die Polizei Präsenz verstärkt, (4) Unterstützung für Zwangsprostituierte, (5) Streetworkerinnen werden Prostituierte betreuen, (6) eine 3

³¹⁸ Transkript vom Interview mit Karl Schwing, Zeile 214-215

³¹⁹ Vgl. ebd., Zeile 24-29

³²⁰ Vgl. Transkript vom Interview mit Christine Rasinger, Zeile 28

³²¹ ebd., Zeile 69f

³²² Vgl. ebd., Zeile 73f

³²³ <http://www.wien.spoe.at/allgemein/prostitution-frauenberger-zieht-durchwachsene-erstbilanz>, zuletzt geöffnet am 03.12.2010

Länderstudie soll ins Leben gerufen werden und (7) die Novellierung des Prostitutionsgesetz.

Während das Beschwerdemanagement und die höhere Polizeipräsenz gut angenommen worden sind, war die Verlagerung – weg vom Wohngebiet, hin zur Linken Wienzeile und Linzerstraße³²⁴ - wenig erfolgreich. Sandra Frauenberger hielt deshalb fest, „dass eine Verlagerung der Straßenprostitution mit kommunalpolitischen Mitteln nicht möglich ist“³²⁵ Fest steht für Frauenberger, dass die Sittenwidrigkeit der Prostitution aufgehoben werden muss, „damit Prostitution als Gewerbe in selbstständiger Ausübung möglich wird. Dies würde zu einer erheblichen Verbesserung der Arbeitssituation und zu mehr Rechtssicherheit von Prostituierten führen.“³²⁶

Für die ÖVP war das Scheitern der Verlagerung der Zonen bereits während dem Pilotprozess absehbar. Sie forderte unentwegt ein Bordellgesetz, wonach es „in Wien ein Genehmigungsverfahren für Bordelle und bordellähnliche Einrichtungen geben“³²⁷.

Ende Mai präsentierten Stadträtin Sandra Frauenberger und Grüne Gemeinderätin Birgt Hebein einen Entwurf zum neuen Prostitutionsgesetz, welcher von allen anderen Parteien scharf kritisiert wurde.³²⁸ Besonders kritisiert wurde die Änderung, dass in Zukunft eine Trennung von Straßenprostitution und Wohngebiet passieren soll.³²⁹ Die Initiatorinnen versprachen nachzujustieren und Änderungen wahrzunehmen. Schließlich wurde der Entwurf zur Änderung des Prostitutionsgesetzes am 30.06.2011 in der Landtagssitzung angenommen.³³⁰

8.5. These 5: Be- und Ausleuchtung von öffentlichen Plätzen tragen zum Sicherheitsgefühl von Frauen bei

³²⁴ Vgl. <http://derstandard.at/1271377056512/Prostitution-Neue-Regeln-auf-dem-Strich>, zuletzt geöffnet am 29.05.2011

³²⁵ <http://www.wien.spoe.at/allgemein/prostitution-frauenberger-zieht-durchwachsene-erstbilanz>, zuletzt geöffnet am 03.12.2010

³²⁶ ebd.

³²⁷ OTS0204 || 0196 VPR0006 VP-Ulm ad Frauenberger: Pilotprojekt zur Prostitution gescheitert – Wien braucht ein Bordellgesetz

³²⁸ z.B. Vgl. OTS0170 || 0268 NFW0004 FPÖ kritisiert Entwurf zum Prostitutionsgesetz

³²⁹ Vgl. OTS0076 || 0798 NRK0006 Prostitutionsgesetz neu: Keine Straßenprostitution im Wohngebiet

³³⁰ Vgl. <http://www.wien.gv.at/rk/msg/2011/06/30026.html>, zuletzt geöffnet am 04.07.2011

Meine 5. These kann zumindest teilweise mithilfe einer Kreuztabelle beantwortet werden. Die Frage 21 geht der Frage nach, ob es eine Störung oder Beeinträchtigung in der engeren Wohnumgebung mit bzw. durch die öffentliche Beleuchtung gibt. Mit Hilfe der Kreuzung der Frage nach dem Geschlecht, konnten hier die Ergebnisse der Frauen berücksichtigt werden.

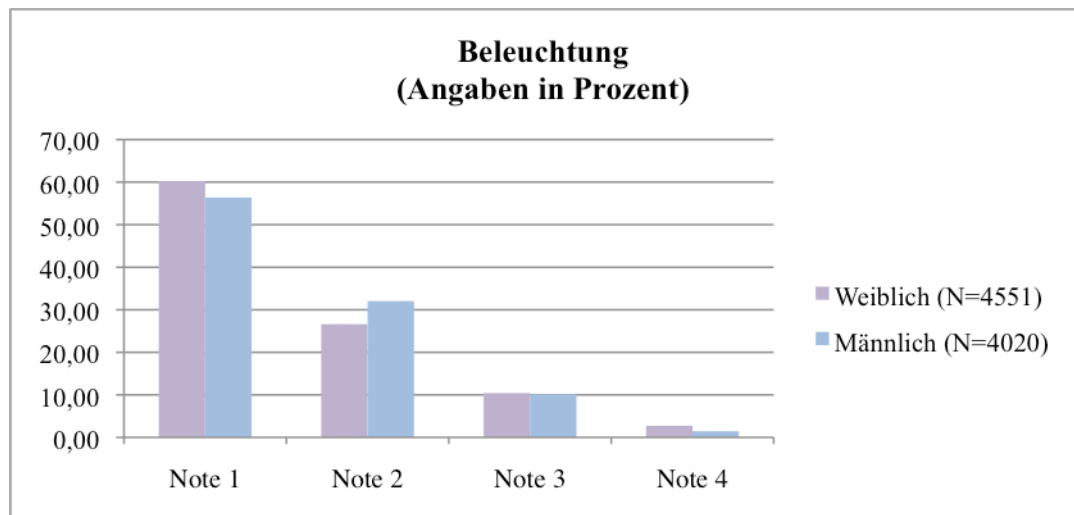


Abbildung 20 Beleuchtung (eigene Darstellung)

Oben angeführte Abbildung zeigt, dass 60% der befragten Frauen keine Störung oder Beeinträchtigung bei der öffentlichen Beleuchtung in ihrer Wohnumgebung wahrgenommen haben und die öffentliche Beleuchtung mit der Schulnote „Sehr gut“ bewerten. Gleiches können auch rund 56% der Männer behaupten. Lediglich 58 Männer und 124 Frauen haben die Situation mit der Note 4 bewertet. Fasst man die Note 1 und 2 zusammen, sind immerhin 86% der Wienerinnen mit der öffentlichen Beleuchtung in ihrer Wohnumgebung zufrieden.

Da keiner der Antworten des Fragebogens auf die Frage eingeht, ob die Wienerinnen auf öffentlichen Plätzen mit der Beleuchtung zufrieden sind, kann meine 5. These mithilfe des Fragebogens nicht beantwortet werden. Allerdings konnte ich einige Maßnahmen der Stadt Wien ausfindig machen, die zeigen, dass man um eine bestmögliche Be- und Ausleuchtung zumindest bemüht ist, um nicht zuletzt damit das Sicherheitsgefühl der Wienerinnen und Wiener zu stärken. Schlussendlich profitieren beide Geschlechter gleichermaßen von einer funktionellen Straßenbeleuchtung. Im Mittelpunkt der gendergerechten Umsetzung von Licht stehen in erster Linie allerdings die nicht motorisierten VerkehrsteilnehmerInnen, die sich größtenteils aus Frauen, Kinder, Jugendlichen und älteren Personen zusammensetzen. Eine wichtige Maßnahme für eine gendergerechte Umsetzung von Licht ist daher, dass die

ausschließliche Beleuchtung der Fahrbahn vermieden wird. Dafür werden Gehsteige verstärkt berücksichtigt und besser ausgeleuchtet. Die MA 33 verbessert sowohl bestehende Beleuchtungen im Sinne dieser gendergerechten Umsetzung und arbeitet eng mit anderen verantwortlichen Stellen zusammen.³³¹

Damit diese Verbesserungen auch wirklich im Sinne des Gender Mainstreaming passieren, werden die Mitarbeiterinnen und (größtenteils) Mitarbeiter von der Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen speziell geschult. Wie mir Dipl.Ing.ⁱⁿ Claudia Prinz-Brandenburg³³² im Zuge meines Fragebogens geantwortet hat, „führt die Leitstelle gemeinsam mit der MA33 Workshops und Begehungen durch“. Im Zuge dessen wurde eine Checkliste erarbeitet, „um die Beurteilung eines potentiellen "Angstraumes" zu vereinfachen.“³³³

In diesem Fall sind sich die Parteien einig: gute und ausreichende Beleuchtung ist für das Sicherheitsgefühl wertvoll.

FP-Klubobmann Gudenus sieht den Vorteil in gut ausgeleuchteten Plätzen darin, dass neben dem subjektiven Sicherheitsgefühl, auch das objektive steigt. Schließlich hätten Täter in dunklen Gassen leichteres Spiel, als in ausgeleuchteten.³³⁴

8.6. These 6: Die Stadt Wien bezieht bei der Stadtplanungen und –veränderungen die Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen mit ein

Die Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen ist eine Dienststelle der Magistratsdirektion - Geschäftsbereich Bauten und Technik und damit in der Stadtverwaltung strategisch gut positioniert. Entgegen meiner Erwartungen wird bzw. kann die Leitstelle nicht bei allen Planungsprojekten der Stadt Wien eingebunden werden, da es ihr an Personal mangelt. Mithilfe von Gender Mainstreaming Leitprojekten wurde allerdings eine funktionierende Möglichkeit gefunden, eingebunden zu werden. Darüber hinaus fungieren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Leitstelle in Beiräten und Gremien als Expertinnen und Experten und können somit direkten Einfluss für eine frauenfreundlichere Stadtgestaltung

³³¹ Vgl. <http://www.wien.gv.at/menschen/gendermainstreaming/beispiele/beleuchtung.html>, zuletzt geöffnet am 12.06.2011

³³² Dipl.-Ing.in Claudia Prinz-Brandenburg arbeitet in der Leitstelle für Alltags- und Frauengerechtes Planen und Wohnen der Stadt Wien

³³³ schriftliches Interview vom 13.05.2009 mit Frau Dipl.Ing.in Claudia Prinz-Brandenburg, Leitstelle für Alltags- und Frauengerechtes Planen und Wohnen der Stadt Wien, siehe Anhang

³³⁴ Vgl. Transkript vom Interview mit Johann Gudenus, Zeile 118f

auswirken.³³⁵

Diese These konnte bestätigt werden.

8.7. These 7: Die Stadtregierung versucht das Sicherheitsgefühl der WienerInnen stets zu Verbessern.

Die Stadtregierung hat bereits viele Projekte ins Leben gerufen und umgesetzt, um das Sicherheitsgefühl der WienerInnen zu verbessern. Im Folgenden sollen anhand von Beispielen einige Initiativen vorgestellt werden.

8.7.1. Gender Mainstreaming Pilotprozess Mariahilf

Das Gender Mainstreaming Pilotprozess Mariahilf ist ein wesentliches Projekt, welches die Stadt ins Leben gerufen hat, um das subjektive Sicherheitsgefühl der Frauen in Wien zu fördern.

2005 (bzw. 2007 überarbeitet) wurde die Broschüre „Stadt fair teilen. Gener Mainstreaming in Mariahilf bietet für Frauen und Männer, Mädchen und Burschen gleiche Chancen im Stadtraum“ heraus. Die Initiative ging vom damaligen Stadtrat für Stadtentwicklung und Verkehr, Rudolf Schicker und Sandra Frauenberger, Stadträtin für Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal (vorher Vize-Bürgermeister Renate Brauner und Stadträtin Sonja Wehsely) aus. Durch die Zusammenarbeit der Bezirksvertretung Mariahilf und MitarbeiterInnen aus unterschiedlichen Magistratsdienststellen, sowie der Entwicklung und Koordination der Leitestelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen konnte das Projekt umgesetzt werden. Das Projekt in Mariahilf dient als Vorzeigemodell, soll aber auch die anderen Bezirke dazu ermutigen, ihren öffentlichen Raum auf Gender gerechte Faktoren überprüfen zu lassen.

Worum geht es in der Broschüre? Man geht von der Annahme aus, dass der öffentliche Raum unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen gerecht werden soll und muss. Nicht zuletzt der Interessen der Frauen, da sie öfters als Männer die öffentlichen Verkehrsmitteln benutzen, häufiger zu Fuß ihre Wege erledigen und einen Großteil der Versorgungsarbeit leisten, „d.h.

³³⁵ schriftliches Interview vom 13.05.2009 mit Frau Dipl.Ing.in Claudia Prinz-Brandenburg, Leitstelle für Alltags- und Frauengerechtes Planen und Wohnen der Stadt Wien, siehe Anhang

sie sind auch oft mit den langsamsten VerkehrsteilnehmerInnen (Kleinkindern, Gebrechlichen und Hochbetagten) unterwegs³³⁶.

Aus den unterschiedlichen Bedürfnissen ergeben sich unterschiedliche Anforderungen, die die Menschen an die Gestaltung des öffentlichen Raums stellen. Die Broschüre zeigt deshalb nicht nur, wie eine sichere und eine bequem zu querende Kreuzung aussehen kann, sondern schlägt eine faire Ampelschaltung vor, barrierefreie Wege und breitere Gehsteige uvm.

Ein wichtiger Punkt in der Broschüre ist das „angstfreie gehen“³³⁷. Im Zuge einer Begehung konnte die eingesetzte Frauenkommission 14 dunkle Orte ausfindig machen, die Unbehagen in den Abend- und Nachtstunden hervorrufen können. Indem man daraufhin Spiegeln und eine bessere bzw. richtige Beleuchtung eingesetzt hat, konnten diese unsicheren Orte entschärft werden. Wichtig ist bei einer Neugestaltung zum Beispiel, dass es den FußgängerInnen möglich ist, zumindest aus einer Entfernung von vier Metern, die Gesichter der Entgegenkommenden zu erkennen. Somit konnte das subjektive Sicherheitsgefühl verbessert werden, das schließlich „der Maßstab für eine angstfreie Benutzung öffentlicher Räume“³³⁸ ist.

Am Ende der Broschüre werden die LeserInnen noch einmal ermutigt, dieses Projekt auch in ihrem Bezirk umzusetzen.

8.7.2. Frauen-Werk-Stadt I

Die Frauen-Werk-Stadt I steht im 21. Bezirk und ist das „europaweit größte von Frauen nach Kriterien des frauengerechten Wohn- und Städtebaus geplante Bauvorhaben“³³⁹. Die Wohnhausanlage wurde zwischen 1992 und 1997 errichtet und hatte die zentralen Ziele, die Haus- und Familienarbeit zu erleichtern, die nachbarschaftlichen Kontakte zu fördern und ein Wohnumfeld zu schaffen, wo man sich auch in den Abend- und Nachtstunden sicher bewegen konnte. Das Projekt geht auf eine Initiative des Frauenbüros zurück und wurde gemeinsam mit Architektinnen und einer Landschaftsarchitektin geplant.³⁴⁰

³³⁶ Stadt Wien (2007), 4

³³⁷ Vgl. Stadt Wien (2007), 10f

³³⁸ ebd., 11

³³⁹ <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/alltagundfrauen/pdf/werk1-la.pdf>, zuletzt geöffnet am 08.07.2011

³⁴⁰ Vgl. ebd.

8.7.3. Pilotprojekt „Sicheres Wohnen“

Im Jänner 2010 präsentierte Vizebürgermeister und Wohnbaustadtrat Dr. Michael Ludwig das Pilotprojekt „Sicheres Wohnen“.³⁴¹ Gemeinsam mit dem Kriminalpolizeilichem Beratungsdienst wurde die Anlage geplant und im 15. Bezirk umgesetzt. Die Erfahrungen aus dem Pilotprojekt sollen in Zukunft bei Neuplanungen mit einfließen. Um das Sicherheitsgefühl der BewohnerInnen zu heben, wurde neben baulichen Maßnahmen, vor allem auf ein friedliches Miteinander gesetzt, „denn eine gute Hausgemeinschaft, in der die Mieterinnen und Mieter aufeinander schauen, steigert nicht nur das subjektive Sicherheitsgefühl, sondern bringt auch objektiv mehr Schutz“³⁴², meinte Michael Ludwig in der Präsentation dazu.

Daneben zeichnet sich die Wohnhausanlage besonders durch folgende Punkte aus:

- „übersichtliche Verkehrswege und eine überschaubare Garage, Vermeidung uneinsichtiger Nischen und Ecken
- natürlich belichtete, helle Stiegenhäuser und Aufzugsbereiche - beleuchtete Hauseingänge und Garageneinfahrtsbereiche durch Bewegungsmelder
- sechs Pkw-Stellplätze im Erdgeschoss mit natürlicher Belichtung speziell für Frauen. Garage mit Schnelllift mit Induktionsschleife
- selbstverriegelndes Anti-Panik-Schloss bei Haus- und Garagenzugängen
- vandalensichere Durchlade-Postkästen: Die Postzustellung ist ohne Betreten des Hauses möglich
- vandalensichere Gegensprechanlage
- Wohnungstüren der Widerstandsklasse 3, Einbau einer verstärkten Sicherheitszarge
- keine Erdgeschosswohnungen
- helle, natürlich belichtete Waschküche im Erdgeschoß“³⁴³

Anhand der oben genannten Projekten lässt zwar erkennen, dass die Stadtregierung stets Initiativen und Aktivitäten setzt, um das Sicherheitsgefühl zu heben. Allerdings zeigen Vergleichszahlen von 2003 und 2008, dass zumindest diese Bemühungen zu wenig sind:

³⁴¹ Vgl. <http://www.wien.gv.at/rk/msg/2010/0113/008.html>, zuletzt geöffnet am 24.05.2011

³⁴² ebd.

³⁴³ Vgl. ebd.

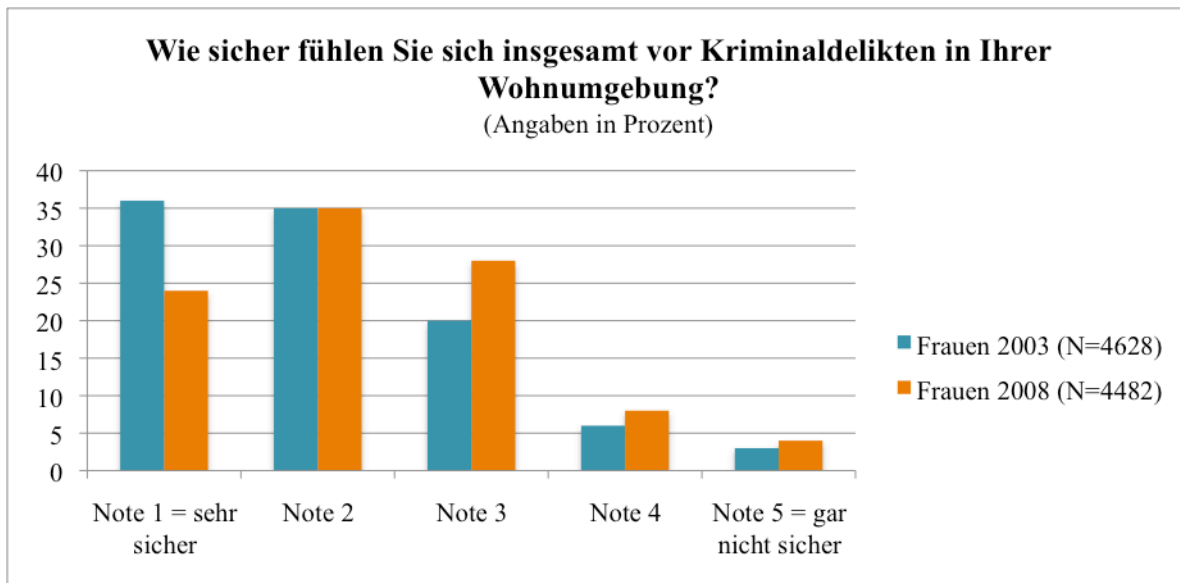


Abbildung 21 Kriminaldelikte im Vergleich/ Frauen (eigene Darstellung)

Die obige Grafik zeigt deutlich, dass sich Wienerinnen 2008 nicht mehr so sicher vor Kriminaldelikten als noch 2003 fühlen. Bewerteten 2003 noch 36% die Situation als sehr gut, konnten das 5 Jahre später nur noch 24% behaupten. Fasst man die Note 1 und 2 zusammen, so zeigt sich ebenfalls ein klares Bild: 2003 befanden noch 71% der Frauen die Situation als sehr sicher bzw. sicher. 2008 waren es hingegen „nur“ noch 59%. Wobei auch festgehalten werden muss, dass ein Wert von beinahe 60% nicht unbedingt als negativ bewertet werden muss. Fest steht aber, dass sich die Situation verschlechtert hat.

Besonders hat sich die Situation hinsichtlich Wohnungseinbruch geändert: 2003 haben noch 66% der Wienerinnen die Frage, wie sicher sie sich vor einem Wohnungseinbruch fühlen, mit sehr sicher bzw. sicher beantwortet. 2008 konnten selbiges nur noch 49% sagen, dass ist eine Verschlechterung von 17%.

Sieht man sich die Ergebnisse der Opfererfahrung an, kann die Verschlechterung nicht wirklich erklärt werden: 82% der befragten Frauen gaben 2008 an, kein Opfer von kriminellen Delikten oder Belästigung geworden zu sein, 2003 waren dass 81%.

Da das Sicherheitsgefühl der BewohnerInnen nicht besser oder gleich geblieben ist, kann meine letzte These als falsifiziert bezeichnet werden.

9. Conclusio

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich das Sicherheitsgefühl sowohl im öffentlichen Raum als auch im eigenen Wohngebiet verschlechtert hat. Im selben Atemzug muss allerdings festgehalten werden, dass die Ergebnisse überwiegend positiv sind und von einer hohen Zufriedenheit zeigen. Schließlich sind 64% aller Frauen mit der Sicherheit in ihrem Wohngebiet sehr zufrieden bzw. eher zufrieden. Allerdings ist nur jede 2. mit der öffentlichen Sicherheit sehr bzw. eher zufrieden.

Es hat sich gezeigt, dass Geschlechtszugehörigkeit, Alter, Bildung, Migrationshintergrund, Einkommen, Erwerbsstatus, Wohnbezirk und Wohnform Einfluss auf das Sicherheitsgefühl nehmen.

Sowohl die IFES als auch die SORA Daten haben bestätigt, dass insbesondere Frauen, die im 15. Bezirk leben, Pensionistinnen sowie im Haushalt tätige Frauen, Frauen mit einem geringeren Einkommen und Bewohnerinnen von größeren Wohnhausanlagen, sich unsicherer fühlen als andere.³⁴⁴

Antworten auf die Frage, warum sich das Sicherheitsgefühl verschlechtert hat bzw. ob es sich in den kommenden Jahren wieder heben wird, haben mir meine InterviewpartnerInnen gegeben.

LAbg. Wolfgang Seidl (FPÖ-Leopoldstadt) sieht etwa das Ausländerthema, dass die „Bevölkerung ein wenig unruhiger schlafen lässt.“³⁴⁵ Er glaubt nicht, dass das Sicherheitsgefühl dadurch steigt, wenn immer weniger Personen mit demselben Kulturkreis in einer Umgebung wohnen, „um das alles ganz vorsichtig zu formulieren“.³⁴⁶ Auch wird daran die aktuelle Koalition von Rot-Grün in Wien nichts daran ändern. Sowohl FPÖ-Klubobmann Gudenus als auch LAbg. Seidl kritisierten jeweils im Interview, dass im Koalitionsübereinkommen „nichts Substantielles“³⁴⁷ steht und die Formulierungen ohne Zeitvorgaben und „schwammig“³⁴⁸ niedergeschrieben wurden.

³⁴⁴ Vgl. Frauenbarometer 2008, 63

³⁴⁵ Transkript vom Interview mit LAbg. Wolfgang Seidl, Zeile 209-210

³⁴⁶ ebd., 214

³⁴⁷ ebd., 248

³⁴⁸ Transkript vom Interview Johann Gudenus, Zeile 189

Für die Grünen ist die Mediengesellschaft nicht ganz unschuldig an den Ergebnissen, schließlich werden oft Geschichten mit Fakten gefüttert (etwa „Ausländer überfällt alte Dame“), die eine Story dramatisch erscheinen lässt, obwohl sie es gar nicht ist. Hätten die Grünen das Rezept, wie man das Sicherheitsgefühl der WienerInnen hebt, „hätten wir vielleicht die absolute Mehrheit“³⁴⁹. Bis dahin erreicht man die Menschen leider eher mit Angstgeschichten, als mit Argumenten.³⁵⁰

Die Autoren Hanak, Karazman-Morawetz und Krajewski, die schon bei der INSEC-Studie federführend waren, konnten folgende Punkte für den Rückgang des Sicherheitsgefühls verantwortlich machen:

- Seit den 60er Jahren ist ein „Prozess der Auflösung von (Klassen- und Nachbarschafts-) Milieus, von sozialen Bindungen etc. zu beobachten“³⁵¹. Dieser Prozess der Individualisierung und Anonymisierung des großstädtischen Lebens wirkt sich gleichzeitig auf informelle lokale Kontrollen aus, die teilweise verschwinden, gleichzeitig aber durch moderne Kontroll- und Überwachungstechniken abgelöst werden.³⁵²
- Auch Folgen der Globalisierung, wirken sich seit den späten 80er Jahren auf das Sicherheitsgefühl aus: die Ostgrenzöffnung, höhere Zahl an ZuwanderInnen, Stadtwachstum und steigende Zahl an Asylsuchenden. Letztere werden durch das geltende Asylgesetz in die Schattenwirtschaft und illegale Märkte gezwungen, welche Irritationen und Verunsicherungen bei der Bevölkerung hervorrufen, die unmittelbar damit konfrontiert sind.³⁵³
- Ein weiterer Faktor, der für die aktuelle Entwicklung ausschlaggebend ist, ist die „Prekarisierung des Arbeitsmarkts“³⁵⁴, d.h. es kommen immer weniger Personen am regulären Arbeitsmarkt unter, atypische Beschäftigungsformen steigen und sind prekär, es wird immer mehr von jemanden verlangt und man muss flexibel sein, um am Arbeitsmarkt zu bestehen.³⁵⁵ Vor allem Frauen sind in atypischen Beschäftigungsformen angestellt und machen 85% der Teilzeitbeschäftigten in Österreich aus³⁵⁶.

³⁴⁹ Transkript vom Interview mit Ruth Dögl und Uschi Lichtenegger, Zeile 303

³⁵⁰ Vgl. Ebd. 301

³⁵¹ Hanak/ Karazman-Morawetz/ Krajewski (2007), 93

³⁵² Vgl. ebd., 93

³⁵³ Vgl. ebd., 93

³⁵⁴ ebd., 93

³⁵⁵ Vgl. ebd., 93

³⁵⁶ Vgl. Talos (2005), 47

- Politische Veränderungen, wie sie in Österreich 2000 eingetroffen sind, tragen ebenfalls zu unsicherheitsfördernden Tendenzen bei. Aber auch der Verlust des sozialpartnerschaftlichen Modells und die ständige Diskussion über Reformen im Gesundheitsbereich und Bildungsbereich, sowie der Umbau des Wohlfahrtsstaats.³⁵⁷
- Nicht wegzureden ist selbstverständlich der Kriminalitätsanstieg, der seit 2000/2001 zu erkennen ist. Insbesondere Straßenraub und Wohnungseinbruch wirken sich auf das subjektive Sicherheitsgefühl aus.³⁵⁸

Trotz oben genannten negativen Entwicklungen, haben Hanak, Karazman-Morawetz und Krajewski sehr wohl generierende Faktoren, die das Sicherheitsgefühl positiv beeinflussen, festgemacht:

- In Wien ist weder Stadtverfall zu erkennen, noch verschlechtern sich die Lebensbedingungen markant.
- Die WienerInnen stellen der Stadt im Hinblick auf die Lebensqualität eine gute Note aus.
- Vorhandene Stadtprobleme werden nicht im gleichen Atemzug wie Furcht und Bedrohung diskutiert.
- WienerInnen bezeichnen die urbane Infrastruktur als zuverlässig, nicht zuletzt deshalb weil sie grundsätzlich auch funktioniert.
- WienerInnen haben ein ausgeprägtes Systemvertrauen, d.h. sie vertrauen den Institutionen der Kommunalverwaltung.
- Wichtig ist außerdem, dass es in Wien de facto keine „no go areas“ gibt.
- Ebenso spielt Gewalt im öffentlichen Raum keine bedeutende Rolle – zumindest nicht in den breiten Bevölkerungsschichten, sondern allenfalls in spezielle subkulturellen Milieus.
- Zugleich sind in Wien keine „dangerous classes“ zu erkennen, wenngleich die Medien gerne vorhandene Kriminalitätsprobleme gewissen Bevölkerungsgruppen zu schanzen.³⁵⁹

Zusammenfassend kann man festhalten, dass Wien noch immer eine sichere Stadt ist. Es gibt zwar Entwicklungen, die das Sicherheitsgefühl verändern (Individualisierung, Anonymisierung, Öffnung der Ostgrenzen, Veränderungen am Arbeitsmarkt, politische Veränderungen und der zu beobachtende Kriminalitätsanstieg). Gleichzeitig gibt es in Wien sehr wohl Faktoren, die das Sicherheitsgefühl positiv beeinflussen. So ist weder von einem

³⁵⁷ Vgl. Hanak/ Karazman-Morawetz/ Krajewski (2007), 93f

³⁵⁸ Vgl. ebd., 94

³⁵⁹ Vgl. ebd., 94ff

Stadtverfall noch von no go areas die Rede. Die WienerInnen vertrauen den Institutionen in Wien und stellen der Lebensqualität ein gutes Zeugnis aus. Dazu kommt, dass in Wien Gewalt in der breiten Bevölkerungsschicht keine Rolle spielt und Stadtprobleme werden vernünftig diskutiert.

Warum es dennoch ist, wie es ist, bietet vielleicht die Theorie des Unzufriedenheitssyndroms. Wie eingangs erwähnt gehen hier Aspekte wie Sauberkeit und Ruhe im Stadtviertel mit der Zufriedenheit der eigenen Lebensführung einher.³⁶⁰

Letzter Aspekt ist meiner Meinung nach ausschlaggebend für das Sicherheitsgefühl und konnte auch durch die Thesen bestätigt werden: zu einer guten Lebensführung zählt u. a. eine gute (Aus-)Bildung.

Und welche Rolle können die politischen Parteien in dieser Diskussion einnehmen? Meiner Meinung nach, gehen hier SPÖ und Grüne bereits in die richtige Richtung, wenn sie das Bildungsangebot ausbauen und Ganztagschulen in Wien fördern. In den Oppositionsparteien FPÖ und ÖVP ist hingegen ein Kampf ausgebrochen, welche Partei eher für einen Law and Order Diskurs steht. Sie übertrumpfen sich regelmäßig mit neuen Ideen, den Sicherheitsapparat neu zu gestalten und den Überwachungsstaat auszubauen.

Die FPÖ Wien hat bei der Gemeinderatswahl 2010 stark dazu gewonnen. Eine SORA Wahltagsbefragung im Auftrag des ORF hat ergeben, dass für 75% der FPÖ-WählerInnen das Thema Sicherheit ein sehr wichtiges Thema für die Wahlentscheidung war.

Welchen Schluss die SPÖ daraus ziehen kann? Das es offensichtlich nicht hilft, zwei Mal in Folge die Stadt mit der höchsten Lebensqualität³⁶¹ zu sein, dass das Kriminalitätsaufkommen im internationalen Vergleich gering ist und das Sicherheitsgefühl der WienerInnen hoch ist.

Darum verwundert es wahrscheinlich nicht, dass sich Bürgermeister Dr. Michael Häupl nach dem Verlust der absoluten Mehrheit am Landesparteitag der SPÖ Wien im Mai 2011 eingesteht, dass die SPÖ „nicht die Herzen und nicht die Emotionen“³⁶² erreicht hat. Letzteres ist bekanntlich nicht unwichtig für das Sicherheitsgefühl.

³⁶⁰ Vgl. ebd., 84

³⁶¹ Vgl. Mercer-Studie zur Lebensqualität 2010 u.a. siehe hier <http://www.wien.gv.at/politik-verwaltung/mercerstudie.html>, zuletzt geöffnet am 20.09.2011

³⁶² <http://wien.orf.at/stories/518053/>, zuletzt geöffnet am 02.06.2011

10. Literatur

- Bauer, Ursula (Bearb.): Sicherheitstipps für Frauen und Mädchen. Eine Initiative von Frauenstadträtin Sandra Frauenberger. Wien, 2007
- Bernd, Belina: Räumliche Strategien kommunaler Kriminalpolitik in Ideologien und Praxis. In: Diskurs – Stadt – Kriminalität. Bielefeld, 2005, S. 137-166
- Blankenburg, Erhard: Sicherheitspolitik in einigen Großstädten Europas. In: Bständig, Gerhart (Hg.): Wien – Sichere Stadt. Kommunale Sicherheitspolitik. Baden-Baden, 1993, S. 7-14
- Feigl, Susanne: Sicherheitstips für Frauen. Wien, 1997
- Hanak, Gerhard/ Neumann, Alexander: Unsicherheitserfahrungen von StadtbewohnerInnen und Wahrnehmung von „Unsicheren Orten“ im Stadtraum: Ergänzende Auswertung zur (Un)Sicherheitstopographie der Stadt, unveröffentlichter Forschungsbericht. Wien, 2006
- Karazman-Morawetz, Inge: Was macht Stadtbewohner unsicher? Unsicherheitserfahrungen in zwei Wiener Stadtvierteln und ihre strukturellen Hintergründe. In: Hammerschick, Walter (Hrsg.): Die sichere Stadt. Prävention und kommunale Sicherheitspolitik. Baden-Baden, 1996, S. 17-37
- MA 18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung: Gender Mainstreaming in der Stadtplanung, Werkstattbericht Nr. 50. Wien, 2002
- Ruland, Gisa (Hg.): draußen einfach sicher. Mehr Bewegungsraum für Frauen in der Stadt. Wien, 1992
- Sessar, Klaus/ Stangl, Wolfgang (2007): Unsicherheit und Furcht in Europäischen Metropolen: Ergebnisse aus einem Europäischen Forschungsprojekt. Einführung. In: Sessar, Klaus/ Stangl, Wolfgang/ van Swaaningen, René (Hg.): Großstadtängste – Anxious Cities. Untersuchungen zu Unsicherheitsgefühlen und Sicherheitspolitiken in europäischen Kommunen. Wien, 2007 ,11-19
- Siemonsen, Kerstin/ Zauke, Gabriele: Sicherheit im öffentlichen Raum. Zürich, 1991
- Stadt Wien (Hg.): Stadt fair teilen. Wien, 2007
- Stangl, Wolfgang/ Karazman-Morawetz, Inge/ Hammerschick, Walter: Kommunale Sicherheitspolitik – Über einige Schwierigkeiten ihrer Realisierung. In: Hammerschick, Walter (Hrsg.): Die sichere Stadt. Prävention und kommunale Sicherheitspolitik. Baden-Baden, 1996, S. 11-16
- Talos, Emmerich: Vom Siegeszug zum Rückzug. Sozialstaat Österreich 1945-2005. Innsbruck, 2005
- Tillner, Silja (Hrsg.): Richtlinien für eine sichere Stadt. Beispiele für die Planung und Gestaltung sicherer öffentlicher Räume. Wien, 1995

11. Quellenverzeichnis

11.1. Materialien der politischen Parteien

FPÖ-Leopoldstadt FP-Seidl: Stuwerviertel darf nicht neuer Karlsplatz werden

<http://leopoldstadt.fpoe-wien.at/index.php?id=1983&newsID=6664&cHash=36e41e0448ce3d0acd2b7e5e96cc2d29>, zuletzt geöffnet am 14.07.2011

FPÖ Wien: Mehr Sicherheit für Wien!

<http://www.fpoe-wien.at/index.php?id=3414>, zuletzt geöffnet am 14.06.2011

FPÖ WIEN – Wahlprogramm 2010

http://www.fpoe-wien.at/fileadmin/Content/Wien/PDFs/PDF_Partieprogramm/wien_partieprogramm_2010klein.pdf, zuletzt geöffnet am 14.06.2011

Gemeinsame Wege für Wien - Das rot-grüne Regierungsbereinkommen, November 2010

http://wien.gruene.at/uploads/regierungsbereinkommen_gruenrot.pdf, zuletzt geöffnet am 18.04.2011

Grünes Verkehrskonzept

<http://wien.gruene.at/uploads/Verkehrskonzept07.pdf>, zuletzt geöffnet am 18.04.2011

Pressegespräch der SPÖ Wien: Präsentation der Ergebnisse „Frauen leben Wien. Frauen prägen Wien“, Mittwoch, 5. Mai 2010, Uhrzeit 11 Uhr

http://www.wien.spoe-frauen.at/sites/default/files/Presseunterlage_frauen_leben_wien.pdf

Programm der ÖVP Wien: Mehr Wien. Spürbare Sicherheit.

<http://oevp-wien.at/programm/sicherheit>, Zuletzt geöffnet am 9. Februar 2011

Prostitution: Frauenberger zieht "durchwachsene Erstbilanz"

<http://www.wien.spoe.at/allgemein/prostitution-frauenberger-zieht-durchwachsene-erstbilanz>, zuletzt geöffnet 03.12.2010

Sicherheitspartnerschaft 2011 für Wien

<http://wien.spoe.at/sicherheit/sicherheitspartnerschaft-2011-fuer-wien>, zuletzt geöffnet am 20.07.2011

11.2. Wörtliche Protokolle des Gemeinderats

Gemeinderat, 18. Wahlperiode, 17. Sitzung vom 25. Jänner 2007, wörtliches Protokoll

Gemeinderat, 18. Wahlperiode, 27. Sitzung vom 21. November 2007, wörtliches Protokoll

Gemeinderat, 18. Wahlperiode, 30. Sitzung vom 24. Jänner 2008, wörtliches Protokoll

Gemeinderat, 18. Wahlperiode, 45. Sitzung vom 26. März 2009, wörtliches Protokoll

Gemeinderat, 18. Wahlperiode, 46.Sitzung vom 29.April 2009, wörtliches Protokoll

Gemeinderat, 18. Wahlperiode, 51. Sitzung vom 24.September 2009, wörtliches Protokoll

Gemeinderat, 18. Wahlperiode, 56. Sitzung vom 27.01.2010, wörtliches Protokoll

11.3. Schriftliche Anfragen und Beschlussanträge

PGL - 03141-2006/0001 - KVP/GAT, schriftlicher Antrag vom 28.06.2006: Ausdehnung der städtischen Förderung von Sicherheitstüren

PGL - 04351-2007/0001 - KVP/GAT, Beschlussantrag vom 20.09.2007: Einrichtung eines kommunalen (unbewaffneten) Ordnungsdienstes/Stadtwache

PGL - 03103-2007/0001 - KVP/GAT, Beschlussantrag vom 26.06.2007: Einrichtung eines kommunalen (unbewaffneten) Ordnungsdienstes/Stadtwache

PGL - 05295-2008/0001 - KVP/GAT, Beschlussantrag vom 25.11.2008: Schaffung einer Stadtwache

PGL - 05419-2009/0001 - KVP/GAT, Beschlussantrag vom 18.12.2009: Volksbefragung Stadtwache

PGL - 04451-2009/0001 - KVP/GAT, Beschlussantrag vom 30.10.2009: Schaffung einer Stadtwache

PGL - 02640-2009/0001 - KVP/GAT, Beschlussantrag vom 23.06.2009: Schaffung einer Stadtwache

PGL - 01854-2009/0001 - KVP/GAT, Beschlussantrag vom 29.04.2009: Schaffung einer Stadtwache

PGL - 02963-2010/0001 - KVP/GAT, Beschlussantrag vom 30.06.2010: Schaffung einer Stadtwache

PGL - 00314-2010/0001 - KVP/GAT, Beschlussantrag vom 27.01.2010: Schaffung einer Stadtwache für Wien

PGL - 01854-2009/0001 - KVP/GAT, Beschlussantrag vom 29.04.2009: Schaffung einer Stadtwache

PGL-05666-2005/0001 KFP/GAT, Beschlussantrag vom 13.12.2005: Sicherheitstüren und -fenster bei Kleingartenhäusern

PGL-01856-2009/0001 KFP/GAT, Beschlussantrag vom 29.04.2009 Förderung von Sicherheitseinrichtungen

PGL-01250-2010/0001-KFP/LAT, Beschlussantrag vom 26.03.2010: Einrichtung einer Wiener Sicherheitswacht im Rahmen der örtlichen Sicherheitspolizei zur Entlastung der Polizei

PGL-02649-2009/0001-KFP/GAT, Beschlussantrag vom 23.06.2009: Einrichtung einer Wiener Sicherheitswacht im Rahmen der örtlichen Sicherheitspolizei

PGL-01852-2009/0001-KFP/GAT, Beschlussantrag vom 29.04.2009: Einrichtung einer Wiener Gemeindevacht (nach erfolgreichen bundesdeutschen Modellen wie zB: der Bayerischen Sicherheitswacht oder dem Baden-Württembergischen Modell der "Freiwilligen Polizeireserve") im Rahmen der örtlichen Sicherheitspolizei

PGL-04453-2009/0001 KFP/GAT, Beschlussantrag vom 30.10.2011: Einrichtung einer Wiener Sicherheitswachte im Rahmen der örtlichen Sicherheitspolizei wird abgelehnt.

PGL - 01850-2009/0001 - KFP/GAT, Beschlussantrag vom 29.04.2009: Koppelung von Stadtverwaltung und Polizei

PGL - 02964-2010/0001- KFP/GAT, Beschlussantrag vom 30.06.2010: Private Sicherheitsunternehmen

PGL-01851-2009/0001/KFP/GAT, Beschlussantrag vom 29.04.2009: Magistratsbeamte für die Polizei

PGL - 02966-2010/0001 - KGR/GAT, Beschlussantrag vom 30.06.2010: Sicherheit in Wien

11.4. Online Medien

derstandard.at vom 19.05.2011: Neue Regeln auf dem Strich
<http://derstandard.at/1271377056512/Prostitution-Neue-Regeln-auf-dem-Strich>, zuletzt geöffnet am 29.05.2011

derstandard.at vom 19.07.2011: ÖVP fordert Sicherheits-Schleusen bei Eingängen
<http://derstandard.at/1277338435630/Wiener-U-Bahn-OeVP-fordert-Sicherheits-Schleusen-bei-Eingaengen>, zuletzt geöffnet am 29.07.2010

diepresse.com: Schwarz-, Weiß- und Blaukappler: Uniformträger in Wien
http://diepresse.com/home/514787/Schwarz-Weiss-und-Blaukappler_Uniformtraeger-in-Wien?gal=514787&index=2&direct=576975&_vl_backlink=/home/576975/index.do&popup, zuletzt geöffnet am 01.08.2011

ORF: Parteitag: Deutlich weniger Stimmen für Häupl
<http://wien.orf.at/stories/518053/>, zuletzt geöffnet am 02.06.2011

11.5. Weitere Onlinequellen:

Aufgaben der Stadtwache

<http://www.alfred-hoch.at/19297/?MP=61-1314> Zuletzt geöffnet am 08.02.2010

Bezirksportraits

www.wien.gv.at/statistik/pdf/bezirksportraits09.pdf, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

Bevölkerungsstand nach Geschlecht und Bezirken 1869-2008

www.wien.gv.at/statistik/daten/rtf/bevoelkerungsstand.rtf, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

Bevölkerungsstand nach Migrationshintergrund, Geschlecht, Altersgruppen und Bezirken 2008

www.wien.gv.at/statistik/bezirk-menschen.htm, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

BezirksvorsteherInnen und deren StellvertreterInnen des 2. Wiener Gemeindebezirks seit 1945

www.wien.gv.at/kultur/archiv/politik/bezirk02.html, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

BezirksvorsteherInnen und deren StellvertreterInnen im 13. Bezirk seit 1945

<http://www.wien.gv.at/kultur/archiv/politik/bezirk13.html>, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

Bezirksvertretungswahlen 2010, Leopoldstadt

<http://www.wien.gv.at/wahl/NET/BV101/BV101-202.htm>, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

Bezirksvertretungswahlen 2010 Neubau

www.wien.gv.at/wahl/NET/BV101/BV101-207.htm, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

Das Wiener Linienservice – eine Truppe für Respekt und Rücksichtnahme

<http://www.wien.spoe.at/sicherheit/das-wiener-linienservice-eine-truppe-fuer-respekt-und-ruecksichtnahme>, zuletzt geöffnet am 01.08.2011

Einbruchshemmende Wohnungseingangstüren - Förderungsantrag

<http://www.wien.gv.at/amtshelfer/bauen-wohnen/wohnbaufoerderung/wohnungsverbesserung/ingangstueren.html>, zuletzt geöffnet am 12.07.2011

FAIR-PLAY-TEAMS unterstützen Kommunikation im öffentlichen Raum

<http://www.wien.gv.at/freizeit/bildungjugend/fair-play/>, zuletzt geöffnet am 12.07.2011

Feuerwache Rathaus

<http://www.wien.gv.at/feuerwehr/organisation/rath.htm>, zuletzt geöffnet am 12.07.2011

Frauenabteilung der Stadt Wien (MA57)

<http://www.wien.gv.at/menschen/frauen/frauenabteilung/index.html>, zuletzt geöffnet am 03.07.2011

Frauenbarometer 2008

www.wien.gv.at/menschen/frauen/pdf/frauenbarometer08.pdf

Frauen-Werk-Stadt I – Alltagsgerechtes Planen und Bauen

<http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/alltagundfrauen/pdf/werk1-la.pdf>, zuletzt geöffnet am 08.07.2011

Fünf Millionen Fahrgäste in der Nacht-U-Bahn

<http://www.wien.gv.at/verkehr-stadtentwicklung/fahrplan/nachtubahn.html>, zuletzt geöffnet am 12.07.2011

Gewalt gegen Frauen

<http://www.frauen.bka.gv.at/site/5463/default.aspx>, zuletzt geöffnet am 03.07.2011

Gemeinderat, 18. Wahlperiode, 51.Sitzung vom 24.09.2009, Sitzungsbericht - Seite 3 von 12

<http://www.wien.gv.at/mdb/gr/2009/gr-051-s-2009-09-24-003.htm>, zuletzt geöffnet am 13.07.2011

Gesetz betreffend das Fischereiwesen im Gebiete der Stadt Wien (Wiener Fischereigesetz)

<http://www.wien.gv.at/recht/landesrecht-wien/rechtsvorschriften/html/19000000.htm>, zuletzt geöffnet am 12.07.2011

Hietzing

www.hietzing.at/Bezirk/geschichte1.php?id=78&tags=Zahlen_und_Fakten&menu=2, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

Hietzing - Bezirksvertretungswahlen 2010

<http://www.wien.gv.at/wahl/NET/BV101/BV101-213.htm>, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

Inselinfo - Neues Info-Center auf der Donauinsel

<http://www.floridsdorf.spoe.at/info-center/inselinfo-neues-info-center-auf-der-donauinsel>, zuletzt geöffnet am 12.07.2011

Kehrforce

<http://www.wien.gv.at/umwelt/ma48/sauberestadt/strassenreinigung/kehrforce.html>, zuletzt geöffnet am 12.07.2011

Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen

www.wien.gv.at/stadtentwicklung/alltagundfrauen/leitstelle/index.html, zuletzt geöffnet am 03.07.2011

Lichttelefon

<http://www.wien.gv.at/amtshelfer/verkehr/licht/stoerungsmeldung/beleuchtung.html>, zuletzt geöffnet am 03.07.2011

Linien- und Reinigungsservice feiern ersten Geburtstag

<http://www.wienerlinien.at/wl/ep/contentView.do/contentTypeId/1001/channelId/-26075/programId/9419/pageTypeId/9081/contentId/25113>, zuletzt geöffnet am 12.07.2011

Mercer-Studie 2010

<http://www.wien.gv.at/politik-verwaltung/mercerstudie.html>, zuletzt geöffnet am 20.09.2011

Mietzins und Wohnungskategorien, zuletzt geöffnet am 13.07.2011

<http://www.wien.gv.at/wohnen/wienerwohnen/mietvertrag-bestandteile/kategorie.html#kategorie>

Neudefinition der Gebietstypen

www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/b008137.html, zuletzt geöffnet am 10.04.2011

Öffentliche Beleuchtung - Gender Mainstreaming

<http://www.wien.gv.at/menschen/gendermainstreaming/beispiele/beleuchtung.html>, zuletzt geöffnet am 12.06.2011

Öffentliche Beleuchtung - Umsetzungsbeispiel von Gender Mainstreaming

<http://www.wien.gv.at/menschen/gendermainstreaming/beispiele/beleuchtung.html>, zuletzt geöffnet am 12.06.2011

Rathauskorrespondenz vom 18.02.2009: Wien: Neuer Stützpunkt für die "Parksheriffs"

<http://www.wien.gv.at/rk/msg/2009/0218/010.html>, zuletzt geöffnet am 24.05.2011

Rathauskorrespondenz vom 14.09.2010: Ludwig: Paket für Wiens Gemeindebauten umgesetzt

<http://www.wien.gv.at/rk/msg/2010/09/14021.html>, zuletzt geöffnet am 24.05.2011

Rathauskorrespondenz vom 13.01.2010: Vbgm. StR Ludwig präsentierte Pilotprojekt "Sicher Wohnen"

<http://www.wien.gv.at/rk/msg/2010/0113/008.html>, zuletzt geöffnet am 24.05.2011

Rathauskorrespondenz vom 02.10.2010: Vbgm. Ludwig: Ausbau der Videoüberwachung in Gemeindebauten hat begonnen

<http://www.wien.gv.at/rk/msg/2010/10/02002.html>, zuletzt geöffnet am 24.05.2011

Rathauskorrespondenz vom 06.05.2011: StR Ludwig: Ausbau der Videoüberwachung in Gemeindebauten schreitet zügig voran

<http://www.wien.gv.at/rk/msg/2011/05/06017.html>, zuletzt geöffnet am 24.05.2011

Rathauskorrespondenz vom 30.06.2011: 6. Wiener Landtag (7)

<http://www.wien.gv.at/rk/msg/2011/06/30026.html>, zuletzt geöffnet am 04.07.2011

Rudolfsheim-Fünfhaus - Bezirksvertretungswahlen 2010

<http://www.wien.gv.at/wahl/NET/BV101/BV101-215.htm>, zuletzt geöffnet am 13.07.2011

SAM

<http://www.vws.or.at/vws/themen/sam-sozial---sicher---aktiv---mobil.html>, zuletzt geöffnet am 12.07.2011

Sicherheit im öffentlichen und halböffentlichen Raum

<http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/alltagundfrauen/pdf/sicherheit-la.pdf>, zuletzt geöffnet am 28.07.2011

Sicherheit im öffentlichen Raum

www.ikf.ac.at/a_proj00/a_pro10.htm, zuletzt geöffnet am 26.07.2011

Sicherheit durch effektive Straßenbeleuchtung

<http://www.wien.gv.at/verkehr/licht/beleuchtung/oeffentlich/strassenbeleuchtung.html>, zuletzt geöffnet am 28.07.2011

ÖVP-Stadtwache

<http://wien.oevp.at/1177/>, zuletzt geöffnet am 12.05.2011

WasteWatcher

<http://www.wien.gv.at/umwelt/ma48/sauberestadt/strassenreinigung/wastewatcher.html>, zuletzt geöffnet am 12.07.2011

Wiener Naturwacht

<http://www.wien.gv.at/umweltschutz/naturschutz/gebiet/naturwacht.html>, zuletzt geöffnet am 12.07.2011

Wiens Grillplatzmeister on tour

http://www.wienerbezirksblatt.at/inhalt/service/aemter_behoerden/12907, zuletzt geöffnet am 12.07.2011

11.6. Zeitschriften

Neue Freie Zeitung, Nummer 7A vom 18. Februar 2010, Seite 19

11.7. OTS-Meldungen

OTS 0311 || 0239 NVM0001 VP-Ulm: Wien braucht Stadtpolizei, 15.07.2003

OTS 0149 || 0336 VPR0003 ÖVP Wien: Stadtwache für Frauen und Kinder wichtiger denn je, 8.5.2006

OTS 0142 || 0263 GKR0004 Grüne Wien/Ringler: „Videüberwachung kein adäquates Mittel gegen Vandalismus“, 18.02.2008

OTS 0246 || DS 10004 SP-Schuster an VP-Ulm: Stadtwache kein Beitrag zur Lösung von Armut, Alkohol- und Sicherheitsproblemen, 17.07.2008

OTS0248 || DSW0006 Deutsch: Mehr Polizistinnen und Polizisten für Wien, 30.04.2009

OTS0296 || NFW0010 0215 FP-Gudenus: Populistische Unterschriftenaktionen der SPÖ sind reine Augenauswischerei, 30.04.2009

OTS 0196 || 0315 GKR 0005 Achtung! Korrektur! Grüne Wien: 55 Überwachungskameras in jeder neuen U2 Station – Sicherheitsgewinn für Fahrgäste gleich Null, 09.05.2008

OTS0029 || 0265 NFW0009 FP-Gudenus: Zuwanderung beschert Anstieg an Intensivkriminalität und Unsicherheit, 26.05.2009

OTS0215 || 0537 NFW0005 FPÖ Klubklausur(2): Gudenus: Wiener Sicherheitsstadtrat und Sicherheitswacht zur Entlastung der Polizei gefordert, 16.06.2009

OTS0174 || 0280 VPR0055 VP-Ulm: Sicherheitsstadtrat und Stadtwache für Wien, 25.06.2009

OTS 0143 || 0313 NVW0001 ÖVP Wien fordert "Busstopp nach Wunsch", 16.07.2009

OTS 0090 || 0209 VPR002 VP-Feldmann: Busstopp nach Wunsch erhöht die Sicherheit von Frauen, 17.07.2009

OTS 0126 || 0231 DS10002 SP-Krotsch ad VP-Feldmann: Starke Polizeipräsenz beste Prävention gegen Kriminalität, 17.07.2009

OTS 0018 || 0256 DS10001 Schuster: Wien braucht keine Stadtwache, sondern zusätzlich 1.000 vollausgebildete PolizistInnen, 04.10.2009

OTS 0318 || 0146 NFW0005 FP-Frank: SPÖ verliert Übersicht über ihre Kapperltruppen, 30.10.2009

OTS 0261 || DSW 0003 SP-Deutsch: Offener Brief an Innenministerin Fekter, 20.11.2009

OTS 0211 || NFW0002 0204 FPÖ-Gudenus: Ausweitung der Videoüberwachung in den Gemeindebauten zügig vorantreiben, 20.11.2009

OTS 0177 || NFW0003 0134 FP-Gudenus: SPÖ-Wien soll nicht Unterschriften sammeln, sondern handeln!, 19.01.2010

OTS 0121 || 0559 FPK0008 Strache: Wien steht vor dem Sicherheitskollaps, 21.01.2010

OTS 0098 || 0337 VPR0001 VP-Ulm ad Sima: Eine starke Stadtwache statt 19 schwacher Ordnungstrupps, 19.02.2010

OTS 0031 || 0350 DS10002 SP-Schuster an VP-Ulm: Wieder ein verzweifelter Versuch der ÖVP, zumindest ein Thema zu behalten, 07.03.2010

OTS 0137 || 0174 NRK0019 Wiener FPÖ kritisiert Drogenpolitik der Stadt, 17.03.2010

OTS 0037 || 0371 VPR0001 VP-Ulm ad Graffitischmierereien: Wien muss sich Beispiel an Köln nehmen, 27.04.2011

OTS 0149 || 0203 NRK0012 Stadt Wien und Polizei: „Sicherheit am Praterstern“, 01.06.2010

OTS 0221 || 0190 NVW0002 VP-Walter zu Praterstern: "Hartnäckigkeit der ÖVP macht sich bezahlt", 01.06.2010

OTS 0115 || 0229 NFW0002 FP-Gudenus: Polizeipräsenz bitte nicht nur vor der Wahl!, 02.06.2010

OTS 0298 || 0156 NFW0008 FPÖ-Gudenus: Militärpolizei –ÖVP-Ideen immer skurriler, 09.06.2010

OTS 0016 || 0214 VPR0001 VP-Ulm: Graffitischmierereien nehmen rapide zu, 13.06.2010

OTS 0251 || 0179 NFW0008 „FP-Gudenus: Sicherheitswacht sowie Sicherheitsstadtrat zur Entlastung der Polizei gefordert, 16.06.2010

OTS 0111 || 0226 VPR001 VP-Ulm: Stadtwache statt „Nightliner“, der 20sten Kapperltruppe, 16.06.2010

OTS 0354 || 0352 DS 10016 Wr. Gemeinderat – SP-Deutsch: „Verfassung verbietet Stadtwache in Wien“, 30.06.2010

OTS 0120 || 0182 NFW0005 FP-Gudenus: FPÖ fordert verstärkte Kooperation zwischen Polizei und Sicherheitsfirmen in Wien, 01.07.2010

OTS 0476 || DS 10006 Wr. Gemeinderat – SPÖ fordert von Innenministerin Fekter mehr PolizistInnen für Wien, 30.06.2010

OTS 0101 || 0119 NFW0001 FP-Mahdalik: Sicherheitsschleusen für U-Bahn wären Geldverschwendung, 19.07.2010

OTS 0083 || 0364 DS10001 SP-Hora an Marek: „Klassischer Fall von Verschlimmbesserung“, 19.07.2010

OTS 0101 || 0119 NFW0001 FP-Mahdalik: Sicherheitsschleusen für U-Bahn wären Geldverschwendung, 19.07.2010

OTS 0092 || 0538 NVW001 ÖVP Wien fordert Sicherheitsschleusen für die Wiener U-Bahn, 19.07.2010

OTS 0111 || 0192 GKR0001 Grüne Wien/Puller: ÖVP verschwendet Millionen für unnötige Personenschleusen, 19.07.2010

OTS 0152 || 0270 NFW0003 FPÖ-Gudenus: Wie sicher ist Wien tatsächlich?, 27.08.2010

OTS 0238 || 2144 NRK0024 Vizebürgermeister Wohnbaustadtrat Dr. Michael Ludwig: Versprochen und gehalten: das starke Paket für Wiens Gemeindebauten, 14.09.2010

OTS 0378 || DS 10003 Sicherheitspakt – SP-Schuster: „Bürgermeister Häupl erkämpft 1000 Polizisten mehr für Wien“, 01.10.2010

OTS 0236 || 0162 NRK0028 FPÖ präsentierte Sicherheitskonzept für Wien, 05.10.2010

OTS 0272 || 0333 NFW0009 FP-Gudenus fordert Wiener Sicherheitswacht nach Linzer-Modell statt SP-Kasperlsalat, 06.10.2010

OTS 0179 || 0190 NFW0005 „FP-Gudenus: Brauners Kapperl-Fetischismus kommt Bevölkerung teuer, 13.10.2010

OTS 0186 || 0202 NFW0003 FP-Gudenus: U-Bahn Polizei wichtiger denn je, 19.10.2010

OTS 0014 || 0302 NVW0002 VP-Marek zu Rot-Grün: Eiskalte Entsorgung der paktierten Wahlrechtsreform in Arbeitsgruppe, 14.11.2010

OTS 0021 ||0368 VPR0001 VP-Ulm: Rot-Grün ist Gefahr für Wiens Sicherheit, 28.11.2010

OTS 0204 || 0196 VPR0006 VP-Ulm ad Frauenberger: Pilotprojekt zur Prostitution gescheitert – Wien braucht ein Bordellgesetz, 1.12.2010

OTS 0122 || 0820 NIN0002 Kriminalstatistik 2010: Signifikanter Rückgang der Kriminalität, 18.01.2011

OTS 0077 || 0194 VPR0001 VP-Ulm ad Sima/Auflösung der Naturwacht: Nein zu einer neuen Kapperltruppe - Wien braucht eine Stadtwach, 26.06.2011

OTS 0077 || 0692 NRK0006 5 Jahre Help U: Erfolgreich im Team, 21.01.2011

OTS 0092 || 0318 VPR0001 VP-Ulm: Stadtverschönerungsgesetz gegen Verwahrlosungstendenzen in Wien, 28.03.2011

OTS0076 || 0798 NRK0006 Prostitutionsgesetz neu: Keine Straßenprostitution im Wohngebiet, 31.05.2011

OTS 0017 || NFW0001 0249 FP-Gudenus: Endlich berittene Polizei für Wien einführen!, 13.06.2011

OTS 0170 || 0268 NFW0004 FPÖ kritisiert Entwurf zum Prostitutionsgesetz, 15.06.2011

12. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Sicherheit im Wohngebiet/Alter
IFES-Auswertung (2008) Frage 24/A, S. 9, eigene Darstellung

Abbildung 2: Sicherheit im Wohngebiet/Bildung
IFES-Auswertung (2008) Frage 24/A, S. 9, eigene Darstellung

Abbildung 3: Sicherheit im Wohngebiet/ Berufstätigkeit
IFES-Auswertung (2008) Frage 24/A, S. 19, eigene Darstellung

Abbildung 4: Sicherheit im Wohngebiet/ Wohnform
IFES-Auswertung (2008) Frage 24/A, S. 19, eigene Darstellung

Abbildung 5: Opfererfahrung
IFES-Auswertung (2008) Frage 65&66/A, S. 1, eigene Darstellung

Abbildung 6: Öffentliche Sicherheit/Alter
IFES-Auswertung (2008) Frage 80&81/A, S. 43, eigene Darstellung

Abbildung 7: Öffentliche Sicherheit/ Bildung
IFES-Auswertung (2008) Frage 80&81/A, S. 43, eigene Darstellung

Abbildung 8: Öffentliche Sicherheit im Vergleich/ Alter
IFES-Auswertung (2008) Frage 80&81/A, S. 89, eigene Darstellung

Abbildung 9: Sicherheit im Wohngebiet/ Bezirke
IFES-Auswertung (2008) Frage 24/E, S. 5, eigene Darstellung

Abbildung 10: Öffentliche Sicherheit/ Bezirke
IFES-Auswertung (2008) Frage 80&81/E, S. 22, eigene Darstellung

Abbildung 11: Öffentliche Sicherheit im Vergleich/ Bezirke
IFES-Auswertung (2008) Frage 80&81/E, S. 45, eigene Darstellung

Abbildung 12: Sicherheit im Wohngebiet/ Migrationshintergrund
IFES-Auswertung (2008) Frage 24/I, S. 5, eigene Darstellung

Abbildung 13: Kriminaldelikte/ Migrationshintergrund
IFES-Auswertung (2008) Frage 63/A, S. 2, eigene Darstellung

Abbildung 14: Frauen allgemein
Regressionsanalyse, dargestellt von Laurenz Ennser

Abbildung 15: Frauen unter 30
Regressionsanalyse, dargestellt von Laurenz Ennser

Abbildung 16: Frauen über 30
Regressionsanalyse, dargestellt von Laurenz Ennser

Abbildung 17: Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls/ Alter
IFES-Auswertung (2008) Frage 64/A, S. 1

Abbildung 18: Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls/ Bezirk
IFES-Auswertung (2008) Frage 64/E, S. 1, eigene Darstellung

Abbildung 19: Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls/ Frauen:
IFES-Auswertung (2008) Frage 64/A, S. 1 + IFES-Auswertung (2003) S. 21, eigene
Darstellung

Abbildung 20: Beleuchtung
IFES-Auswertung (2008) Kreuztabelle Frage 109 und Frage 21 + IFES-Auswertung (2003) S.
21, eigene Darstellung

Abbildung 21: Kriminaldelikte im Vergleich/ Frauen
 IFES-Auswertung (2008) Frage 63/A, S.1 + IFES-Auswertung (2003), S.5

Alle Datenauswertungen sind im Besitz der Autorin dieser Arbeit und können nach Anfrage ausgehändigt werden.

13. Interviews (Anhang Transkripte)

Transkript Interview FPÖ Klubobmann Mag. Johann Gudenus	
Interviewte Person (G): Mag. Johann Gudenus	
Interviewerin (K): Isabella Kubicek	
Datum des Interviews: 22.02.2011, 17:00 Uhr	
Dauer des Interviews: 21:25	
1	(K) Welche Rolle spielt das Thema Sicherheit in der FPÖ Wien?
2	(G) Eine sehr große Rolle, es ist ein zentrales Thema auf jeden Fall.
3	Ist auch ein wichtiges Thema für Wien.
4	(K) Ich habe mir die Presseaussendungen seit dem 1.1.2008 angesehen. Ich glaube es
5	über 300 Meldungen nur zum Thema Sicherheit und Sicherheitswacht. Inwiefern
6	unterscheidet sich das FPÖ-Modell von der Stadtwache der ÖVP? Gibt es überhaupt
7	einen Unterschied?
9	(G) Im Detail gibt es Unterschiede, wir fordern die Sicherheitswacht schon seit
10	über 10 Jahren, die ÖVP ist dann aufgesprungen und hat die Forderung übernommen
11	sie nennt sie nur anders. Im Großen und Ganzen ist es eigentlich das Selbe.
12	Vielleicht gibt es in dem einen oder anderen Bereich Nuancen, Unterschiede.
13	Die ÖVP hat es anders genannt, damit es nicht heißt, sie kopiert uns. Im Großen und
14	Ganzen ist es das Selbe.
16	(K) Wollen Sie auch, dass die ca. 20 Ordnungsgruppen der Stadt Wien
17	zusammengefasst werden?
18	(G) Genau, Zusammenfassung der Ordnungsgruppen, einheitliche Kleidung - damit
19	nach Außen auch Erkennbarkeit da ist., Dann ist auch keine Verwirrung mehr da,
20	weil es verschiedene Uniformen gibt. Eine einheitliche Ausbildung natürlich, klare
21	Kompetenzaufteilung und auch eine Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Polizei
22	und Sicherheitswacht. Natürlich soll das Gewaltmonopol weiterhin die Polizei haben.
24	Die Polizei soll entlastet werden durch diese Sicherheitswacht, Ordnungshüter heißen
25	sie in Linz zum Beispiel. Gibt es auch in Graz. Die Polizei wird derzeit für Tätigkeiten

26	eingesetzt, die sie eigentlich nicht machen müsste, sie aber es tut, weil es notwendig
27	ist. Wenn es aber die Ordnungsgruppe geben würde, die Sicherheitswacht, würde die
28	Polizei entlastet und freigespielt werden für wirkliche Verbrechensbekämpfung.
29	(K) Und würde die Ordnungsgruppen auch einen eigenen Stadtrat für Inneres oder
30	Sicheres unterstehen, wahrscheinlich?
31	(G) Ja wir wollen den Stadtrat für Sicheres, ein Wiener Sicherheitswachtgesetz, wo
32	die ganzen Sachen gesetzlich normiert sind.
33	(K) Könnte dadurch vielleicht ein anderer Stadtrat- bzw. Stadträtinnenposten
34	eingespart werden? Oder soll an den bestehenden festgehalten werden und diesen
35	Stadtratsposten noch zusätzlich?
36	(G) Keine schlechte Frage. Der Stadtrat für Sicherheit bzw. die Stadträtin für
37	Sicherheit ist notwendig. Wer prinzipiell eingespart werden könnte - ist glaube ich zur
38	Zeit, das Ressort der Frau Vassilakou, weil es einfach eine ausgedachte Sache ist,
39	die nur dazu da ist, dass die Grünen ihren Posten haben. Aber dieser Posten
40	gehört so und so eingespart.
41	(K) Ich weiß jetzt nicht, inwiefern Sie sich noch mit Sektionen bzw. Bürger- und
42	Bürgerinnenanfragen beschäftigen, aber ist das Thema Sicherheit bei BürgerInnen
43	ein großes Thema?
44	(G) Es ist ein sehr relevantes Thema nach wie vor. Wir haben in den letzten Jahren
45	ganz klar eine steigende Kriminalität, ein steigendes Unsicherheitsgefühl.
46	Die subjektive Sicherheit und die Unsicherheit sind ein Thema. Aber auch objektiv
47	ist es messbar. Ich traue auch den jüngst veröffentlichten Zahlen seitens des
48	Innenministeriums nicht, die sagen, dass es 2010 gesunken ist. Laut
49	Innenministerium gab es 2010 207.000 angezeigte Taten in Wien. Mir liegen Zahlen
50	vor - die Rohdaten - das es doppelt so viele waren, 420.000 oder so. Die wurden
51	aber durch statistische Tricks auf die Hälfte zusammengefasst. Das heißt, es hat sich
52	nicht verbessert, sondern verschlechtert. Es gibt nach wie vor viele Wohnungs-
53	einbrüche, immer mehr Raub aber auch immer mehr Gewaltdelikte, vor allem
54	im Jugendbereich, im Bandenbereich und es gibt mehr Morde. Wobei ich sagen muss
55	Morde sind ein eigenes Thema, weil hier auch viele Beziehungs- und Familienprobleme
56	mitspielen, dass kann man schwer verhindern - leider - aber es steigt. Das ist aber
57	nicht erfreulich. Und das Thema greifen wir auf.
58	(K) Sie schreiben in Ihren Presseaussendungen immer wieder von einem
59	"Sicherheitskollaps" etc. Die Ergebnisse meiner Daten zeigen, dass sich das
60	subjektive Sicherheitsgefühl verschlechtert hat, im Vergleich 2003 zu 2008. Vor allem

61	in den Bezirken Rudolfsheim-Fünfhaus und Leopoldstadt. Gibt es hier konkrete Ideen
62	der FPÖ, seitens der Sicherheitswacht, wie man das subjektive Sicherheitsgefühl
63	heben kann?
64	(G) Natürlich. Die Sicherheitswacht ist ein großes Thema, weil sie natürlich auch
65	eine präventive Wirkung hat. Je mehr Leute mit einer gewissen Kleidung, Uniform
66	unterwegs sind, hat ja auch eine abschreckende Wirkung hat. Wir wollen keinen
67	Polizeistaat, wir wollen den Rechtsschaffenden Bürger nicht abschrecken. Wir wollen
68	diejenigen, die gerne etwas verbrechen wollen, die wollen wir abschrecken - das ist
69	präventive Wirkung. Man muss aber insgesamt bei Prävention ansetzen, das beginnt
70	bei der Bildung, bei der Arbeitsplatzsituation, bei der Lösung der sozialen Frage,
71	bei der Lösung von Konflikten im Gemeindebau, und da gibt es anscheinend viel zu
72	viele ungelöste Probleme, die man alle durch eine bessere Prävention, also im Vorfeld
73	lösen könnte. Aber auch bei der Nachbearbeitung hinkt Wien etwas hinter nach,
74	was den Opferschutz betrifft. Ich habe manchmal den Eindruck, dass die Opfer
75	der Gesellschaft egal sind, und die Täter immer in den Mittelpunkt gerückt werden.
76	Die werden betreut, psychologisch, aber was ist mit den Opfern. Die werden
77	psychologisch nicht betreut oder zu wenig. Aber Wien leistet sich gerade eine
78	Subvention von 50.000 Euro jährlich an den Weißen Ring - das ist ein Opfer-
79	schutzverein, das ist etwas wenig, wenn man sich Subventionen der anderen
80	Vereinen damit vergleicht. Das ist viel zu wenig und es sollte eine Aufstockung geben.
81	Opferschutz ist total wichtig.
82	(K) Sie sind jetzt die erste Partei, die den Opferschutz erwähnen.
83	(G) Vor allem betrifft es die Senioren, es gibt so viele alleinstehende Senioren, eine
84	eine alleinstehende Witwe, sind alle einsam. Vereinsamen in der Großstadt noch
85	mehr. Weil die familiären Bindungen nicht mehr so da sind, dann ist der Ehemann
86	früh gestorben. Dann kommen Trickbetrüger, Trickdiebe - da gibt es immer so Fälle
87	oder die Handtasche wird mit Gewaltausübung beim Bankomaten geklaut.
88	Die Leute brauchen psychologische Betreuung. Dort muss man ansetzen, weil die
89	natürlich ein Trauma haben. Ich verstehe das auch, ich wurde selbst mit 13 Jahren
90	mehrmals ausgeraubt.
91	(K) In Wien?
92	(G)) Ja, ja in Wien auf offener Straße – mit 13 steckt man das leichter weg - mit
93	Gewaltanwendung. Und eine alte Dame, wie kommt die dazu?
94	(K) Gerade die Seniorinnen spielen in meiner Diplomarbeit eine wichtige Rolle, weil
95	sie von anderen Bedrohungsgefühlen betroffen sind, als Jüngere. Gibt es konkrete

96	Ideen, wie man Seniorinnen besser ausstatten kann?
97	(G) Ja natürlich, eine Beratung für Senioren und Seniorinnen am Besten bevor
98	etwas passiert. Eine kostenlose Beratung zur Verfügung stellen, vielleicht auch eine
99	Sachwerthilfe. Zum Beispiel durch Pfeiferl, die laut sind. Ich habe das auch gemerkt,
100	Lautstärke vertreibt die Täter. Klar, je lauter man ist, dann rennen sie weg. Das ist
101	sehr wichtig. Alte Menschen können nicht mehr so schreien, am Besten man
102	stellt ihnen so etwas zur Verfügung. Vielleicht auch eine Ausbildung, wie man
103	damit umgeht.
104	(K) Wie zum Beispiel Selbstverteidigungskurse, wie es schon für junge Mädchen
105	gibt?
106	(G) Wenn Ältere das noch können, dann wären Selbstverteidigungskurse auch eine
107	Möglichkeit. Eben auch bei Mädchen und junge Menschen finde ich Selbstverteidigungs-
108	kurse gut, damit man auch weiß, was man tun darf und was zu weit geht. Ist auch
109	wichtig. Aber auch zu Wissen und zu Lernen, wo man sich am Besten nicht wehrt,
110	so traurig es ist. Mittlerweile raten ja Polizisten den Trafikanten zum Beispiel "Tun Sie
111	besser nichts, sonst bekommens noch eine Kugel..." Ist ja schon passiert, alles nicht so
112	leicht.
113	(K) Da schließe ich gleich an meine nächste Frage und zwar Sie kennen
114	wahrscheinlich das Projekt "Sicher Wohnen" im 15. Bezirk, es ist ein Projekt von
115	Michi Ludwig. Wären solche Projekte für die Stadt Wien in Zukunft noch mehr
116	erforderlich bzw. förderungsbedürftig?
117	(G) Eben, alles was Ausleuchtung betrifft ist wichtig, weil es subjektive Sicherheit
118	erzeugt, aber auch objektiv: Täter tun sich in dunklen Gassen einfach leichter
119	als in ausgeleuchteten Gassen. Vermehrte Förderung von Sicherheitstüren ist wichtig,
120	aber auch die Videoüberwachung - im Rahmen des Notwendigen. Das ja auch
121	Stadtrat Michael Ludwig in manchen Gemeindebauten gestartet und es hat auch
122	funktioniert. Man merkt, der Vandalismus ist fast auf Null zurückgegangen, d.h.
123	es hat auch eine präventive Wirkung, weil einfach keiner gerne gefilmt wird, wenn
124	so etwas tut. Das sollte ausgebaut werden, nicht nur im Gemeindebau, sondern auch
125	an neuralgischen Punkten, wo man weiß, da sind viele Leute, da tut sich viel, da kann
126	auch mehr passieren. Dort sollte es Videoüberwachung geben. Wir wollen keinen
127	Überwachungsstaat, aber dort wo es notwendig ist.
128	(K) Ich wurde schon mit der Frage konfrontiert, ob sich das Sicherheitsgefühl
129	im zweiten und fünfzehnten Bezirk deshalb so schlecht entwickelt, weil es A ein roter
130	roter Bezirk ist - schon immer - und B der hohe Migrationsanteil eine Rolle spielt.

131	
132	(G) Geht beides Hand in Hand. Ich weiß jetzt nicht, welche Bezirke danach kommen,
133	aber ich gehe davon aus 20, 10, 11 und 16. Das hängt natürlich auch mit dem
134	Migrationshintergrund zusammen, weil man diese Leute – sage ich ganz offen -
135	im Regen stehen lässt. Man gibt ihnen keine Perspektiven. Man lässt sie einerseits
136	zuwandern, aber dann gibt es keine Integrationsmaßnahmen. Natürlich müssen die
137	Leute, die kommen, auch Integrationswillen mitbringen. Aber was wir in Wien erleben,
138	wenn ich die nächsten fünf Jahre prognostiziere, haben wir Zustände wie in Berlin
139	oder später wie in Paris. Und das wollen wir nicht. Das wollen wir auf keinen Fall.
140	Es ist Faktum, das junge Menschen mit Migrationshintergrund sich im Bildungswesen
141	– sprich Schule schwerer tun, darum fallen die Studien auch immer schlechter aus.
142	Aber Schuld ist das System, und das System ist in Wien die SPÖ. Die Grünen sind ja
143	eigentlich nicht der Rede wert, ist Faktum. Die SPÖ, das Land Wien ist zuständig
144	für die Pflichtschulen und hat hier versagt. Wenn lauter 14-jährigen Kinder in Banden
145	herumlaufen; ohne Perspektiven, aus der Pflichtschule kommend, ohne Abschluss
146	eigentlich. Kaum Lesen, Rechnen, Schreiben können, keinen Job finden und keine
147	Chancen am Arbeitsmarkt haben, was ist dann das Ergebnis des Ganzen? Das ist dann
148	halt die verstärkte Bandenriminalität, die Leute haben Zeit, wissen nicht was sie tun
149	tun sollen, ihnen ist langweilig, enormes Neidgefühl gegenüber der Leute die etwas
150	haben und selbst Nichts haben, d.h. man muss sich etwas holen, das Ganze ist ein
151	Teufelskreis. Darum heißt es ja auch in den letzten Jahren in den Kindergarten
152	investieren. Der kostenlose Kindergarten ist übrigens schon seit Jahren unsere Idee,
153	wurde immer abgelehnt und plötzlich umgesetzt, zwar hinkend aber immerhin. Der
154	Teufel liegt im Detail. Wenn man nicht garantiert, dass die Kinder vor Schuleintritt
155	Deutsch beherrschen, dann werden sie durchs Schulsystem durch geschleppt und
156	können danach auch nichts. Die anderen Kinder leiden auch darunter, die Deutsch
157	können, weil dann viele Kinder in der Klasse sind, die nicht Deutsch können, die
158	Lehrer bringen den Unterricht nicht mehr an die Schüler. Dort muss man anfangen!
159	Eine Verpflichtung, dass man Deutschkenntnisse vor dem Schulantritt hat und wenn
160	die Kenntnisse über die deutsche Sprache nicht ausreichen, dann eine gezielte und
161	verpflichtende Förderung.
162	(K) Ihre Partei fordert auch immer die U-Bahn Polizei, wäre sie dann ein Teil der
163	Sicherheitswacht?
164	(G) Ist eine eigene Einheit der Bundespolizei. Aber unsere Sicherheitswacht kann
165	natürlich auch verstärkt im U-Bahn Bereich tätig sein, als Kontrolleure auftreten

166	und auch dort nachsehen, ob alles ordentlich in den Stationen abläuft. Also ein Teil der
167	Polizei selbst und der Sicherheitswacht. Es gab in den letzten Monaten Aktionen,
168	wo die Polizei verstärkt in der U-Bahn eingesetzt wurde. Das Problem ist nur, das war
169	nur deshalb über Tage mit mehr Personalaufwand möglich, weil diese Posten wo
170	anders abgezogen wurden und dort dann ein Vakuum entstanden ist. D.h. hier wurde
171	nichts Neues geschaffen mit neuen Leuten, sondern da wurden Leute von woanders
172	abgezogen und dort eingesetzt. D.h. das war nur eine Aktion für die Medien. Das
173	wirkt, das schaut gut aus, aber woanders hat dann die Polizei gefehlt. Wir fordern
174	eine eigene Einheit, die mit neuen Leuten ausgestattet ist.
175	(K) In den Aussendungen habe ich die Idee der berittenen Polizei gelesen, ist diese
176	Forderung noch aktuell?
177	(G) Ist für größere Grünflächen vorgesehen und die Forderung ist weiterhin aktuell
178	Gibt es in den Großstädten Europas, in London, Paris wahrscheinlich und in Moskau.
179	Das hat eine gewisse Wirkung, auch wenn es um Demonstrationen geht, wenn sie
180	außer Rand und Band geraten - da hat sich die berittene Polizei ganz gut bewährt und
181	ist auch abschreckend.
182	(K) Meine letzte Frage wäre, wie Ihre Prognose für die nächsten Jahre der rot-grünen
183	Regierung zum Thema Sicherheit aussieht?
184	(G) Das was Wien machen kann – bei Rot-Grün habe ich hier wenig Hoffnung, weil
185	den Grünen ist es ja noch schlimmer, weil sich die Grünen eher hinter die Täter stellen
186	als vor die Opfer. Ich erwarte mir hier von Rot-Grünen nicht viel, im Programm ist
187	auch so gut wie nichts drinnen, es steht zwar drinnen, dass eine Ordnungsgruppe
188	angedacht wird, aber es ist alles sehr niveaulos was hier drinnen steht. Ohne
189	Zeitvorgaben, alles sehr schwammig. Ich erwarte mir hier nicht sehr viel.

Transkript Interview Waltraud Antonov, Grüne Bezirksrätin	
Interviewte Person (A): Waltraud Antonov	
Interviewerin (K): Isabella Kubicek	
Datum des Interviews: 08.02.2011	
Dauer des Interviews: 17:09	
1	(K) Spielt das Thema Sicherheit im Bezirk eine wichtige Rolle, zum Beispiel im
2	Bezirkparlament, in Sektionen oder bei BürgerInnen, die sich an die Grünen wenden?
3	(A) Das Thema spielt eine Rolle. Im Bezirkparlament in unterschiedlicher Weise.
4	Es kommt immer wieder vor, dass wir über das Thema Sicherheit diskutieren. Es

5	kommt dann oft - was ich bedaure - dass die ÖVP oder FPÖ so Dinge fordern, wie die
6	Stadtwache oder Ordnungskräfte. Ich glaube, dass bei den BürgerInnen das ein
7	großes Thema ist. Das Thema Sicherheit ist insofern so schwierig, weil es auch viel
8	mit dem subjektiven Sicherheitsgefühl zu tun hat. Das Schwierige ist, wie kann man
9	dieses subjektive Sicherheitsgefühl verbessern? Weil man kann natürlich viel machen
10	über das objektive, zur Sicherheit beitragen. Straße, Wege beleuchten. Angsträume,
11	die v.a. für Frauen beängstigend sind, größtmöglich zu vermeiden. Das sind Themen,
12	die natürlich den Bezirk betreffen. Das die Straßenbeleuchtung anders aufgebaut wird
13	oder heller wird können wir im Bezirk regeln und entscheiden. Ob ein Gehsteig ganz
14	schmal ist, dass man nicht gut ausweichen kann oder durch Autos durchquetschen
15	muss, dass man sozusagen in einer Enge ist - das kann man natürlich im Bezirk
16	beeinflussen.
17	(K) Anhand der Daten sieht man, dass das Sicherheitsgefühl sinkt, besonders
18	auch im 15. Bezirk - sind hier grundsätzlich Versäumnisse der Stadt Wien
19	oder im Bezirk zu sehen? Oder eine Kette von Verstrickungen?
20	(A) Versäumnisse weiß ich nicht, ich kann jetzt nicht sagen: "Das oder das ist
21	schuld". Ich glaub, es sind nicht so viel die Versäumnisse, sondern in unserem Bezirk
22	gibt es viele Leute mit wenig Einkommen, dadurch hat man bereits eine soziale
23	Unsicherheit und das wirkt sich auch aus, wenn man sich im öffentlichen Raum
24	bewegt. Weil man dadurch vielleicht auch weniger Selbstbewusstsein hat, weil man
25	dadurch leichter verunsichert wird und weil man vielleicht nicht mehr so oft außer
26	Haus geht und dadurch auch wieder Sicherheit verliert. Das betrifft - glaube ich -
27	vor allem ältere Leute. Wenn ältere Leute auf die Straße gehen, die nicht sicher
28	unterwegs sind, die nicht gut gehen können, die sind natürlich potenziell eher
29	sozusagen die, die sich dann unsicher fühlen, wenn dann eine Gruppe von Jugendlichen
30	auf sie zukommt. Und sie das Gefühl haben, wo soll ich jetzt hin? Ich glaube aber
31	nicht, dass eine Stadtwache hier jetzt helfen könnte. Ich sehe darin keine Lösung, weil
32	ich finde es viel wichtiger und das ist eigentlich der grüne Ansatz, ich würde es
33	wichtiger finden, mit diesem subjektiven Sicherheitsgefühl zu arbeiten. Das geht aber
34	nicht, wenn man sagt, wir machen jetzt eine Stadtwache. Wenn man sagt, man
35	macht eine Stadtwache, überlässt man die Sicherheit wieder jemand anderen. Dann
36	verlässt man sich, dann muss man sich darauf verlassen können, das jemand anderer
37	die Sicherheit herstellt. Ich finde es aber viel Nachhaltiger wenn man die Menschen
38	durch unterschiedliche Maßnahmen so weit bringt, dass sie selber mehr Sicherheits-
39	gefühl aus sich heraus entwickeln. Ich glaube, dass das besser ist. Das ist nicht

40	einfacher, aber es wäre halt nachhaltiger. Weil was ist, wenn eine Stadtwache
41	nicht mehr finanzierbar ist? Dann ist sie wieder weg und was ist dann? Dann ist
42	die Unsicherheit noch größer.
43	(K) Finden Sie dann Projekte wie die Waste Watchers – die dafür sorgen dass
44	die Stadt sauberer ist – sind solche Truppen zielführend? Umso sauberer die Stadt
45	umso sicherer fühlt man sich? Oder finden sie - Kritik von ÖVP und FPÖ - dass
46	wir zu viele Ordnungsdienste haben – es sind ca. 20 - oder kommen die überhaupt
47	im 15. Bezirk an?
48	(A) Die Verschmutzung ist schon ein Thema im Bezirk. Damit sind wir immer wieder
49	konfrontiert. Und ich glaube auch, dass hat auch ein wenig mit Unsicherheit zu tun
50	bzw. mit dem Unsicherheitsgefühl. Ob da jetzt allerdings die Waste Watchers oder
51	andere Ordnungsgruppen tatsächlich helfen oder Abhilfe schaffen können, das weiß
52	ich nicht. Ich glaube bei der Verschmutzung müsste es so sein, wie bei den
53	Hundstrümmerln, da wirkt es glaube ich ein wenig. Diese Kampagne, die das
54	Bewusstsein bildet, man muss seinen eigenen Dreck auch einfach wieder wegräumen.
55	Man kann nicht einfach alles auf die Straße fallen lassen und nicht einmal zum
56	nächsten Mistkübel tragen. Ich halte das für besser, hier mehr mit
57	bewusstseinsbildenden Maßnahmen zu arbeiten. Und in den Parks, die
58	Jugendbetreuungseinrichtungen die wir haben, die mit Jugendlichen und Kindern
59	arbeiten, das ist schon ein Weg, dass man zu einem höheren Sicherheitsgefühl kommt.
60	(K) Gibt es im 15. Bezirk Streetworker oder ein Mediationsprogramm für
61	Jugendliche?
62	(A) Es gibt die Streetworker und die Jugendbetreuung, die in unterschiedlichen Parks
63	unterwegs sind. Dann gibt es seit einiger Zeit auch die Fair Play Teams, die
64	unterwegs sind. Wo wir in der letzten Bezirksvertretungssitzung eine Präsentation
65	bekommen haben, eine Evaluierung des Projektes. Wo sich herausgestellt hat, der
66	Bedarf wäre da, aber diese Fair Play Teams sind ja auch eher darauf ausgerichtet,
67	zu übermitteln, das heißt wenn es das Gefühl von Konflikten oder Unsicherheiten
68	gibt, sollten sie eher vermitteln und versuchen die Leute zusammen zu bringen
69	und Interessen auszugleichen. Und nicht zu sagen, du wirst bestraft oder du darfst
70	da nicht hin oder das darf man nicht. Und das ist eigentlich der Weg, den ich für
71	den besseren halte. Wir haben im Bezirk auch die Schulsozialarbeiter, die halte ich
72	auch für wichtig. Auch in diesem Zusammenhang, weil in der Schule die LehrerInnen
73	ohnehin schon viele Aufgaben haben und viele Fragen in der Schule auftauchen,
74	die LehrerInnen eigentlich gar nicht lösen können, weil sie die Zeit und Ressourcen

75	dafür nicht haben. Wir haben bei uns im Bezirk das Pilotprojekt, „Schulsozialarbeit“,
76	das jetzt auch Wienweit eingeführt werden soll. Das wäre auch eine Maßnahme, die
77	wir für sehr sinnvoll erachten.
78	(K) Laut Frauenbarometer 2008 bewerten die BürgerInnen des 15. Bezirks ihr
79	NachbarInnenchaftsverhältnis am schlechtesten, nur 28% haben es als "sehr gut"
80	empfunden. Kann man das mit dem hohen Anteil an MigrantInnen begründen?
81	Bekommen Sie hier Beschwerden seitens der BürgerInnen?
82	(A) So dramatisch wie es dargestellt wird, ist es nicht. Natürlich gibt es immer wieder
83	Einzelfälle und es gib glaube ich in jedem Grätzl, wo es NachbarInnen gibt, über die
84	man sich ärgert oder nicht geheuer sind, weil sie anders aussehen. Das muss jetzt nicht
85	einmal sein, dass das jemand ist, der ausschaut wie ein Fremder, eine Fremde -
86	sondern das kann auch einer sein, der Tätowierungen hat. Einfach anders aussieht. Wir
87	glauben ja, wenn einem was fremd ist, dann macht das eher Angst. Wir setzen hier
88	auf Nachbarschaftshilfe, -aktionen, die das Zusammenleben fördern. Wir haben im
89	Bezirk eine neue Kommission, die auf unsere Initiative eingesetzt wurde. Das ist eine
90	Kommission für Integration, Zusammenleben und Teilhabe. Und wir glauben, dass es
91	über diese Kommission die Möglichkeit gibt, Nachbarschaftskonflikte auf Bezirksebene
92	oder ganz auf der untersten Ebene zu bearbeiten und zu behandeln. Indem man
93	sich ansieht, wo gibt's besonders viele Probleme oder Beschwerden. Die Kommission
94	sieht sich das dann an und überlegt, mit welchen SpezialistInnen und ExpertInnen
95	gemeinsam, welches Projekt initialisieren werden könnte oder man hier machen kann.
96	Hilft es wenn man dort Nachbarschaftstage macht, hilft es, wenn man Aktionen setzt,
97	wo sich NachbarInnen kennenlernen. Wir haben natürlich auch Substandardhäuser, die
98	allein schon durch die Bausubstanz ein wenig Angst erregend sein können. Wenn ein
99	Haus alt, unfreundlich und unwirklich ist, dann wirkt sich das auf die BewohnerInnen
100	aus. Da fühlt man sich dann nicht so sicher, wie in einem schönen, großen hellen
101	weiträumigen Bau.
102	(K) Gibt es Konflikte im Gemeindebau wegen ethnischer Segregation?
103	(A) Konflikte können grundsätzlich überall entstehen. Und meistens sind es so
104	Geschichten, wie Lärm oder zu viele Leute - die auch ein Unsicherheitsgefühl
105	entstehen lassen. Für mich ist es dann immer sehr seltsam, dass man eigentlich
106	gleich die Polizei ruft, wenn der Nachbar Lärm macht. Dann kommt die Polizei zum
107	Nachbarn und sagt, „Du musst den Radio leiser drehen“ oder den Fernseher. Oder
108	"Du darfst deine Musik jetzt nicht mehr hören". Anstatt, dass man selber an die
109	Nachbarstür klopf und sagt "Entschuldigung, ich kann nicht schlafen, könnten

110	Sie nicht etwas leiser sein?“ Die meisten versuchen das gar nicht mehr. Und ich
111	frage mich immer, warum eigentlich nicht. Ist das jetzt nur das Unsicherheitsgefühl,
112	das hat aber nicht nur mit MigrantInnen zu tun, das hat etwas mit der Stadt zu tun, wo
113	man einfach anonymer ist. Ich glaube, in Grätzeln wo der Zusammenhalt besser spürbar
114	ist. Bei uns zum Beispiel, gibt es ein Grätzeln wo es beinahe ein „Dorfgefühl“ gibt,
115	wo man viele Menschen in der Umgebung auch kennt, ich glaube dass dort auch das
116	Sicherheitsgefühl anders ist.
117	(K) Das Thema Prostitution spielt im 15. Bezirk eine wichtige Rolle, das Pilotprojekt
118	von Sandra Frauenberger ist gescheitert, gibt es nun seitens der Grünen eine Lösung,
119	wie man die Frage lösen könnte.
120	(A) Das Thema ist sehr schwierig, weil es ein vielschichtiges „Problem“ ist. Das kann
121	weder die Bezirksebene alleine lösen, noch die Stadt – da muss auch auf Bundesebene
122	etwas passieren. Die Sittenwidrigkeit muss abgeschafft werden, die einerseits für die
123	Frauen, die in der Prostitution sind, klare Verhältnisse schafft; die Sicherheit für die
124	Frauen und dann auch noch alles was dann damit verbunden ist. Weil natürlich gibt es
125	Frauen im Bezirk, die verunsichert sind, in den Straßen wo Prostituierte stehen, dass
126	auch Freier auf der Suche auch wahllos andere Frauen ansprechen. Ich glaube
127	nicht, dass man die Prostitution abschaffen kann, solange man über die Prostitution
128	nur wertend diskutiert, „das ist pfui und das darfs gar nicht geben“. Dadurch wird
129	man auch keine Lösung finden. Egal, auf welcher Ebene. Da muss man zuerst den
130	Zugang haben, dass Prostitution einfach zu einer Stadt gehört. Die wird man nie
131	abschaffen (können). Die gibt es seit Jahrhunderten und wird es vermutlich auch
132	noch Jahrhunderte geben. Die Frage ist, wie kann man sie nur so regeln, dass es für
133	die Anrainerinnen, nicht wirklich störend und belästigend ist. Dass sie nicht in ihrem
134	Schlaf gestört werden, durch den Freierverkehr, durch laute Gespräche auf der
135	Straße und wie kann man gleichzeitig die Sicherheit für die Frauen gewährleisten, die
136	den Job machen. Wir haben auch noch nicht die „Das-Ist-Es“-Lösung, ich glaube nur,
137	da hilft es nur immer wieder, die Betroffenen zusammenzubringen und auszutauschen.
138	Wenn Prostituierte wissen, dass ist ein Problem wenn ich zu Mitternacht in
139	Stöckelschuhen auf und ab gehe, weil dort ein Kinderzimmer ist, kann man das
140	vielleicht einmal sagen. Vielleicht ändert sich dadurch etwas am Verhalten. Und
141	umgekehrt, wir haben auch Frauen die in der Felberstraße wohnen, die sich im
142	Gegenteil sicherer fühlen, wenn Prostituierte auf der Straße stehen, weil A ist etwas
143	los, da ist jemand auf der Straße. Und B sind sie dann nicht alleine unterwegs.
144	Es gibt dann auch diese Sichtweise. Das Thema Prostitution wird oft instrumentalisiert.

145	(K) Danke fürs Gespräch.
-----	--------------------------

Transkript Interview: Gerhard Kubik, Bezirksvorsteher (SPÖ) der Leopoldstadt	
Interviewte Person (GK): Gerhard Kubik	
Interviewerin (K): Isabella Kubicek	
Datum des Interviews: 28.02.2011	
Dauer des Interviews: 16:02	
1	(IK) Welche Rolle spielt das Thema Sicherheit in der SPÖ Leopoldstadt?
2	(GK) An sich spielt das Thema Sicherheit immer eine große Rolle, wobei
3	der Begriff Sicherheit natürlich mehrere Facetten hat, das ist nicht nur die
4	persönliche Sicherheit im öffentlichen Raum oder zu Hause, sondern auch
5	die persönliche Sicherheit am Arbeitsplatz, in der Schule und sonstiges.
6	Themen die Sicherheit betreffen, nicht nur jetzt Sicherheit für Leib und
7	Leben.
8	(IK) Bei den Bürgerinnen und Bürger wird das Thema Sicherheit oft
9	runtergebrochen auf Kriminalität, Einbruch etc. Ist das ein Thema bei den
10	Sprechstunden mit BürgerInnen, in Sektionen oder bei Hausbesuchen?
11	(GK) Bei Terminen, die ausgemacht werden und wo Bewohnerinnen und
12	Bewohner kommen und über ein Problem sprechen, nicht. Sehr wohl wird
13	es aber angesprochen, wenn man Veranstaltungen im öffentlichen Raum hat
14	und die Leute in einer anderen Atmosphären auch ihre Sorgen bekannt
15	geben.
16	(IK) Das Sicherheitsgefühl hat sich laut meiner Daten in der Leopoldstadt
17	verschlechtert, haben Sie eine Erklärung warum es sich 2008 verschlechtert
18	hat?
19	(GK) Kann ich nicht wirklich begründen, wobei es auch schwierig ist,
20	Gefühle zu bewerten. Weil wenn natürlich Befragungen, zum Zeitpunkt wo
21	in Medien viel über Verbrechen gestanden ist, durchgeführt wurden, es
22	immer dazu führt, dass sich Leute prinzipiell einmal unsicherer fühlen.
23	Und ich schon eine Studie über das Stuwerviertel gelesen habe, wo sich v.a.
24	Frauen sehr unsicher gefühlt haben, und auf die Frage, was ihnen
25	zugestoßen ist, haben sie geantwortet „ein Handtaschenraub in der U-Bahn“.
26	Ist ein sehr weiter Begriff, der Begriff der persönlichen Sicherheit, bei
27	einem Gefühl ist es schwierig, ob es reale Hintergründe hat. An sich von

28	den Verbrechenszahlen, die bekannt sind, ist es sicher nicht nachvollziehbar.
29	(IK) Das bestätigt meine Annahme, dass zum Beispiel der Prater oft nur ein
30	Mythos ist und das Leute vieles nur als Erzählungen kennen, ihnen selbst
31	aber noch nichts passiert ist.
32	Die ÖVP bzw. Hauer-Pawlik hat in meinem Interview das Thema
33	Prostitution angesprochen und es ein Problem im Stuwerviertel gibt. Er
34	meinte aber auch gleichzeitig, dass die Zusammenarbeit mit der Bezirks-
35	vorstehung gut funktioniert, wie wird das Thema bei den BewohnerInnen
36	diskutiert?
37	(GK) Ja das Thema Prostitution im Stuwerviertel ist schon ein sehr langes
38	andauerndes Thema, sicher Jahrzehntlang, aus meiner Wahrnehmung und
39	auch von dem was ich von BewohnerInnen des Stuwerviertels höre, die
40	schon lange hier wohnen, deutlich abgenommen. Also es im Vergleich zu
41	vor 10, 15 Jahren zwar noch vorhanden, aber nur sehr marginal. Das
42	Problem oder die Unsicherheit die dort bei Frauen ausgelöst wird, kommt
43	eher von den Freiern, die wahllos auf der Straße alle jungen und nicht mehr
44	ganz so jungen Damen ansprechen. Das ist ein unangenehmes Gefühl, wenn
45	man auf der Straße geht und plötzlich wird man von einem Auto von der
46	Seite angesprochen. Das kann ich schon nachvollziehen. Prinzipiell glaube
47	ich aber, dass es deutlich besser geworden ist.
48	(IK) Die FPÖ bzw. der LABg Seidl hat einmal in einer Aussendung
49	gefordert, Durchfahrtssperre für das Stuwerviertel, ist das noch ein Thema?
50	(GK) Die FPÖ fordert immer irgendetwas, wo sie meint, sie kann damit
51	Stimmung machen. Es ist ein bisschen skurril, weil wir ja vor mehr als zehn
52	Jahren begonnen haben, Durchfahrtssperren zu errichten, mit
53	Übereinstimmung der Bevölkerung. Wir haben eine Befragung gemacht
54	und Verbesserungen oder Verschlechterungen für Durchfahrende auch
55	umgesetzt haben, was zu einem deutlich geringerem Verkehrsaufkommen
56	geführt hat und auch bewirkt hat, dass für Freier die Wege einfach sehr
57	umständlich sind. Und wir meinen, das auch das mit ein Teil dessen ist,
58	warum sie in den letzten Jahren abgenommen hat. Auf der anderen Seite
59	wird von den Freiheitlichen immer wieder kritisiert, dass durch Durchfahrts-
60	sperren auch die Bewohner Nachteile haben, aber beides zu vereinen
61	geht nicht. Für Nicht-Bewohner eine Sperre zu errichten und es für
62	Bewohner zu erlauben, ist technisch nicht durchführbar.

63	(IK) D.h. ich kann auch die Bezeichnung der FPÖ, dass das Stuwerviertel,
64	der „zweite Karlsplatz ist“ auch als überspitzt verstehen?
65	(GK) Völliger Blödsinn, völliger Blödsinn. Weder das Stuwerviertel noch der
66	Praterstern hat mit dem Karlsplatz nur annähernd irgendeine Ähnlichkeit.
67	Am Praterstern selber, gibt es natürlich immer wieder Diskussionen über die
68	vermeintlichen Obdachlosen, v.a. Heeren die sich dort aufhalten und
69	miteinander was trinken, aber sie sind in der Regel sehr friedlich. Und es
70	gibt auch durch die gute Zusammenarbeit zwischen den Behörden der
71	Stadt Wien, den ÖBB-Verantwortlichen, den Wiener Linien-
72	Verantwortlichen auch immer einen regen Austausch. Wo Problemfelder
73	entstehen können, kann zeitgerecht eingegriffen werden.
74	(IK) Das schließt schon an meine nächste Frage, es wurde ja im Sommer
75	2010 das Projekt „Sicherheit am Praterstern“ gestartet, gab es hier ein
76	positives Feedback von Bürgerinnen und Bürgern, haben sie das deutlich
77	wahrgenommen, dass da nun mehr los ist durch Kontrollorgane?
78	(GK) In der ersten Phase ja, aber bei solchen verstärkten Kontrollen, geht
79	es bald zur Normalität über, dass Leute gewohnt sind, das ganz einfach
80	Sicherheitsorgane da sind, die man eventuell auch ansprechen könnte.
81	Alleine durch das Vorhandensein von Sicherheitsorganen wirkt das schon
82	präventiv. Es wird dann einfach normaler Alltag.
83	(IK) Die FPÖ hat gleich nach der Präsentation befürchtet, dass das nur ein
84	Wahlkampfgegner ist, dass die Polizeikräfte bald wieder reduziert werden...
85	(GK) Nein, ist nicht geplant und ist auch nicht so gekommen. Im Gegenteil,
86	mit der zusätzlichen Aufnahme von Polizisten, die jetzt in Ausbildung sind,
87	wird das Wachzimmer, das ja umgebaut werden soll, auch dann mit jenen
88	Personen besetzt sein, die notwendig sind und jetzt nicht nur den Praterstern
89	sondern das ganze Einzugsgebiet der Polizeiinspektion Praterstern auch
90	personell ordentlich zu besetzen.
91	(IK) Die FPÖ hatte die Idee der berittenen Polizei für den Prater, auch für
92	den Augarten. Das hat bei den grünen Bezirksrätinnen für Schmunzeln
93	gesorgt, weil gerade der Augarten dafür viel zu klein ist. Dann fordern sie ja
94	eine eigene U-Bahn-Polizei. Darüber habe ich mit Johann Gudenus
95	gesprochen, wie er sich das vorstellt. Und natürlich den Ausbau der
96	Videoüberwachung. Sind das noch Themen in der Bezirksvertretung, gibt
97	es da noch Chancen auf Umsetzung?

98	(GK) Die berittene Polizei sicher nicht, das ist an sich ein Langzeitthema der
99	FPÖ, das kenne ich, seit dem ich beruflich in der Politik bin und das ist jetzt
100	seit 25 Jahren. Wo auch alle Fachleute, auch Seitens der Polizei sagen, dass
101	die berittene Polizei überhaupt keinen Sinn macht, gescheiter ist es die Polizei
102	ordentlich mit entsprechenden Autos bzw. Fahrräder auzurüsten. Pferde
103	haben natürlich auch die Notwendigkeit, dass sie gewartet werden müssen,
104	man braucht Stallungen, du musst sie pflegen, du musst sie so ausreiten,
105	also es ist ein riesiger Aufwand für relativ wenig Erfolg. Diesen Erfolg kann
106	man mit Fahrräder, unter Umständen Elektrofahrräder deutlich erhöhen
107	Das ist das Eine. Die Polizei für die U-Bahn: hier gibt es bei der Polizei eine
108	Einrichtung die gemeinsam mit der U-Bahn bzw. auch Schnellbahn die
109	Überwachung macht. Ich denke, es gibt polizeiliche Aufgaben, die sollten
110	dort bleiben und jetzt nicht delegiert werden an Länder oder Einrichtungen
111	wie die Wiener Linien. Wenn es notwendig erscheint, soll die Polizei präsent
112	sein, in Abstimmung und in Vereinbarung mit den Wiener Linien. Aber das
113	es einen zusätzlichen Wachkörper gibt, der mit polizeilichen Agenden
114	ausgestattet ist, da würde ich sehr vehement dagegen auftreten, weil ich
115	denke, dass die Aufnahmekriterien von Polizisten sehr streng sind, auch im
116	psychologischen Bereich. Mein Eindruck ist auch, bei Sicherheitskräften, bei
117	privaten Securities, natürlich ein anderes Auswahlkriterium zutrifft. Jene die
118	vielleicht nicht bei er Polizei unterkommen, dann bei einer Security-
119	Gesellschaft sind. Ich denke mir, eine Qualitätskontrolle ist auch bei der Polizei
120	wichtig und sollte dort bleiben. Und Videoüberwachung ist punktuell sicher
121	sinnvoll, in U-Bahn Zügen, wo es generell auch bewilligt ist. Aber
122	Videoüberwachung sollte wirklich nur punktuell eingesetzt werden. Die
123	öffentliche Meinung, ich bekomme alle 14 Tage einen Brief, wo irgendeine
124	Örtlichkeit auch über Video überwacht werden soll, was dazu führen würde,
125	dass wir bald alle überwacht werden. Ganz Wien, jede Ecke, jeder Platz
126	und jeder Müllraum wird überwacht. Es gibt ein Datenschutzgesetz, da ist
127	das geregelt, wie man zu solchen Bewilligungen kommt und das sind
128	durchaus Kriterien, die gut sind, das sollte auch so bleiben.
129	(IK) Als Michi Ludwig die Videoüberwachung im Gemeindebau präsentiert
130	hat, hat Johann Gudenus das als Zugeständnis an die FPÖ gesehen. Könnte
131	sie jetzt in allen Gemeindebauten ausgeweitet werden?
132	(GK) In dem Fall weiß ich es zufälligerweise, weil ich private Kontakte in

133	die Datenschutzkommission habe, dass diese Ausweitungen bzw.
134	Bewilligungen für Gemeindebauten sehr strengen Regeln unterworfen sind
135	und genau nachgewiesen werden müsste, warum es gerade dort notwendig
136	ist. Sicherheitshalber jeden Müllraum zu überwachen, ist, abgesehen von den
137	Kosten, die ja alle Mieter zu tragen hätten, völlig überzogen. Puntkuell,
138	wenn man merkt dass in einem Bereich extrem viel Vorkommnisse sind,
139	ist es ok, aber so generell ... Wie gesagt, alle werden jederzeit überall
140	überwacht, man kann sich überhaupt nirgends mehr bewegen, weil dauernd
141	steht irgendwo eine Videokamera in der Nähe und zeichnet auf, was man
142	gerade macht. Ich glaube, das sollte man wirklich nur sehr sporadisch
143	einsetzen.
144	(IK) Jetzt komme ich auch schon zu meinen letzten Fragen. Die ÖVP
145	fordert seit unzähligen Jahren die Stadtwache, die FPÖ die Sicherheitswacht.
146	Im Regierungsübereinkommen von Rot-Grün steht drinnen, dass „durch
147	möglichst einheitliche Kennzeichnung der Ordnungsgruppen“ möchte man
148	eine Sichtbarkeit für Bürgerinnen und Bürger schaffen. Ist das ein
149	Eingeständnis zur Sicherheitswacht bzw. Stadtwache, dass sie vielleicht
150	doch umgesetzt werden könnten, kann man das so deuten?
151	(GK) Aus meiner Sicht nicht, Das sie erkennbar sind bzw. ein
152	einheitliches Abzeichen trägt, damit man weiß, die Personen sind im Auftrag
153	der Stadt unterwegs, das ja, aber ansonsten, die „Sicherheitskräfte“, unter
154	Anführungszeichen, wir haben zum Beispiel das Play Team im Bezirk, die
155	im Sommer in den Abend- und Nachtstunden in den Parkanlagen unterwegs
156	sind, die haben durchaus andere Aufgaben auch. Sie sind auch dazu da, jene
157	Bewohner die sich dort aufhalten, die Information zu geben, dass sie unter
158	Umständen für andere Bewohner, die dort in der Nähe wohnen, ein
159	gewisser Störfaktor sind. Aber durchaus auch Hilfe geben, wie man zu
160	diversen Leistungen, die die Stadt im Sozialen anbietet, auch kommen kann.
161	Ich sage jetzt einmal, rein auf Sicherheit zu schauen und den Bereich
162	des Lebens zu vergessen, wo beides für mich zusammen hängt: Jugendliche
163	die keinen Job bekommen, sind auf der Straße und haben irgendwann
164	einmal dumme Ideen. Haben die Jugendlichen einen Job, kommen sie nicht
165	auf dumme Ideen. Das sollte auch so bleiben, neben Informationen für beide
166	Teile der Benutzer der Parks und Bewohner, auch eine Hilfestellung bietet.
167	Das würde eine Stadtwache nicht machen, die dann Sicherheitskräfte unter

168	einem andern Abzeichen sehen. Quasi Hilfspolizei und Hilfssheriff kann ich
169	mir irgendwie nicht vorstellen, dass das sinnvoll für die Stadt ist. D.h. die
170	Polizei sollte dort bleiben und es heißt auch Bundespolizei, damit auch die
171	Vorgangsweise der Polizei, einheitlich in ganz Österreich ist und nicht in
172	Wien so und in Vorarlberg so.
173	(IK) Man sagt ja, umso sauberer das Viertel, umso sicher fühlt man sich.
174	Die Waste Watchers sind ja in ganz Wien unterwegs, merkt man die auch
175	hier in der Leopoldstadt?
176	(GK) Sie sind aktiv unterwegs und teilweise nicht erkennbar, was aber
177	auch dazu führt, dass der Präventionsgedanke, Schmutz zu vermeiden und
178	nicht den zu strafen der ihn macht, sondern demjenigen das Gefühl zu geben,
179	wenn ich eine Polstergarnitur auf die Straße stelle, dann kann ich auch
180	erwischt werden und kostet viel Geld, ist auch sinnvoll. Wie halt oft bei
181	Kontrolleure, auch bei den Wiener Linien, in Straßenbahnen wo man
182	uniformiert geht, wird man wahrscheinlich kaum jemanden erwischen, da
183	gehört natürlich auch dazu, verdeckt Überprüfungen wahrzunehmen.
184	(IK) Da Beleuchtung Hand in Hand mit dem Sicherheitsgefühl geht, würde
185	ich gerne wissen, ob hier Projekte anstehen oder gibt es hier konkrete
186	Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern einen bestimmten Platz heller
187	zu gestalten?
188	(GK) Zu einem, wenn Bewohner mit dem Wunsch kommen, irgendetwas
189	heller auszuleuchten, wird es von unserer Seite mit Kollegen von der Stadt
190	geprüft. Wodurch immer wieder dunkle Ecken zum Vorschein kommen, die
191	man auch versucht stärker auszuleuchten auf der einen Seite. Auf der
192	anderen Seite gibt es sehr wohl Projekte, zum Beispiel in der großen
193	Parkanlage Venediger Au, wo wir gemeinsam mit einem neuem
194	Wegesystem und einer besseren Beleuchtung auch das subjektive
195	Sicherheitsgefühl heben wollen. Also jene Bereiche, wo die Leute von der
196	U-Bahn durch einen Park in ihr Wohnviertel zu Fuß gehen, dass dort nicht
197	das Gefühl entsteht, man müsse 100 Meter durch eine sehr unsichere
198	Landschaft gehen. Das ist ein Punkt, das subjektive Sicherheitsgefühl durch
199	Beleuchtung anzuheben. Das geht auch aufgrund von Projekten, wie wir
200	vorhaben auch in Einzelfällen, die wir uns genau ansehen.
201	(IK) Das wars auch schon. Danke!

Transkript Interview LAbg. Wolfgang Seidl (FPÖ)	
Interviewte Person (S): Wolfgang Seidl	
Interviewerin (K): Isabella Kubicek	
Datum des Interviews: 09.03.2011	
Dauer des Interviews: 30:36	
1	(K) Ich schreibe über das Sicherheitsgefühl der Wienerinnen. Ich habe meine
2	Daten von der Stadt Wien. Es wurden 1.800 Personen befragt.
3	Die erste Frage ist eine sehr große Frage und zwar, welche Rolle spielt das Thema
4	Sicherheit in der FPÖ Leopoldstadt? Zum Beispiel in Sektionen, wenn es so etwas
5	gibt, oder bei BürgerInnenstammtische oder bei Veranstaltungen, zum Beispiel
6	am Karmelitermarkt.
7	(S) Es spielt eine sehr große Rolle, eine der zentralen Rollen, so wie auch in der
8	FPÖ Wien. Auch heruntergebrochen auf die Bezirke und gerade in Problem-
9	bezirken, sprich in Bezirken, wo der Kriminalitätsanteil relativ hoch ist. So wie
10	eben im zweiten Bezirk, spielt das Thema eine Übergeordnete Rolle.
11	Wir haben keine eigenen Sektionen, die ÖVP und die Grünen haben auch keine.
12	Auch wir sind leider Gottes finanziell nicht so gut beseelt wie die Genossen. Wir
13	schaffen das mit Bürgerveranstaltungen, heute haben wir zum Beispiel eine
14	Heringschmaus-Veranstaltung. Oder normale Bürgerstammtische und dort spielt
15	das Thema bei Mitgliedern oder Interessenten eine sehr große Rolle.
16	(K) Wird hier auch die Prostitution angesprochen?
17	(S) Auch. Eigentlich die ganze Bandbreite. Gerade das Prostitutionsproblem. Wir
18	halten unsere Stammtische in der Regel direkt im Stuwerviertel ab. Ich selbst bin
19	im Stuwerviertel aufgewachsen und habe dort 31 Jahre gelebt. Ich weiß wirklich,
20	von was die Leute hier reden. Und dieses Problem haben wir seit Ewigkeiten.
21	Es gab es vor mit und ich befürchte, es wird das Thema auch noch nach mir geben.
22	So richtige Lösungsansätze seitens der Stadt Wien gibt es nicht. Es wird wieder
23	einmal ein Arbeitskreis zusammengestellt. Ich sitze mittlerweile als Landtags-
24	abgeordneter im Rathaus und dort hört man von der zuständigen Stadträtin
25	Frauenberger, dass sie zum 107. Mal in den letzten 50 Jahren einen Arbeitskreis
26	einberufen hat und dort wieder gesprochen. Ich befürchte dort wieder wieder nichts
27	herauskommen, wie auch bis dato. Ist, wie gesagt, ein Riesenproblem.
28	(K) Im 15. Bezirk ist das Pilotprojekt ja gescheitert, ihr Kollege Schwing hat es auch
29	noch einmal bekräftigt. Er meinte aber, dass das Problem grundsätzlich falsch

30	angegangen wurde, ist das im zweiten Bezirk auch passiert?
31	(S) Selbstverständlich. Es geht überhaupt ganz in die falsche Richtung. Erstens
32	wird aus unserem Verständnis her, die Freier überhaupt nicht belangt - das kann
33	es einmal nicht sein. Denn jeder der im Stuwerviertel wohnt - wenn Sie zum
34	Beispiel dort wohnen würden, als junge attraktive Damen und gehen nur von der
35	Uni nach Hause, bin ich mir 100 Prozentig sicher, dass Autos neben Ihnen stehen
36	bleiben und Ihnen eindeutige Angebote machen. Das kann es nicht sein, das
37	geht einfach nicht! Ich bin jetzt in einem Alter, wo ich eine Tochter haben könnte,
38	in einem Alter so um die 20, das wäre furchtbar. Ich leide mit den Leuten wirklich
39	mit, denen das tagtäglich nicht nur einmal passiert. Ich muss heute von der Schule
40	heim, in die Schule, vielleicht noch etwas einkaufen oder man trifft sich noch mit
41	einer Freundin, hat sie Minimum sechs bis sieben Gänge dort in der Gegend. Und
42	wenn sie Pech hat, wird sie sechs bis sieben Mal blöd angesprochen.
43	(K) Ich selbst wohne beim Karmelitermarkt, dort sind wir von diesem Thema nicht
44	betroffen.
45	(S) Sie können froh sein! Im Stuwerviertel ist es zwar wunderschön, dort werden
46	jetzt auch die Wohnungen revitalisiert. Ganz eine tolle Gegend, aber ich würde
47	keinem jungen Mädchen empfehlen, dort hinzuziehen, weil das Problem ist da!
48	(K) Glauben Sie, dass Prostitution das subjektive Sicherheitsgefühl beeinflusst?
49	(S) Ich würde jetzt nicht sagen, dass ich täglich Anrufe habe. Aber sicher ein bis
50	zwei in der Woche, wo es um dieses Thema geht.
51	(K) Ich habe gelesen, dass Sie Durchfahrtsperren für den Bezirk verlangen. Ich
52	habe darüber mit Gerhard Kubik gesprochen und er meinte, es gibt solche schon
53	Teilweise bzw. ist es ein schwieriges Thema wegen den BewohnerInnen.
54	(S) Ja, ja!
55	(K) Wie könnte eine Lösung ausschauen? Auf Ihrer Homepage schreiben Sie von
56	Schutzzonen, was darf man sich darunter vorstellen?
57	(S) Schutzzonen gibt es ja heute schon. Schutzzonen bedeuten, dass 150 Meter
58	im Umkreis eines Kindergartens oder Schule, es keine Prostitution geben darf.
59	Wir wissen, dass es im Stuwerviertel anders ist. Zum Beispiel haben wir eine
60	Schule am Max-Winter-Platz und Luftlinie, ich habe es nicht abgemessen, keine
61	70 Meter entfernt, eindeutige Rotlichtlokale. Wenn ich außen vorbei gehen und ein
62	Pubertierenden bin, spätestens wenn ich ein Pubertierenden bin, weiß ich was sich
63	da drinnen abspielt. Das wird nicht eingehalten. Das ist Aufgabe und Versäumnis
64	des Magistrats. Ganz eindeutig, weil die nach meinem Verständnis, keine

65	Konzession bekommen dürften.
66	Und ich müsste sehr lange nachdenken, wann ich einmal Durchfahrtsstraßen
67	gefördert hätte.
68	(K) Dann tut es mir leid, dann habe ich das Durcheinander bekommen.
69	(S) Kann ich mir nicht vorstellen, vielleicht in einem anderen Zusammenhang.
70	Weil Kubik hat im Jahr 2001 das gesamte Stuwerviertel Autotechnisch verändert.
71	Er hat Einbahnen wie ein Weltmeister eingeführt. Das war damals wirklich so,
72	dass wenn du in der Früh weggefahren bist, dir am Abend nicht mehr sicher warst,
73	ob ich die Route vom Vortag nehmen konnte, weil er hat tagtäglich irgendetwas
74	umgedreht. Dann war es so schlimm, dass manche Bewohner in kleinen Teilen
75	des Stuwerviertel abgeschnitten waren. Hier hat er sich so verplant, dass einige
76	Personen, die regelgerecht gefahren sind, einfach nicht mehr zu ihrem Haus
77	gekommen sind. Das hat er mittlerweile im Griff, aber die Leute sind noch immer
78	stinksauer. Früher war das Stuwerviertel durchgängig zu befahren, heute ist es
79	ein Terror, ich weiß nicht einmal, ob sich eine Navi dort auskennen würde.
80	(K) Glauben Sie, kann ein Labyrinth grundsätzlich abschreckend sein?
81	(S) Naja, ich bin kein Freier. Aber ich glaube nicht, dass es abschreckend ist.
82	Natürlich stehen die Damen des horizontalen Gewerbes nicht mitten drinnen, wo
83	kein Auto hinkommt, sondern relativ am Rand des Stuwerviertels. Das heißt in der
84	Ausstellungsstraße oder in der Venediger Au. Drinnen sind noch einige Lokale.
85	Jemand, der jetzt zielstrebig mit dem Auto durchfährt und sucht, fangt einmal
86	außen an und fährt zumindest einmal durch. Ich glaube abschreckend ist das nicht.
87	Weil wer darauf ist, nimmt es in Kauf, ein bisschen spazieren zu fahren.
88	(K) Ihr Kollege Schwing hat zum Beispiel vorgeschlagen, die Prostitution zur
89	Beispiel an die Donauinsel zu verschieben. Kann das, als FPÖ-Linie verstanden
90	werden?
91	(S) Die FPÖ Linie zur Prostitution, die an und für sich nicht erlaubt ist, gibt es keine.
92	Ich weiß die Grünen beschäftigen sich mit diesem Thema. Die sagen auch nicht
93	Prostituierte, sondern Sex-Arbeiterinnen. Egal, welcher Terminus gebraucht wird,
94	die Idee mit der Donauinsel fände ich nicht schlecht. Ich kenn es zum Beispiel, wie
95	es oben in Hamburg ist, dort gibt es ja die große sündige Meile in St. Pauli - die ist
96	abgetrennt. Dort weißt du ganz genau, was dich erwartet, wenn du hineingehst.
97	Und du hast draußen fast - es gibt draußen auch Prostituierte, allerdings sehr
98	wenige - und dort drinnen ist eben das Viertel. Wenn ich mich als Hamburger
99	vergnügen möchte, gehe ich dort hinein. Da weiß ich, was mich erwartet und ich

100	gehe wieder. Draußen habe ich das Problem der Prostitution nicht. Ich glaube,
101	es wäre gescheit, wenn man das so machen würde. Ob man das jetzt unter Lauf-
102	häuser bezeichnet, oder als abgerundete Bereich, die Idee fände ich nicht schlecht,
103	ob es realisierbar ist - Donauinsel hätte ich jetzt nicht geglaubt.
104	(K) Der zweite Bezirk ist mit dem 15. Bezirk, der Bezirk mit den meisten MigrantIn
105	und MigrantInnen und ein roter Bezirk, kann man das auf das Unsicherheitsgefühl
106	umlegen?
107	(S) Es ist nicht der schuld und der schuld. Es sind beide schuld. Es ist nach
108	meinem Verständnis sogar noch ein Dritter schuld und zwar, der der alle rein
109	lässt und das ist der Bund. Nicht nur SPÖ-Wien, auch natürlich, nicht nur die
110	MigrantIn die kommen, die natürlich auch, aber auch der Bund.
111	(K) Kann man in wenigen Sätzen zusammenfassen, welche Versäumnisse
112	Gerhard Kubik gemacht hat, abgesehen vom Einbahnlabyrinth?
113	(S) Die SPÖ hat beinahe in jedem Gemeindebau Sektionen, allerdings hören sie
114	nicht mehr auf die Leute. Wenn man in einer Sektion ist und noch weiß, wie die
115	vor dreißig Jahren Berstenvoll waren, wenn ein kleiner Bezirksrat gesprochen hat.
116	Heute kann der Kubik kommen und er steht vor fünf Leute. Es ist einfach so,
117	die Leute sind angefressen und ganz genau wissen, was ihnen das rote Wien
118	gebracht hat. Das rote Wien ist zwar vor vielen Jahren mit einer Idee
119	auf den Markt gekommen, man baut soziale Wohnungen für Wiener, überhaupt
120	keine Frage, eine tolle Geschichte. Zu leistbaren Mieten - die haben wir heute
121	noch. Allerdings ziehen einfach keine Österreicher ein und das ärgert die Leute.
122	Gerade bei uns im Bezirk, wo wir sehr viele große Gemeindebauten haben,
123	Stuwerviertel, Handelskai usw. dort höre ich tagtäglich "wir suchen für unseren
124	Sohnemann eine Wohnung, wir wissen drei Stiegen weiter wäre eine frei und es
125	wäre angenehm, wenn er dort hin könnte". Keine Chance, dort zieht jemand ein,
126	eine Dame mit Kopftuch oder auch jemand, der unter Garantie nicht bei uns
127	geboren ist. Und das ist etwas, da kann der Gerhard Kubik als Person nichts dafür.
128	So mächtig der zweite Bezirk ist, seine Durchsetzungskraft ist im Rathaus
129	enden wollend, um das vorsichtig zu formulieren. Er bekommt die Befehle vom
130	Rathaus und die muss er umsetzen. Punkt aus, da gibt es kein links oder rechts
131	schauen. Da verstehe ich nicht, wie man jeden Tag in den Spiegel schauen kann.
132	(K) Es gibt den Frauenbarometer, der von Sandra Frauenberger herausgegeben
133	wird, die Benotung für das NachbarInnenchaftsverhältnis wurde eher schlecht
134	bewerten, welche Lösungen gibt es, diese Verhältnisse zu verbessern? Gibt es

135	Bemühungen von der FPÖ, Konflikte im Gemeindebau zu lösen?
136	(S) Wir machen Veranstaltungen in den Gemeindebauten und hören uns an,
137	wo der Schuh drückt. Jeder Bezirksrat ist für ein Grätzl zuständig und wenn es
138	Probleme gibt, versuchen wir die so schnell und gut wie möglich zu lösen.
139	(K) Im letzten Sommer wurde das Projekt "Sicherheit am Praterstern" von Kubik
140	und der Polizei präsentiert, ist es die Sicherheitsoffensive, als das sie damals
141	gestartet wurde?
142	(S) Nein, die kann gar nicht stattfinden, weil die Polizei auch im zweiten Bezirk
143	unterrepräsentiert ist. Es gibt einfach zu wenig Beamte, es gibt noch das Wach-
144	zimmer, das haben wir zum Glück gerettet am Praterstern. Das wollten ja Rot und
145	Schwarz gemeinsam abbauen und auf die Ausstellungsstraße verlegen. Personell
146	wurden sie natürlich nicht aufgestockt und die paar Beamten dort haben ein
147	riesengroßes Einzugsgebiete und sollen zusätzlich noch für Ordnung am Prater-
148	stern sorgen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit, wenn wir wissen, dass sind
149	Menschen wie Sie und ich. Das geht nicht.
150	(K) Sprechen Sie Bürger oft an, dass sie sich dort unsicher fühlen?
151	(S) Ich gehe selbst hie und da am Praterstern, aus welchen Grund auch immer.
152	Auch wenn ich von der Firma nach Hause gehen und mit dem Bus 80A nach
153	Hause fahre und dort warte, halten sich dort Personen auf, wo ich sage, die
154	brauche ich nicht unbedingt. Betrunkene, Drogenabhängige gibt's dort leider.
155	(K) Die Sicherheitswacht ist ein ganz wichtiges Thema bei der FPÖ und die
156	Stadtwache bei der ÖVP, was darf man sich wirklich darunter vorstellen?
157	Außer, dass die ca. 20 Ordnungstruppen zusammengefasst werden?
158	(S) Ich glaube, es sind mittlerweile 22!
159	(K) Was kann eine Sicherheitswacht wirklich für das Sicherheitsgefühl machen?
160	(S) Unter Garantie einiges. In deutschen Städten funktioniert das ja prächtig.
161	In vielen deutschen Städten gibt es Ordnungsämter, Ordnungswacht, Personen
162	die in Uniformen herumlaufen, natürlich unbewaffnet, keine Frage. Sie übernehmen
163	kleinere Aufgabe, die von der Polizei mitgemacht werden, wo ich sage, dass ist
164	nicht unbedingt notwendig. Die Polizei soll die Verbrecher fassen und zwar die
165	Richtigen. Nicht jemanden, der eine kleine Übertretung gemacht hat. Dafür braucht
166	man eine Ordnungswacht und keine 22. Die sollen das anständig machen.
167	Genauso, was wir schon eine Ewigkeit fordern, die berittene Polizei. Auch das
168	wäre gerade im zweiten Bezirk eine tolle Geschichte. Zum Beispiel wenn wir im
169	Praterstadion ein großes Fußballspiel haben, wäre das eine tolle Geschichte.

170	Wir kennen das aus England, wenn ein Polizist hoch zu Ross sitzt, dann wird der
171	größte Hooligan ein wenig kleiner, als wenn ein Polizist vor mir steht. Das ist ein
172	ganz anderes Auftreten. Auch zum Beispiel auf der Donauinsel. Wäre nach
173	unserem Verständnis, wichtige Dinge.
174	(K) Gerhard Kubik hält eigentlich nichts davon, weil der Kostenfaktor nicht dafür
175	steht.
176	(S) Stimmt ja nicht. Vollkommener Blödsinn. Ich kann mich an Diskussionen mit
177	ihm erinnern, oben in der Bezirksvertretung, wo wir das gefordert haben. Die
178	Schwarzen sind mit drauf gestiegen und Rot und Grün haben es abgelehnt, mit
179	dem Argument, ein Pferd kostet in der Anschaffung Minimum 100.000 Schilling
180	und dann frisst es, abstellen muss ich es und das kostet mir im Jahr auch noch
181	einige 100.000 Schilling. Ich habe schon Pferde besessen, ich weiß, was ein Pferd
182	kostet. Ich weiß auch, was eine Verpflegung und eine Unterstellung eines Pferdes
183	kostet. Das ist ein Bruchteil dessen, was er gesagt hat.
184	(K) Um noch einmal auf mein Thema zurückzukommen: hier gibt es die Frauen-
185	abteilung in der Stadt Wien, die sich vor allem mit dem Frauengerechten Wohn-
186	bau beschäftigen. Gibt es hier konkrete Projekte im Bezirk, wo man zum Beispiel
187	einen Park zuschneidet, damit der Blick besser ist?
188	(S) Kenne ich nicht. Bin mir sicher, das würde auch nicht leicht über die Bühne
189	laufen, weil sobald ein Strauch vom Abschnitt bedroht ist, schreien die Grünen.
190	Das wäre interessant, wie sie dann reagieren würden, weil hier geht es einerseits
191	um Frauen - ein sehr wichtiges Thema - und um das Sicherheitsgefühl, allerdings
192	müsste ein Baum daran glauben. Das würde ich mir anschauen.
193	Ich kenne so ein Projekt im Bezirk nicht, müsste man sich anschauen. Prinzipiell
194	sage ich nicht nein, bevor ich es nicht gesehen habe.
195	(K) Mit welchen Projekten kann man an Frauen herantreten, damit sie sich
196	sicherer fühlen? Zum Beispiel Selbstverteidigungskurse, Pfefferspray usw.
197	Wurde so etwas schon einmal im Bezirksparlament diskutiert?
198	(S) Nein, ist noch nie diskutiert worden, zumindest seit 1996, seit dem ich hier bin.
199	Ob das wirklich gescheit wäre, einer Frau Leid aufzumagalisieren und zu
200	bewaffnen, wäre ich mir nicht sicher ob es gescheit wäre, jeder Frau einen
201	Pfefferspray in die Hand zu drücken. Das müsste man noch einmal überdenken.
202	Selbstverteidigungskurse sind eine gute Idee, sollte man schon bei den Kindern
203	beginnen.
204	(K) Glauben Sie, dass neben dem Prostitutionsthema und den Drogen -

205	hier bin ich mir ziemlich sicher, dass sie das Stuwerviertel als den "zweiten Karls-
206	platz" bezeichnet haben
207	(S) Ja, ist so!
208	(K) Glauben sie, dass noch ein Thema das Sicherheitsgefühl beeinflusst?
209	(S) Ganz bestimmt das Ausländerthema. Das ist etwas, was die autochthone
210	Bevölkerung ein wenig unruhiger schlafen lässt. Sagen wir, so, wenn die heute
211	im Sommer aus dem Fenster schauen, egal wo er hinschaut, egal in welche
212	Richtung, er sieht keinen mehr, der ihm ähnlich sieht oder aus seinen Kulturkreis.
213	Dann fühlt er sich alleine. Und das Sicherheitsgefühl steigt unter Garantie nicht.
214	Um das alles ganz vorsichtig zu formulieren.
215	(K) Tatsache ist aber, dass MigrantInnen im Gemeindebau leben, raus werfen
216	kann man sie nicht.
217	(S) Naja.
218	(K) Welche Ideen haben sie, um das Sicherheitsgefühl zum Beispiel einer älteren
219	Dame zu heben, die nur Migranten auf ihrer Stiege hat?
220	(S) Solch Damen rufen bei mir nicht an, ich weiß nicht ob es die gibt. Es ruft nicht
221	jemand an und erzählt mir, dass es so viele Migranten oder Ausländer gibt, die
222	man nicht versteht. Sondern es geht um konkrete Probleme. Und hier bin ich
223	schon anderer Meinung als Sie, wenn sich jemand nicht an die Hausordnung hält
224	und trotzdem im Gemeindebau wohnt, egal ob In- oder Ausländer - in der Regel
225	sind es Ausländer, die sich nicht daran halten. Denen muss man eine Abmahnung
226	geben und das zweite Mal, bei allen Verständnis, muss man ihn ersuchen, dass
227	er auszieht. Und zieht er nicht aus, wird er ausgezogen.
228	(K) Ich meinte, man kann niemand rauswerfen, weil er kein Deutsch spricht
229	(S) Nein, da allerdings nur Österreicher im Gemeindebau wohnen, dann sollte
230	er Deutsch können. Sonst frage ich mich, wie kommt er zu einer österreichischen
231	Staatsbürgerschaft, wenn er nicht Deutsch kann? Da beißt sich etwas in den
232	Schwanz.
233	(K) Das wurde ja in Wels diskutiert.
234	(S) Wurde leider in der letzten Gemeinderatssitzung abgelehnt. Man hat in
235	Wien verfassungsrechtliche Bedenken. Vollkommener Blödsinn. In Wels ist
236	es Verfassungsrechtlich abgesegnet, warum sollte man es dann in Wien nicht
237	eins zu eins umlegen können?
238	(K) Die rot-grüne Koalition beschäftigt sich in ihrem Koalitionspapier auf einer Seite
239	mit dem Thema Sicherheit

240	(S) Auf einer halben!
241	(K) Schon auf einer Ganzen, auf Seite 55 oder so.
242	(S) Ich habe es zu Hause liegen.
243	(K) Auf der ersten halben Seite geht es um die Definition von Sicherheit und
244	auf der unteren Hälfte werden die Ordnungskräfte angesprochen.
245	(S) Wenn ich schreibe, Sicherheit ist wichtig und brauchen wir alle, natürlich, dass
246	nimmt auch Platz ein.
247	(K) Wie ist ihre Prognose für die nächsten vier Jahre?
248	(S) Ich sage ja, da steht nichts Substantielles drinnen. Wenn das umgesetzt wird,
249	bzw. wenn nichts drinnen steht, kann nichts umgesetzt werden. Es werden fünf
250	sehr traurige und verlorene Jahre für Wien werden.
251	(K) Das heißt der "Sicherheitskollaps", wie es gerne von der FPÖ bezeichnet wird,
252	wird weitergehen?
253	(S) Befürchte ja.
254	(K) Danke, vielen Dank!

Transkript Interview Christine Rasinger, ÖVP-Bezirksrätin	
Interviewte Person (R): Christine Rasinger	
Interviewerin (K): Isabella Kubicek	
Datum des Interviews: 17.02.2011, 17:00 Uhr	
Dauer des Interviews: 16:45	
1	(K): Welche Rolle spielt das Thema Sicherheit in der ÖVP Rudolfsheim-
2	Fünfhaus?
3	(R): Ja an und für sich spielt es bei uns eine große Rolle, es ist eigentlich
4	Kernthema Nummer 1. Ist aber verbunden bei uns mit der Prostitution.
5	Eigentlich nicht so sehr mit Einbrüchen, sondern eher wegen Prostitution fühlen
6	sich die Leute fühlen unsicher. Natürlich gibt es Einbrüche genauso wie in
7	anderen Bezirken, aber das ist nicht unbedingt der Kernpunkt.
8	(K): Und wird es oft auch mit dem hohen Anteil an Migrantinnen und
9	Migranten in Verbindung gebracht?
10	(R) Ja, aber leider fälschlicherweise. Ich war zum Beispiel bei einer
11	Polizeidiskussion. Und die Polizei hat bestätigt, dass der 15. Bezirk eigentlich
12	ein relativ sicherer Bezirk ist, es ist nur, die Migranten werden alle in Verbindung
13	gebracht, mit den Ausländern die kurz rüber kommen, also nicht die hier wohnen,

14	die begehen nur 0,2% Straftaten, das ist gar nicht schlimm. Sondern es kommen aus
15	dem Ostblock, die kommen zwei Monate, wohnen gar nicht da, gehen Einbrechen
16	was immer, Diebstähle usw. Das wird leider ... Da hört man dann immer wieder, der
17	Türke und der Serbe oder der Tschetschene, was immer und wir natürlich
18	immer gleich mit Migranten in Verbindung gebracht.
19	(K) Ist es dann oft ein Thema, wenn sie z.B. Hausbesuche machen oder
20	in Sektionen oder im Bezirksparlament?
21	(R) Ich mache keine Hausbesuche, dadurch weiß ich es nicht. Aber wenn
22	wir so Diskussionen haben, ist das Thema Sicherheit schon, komischerweise
23	geht es aber immer gleich auf Prostitution.
24	(K) Kann man das abschätzen, ob das insbesondere Frauen stört oder auch einen
25	Altersdurchschnitt gibt, die Jüngeren oder die Älteren?
26	(R) Die Älteren, die Älteren fühlen sich verunsichert.
27	(K) Wahrscheinlich durch die Freier die unterwegs sind?
28	(R) Genau. Und durch Lärmbelästigung. Aber ich weiß nicht, ich habe nicht den
29	Eindruck, dass die Leute irgendwie auf der Straße Angst haben. Also alle meine
30	Bekannten fühlen sich eigentlich nicht wirklich unsicher im 15. Bezirk.
31	(K) Dazu muss ich vielleicht sagen, dass die Benotung 2,5 beträgt - in Wien ist es
32	der schlechteste Wert. Sehen Sie vielleicht einen Grund dahinter, warum es sich
33	verschlechtert hat?
34	(R) Weil man durch die Medien hört man immer wieder natürlich von mehr
35	Einbrüchen, Überfällen und so weiter. Ich kann nicht feststellen, ob das im 15.
36	Bezirk so besonders ist.
37	(K) Ein Kriminologe wurde einmal gefragt, was er gegen die hohe Kriminalitätsrate
38	machen möchte, und er hat darauf geantwortet „Kaufen Sie sich eine andere
39	Tageszeitung“
40	(R) Ja, das ist richtig!
41	(K) Wenn gerade die Prostitution ein großes Thema ist im Bezirk, gibt es dann
42	spezielle Diskussionsabende mit Bürgerinnen und Bürger bzw. Anrainerinnen und
43	Anrainer?
44	(R) Ja, so etwas hatten wir schon, wir hatten das sogar im Technischen Museum.
45	Nur, wir haben inzwischen festgestellt, dass es ist keine Bezirksfrage, sondern es ist
46	eine Stadtfrage. Ja, da muss die Stadt Wien etwas machen. Wir haben im Bezirk
47	zwei Zonen, wir haben lauter Tabuzonen, in zwei Zonen dürfen sie stehen. Das ist
48	hinter dem Technischen Museum und irgendwo auf der Linken Wienzeile, so genau

49	weiß ich das gar nicht. Nur, es wird nicht eingehalten. Und es ist nicht möglich,
50	dass man der Sache Herr wird, zuerst hat es geheißen, die Prostituierten werden
51	werden verständigt, wo sie stehen dürfen. Da war dann die Frage: Wie werden
52	sie verständigt? Die werden ja oft mit dem Auto am Abend her gekarrt, von
53	irgendwoher. Wir haben gar keine Wohnadresse und die Polizei... Man ist eigentlich
54	machtlos dagegen, es wird nicht eingehalten und wir sind etwas ratlos. Wir
55	verbringen Stunden mit diesem Thema.
56	(K) Das Pilotprojekt von Sandra Frauenberger ist im 15. Bezirk gescheitert,
57	weil die Zonen nicht angenommen worden sind.
58	(R) Ja man kann sagen, es ist gescheitert.
59	(K) Gibt es intensiven Kontakt zu der Stadträtin?
60	(R) Ja, der Bezirksvorsteher hat nach wie vor intensiven Kontakt. Wir arbeiten noch
61	immer daran, Lösung haben wir keine. Aber wie gesagt, dass muss die Stadt Wien
62	klären.
63	(K) Beeinflusst die Prostitution das Sicherheitsgefühl der AnrainerInnen?
64	(R) Ich höre immer nur, dass mir Leute Schauergeschichten erzählen. Ich frage sie
65	dann immer, ob sie es selber erlebt haben, aber noch kein einziger konnte es mir
66	bestätigen. Immer nur, ja das habe ich gehört, das hat mir wer erzählt.
67	Also ich bin da sehr skeptisch. Angeblich fühlen sich die Frauen belästigt, wenn
68	sie in der Nacht nach Hause gehen. Ich gehe auch in der Nacht nach Hause, sie
69	stehen überall aber ich bin noch nie belästigt worden. Das ist nicht zu ernst zu
70	nehmen.
71	(K) Haben Sie auch positive Rückmeldungen bekommen, weil eben so viel im
72	15. Bezirk am Abend los ist und man eigentlich selten alleine ist?
73	(R) Nein, eigentlich nicht. Die Polizei hat mir bestätigt, dort wo Prostituierte stehen
74	dort gibt es keine Einbrüche. Das ist ein positiver Aspekt. Das kann man sogar
75	ganz genau feststellen: unter dem Schwendermarkt hört es auf, die Einbruchsgrenze
76	und weiter oben beginnt sie unter Umständen wieder an. Aber da wo sie stehen,
77	gibt es keine Einbrüche. Und wir hatten sogar hier im Haus, auf 200, jahrelang
78	ein Puff, das ist momentan geschlossen. Warum weiß ich nicht, aber es hat nie
79	Ärger gegeben.
80	(K) Ist der 15. Bezirk eigentlich von leer stehenden Straßenzügen betroffen?
81	(R) Ja, auch! Hier beraten alle Bezirksräte aller Fraktionen zusammen und
82	beraten was man tun könnte. Die Zusammenarbeit funktioniert hier tadellos.
83	(K) Wenn man die letzten zehn Jahre Revue passieren lässt, sind hier Versäumnisse

84	der Stadt Wien zu erkennen?
85	(R) Schwierig zu sagen, es ist ja auch erst in den letzten Jahren durch den Ostblock
86	so massiv geworden. Es war schon immer Prostitution im 15. Bezirk. Ich wohne
87	jetzt 42 Jahre hier und es hat immer Prostituierte gegeben. Nur nicht so massiv und
88	dadurch ist das Thema akut geworden.
89	(K) Im 15. Bezirk wurde das Pilotprojekt "Sicheres Wohnen" gestartet, glauben Sie
90	sind weitere Projekte notwendig?
91	(R) Wir hatten ein Projekt Sicherheit im Technischen Museum. Hatten hunderte
92	Einladungen verschickt und es sind vielleicht zehn Leute gekommen. Darum
93	können sich die Leute nicht so massiv beeinträchtigt fühlen, sonst wären mehr
94	gekommen.
95	(K) Die Stadt-ÖVP fordert ja ganz massiv die Stadtwache mit einen eigenen
96	Sicherheitsstadtrat ...
97	(R) Ist bei uns kein Thema.
98	(K) Merkt man im 15. Bezirk, dass die Waste Watchers unterwegs sind?
99	(R) Ich habe erst unlängst in der Bezirksvertretung gehört, wie gut es ankommt,
100	ich habe noch nie jemanden gesehen.
101	(K) Sind Jugendliche die vermehrt in Parks sitzen ein Problem im 15. Bezirk?
102	(R) Ich höre es zwar auch immer. Wir haben ja auch das Punker-Haus auf der
103	Johnstraße. Da hat es am Anfang ziemlich viel Ärger gegeben, inzwischen
104	scheint sich die Sache beruhigt zu haben. Der Bezirk selber ist damit nicht
105	einverstanden. Es ist uns aufgebührt worden. Der Bezirk war machtlos dagegen.
106	Man hört jetzt nichts mehr davon. Aber sonst sind keine Punks da. Man hört immer
107	nur von Vandalismus in Parks, aber ich glaube das gibt's in ganz Wien.
108	Ich glaube da ist Mariahilf mit den Punks schlechter dran. Bei uns vielleicht
109	die Johnstraße, da sieht man immer wieder jemanden.
110	(K) Im Zuge der Frauenbarometer-Studie 2008 wurde herausgefunden, dass das
111	NachbarInnenschaftsverhältnis im 15. Bezirk nicht so gut ist. Insgesamt war die
112	Note 2,29 und ist der schlechteste Wert, im Vergleich ist die Note in der Josefstadt
113	1,5....
114	(R) Ich finde, dass ist eine sehr schwierige Frage, weil in einer Großstadt
115	hat man nicht so viel Kontakt zu den Nachbarn. Schlecht finde ich es nicht.
116	Ist natürlich auch abhängig, wie lange man im Haus wohnt.
117	(K) Gibt es so etwas wie NachbarInnen-Treffpunkte, die die ÖVP zum Beispiel
118	veranstaltet? Wo etwa ein ganzer Gemeindebau einladen wird?

119	(R) Gemeindebau ist nicht ÖVP, das ist SPÖ. Dadurch gibt es so etwas nicht.
120	Als Frauenchefin, ich bin im 15. Bezirk Frauenchefin, gibt es Frauen-
121	veranstaltungen. Aber natürlich ist es schwer, die meisten arbeiten. Die Jungen
122	arbeiten und sind froh, wenn sie am Abend zu Hause sind und die Älteren sind
123	nicht mehr so interessiert. Aber wir sind eine Kerngruppe und haben verschiedene
124	Veranstaltungen und Diskussionen, aber nicht Häuserweise.
125	(K) Meine letzte Frage ist, gibt es bei den Diskussionen Unterschiede bei den
126	Menschen, die eher beim Westbahnhof wohnen als bei der Lugner City oder bei
127	der Schmelz? Sind hier die BezirksrätInnen vielleicht mit ganz anderen Problemen
128	konfrontiert?
129	(R) Der Bezirk ist eigentlich in zwei Teilen gegliedert: über der Westbahn, unter
130	der Westbahn. Oben bei der Stadthalle war immer die Diskussion ums Parkpickerl,
131	sonst gibt es eigentlich nicht so wesentliche Sachen.
132	Und die Felberstraße ist ja die Prostitutionsstraße und dort soll es noch schlimmer
133	zugehen, aber ich habe sie mir nie angesehen.
134	(K) Danke, das wären alle meine Fragen gewesen!
135	(R) Also, ich fühle mich im 15. Bezirk überhaupt nicht unsicher.

Transkript Interview Peter Hauer-Pawlik, ÖVP Bezirksrat	
Interviewte Person (P): Peter Hauer-Pawlik	
Interviewerin (K): Isabella Kubicek	
Datum des Interviews: 15.02.2011	
Dauer des Interviews: 26:45	
1	(K) Welche Rolle spielt das Thema Sicherheit in der ÖVP Leopoldstadt,
2	zum Beispiel im Bezirksparlament, bei BürgerInnen, Hausbesuchen oder
3	in Sektionen?
4	(P) Die Sicherheit spielt bei uns eine relativ große Rolle.
5	Schwerpunktmäßig machen wir die Problematik Stuwerviertel. Wir stellen
6	im Bezirksparlament immer wieder Anfragen, Anträge rund um dieses
7	Thema. Sonst ist Sicherheit grundsätzlich ein heißes Thema bei Gesprächen
8	mit Bürgern und Bürgerinnen. Wir versuchen - da wir als ÖVP einen
9	direkten Draht ins Innenministerium haben, für die Leopoldstadt das eine
10	oder andere herauszuholen.
11	(K) Und wenn sich BürgerInnen an Sie wenden, geht es da in erster Linie um

12	die Prostitution oder Drogendelikte, Drogendealer etc.?
13	(P) Die Drogenproblematik ist im zweiten Bezirk nicht mehr oder weniger
14	wie in anderen Bezirken, muss ich sagen. Mir ist im Moment kein Hotspot
15	bekannt. Es gab eine zeitlang, ist aber schon wieder Vergangenen, den
16	Praterstern, der sich da ein wenig entwickelt hat. Dort wurde durch
17	stärkere Polizeipräsenz Einhalt geboten, da gibt es Bahneigene Security
18	und die SAM von der Stadt Wien. Ich glaube, sie haben das Problem im
19	Griff. Ansonsten, wie gesagt, ist das Drogenproblem nicht so... gibt es
20	sicher wo, keine Frage! Aber nicht überdurchschnittlich als in anderen
21	Bezirken. Hauptsächlich geht es um die Prostitution im Bezirk, in
22	Bezirksteilen, im Stuwerviertel. Die allgemeine Kriminalität gibt es hier
23	mehr oder weniger stark auch, wie Wohnungseinbrüche und so weiter.
24	(K) Ich habe eine Presseaussendung der FPÖ gelesen, sie ist allerdings
25	schon aus dem letzten Jahr, wo sie eben das Stuwerviertel als einen
26	zweiten Karlsplatz vergleicht – war das damals ein Thema oder war
27	das überspitzt ausgedrückt?
28	(P) Man muss die Presseaussendungen der Freiheitlichen relativieren, die
29	neigen halt dazu, das Ganze zu übertreiben. Wir sind hier eher auf der
30	sachlichen Ebene, und wenn es vom letzten Jahr war, kann ich mich sehr gut
31	vorstellen, dass das vor der Wahl war. Dann ist es überhaupt sehr sehr
32	überspitzt formuliert worden, wahrscheinlich. Also es war sicher nicht so.
33	(K) Ich schreibe in meiner Diplomarbeit vor allem über das subjektive
34	Sicherheitsgefühl der Frauen. Gibt es hier eine Tendenz, dass sich v.a.
35	ältere Damen mehr beschweren, als eine andere Altersgruppe?
36	(P) Es ist eher umgekehrt - ich spreche jetzt für das Viertel. Aufgrund
37	dessen, dass hier Frauen wohnen, arbeiten, spazieren gehen, mit dem
38	Kinderwagen, mit Einkaufssackerl unterwegs sind, immer wieder von Freier
39	angesprochen werden. Ich würde das weniger als Unsicherheitsgefühl
40	bezeichnen, aus meiner Sicht, sondern von grober Belästigung.
41	(K) Sie haben es vorher schon angesprochen, dass es am Praterstern
42	eigene Streifen gibt. Hier hat im Juni 2010 der Bezirksvorsteher Gerhard
43	Kubik mit der Polizei das Projekt "Sicherheit am Praterstern" präsentiert.
44	Sind die Polizisten noch immer dort? Auch nach der Wahl?
45	(P) Zufällig bin ich heute untertags mit der U-Bahn gefahren und da war am
46	Praterstern eine Polizeistreife mit zwei Mann unterwegs. Es ist ja direkt

47	am Praterstern ein Wachzimmer. Ich denke das wirkt schon. Weil einfach
48	der Praterstern das Image weg hat, sozusagen ein Treffpunkt zu sein. Das
49	einzige was immer wieder am Praterstern vorkommt, sind die
50	Nichtsäßhaften, die Obdachlosen, die relativ viel Alkohol trinken und da
51	kommt es immer wieder zu Handgreiflichkeiten bzw. im Billa zu
52	Ladendiebstähle. Ich würde aber jetzt trotzdem sagen, das es nicht
53	überdurchschnittlich ist, wie auf anderen Bahnhöfen. Aber durch die
54	Polizeipräsenz, durch die Bahneigene Security ist das schon in den
55	Griff zu bekommen.
56	(K) Die ÖVP hat sich in den letzten Jahren sehr viel mit dem Thema
57	Sicherheit auseinandergesetzt, v.a. LAbg. Ulm beschäftigt sich recht stark
58	mit dem Thema Stadtwache - ist das noch ein Thema?
59	(P) Absolut, wir wollen, dass es hier zu Entlastung der Polizei kommt. Die
60	Polizei in Wien muss auch die mittelbare Bundesverwaltung vollziehen,
61	das heißt, alle Ordnungspolizeilichen Verordnungen,
62	Landespolizeilichen Gesetzen vollzieht die Bundespolizei im Auftrag der
63	Stadt bzw. des Landes Wien. Da gehört zum Beispiel dazu, dass die
64	Campingverordnung genauso vollzogen wird wie die
65	Hundstrümmerl-Problematik, bis hin zu Schulwegsicherung,
66	Reinhalteverordnung, Schneeräumung im Anlassfall. Das sind alles Dinge
67	die Erstens alle von der Stadt Wien beschlossen worden sind per Gesetz
68	bzw. vom Land Wien. Die aber gut ausgebildete Polizisten vollziehen
69	müssen. Die haben natürlich auch nur 24 Stunden am Tag. Das heißt die
70	Zeit, in die sie diese Dinge vollziehen, fehlen ihnen dann bei ihrer
71	ureigentlichsten Aufgabe, und zwar der Kriminalitätsbekämpfung. Und mit
72	der Stadtwache wollen wir erreichen, dass diese ganzen Aufgaben, die das
73	Land Wien der Polizei aufbürdet, direkt vom Land Wien vollzogen werden.
74	D.h. jetzt nicht, dass das nicht wichtig wäre, aber es soll halt ein eigener
75	Ordnungstrupp, Stadtwache nennen wir das, der unbewaffnet ist, diese
76	Maßnahmen setzen und für ein Gesetz zurecht zu feilen. Polizisten werden
77	dadurch frei, können Einbrüche, Drogendelikte, was auch immer, aufklären.
78	De facto gibt es die Stadtwache schon, allerdings in Form von vielen
79	verschiedenen Truppen und Trüppchen. Wenn das jetzt die Weißkappler
80	sind, die für Falschparker zuständig sind; Blaukappler, die die Kurzparkzone
81	vollziehen; die Waste Watchers; die Gemeindebau Night Watchers oder

82	wie die alle heißen. Jeder hat ein eigenes Kapperl, jeder hat eine eigene
83	Uniform, arbeiten unabhängig voneinander. Sie sind ja auch in verschiedene
84	Stadtratsressorts angesiedelt sind. Machen aber im Prinzip schon einen
85	Teil dieser Dinge, die wir fordern, dass die Stadt das selbst macht. Darüber
86	hinaus, gäbe es noch genug andere Aufgaben, die auch von der Stadt
87	selbst vollzogen werden sollten. Wir haben das auch gefordert und das
88	wollen wir auch weiterhin und werden das auch fordern, dass diese
89	Truppen zusammengefasst werden zu einer einzigen Truppe. Mit
90	entsprechenden Kompetenzen, mit einem einheitlichen Auftreten nach
91	Außen, eine Uniform und das sie einem Ressort - einem neu geschaffenen
92	Ressort - unterstellt werden, einen Sicherheitsstadtrat/Innenstadtrat. Es
93	muss für die Bevölkerung klar ersichtlich sein und das hebt dann natürlich
94	auch das subjektive Sicherheitsgefühl. Diese Forderungen steht bei uns
95	nach wie vor im Bereich Sicherheit ganz oben auf unserer Liste und da
96	werden wir auch sicher nicht loslassen
97	(K) Die FPÖ fordert etwas Ähnliches - die Sicherheitswacht, die Personen
98	sollen mit Schlagstöcken und Pfefferspray ausgestattet sein, ist das für
99	das ÖVP-Modell auch vorgesehen?
100	(P) Nein, wir wollen, dass diese Truppe unbewaffnet sind. Schlagstöcke
101	überhaupt nicht, auch keine Schusswaffen. Über Pfefferspray kann man
102	diskutieren zur Selbstverteidigung. Ist an und für sich - manche bzw. viele
103	Frauen haben einen Pfefferspray in der Handtasche, wenn sie sich nicht
104	sicher fühlen, das könnte man durchaus diskutieren. Aber wie gesagt,
105	sie sollen auch nicht Festnehmen, sondern Identitätsfeststellung machen,
106	Anzeigen und Ordnungsmandate ausstellen, Anzeige erstatten und wenn
107	es dann wirklich hart auf hart kommt, soll nach wie vor die Polizei
108	die Staatsgewalt durchsetzen.
109	(K) In anderen Bezirken liebt man oft den Begriff
110	„Sicherheitsstammtische“, gibt es so etwas auch in der ÖVP-Leopoldstadt,
111	gibt es in diese Richtung Veranstaltungen?
112	(P) Wir machen verschiedene Veranstaltungen. Voriges Jahr war am 11.
113	11. August die Innenministerin bei uns im Bezirk, bei einer großen
114	Veranstaltung im Raiffeisenhaus, wo sich die Bevölkerung über den
115	aktuellen Stand der Dinge informiert hat. Gemeinsam mit dem
116	Landespolizeikommandanten Mahrer und mit dem für den Bezirk

117	zuständigen Beamten der Polizei. Wir machen das jetzt nicht jedes Monat
118	oder alle zwei Monate, aber es kommt immer wieder vor. Sowohl im
119	großen Bereich, wo auch die Innenministerin kommt oder hier im
120	Stuwerviertel habe ich schon selbst zwei Veranstaltungen gemacht. In einem
121	Gasthaus hier in der Nähe, wo wir die Anrainer eingeladen haben- Hier
122	wurde es auf Bezirksebene runtergebrochen. Dort war der
123	Stadtpolizeikommandant und der Chef der zuständigen Polizeiinspektion
124	Ausstellungsstraße.
125	(K) Wird das auch angenommen?
126	(P) Ja, ja sind sehr gut besucht. Da kommen sehr viele Beschwerden,
127	Anregungen und Wünsche der Bevölkerung. Alles kann man nicht gleich
128	und sofort machen. Auf der anderen Seite wollen wir mit diesen
129	Veranstaltungen der Polizei die Möglichkeit bieten, dass sie sozusagen
130	aus erster Hand die Probleme und Sorgen der Bewohnerinnen und
131	Bewohner hören. Und manchmal ergeben sich durchaus direkte
132	Auswirkungen, dass zum Beispiel noch mehr Schwerpunktaktionen gesetzt
133	werden. Oder das im Anschluss an die offizielle Veranstaltung, zum
134	Zwiegespräch zwischen Polizisten und Bürgern kommt, damit auch einiges
135	individuell gelöst werden kann. Wichtig ist natürlich, dass wir dadurch auch
136	Druck machen wollen an die Verantwortlichen, dass es Probleme gibt, dass
137	diese Probleme gelöst werden müssen und sollen.
138	(K) Die SPÖ hat ja vor dem Wahlkampf 2010 eine Unterschriftenaktion
139	gestartet, für mehr PolizistInnen in Wien, da kam auch das Zugeständnis
140	von Maria Fekter, dass mehr PolizistInnen kommen werden. Wird's allein
141	damit reichen?
142	(P) Mehr Polizisten ist nie schlecht! Aber da komm ich wieder auf das
143	vorhin gesagte zurück, als die SPÖ die Mehrheit bis zur Wahl hatte und
144	auch jetzt sehr dominierend ist, wenn sich die SPÖ im Rathaus durchringen
145	würde und unsere Forderungen nach einer Stadtwache zu erfüllen, dann
146	wären auf einen Schlag viele hundert Polizisten sozusagen freigespielt für
147	die eigentliche Arbeit. Ich will jetzt nicht polarisieren aber das ist eine
148	Augenauswischerei. Es liegt in der Hand des Herrn Bürgermeisters
149	und Landeshauptmannes hier etwas zu tun. Und dann braucht er auch keine
150	Unterschriften zu sammeln, er braucht einfach unseren Forderungen
151	nachkommen und ein Gesetz im Landtag beschließen, wo wir dann

152	diese Stadtwache installieren könnten.
153	(K) Michael Häupl argumentiert in GR- und LT Sitzungen oft, dass es
154	durch gesetzliche Vorschriften nicht möglich sei. In Linz gibt es ja die
155	Stadtwache seit kurzem. Also es ist möglich eine zu machen?
156	(P) Ja, jedes Gesetz kann man ändern. Man braucht nur die entsprechenden
157	Mehrheiten und man muss nur wollen. Kann sein, dass es juristische
158	Probleme gibt, und das man es nicht von heute auf morgen lösen kann. Das
159	ist mir schon klar. Aber wenn der Wille da ist, bzw. wo ein Wille auch ein
160	Weg. Möglicherweise gibt es verfassungsrechtliche Bestimmungen, weil
161	ja Wien nicht nur Stadt sondern auch Land ist, aber wie gesagt, wir wollen
162	keine neue Polizei kreieren, sondern einfach, das was es jetzt schon
163	teilweise gibt, diese Truppen zusammenfassen zu einer Stadtwache. Die
164	Staatsgewalt bleibt nach wie vor bei der Polizei
165	(K) Kann die SPÖ Leopoldstadt für Defizite verantwortlich gemacht
166	werden? Weil sich BewohnerInnen in bestimmten Vierteln eben
167	unsicher fühlen, oder ist es der Lauf der Zeit?
168	(P) Man kann der SPÖ viel Schlechtes nachsagen, in dem Bereich ist es
169	natürlich eine gewisse Dynamik, die sich da entwickelt hat. Das
170	Stuwerviertel war schon immer ein dementsprechendes Viertel. Über die
171	Methoden, über die Wege lässt sich natürlich streiten und diskutieren. Aber
172	ich denke der SPÖ ist es durchaus bewusst. Sie haben halt einen anderen
173	Zugang zur Problematik. Aber der SPÖ umzuhängen, dass sie schuld daran
174	sind, kann man so nicht sagen.
175	(K) Wie hebt man das Sicherheitsgefühl der Wienerinnen?
176	(P) Die Grünen bringen immer wieder das Thema bessere Beleuchtung
177	im Bezirksparlament ein, eine Forderungen die auch wir erhoben haben
178	und wo wir mit den Grünen einer Meinung sind. Ob das Sicherheitsgefühl
179	gehoben wird, wenn man den Gehsteig breiter macht oder Parkraum
180	wegnimmt, weiß ich jetzt nicht. Für uns ist in diesem Zusammenhang ganz
181	wichtig z.B. Straßenzüge, die versandeln; mit Graffiti beschmierte,
182	leerstehende Lokale; eingeschlagene Fensterscheiben, dass die
183	verschwinden. Bsp. Vorgartenmarkt: der ist nach langen langen Jahren
184	saniert worden. Das dauerte aber 2,5 Jahre. Seit Jahren gibt es hier
185	Schmierereien, Graffiti, usw. Das hebt das Sicherheitsgefühl natürlich nicht.
186	Nach Einbruch der Dunkelheit, nach Ende des Marktbetriebes fühlt man sich

187	dort einfach nicht mehr wohl. Die Stadt Wien bzw. das Marktamt, die SPÖ
188	ist nicht im Stande, dass man über diese Dinge einmal einen halben Tag
189	darüber malt und die Graffitis entfernt. Das sind Dinge die man relativ
190	schnell und ohne großen Aufwand bewerkstelligen kann, um das subjektive
191	Sicherheitsgefühl zu steigern. Ja zu guter ausreichender Beleuchtung und
192	schnellstmöglicher Sanierung von verslumten Straßenzügen - Vierteln
193	will ich gar nicht sagen, weil es gibt auch schöne Straßen. Aber es gibt auch
194	Straßen die ein wenig versandeln und da versuchen wir von der ÖVP mit der
195	Initiative der Wirtschaftskammer eben in leere Geschäftslokale wieder
196	Betreiber reinzubekommen. Damit es gepflegt wird. Das man den privaten
197	immer wieder an das Herz legt und Nahe legt, wenn Graffiti auf der der
198	Hausmauer sind, dass sie das entfernen. Wir versuchen das auch über
199	Förderungen zu steuern. Das würde auf jeden Fall das Sicherheitsgefühl
200	steigern.
201	(K) Also, umso sauberer die Stadt, umso sicherer fühlt man sich.
202	(P) Ja, da dreht sich eine Spirale. Wenn ein Fensterscheibe eingeschlagen
203	ist, ist die zweite auch gleich eingeschlagen. Dann kommen Graffiti
204	Schmierereien, dann versandelt das und dann geht keiner gerne durch die
205	Straße. Natürlich, Frauen die durch müssen, zu ihrem Arbeitsplatz oder zu
206	ihrer Wohnung, die haben ein Unsicherheitsgefühl. Auch wenn die
207	Beleuchtung nicht passt. Gerade im Stuwerviertel, wo alles von Bäumen
208	gesäumt ist, links und rechts, sind wir das immer, die auf kurzem Weg die
209	MA 42, das Stadtgartenamt, anrufen und sagen, in der Gasse ist die
210	Baumkrone schon so ausgewachsen, dass die Straßenlaterne verdeckt wird
211	und es zurückgestützt gehört. In einem Park, wo die Hecke übermanns groß
212	ist, dass man diese wieder zurückstützt, dass man wieder drüber blicken
213	kann. Es sind ganz viele Kleinigkeiten die man oft direkt machen kann,
214	die man auch nicht großartig medial verbraten braucht - was vielleicht ein
215	Fehler ist. Hier kann man aber mit wenigen Maßnahmen, Graffiti übermalen
216	Sträucher und Bäume stutzen um bessere Sichtachsen zu schaffen, das
217	Sicherheitsgefühl heben. Da braucht es nicht unbedingt in jeder Straße einen
218	Polizisten, der auf und ab geht. Es sind viele Kleinigkeiten die wir fordern
219	aber auch immer wieder gemacht werden müssen, damit man das
220	Sicherheitsgefühl stärkt.
221	(K) Vielen Dank für das Gespräch!

Transkript Interview Karl Schwing, FPÖ-Bezirksrat	
Interviewte Person (S): Karl Schwing	
Interviewerin (K): Isabella Kubicek	
Datum des Interviews: 28.02.2011	
Dauer des Interviews: 01:12:00	
1	(K) Könnte ich schon mit der Aufnahme beginnen?
2	(S) Natürlich, ich mache das Gleiche. Ich habe mir das nämlich angewöhnt,
3	bei Interviews immer Aufnahmen mitzuschneiden.
4	(K) Ja bitte!
5	(S) Fragen Sie!
6	(K) Beginnen möchte ich mit einer großen Frage: welche Rolle spielt das
7	Thema Sicherheit für die FPÖ Rudolfsheim-Fünfhaus? Nicht nur im
8	politischen Programm, sondern auch in Sektionen, bei Hausbesuchen oder
9	grundsätzlich im Bezirksparlament?
10	(S) Ja, es ist sozusagen die Frage Nummer 1 die uns berührt. Sicherheit ist
11	für mich persönlich und der Bezirks-FPÖ Thema Nummer 1. Sicherheit
12	müsste man ja einmal definieren, was versteht man unter Sicherheit
13	überhaupt? Aber wenn man es nur auf die Kriminalität beschränkt, dann sind
14	es natürlich die Dinge, die die Leute am tiefsten berühren. In der
15	persönlichen Lebensweise, in der Verhaltensweise und auch im
16	Lebensumfeld. Kriminalität vermindert das Lebensumfeld so, dass auch die
17	Lebensqualität darunter leidet. Ein Beispiel, Leute rufen an und sagen „Bitte,
18	jetzt wird mir das Auto schon zum Zweiten, Dritten Mal im Monat
19	aufgebrochen und das Radio gestohlen. Ich ziehe hier weg, ich halte es hier
20	nicht mehr aus“ Das sind so Dinge, wo man sagt, da ist Feuer am Dach.
21	Noch viel schlimmer ist es, wenn die Wohnung aufgebrochen wird.
22	Momentan haben wir eine Lawine an Einbrüchen in Wien. Speziell in
23	Bezirken, wo Althausbestände sind, wie im 15. Bezirk, hier haben wir viele
24	alte Wohnungen mit schlechten Türen und schlechten Schlössern. Nicht nur
25	der materielle Schaden durch das Diebesgut tritt ein, sondern der
26	psychologische Schaden, von dem speziell Frauen betroffen sind. „Da war
27	jemand bei mir im Schlafzimmer und ich konnte das nicht verhindern.“ Diese
28	Erkenntnis, ich konnte es nicht verhindern, verursacht bei vielen Alpträume.

29	Alpträume und dass sich Frauen nicht mehr alleine in der Wohnung bleiben
30	trauen, und und und. Das sind so Dinge, wo man sagt „Da geht’s ums
31	Eingemachte“. Wenn man das dann noch vermindert, indem man sagt, selbst
32	wenn man nicht betroffen ist, aber man sieht Kriminalität, dann steigt einfach
33	das Unbehagen. Und das Unbehagen kann man bei uns im 15. Bezirk
34	festmachen an einem Beispiel, das Thema Nummer Eins der letzten Jahre ist,
35	die Prostitution. Da gibt’s in jeder Schattierung, von Prostitution sozusagen
36	diese Dinge, die die Leute bemerken. Von geschlagenen Frauen durch
37	Zuhälter, von überfallenen Frauen, durch Täter, die auch wissen, dass Frauen
38	immer Geld eingesteckt haben, bis hin zu den anderen Dingen, wo man sagt,
39	Kinder können ab Einbruch der Dunkelheit nicht mehr aus dem Fenster
40	schauen, weil dann kann er sich gleich einen Pornofilm anschauen. Viele
41	Eltern, das ist ein Wahnsinn, was sich da abspielt, die sind nicht prude, aber
42	das schnelle Geschäft im Auto, zwischen den Autos, in der Hauseinfahrt, das
43	ist Standard. Das sind so Dinge, wo ich sage... das haben wir thematisiert
44	und leider Gottes, und das tut mir heute noch in der Seele weh, ich habe eine
45	Sicherheitskommission angeregt, im Bezirk. Weil jeder Bezirk hat die
46	Möglichkeit Kommissionen auf eigene Initiative einzusetzen, d.h.
47	Kommissionen haben nur die Aufgabe, Dinge zu beraten. Beschließungen
48	macht die Bezirksvertretung, also das Bezirksparlament. Aber Vorberaten
49	wird es in den Kommissionen, da hätte ich dann eine Sicherheitskommission
50	gehabt, wo man sagt, reden wir darüber, reden wir ganz offen darüber und
51	schauen wir uns die Fakten an, die Beschwerden der Leute und was können
52	wir, auf Bezirksebene, Gemeindeebene, Landesebene machen. Das ist dann
53	sozusagen leider Gottes von der Bezirks-SPÖ abgelehnt worden. Mein
54	Glaube, warum das geschehen ist, einfach die Angst, über eigene
55	Versäumnisse zu reden. Das man sozusagen, das irgendwann raus kommt,
56	ok da haben wir geschlafen. Aber kein Mensch hätte da wirklich was getan,
57	wir wissen ja selber auch, manche Dinge kannst du nicht verhindern,
58	nicht ganz verhindern. Da muss man halt ganz offen darüber reden. Aber
59	aus Angst, Fehler der anderen Leute aufzuzeigen, eine Zukunftsdiskussion zu
60	verweigern, das habe ich als ganz ganz schweren Fehler eigentlich befunden
61	und ich hoffe, dass wir doch noch zu einer Einigung kommen.
62	(K) Darauf werde ich den Kollegen Zatlöckl nächste Woche ansprechen.
63	Sie meinten das Thema Sicherheit wird unterschiedlich definiert, Johann

64	Gudenus hat scharf kritisiert, dass die rot-grüne Koalition in ihrem
65	Koalitionsübereinkommen, eigentlich von einem sehr weiten Begriff der
66	Sicherheit ausgehen, soziale Sicherheit, Mindestsicherung, etc. Er sagt ja,
67	dass ist eine Augenauswischerei, dieses Papier, vor allem weil das Thema
68	Sicherheit nur auf einer A4 Seite behandelt wird und de facto keine
69	konkreten Maßnahmen genannt werden, wie man zum Beispiel das
70	Prostitutionsproblem in den Griff bekommt oder Drogenplätze etc. Wie
71	könnte man diese Probleme seitens der FPÖ angehen, speziell im Bezirk?
72	Wenn man sagt „die beschäftigen sich nicht damit, dann machen wir das“?
73	(S)Auch ich habe persönlich den Eindruck, dieses Sicherheitsthema wird
74	zerredet. Es wird zerredet und so aufgeblasen, dass man eigentlich nicht
75	mehr im Detail darüber diskutieren kann. Weil wenn ich heute die soziale
76	Sicherheit rein nehme, in den Begriff „Sicherheit“, dann kann man eigentlich
77	nicht mehr darüber diskutieren. Weil die soziale Sicherheit umfasst alleine
78	schon Einkommen, Beschäftigung, Pensionen, Absicherung der Pensionen,
79	das sind Riesenthemen, da kann ich über jeden Detailpunkt wochenlang
80	diskutieren, und dann streiten Experten darüber und man kommt zu keiner
81	Lösung. Wenn es dann wirklich ans Eingemachte geht, an die Sicherheit,
82	Hintergrund Kriminalität, da gibt's wiederum so viele Delikte wo man
83	tagelang darüber reden kann, über die Ursachen und Auswirkungen.
84	Und genau da ist das Problem, gerade das Spannungsfeld der politischen
85	Parteien, wo man sagt, jeder sieht einmal die Ursache der Kriminalität
86	schon einmal in einer ganz anderen Sache begründet.
87	(K) Wo siehts die FPÖ?
88	(S) Da muss man wieder das Delikt hernehmen. Das ist ja das Spannende
89	eigentlich, Deliktsspezifisch gibt es gewaltige Unterschiede. Wenn man zum
90	Beispiel das Märchen, ich sage ganz bewusst das Märchen, hernimmt,
91	„Die Ausländer sind nicht krimineller als die Österreicher“ dann ist das
92	schlichtweg falsch. Und zwar warum? Die Aussage selber ist schon falsch,
93	wenn man es genau hernimmt, dann muss ich mir zuerst das Delikt
94	anschauen, und dann: was ist da für eine Tätergruppe? Weil die
95	Tätergruppen unterscheiden sich wie Tag und Nacht. Man nimmt nur her,
96	nehme ich jetzt den Ladendiebstahl her und auch das organisierte
97	Stehlen in Supermärkten durch Banden, dann ist das alles ein Delikt, wo man
98	sagt, da ist die überwiegende Mehrzahl Österreicher, na no na net, weil

99	einfach mehr gewöhnliche Kunden Österreicher sind. Wenn man es
100	statistisch hernimmt, eine Quote, wo die Ausländer eindeutig in der
101	Minderheit sind.
102	(K) Und sind es dann Österreicher mit oder ohne Migrationshintergrund?
103	(S) Naja, statistisch wird es so verwertet, dass der Migrationshintergrund
104	nicht gezählt wird und nicht erhoben wird, wenn er Österreicher mit
105	österreichischer Staatsbürgerschaft ist, dann ist er Österreicher. Wenn man
106	aber die Erfahrungswerte hernimmt, dann sind es natürlich viele
107	Österreicher, zu großen Teile hineingeborene Österreicher mit
108	Migrationshintergrund. Aber das sind so Dinge, die kann man halt nicht
109	ändern, das ist so. Aber wie gesagt beim Ladendiebstahl hat man eine
110	überwiegende Anzahl Österreicher als Täter. Nimmt man jetzt ein
111	Extrembeispiel her: Drogenhandel, sage ich sind mindestens 90%
112	ausländische Täter im Handel tätig und da gibt's Österreicher nur als
113	Konsumenten. D.h. erst muss ich mir ein Delikt anschauen, und dann kann
114	ich sagen, in dem Bereich brummt. Es gibt sehr viel Schwarze, die im
115	Drogenhandel beschäftigt sind, die Antwort ist aber einfach: aus
116	Sicherheitsgründen. Es gibt sehr oft Familienbanden, die wissen ganz
117	genau, die Polizei versucht, Banden zu infiltrieren, jetzt kann ich das bei
118	Weißem relativ leicht tun, ich kann den irgendwo einschmuggeln,
119	Vertrauensmaßnahmen bilden, nach zwei, drei Jahren nimmt er es zu
120	Erkenntnis, „ja der ist auf meiner Seite“. Aber viele schwarze
121	Drogendealerbanden haben das so gemacht: sie nehmen nur
122	Familienangehörige, denen vertraut er, er weiß ganz genau ok und schließt
123	einfach aus, dass ein Fremder in diese Strukturen eindringt. Also die bleiben
124	unter sich, genauso wie Roma und Sinti-Banden, die vor allem speziell
125	ältere Frauen und Männer durch Trickbetrügereien abkassieren, die machen
126	das Gleiche, die bleiben in Familienverbänden. Damit schließen sie aus, dass
127	irgendwelche Spitzeln, Informanten die Organisation aushebt. Das heißt, es
128	gibt viele Überlegungen, warum das so ist, wie es ist, aber Fakt ist, es gibt
129	Delikte wo ausschließlich Nicht-Österreicher agieren, und dann gibt es halt
130	Delikte, wo man sagt, aufgrund der Täteranzahl, habe ich logischerweise
131	einen höheren Österreicheranteil. Darum sind diese Geschichten ganz
132	einfach zu sehen: aufgrund des Delikts selber, ergibt sich die Täterschaft.
133	Und dann gibt es noch einen zweiten Punkt, der ist mir auch sehr wichtig: je

134	schwerer das Delikt ist, umso höher ist der Anteil an Nicht-Österreicher.
135	Das ist ganz ganz auffällig. Je höher, je schwerer das Verbrechen ist, wir
136	sind noch im Verbrechensbereich, das sind alles Dinge die mit mehr als
137	einer dreijährigen Freiheitsstrafe bedroht sind, je höher das Delikt, umso
138	höher ist der Anteil an Nicht-österreichischen Tätern.
139	[11:32 bis 12:40 ausgespart, weil für Diplomarbeit irrelevant]
140	(K) Gerade die Bewohnerinnen und Bewohner vom 15. Bezirk sind mit ihrer
141	NachbarInnenschaft - wie haben sie es richtig formuliert - nicht so zufrieden,
142	genau bewerten es nur 28% als sehr gut. Ist erhoben worden vom
143	Frauenbarometer, der jährlich von Sandra Frauenberger herausgegeben
144	wird. Können Sie sich erklären, warum gerade im 15. Bezirk - ist der
145	schlechteste Wert - es nicht funktioniert?
146	(S) Müsste ich jetzt raten, aber ich glaube schon, es hat mit Kommunikation
147	und Interaktion zu tun. D.h. wenn ich mit meinem Nachbar nicht
148	kommuniziere, was ja ein großstädtisches Phänomen ist, ist ja nichts
149	Außergewöhnliches, aber im 15. kommt es trotzdem noch zu tragen, weil ja
150	die Sprachenvielfalt eine ganz Extreme ist. Und logischerweise wenn ich
151	meinen Nachbarn nicht verstehe, kann ich mich mit ihm nicht austauschen,
152	da kann ich viele Dinge auch falsch interpretieren. Bzw. manche Dinge
153	werden einfach goutiert, weil die verschiedenen Lebensweisen zwischen
154	Südländern und den introvertierten älteren Österreichern, sag ich einmal,
155	ist an und für sich schon ein Sprengstoff in sich. Weil ein älterer Mensch hat
156	halt ein anderes Ruhebedürfnis als ein junger, ist auch klar. Und wenn da
157	noch eine andere Mentalität dazukommt, ist ein Konflikt vorprogrammiert.
158	Und wenn ich dann nicht mit ihm sprechen kann oder weil er mich nicht
159	verstehen will - was ja vorkommt - habe ich das Problem, „ich fühle mich
160	nicht wohl“.
161	(K) Die Grünen starten hier zum Beispiel Nachbarschaftstreffen, wo sich die
162	NachbarInnen kennenlernen etc., die ÖVP macht das eher nicht und schon
163	gar nicht im Gemeindebau - sie sagen, dass ist nicht ihr Klientel - gibt es
164	hier Aktionen von der FPÖ, dass sie konkret in den Gemeindebau gehen,
165	wo es vielleicht ein größeres Konfliktpotential gibt?
166	(S) Ja, es gibt eine Gemeindebauaktion bei uns, Gemeindebaubetreuung,
167	natürlich speziell bei Wahlzeiten - wie es ja die SPÖ natürlich auch macht -
168	aber wir machen das schon auch regelmäßig, dass man die Leute fragt,

169	was haben sie für ein Anliegen? Wir machen auch ganz gezielt in der Nähe
170	von Gemeindebauten, auf Plätzen wo man sich einfach gut sichtbar
171	hinstellen kann, stellen wir uns mit Informationsstände hin, und erzählen
172	sie uns, was ihnen auf der Seele liegt.
173	(K) Ist da das Thema „Sicherheit“ vorherrschend?
174	(S) Letzten Samstag, da waren wir am Meislmarkt – da muss ich kurz
175	rekapitulieren, was zu mir gesagt wurde – die meisten haben sich beschwert,
176	momentan über Pensionen und über die soziale Unsicherheit und sie haben
177	sich fürchterlich aufgeregt, über Pensionsberechtigte Leute unter 30 Jahren.
178	(K) O.k.
179	(S) Das war für viele ein Thema, und was mich verwundert hat, nicht von
180	uns angesprochen.
181	[15:48 bis 19:40 ausgelassen, da nicht relevant]
182	(K) Um noch einmal mein Thema anzusprechen, gerade die Frauen, sehen
183	sie da eine Tendenz, dass Frauen sagen „Ich fühle mich durch Freier
184	gestört“? weil zu Beispiel die Grüne Bezirksrätin Waltraut Antonov meinte,
185	dass sich Frauen nicht durch Freier gestört fühlen bzw. grundsätzlich nicht
186	durch die Prostitution, weil dann am Abend was los ist. Ihrem Kopfschütteln
187	nach zu beurteilen, haben sie so etwas noch nie gehört?
188	(S) Da kann man nur eines sagen, man müsste der ehemaligen
189	Gemeinderätin Antonov empfehlen, mit offenen Augen und nicht mit der
190	rosa Brille durch die Gegend zu gehen. Und die Geschichte dieser
191	Belästigung von normalen Frauen ist jahrelang schon so schlimm, dass es in
192	Aussagen gipfelt „Der nächste der meine 14jährige Tochter anspricht und
193	fragt wie viel sie fürs „Schnackseln“ verlangt, den erschlage ich, hat ein
194	Vater gesagt. Und ich kann das nachempfinden, weil diese Freier
195	unterscheiden nicht, allein vom Augenschein her. Eine normale Frau kann gar
196	keine Prostituierte sein, wenn sie gerade mit zwei BILLA-Sackerln her
197	kommt und der sagt „Wie viel verlangst du?“ und das sind aber diese Dinge.
198	Da bin ich ganz stolz drauf, es gibt eine Bestimmung im Wiener
199	Landessicherheitsgesetz, die hat die FPÖ damals initiiert, wo es nur um
200	Belästigung gegangen ist, und da wurde, auch zu unserem Erstaunen,
201	nach zweijähriger Diskussion, hat sich die SPÖ dann doch bewegt und hat
202	dann einen Passus eingefügt, wo mehr oder weniger Sinngemäß drinnen
203	steht, wenn eine Frau auf sexueller Ebene belästigt wird, dann ist das

204	strafbar. Und die Frau muss sich nur - und die meisten Freier sind mit dem
205	Auto unterwegs, das Kennzeichen merken und dann kommt ein Verfahren.
206	Das ist nicht unbedingt eine Bestrafung, weil die 100, 150 Euro zahlt er
207	schon noch, aber jedes Strafverfahren wird per blauen Brief eingeleitet. Und
208	viele kommen ja aus den Bundesländern bzw. aus der Umgebung von Wien,
209	und da lebt man halt noch traditionell, mit Ehefrau und sonstigen Dingen.
210	Und plötzlich kommt der Blaue Brief, und da steht dann drinnen, wegen
211	Übertretung es Prostitutionsgesetz. Dann gibt's dann sehr unangenehme
212	Fragen, gar keine Frage. Und da war unsere Überlegung, wenn er schon so
213	ein Depp ist und nicht unterscheiden kann, dann soll er dieses Problem auch
214	haben. Wie gesagt, vom Vater von Schülerinnen, wo die Mädchen am
215	heiligen Tag, am Weg von der Schule angesprochen worden sind, auf die
216	blödeste Art und Weise bis zur Hausfrau, die gerade einkaufen geht oder
217	vom einkaufen kommt. Frauen die sich auf seltsamste Art belästigt fühlen,
218	ist ein neues Phänomen, früher war das immer eine Mann-Frau-Geschichte.
219	Inzwischen, vor allem die bulgarischen Prostituierten, haben sich auf Frauen
220	spezialisiert. Die gehen ganz offensiv an Frauen zu und fragen „willst du es
221	nicht einmal mit mir probieren?“ die österreichische Seele ist halt ein
222	bisschen, ist das halt nicht gewöhnt. Diese Frauen sind schwerst
223	beeinträchtigt, das weiß ich aus jahrelanger Erfahrung. Die Leute sind
224	wirklich unangenehm berührt, wenn sie sich plötzlicher dieser Situation
225	stellen müssen. Nicht alle sind ja so wortgewandt und sagen „Bitte lassen
226	sie mich in Ruhe“ oder sagen gar nichts und sind hilflos. Ich kann aus meiner
227	Erfahrung nur berichten, es ist sehr sehr schlimm. Und wenn wir Männer,
228	das ist das zweite Phänomen, was total unangenehm ist, Männer werden
229	derartig offensiv angesprochen, dass sie sogar die Straßenseite wechseln,
230	dass ihnen das ja nicht passiert. Weil diese Anwerbung ist nicht mehr so wie
231	früher, „Hast du Lust“, sondern da wird hingegangen, Griff in die Vollen und
232	"Ich bin sehr nett zu Dir“ und er weiß nicht wohin er gehen soll. Also das
233	sind so Dinge, die ist man in dieser Art nicht gewöhnt.
234	(K) Die FPÖ fordert doch die Abschaffung der Straßenprostitution, oder?
235	(S) Naja, nein, wir sind schon Realisten und keine Moralisten. Im Prinzip
236	haben wir nichts gegen Prostitution an und für sich. Gott sei dank, kann man
237	es in Regeln ganz gut handhaben, wenn man die Regeln so fasst, dass
238	sie für alle Beteiligten lebbar sind und auch realistisch sind. Und das jetzige

239	Prostitutionsgesetz, ist das unrealistischste Gesetz, das es überhaupt gibt.
240	Vielleicht haben Sie das schon einmal gehört, da gibt es Meter-Abstände
241	von Sandkisten die sich irgendwo im Gemeindebau befinden, rund 150 Meter
242	Luftlinie Kindergärten, Kinderspielplätze – das weiß ein Anrainer oft nicht,
243	dass da ein Kindergarten ist, wie soll es dann eine rumänische Prostituierte
244	wissen? Die wird irgendwo hingestellt und hat keine Ahnung, das hinter ihr
245	ein Kindergarten ist. Das sind alles Dinge, die sind nicht nachvollziehbar.
246	Weder für die Prostituierte, noch für den einschreitenden Polizisten.
247	Und darum muss man halt überlegen, erst einmal eine Umkehr der
248	Gesetzeslage, indem man sagt, nicht überall ist es erlaubt und an diesen
249	Punkten, wo sich das das das befindet, im Umkreis verboten – sondern man
250	muss gleich sagen, „überall verboten“, wir reden jetzt von Straßenprostitution,
251	überall verboten, nur bestimmte Straßenzüge erlaubt und diese Straßenzüge
252	kann ich festlegen.
253	Das keine oder ganz ganz wenig Anrainer, mit etwas Verkehrsanbindung,
254	ein bisschen Beleuchtungs-Geschichte für die Sicherheit, da kann man ja
255	vielen darüber hinaus ausarbeiten. Zuerst einmal schauen: welche Straßen
256	haben wir? Das wäre einmal wichtig. Dann, mir persönlich und auch die
257	FPÖ-Linie hat sich entwickelt, optimal wäre natürlich schon ein Verbot der
258	Straßenstrichs bzw. eine Trennung des Straßenstrichs von Wohngebieten .
259	Das wäre das Optimale. Es wird jetzt versucht, diese Laufhausgeschichte,
260	Puff oder wie immer man dazu sagen möchte, aber das geht schon wieder
261	an der Realität vorbei, weil es gibt den Kunden des Straßenstrichs, der
262	möchte nicht aus dem Auto aussteigen. Der will nicht irgendwo hingehen,
263	wo es vielleicht eine Videokamera gibt, zur Sicherheit der Prostituierten oder
264	irgendwas. Sondern der möchte in seiner Anonymität bleiben und schnell
265	schnell schnell. Und so lange es diesen Kunden gibt, und den wird es immer
266	geben, werde ich die Straßenprostitution nicht wegbekommen.
267	Realistischerweise ist es so, ich kann den Straßenstrich nur so regeln, wie
268	es in vielen anderen europäischen Großstädten ist, München, deutsche
269	Städte, die haben das irgendwo wo es keine Anrainer gibt, am Stadtrand. Wir
270	hätten in Wien ideale Bedingungen, ganze Pratergegend, Alberger Hafen,
271	wo niemand wohnt. Wo man die Südosttangente - weil ja viele Kunden von
272	den Bundesländern kommen - hat. Der ganze Westgürtel, Auhofcenter,
273	was auch immer, es gibt viele Gebiete, Stadionbereiche, wo man sagt, dort

274	könnte man es ja verlegen. Aber da ist natürlich politischer Mut gefragt.
275	(K) Sandra Frauenberger hat das ja einmal versucht, das einzuschränken,
276	die Prostitution, was ja gescheitert ist. Glauben Sie wirklich, dass bestimmte
277	Straßenzüge angenommen werden? Weil wenn Sie zum Beispiel den Prater
278	vorschlagen, kommt ja oft die Kritik, dass dort die Frauen alleine und
279	schutzlos sind. Wären sie dann in Wohngegend nicht sicherer?
280	(S) Das sind Pseudoargumente dagegen. Warum? Nicht die Stadträtin
281	Frauenberger hat das probiert, sondern wir haben ihr bei vielen vielen
282	Anträgen, nahegelegt, dass endlich zu versuchen und zwar ernsthaft zu
283	versuchen. Es wurde uns immer vorgeworfen, wir wollen das Problem den
284	anderen Bezirken aufhalsen. Dann haben wir mit dem roten
285	Bezirksvorsteher Straßenzüge definiert, wo hätten wir denn im 15. Bezirk,
286	ein zwei Straßen, wo man es versuchen könnte. Damit man uns nicht
287	vorwerfen kann, wir machen das Florianiprinzip, wir schieben alles in den
288	zweiten Bezirk zum Prater. Wir haben schon versucht, damit
289	verantwortungsvoll umzugehen, dass wir gesagt haben nehmen wir die
290	Rückseite vom Technischen Museum, da wohnt niemand. Und was ist dann
291	passiert? Man hat das Projekt natürlich mit Maßnahmen begleiten müssen,
292	indem man der Prostituierten sagt – jede Prostituierte stellt sich ja nicht
293	irgendwo auf, sondern die bekommt bei der Anmeldung der Prostitution eine
294	Auflage, wo sie stehen darf und ihr Standplatz ist. Und da hätten man diesen
295	im Bereich des 15. Bezirks tätigen Prostituierten einen neuen Schein
296	aushändigen müssen, mit dem Hinweis in der Zeit von bis haben sie dort und
297	dort zu stehen. Das wäre einmal die Grundvoraussetzung gewesen und das
298	wurde uns fix zugesagt. Nur was ist passiert? Kein einziger Bescheid ist an
299	die Prostituierten ergangen und man hat in dem Straßenzug, wo das Projekt
300	versuchsweise ablaufen hätte sollen, eine Baustofflagerung hingemacht,
301	indem man die halbe Straße mit Rohre und Baustellenklumpert zugepflastert
302	hat, wo man nichts gesehen hat, vor lauter Baumaterial. Und dann hat man
303	gesagt, „das wird nicht angenommen von den Prostituierten“. Das war ein
304	klassischer Boykott. Man hat es nicht wollen und sich dann hinzustellen,
305	„es wird nicht angenommen“, das ist eine Farce. Man hat die logistischen
306	Vorraussetzungen nicht durchgeführt, man hat nicht wirklich versucht, den
307	Frauen zu erklären, was im Hintergrund gestanden wäre und sie im
308	Endeffekt gewonnen hätten. Ja warum? Eine Prostituierte ist eine

309	Gewerbetreibende Geschäftsfrau, wie auch immer. Und – jetzt komme ich
310	gleich zu einem Punkt, der vielleicht auch wichtig ist – weil das auch immer
311	von der Grünen Seite so betont wird und von der linken Seite der SPÖ,
312	„die Frauen werden ja von den bösen Zuhältern auf den Strich gedrängt“.
313	Schwachsinn pur. Und die Stadträtin Frauenberger hat sogar in einem
314	eigenen Inserat geschrieben, „nur“ (nur unter Anführungszeichen) jede
315	7. Frau ist nicht freiwillig am Strich. Ergibt umgerechnet 14%, der Rest steht
316	freiwillig und aus Gewinngründen und gehen der Prostitution nach. Das ist
317	ja jetzt nichts Außergewöhnliches, ist erlaubt und ist in Ordnung. Aber dann
318	muss ich sie auch so behandeln wie Gewerbetreibende und Geschäftsmann,
319	man muss ihnen Vorteile schmackhaft machen. Und wenn ich zu denen
320	sage „Wenn ihr euch über das ganze Stadtgebiet aufteilt, und der Kunde
321	muss euch erst suchen, dort steht eine, dort steht eine - ist das für Euch ein
322	Nachteil. Wenn es Straßenzüge gibt, wo er gezielt hinfährt, werdet ihr
323	schneller gefunden und es gibt überall nur Gewinner. Weil die fahren nicht
324	in der ganzen Gegend herum und suchen, sondern fahren gezielt dort hin. Ich
325	habe den Vorteil, die Kundenschar konzentriert sich dort und wenn es
326	gescheid gemacht ist, gibt es nur Gewinner. Aber so ist alles nicht gelaufen.
327	Wenn man dann sagt, „die Sicherheit der Frauen ist nicht gewährleistet“, hat
328	man keine Ahnung von der Praxis. Denn wir dürfen nicht vergessen, die
329	Prostituierten haben es überhaupt nicht gerne, bestens ausgeleuchtet zu
330	stehen, denn wenn sie im Rampenlicht stehen, steht der Freier auch im
331	Rampenlicht und dass will der Freier nicht. Die haben keine Interesse an
332	einer Stadionbeleuchtung, sonder nur ein bisschen halt, damit sie gesehen
333	werden, aber die wollen nicht mehr. Und die ganzen Dinge, dass sie
334	abgeschoben werden, das stimmt auch nicht. Wenn ich eine Zufahrtsstraße
335	habe zu einer sogenannten Prostituiertenstraße, kann ich ja machen, dass ich
336	am Beginn der Straße immer eine Polizeistreife immer sehr diskret stehen
337	habe. Und der muss halt vorbeifahren, aber was dann wirklich passiert – sie
338	wollen ja nicht beobachtet werden. Da sind wir wieder beim schnellen
339	Geschäft, er will nicht aussteigen. Das sind alles so Sachen, dass muss man
340	behirnen und die Realität sehen. Und wenn ich die jetzt auf einen
341	Präsentierteller stelle, jetzt bist du sicher, ja sind sie es, aber Kunden haben
342	sie dann keine. Das sind alles so Sachen, Trennung von Anrainerschaft und
343	Prostituierten wurde nie ernsthaft in Angriff genommen und darum kann

344	man nicht sagen, es ist gescheitert, weil man es nicht probiert hat.
345	(K) Jetzt zu einem ganz anderen Thema, zum Pilotprojekt „Sicheres
346	Wohnen“ das von Ludwig präsentiert wurde. Wären solche Projekte im
347	15. Bezirk noch nötig?
348	[Missverständnis ausgelassen]
349	(S) Prinzipiell ist jede Maßnahme, die mehr Sicherheit bringt, begrüßenswert.
350	Da nehme ich jetzt nur die Videüberwachung her, im Gemeindebau, wo die
351	Gemeinde Wien ist gleich die SPÖ, nach langen Jahren durchgedrungen hat
352	und jetzt sind sie ganz überrascht, dass es sensationelle Erfolge bringt. Wir
353	haben das jahrelang gefordert „Leute, macht endlich Videokameras“, dort
354	wo die Mistkübel angezündet werden und und und. Das ist ein Erfordernis,
355	Betriebskosten die Schäden ja zahlen. Und jetzt sind sie ganz begeistert,
356	weil 90% der Sachschäden zurückgehen. Es war ganz klar! Wenn ich heute
357	Täter bin und ich werde gefilmt, werde ich es mir zwei Mal überlegen, was
358	ich mache. Das sind alles so „no na net“ Geschichte, die mich fürchterlich
359	ärgern, weil ja durch das Nichtstun, immenser Sachschaden entstanden ist.
360	Das durch das Nichtstun die Täter nicht gefasst wurden. Jetzt habe ich
361	Bilder, verwertbare Bilder, da kann ich die Täter auch sehen und zur
362	Rechenschaft ziehen. Und es ist ja auch zusätzlich Sicherheit: wenn ich als
363	Frau weiß, ich werde beobachtet, dann ist das ein Gefühl der Sicherheit. Ist
364	so. Und wenn ich in der U-Bahn das Auge habe, ist das nicht schlecht, weil
365	als normaler Mensch habe ich vor diesem Auge nichts zu befürchten. Noch
366	dazu, wird es nach 48 Stunden gelöscht. Das sind aber alles so – und das
367	ärgert mich wieder - von den Grünen erwarte ich nichts anderes, die sind
368	teilweise so in ihrem Elfenbeinturm gefangen, dass man mit ihnen nicht
369	normal reden kann - aber ich erwarte von einer SPÖ, dass sie nicht ganz die
370	Bodenhaftung verliert. In einer SPÖ soll von mir aus Platz sein für
371	irgendwelche romantischen Leute, ist ganz nett, aber als Stadtragende Partei
372	sollte ich schon Bodenhaftung haben und auch erkennen, was Sache ist.
373	Der Idealzustand - in der FPÖ gibt es niemanden, der nicht gerne das
374	Paradies auf Erde hätte, wo alle lieb zueinander sind und keiner mehr etwas
375	verbotenes macht. Das wäre doch traumhaft. Aber so ist es leider nicht.
376	Dieses sichere Wohnen eben, wenn es keine dunklen Ecken gibt, sie
377	besser ausleuchtet, ist es zu befürworten. Ja natürlich auch die sichere
378	Wohnungstüre, was ja komischerweise auch erst dann Wahlkampfthema in

379	der SPÖ wurde, nachdem wir es gefordert haben. Aber wir sind ja auch gar
380	nicht böse, wenn man Ideen von uns aufnimmt. Normalerweise gibt es ja
381	den Reflex, alles was von der FPÖ kommt, ist schlecht und man darf denen
382	nicht recht geben. Aber vielleicht erkennt man ja auch, bei den realistischen
383	Teilen der SPÖ, dass wenn man sich die FPÖ näher anschaut, dass
384	eigentlich zwei Drittel ehemalige SPÖler sind, die haben sich ja auch etwas
385	gedacht, warum wieso. Und die alten Weltkriegsüberbliebenen, die ja
386	angeblich bei der FPÖ so häufig sind, sind biologisch von bereinigt. Die sind
387	alle 95 Jahre und älter. Da muss man sich einmal die neuen FPÖler
388	anschauen, mit meiner Wenigkeit sind das, durch alle Berufe Leute, die mit
389	beiden Beinen im Leben stehen, die aber eine realistische Politik haben
390	wollen. Indem man sagt, es gibt „Gfraster“ in unserer Welt und da
391	braucht man adäquate Antworten.
392	[40:04 bis 40:22 ausgelassen da irrelevant]
393	(K) Sie haben die Videoüberwachung angesprochen, zahlen das eigentlich
394	die BewohnerInnen über die Betriebskosten oder zahlt das der
395	Hauseigentümer, also die Stadt Wien bei den Gemeindebauten?
396	(S) Das macht die Gemeinde Wien. Das zahlt die Gemeinde Wien. Und das
397	sind lapalien Beträge. Eine Videokamera, eine Topkamera kostet 300 Euro.
398	Das ist bei einem Gemeindebau mit tausenden Mieteinnahmen gar nichts,
399	und das ist eine Einmalinvestition, wo ich sage, eine durchschnittliche
400	Lebensdauer von fünf Jahre.
401	(K) Das heißt, dass kann kein Grund sein, warum jemand dagegen ist.
402	(S) Überhaupt nicht. Wirklich ein lapalien Betrag. Und wenn ich das als
403	Stadt Wien einkaufe, zahle ich ja keine 300 Euro, sondern die Hälfte. Das
404	sind alles Sachen, wo ich sage, ich verstehe es nicht, warum es nicht bei
405	jedem Gemeindebau trotz der super Erfahrungen in den Probetriebe
406	umgesetzt wird. Ich erwarte mir von öffentlichen Verkehrsmitteln, dass es
407	eigentlich schon als Standard drinnen ist, die Überwachung. Die Sicherheit
408	ist gewährleistet. Es sollte eigentlich nicht automatisch aufgezeichnet
409	werden, sondern es sollte so sein, dass irgendwo einer sitzt in der
410	U-Bahnzentrale und schaut, was die Videokameras gerade aufnehmen.
411	Und wenn der sieht, da geht's zur Sache oder da wird einer überfallen, dass
412	der sofort die Polizei ruft. Das ist ein Sicherheitsgewinn. Genauso ist es bei
413	den Hausbetreuern bei der Gemeinde Wien: da wird sich wohl am Abend

414	der Hausbetreuer hinsetzen und von sechs bis zehn Überstunden machen.
415	Verdient vielleicht ein bisschen etwas. In der Zeit wo die Leute unterwegs
416	sind, haben sie einen Sicherheitsgewinn. Meine Anregung, wo ich sage,
417	das wäre doch schon längst an der Zeit. Und die Zeiten werden nicht
418	sicherer.
419	(K) Wenn sich ein Wiener Linien Mitarbeiter hinsetzt und die Bilder
420	beobachtet und die Polizei ruft, kommt es ja von Seiten der FPÖ immer
421	noch zu der Forderung der U-Bahn Polizei, könnten diese beiden
422	Gruppen zusammenarbeiten?
423	(S) Natürlich, gar keine Frage. Es ist halt nur das Problem des Personals.
424	Derzeit ist es ja so, Polizisten, wachsen nicht am Waldboden wie die
425	Schwammerl. Sondern man hat eine Vorlaufzeit von zwei Jahren, das geht
426	halt nicht so schnell. Diese Stadtwache oder Gemeindepolizei, oder wie
427	immer man sie nennt, zeigt ja auch wiederum Deutschland: die haben
428	Ordnungsämter, ist nichts anderes als ein Magistrat, und die haben
429	Magistratbedienstete mit Außendienst. Angefangen vom Hundstrümmerl
430	über Mist, Wagerl, so Waste-Watchers Geschichten, alles was
431	Verwaltungsgeschichte ist, Maulkorb und Leinenzwang und viele viele
432	Aufgaben. Daher die ganzen Sondertruppen, die es bei der Stadt Wien gibt,
433	jeder hat ein anderes Kapperl und sind Kurzparkzonenwächter oder sonst
434	etwas, ist alles ein Blödsinn.
435	(K) Es sind derzeit glaub ich 20.
436	(S) Ich hab sie gar nicht gezählt bzw. aufgehört, weil es ein Wahnsinn ist.
437	Aber wenn ich solche Leute hernehme und die gut schule, dann wird er
438	erstens zu einer qualifizierten Kraft und er wird zu einer kompetenten
439	Ansprechperson. Ist ein Gewinn für die Gemeinde Wien. Sie kann es gut
440	verkaufen und wenn die Leute klug agieren, meine Stadt und mein
441	Bürgermeister macht etwas für mich. Das ist so ein politischer Elfmeter,
442	den die SPÖ verschenkt.
443	(K) Im Koalitionsabkommen steht eine Zeile „möchten die Ordnungstruppen
444	vereinheitlichen“, Johann Gudenus sieht das schon als Wink zum
445	Eingeständnis Richtung Sicherheitswacht, glauben Sie, dass das stimmt?
446	(S) Es hängt sehr viel von der Angst der Grünen ab. Die Grünen fürchten
447	sich vor allem, was Ordnung irgendwie beinhaltet. Ich weiß nicht warum.
448	Warum kann man sich fürchten vor jemanden, der versucht, gerade auf der

449	verwaltungspolizeilichen Ebene. Ich kann noch irgendwie verstehen, wenn
450	man vor dem bösen Überwachungsstaat Angst hat. Aber vor jemanden,
451	der eigentlich nur schaut, dass mein Umfeld gestaltet ist, der keinerlei
452	technischer Überwachungsmöglichkeiten hat, der nur angewiesen ist,
453	auf direkte Wahrnehmung, vor dem brauche ich mich nicht fürchten. Noch
454	dazu, wo auch der ein Funkgerät hat und wenn es wirklich brisant wird, aus
455	irgendwelchen Gründen, Hilfe braucht, ruft halt ein Park Wächter oder
456	Waste Watcher die Polizei. Es wäre ein Sicherheitsgewinn. Aber wie
457	gesagt, hängt sehr viel von der undefinierbaren Angst der Grünen ab und
458	wie mutig ist die SPÖ.
459	(K) Glauben Sie, ist das Sicherheitsgefühl deshalb so schlecht, weil der 15.
460	Bezirk so einen hohen Migrantenanteil hat?
461	(S) Die Wahrnehmung der Leute ist ganz anders. Die sehen die Tat selbst
462	und erst zweitrangig den Täter. Das von ihren Nachbarn die Wohnung
463	aufgebrochen wurde, das realisieren sie. Dass das jetzt rumänische Täter
464	waren, bekommen sie vielleicht irgendwann einmal mit, zum Beispiel von der
465	Zeitung. Da wird er vielleicht in seiner Meinung bestärkt, die er schon
466	gehabt hat, aber unabhängig davon, dass die Wohnung aufgebrochen ist,
467	ist ein Faktum, was durch die Berichterstattung nicht beeinträchtigt wird.
468	Ich halte es für ein Märchen, dass die Leute durch die Berichterstattung
469	verunsichert werden
470	Das zweite ist, es ist schon in Ordnung, dass man auf Nationalitäten
471	bezogen berichtet. Warum? Ist auch für die Politik wichtig.
472	[48:14 bis 48:52 nicht relevant]
473	Weil man immer sagt, die Ausländer. Das ist völlig falsch. Weil
474	Ausländer sind Spanier, Portugiesen, die gibt es nicht in der
475	Kriminalitätsstatistik, geschweige Asiaten – die sind ein Musterbeispiel,
476	ein Traum. D.h. es ist völlig ungerecht, wenn man sagt Ausländerproblem.
477	Aber wir haben ein Problem mit der Ex-Sowjetunion, Rumänien, Bulgarien,
478	Türkei und Drogenhandel, alle Schwarzafrikanischen Männer.
479	Das ist unser Problem und das muss man ansprechen.
480	(K) Wenn ich bei der Türkei einhacken darf, ich könnte einen Trend
481	herauslesen, wobei meine Fallzahl sehr gering ist, dass sich türkische Frauen
482	am Unsichersten fühlen. Und zum Beispiel Frauen aus dem Ex-Jugoslawien
483	sich eher sicher fühlen wenn nicht genauso wie die Österreicherinnen.

484	Der Umkehrschluß aus meinen Daten ergibt, dass aber Türkinnen am
485	wenigsten beraubt werden. Können Sie das bestätigen?
486	(S) Ja. Ich glaube die Unsicherheit der türkischen Frauen hängt damit
487	zusammen, dass Sie sich von haus aus unsicher fühlen. Sie sind in einer
488	Lebensumgebung wo sie sich meistens nicht kommunizieren können, sie
489	sprechen nicht besonders gut deutsch, dadurch fühlt man sich schon mal
490	unwohl, wenn man weiß dass man sich in keiner Art und Weise artikulieren
491	kann. Aber auch das patriachalische System – die Sicherheit gibt nur der
492	Mann – ist der mal nicht in der Nähe ist alles gefährlich. Und
493	Ex-Jugoslawische Frauen sind meistens sehr selbstständige Frauen, daher
494	hat die kein Problem sich auf der Straße im öffentlichen Raum zu bewegen.
495	Daher kann ich das Unsicherheitsgefühl der Türkinnen nicht bestätigen,
496	denn die werden in den seltensten Fällen Opfer von Irgendwas.
497	(K) Die deutschen MitbewohnerInnen haben am wenigsten Angst, sind
498	aber laut meinen Daten am häufigsten Opfer.
499	(S) Ja, das hängt aber wieder damit zusammen, dass Sie die größte Gruppe
500	der Fremden sind. Daher ist es auch klar, dass die Chance eines Überfalles
501	bei Deutschen am größten ist. Das hängt mit der Ungleichen Verteilung
502	der Fremden zusammen.
503	[bis 01:00:01 ausgelassen, da für die Diplomarbeit nicht relevant]
504	(K)
505	(S) Je besser man sich wehren kann um so besser ist es für das Opfer,
506	und um so größer sind die Chancen kein Opfer zu werden. Aber man muss
507	genau analysieren welche Frau sitzt mir da gegenüber. Punkt 1: Man muss
508	für sich selber entscheiden: „Will ich mich wehren?“ 2. Hast du es geübt
509	dich zu wehren? Denn es ist zu spät bei einem Überfall zu überlegen „was
510	mach ich jetzt?!“ Sondern, da muss ich schon wenn ich bei der U-Bahn
511	aussteige meinen Pfefferspray in der Hand haben, sodass man sofort
512	handeln kann. Daher muss man sagen, ja handeln bzw. wehren ist gut und
513	macht Sinn, wenn schnelle Hilfe zu erwarten ist – in der Stadt ist das fast
514	immer der Fall. Es macht natürlich keinen Sinn wenn ich am freien Lande
515	irgendwo im dunklen Wald spazieren gehe und plötzlich kommt ein
516	bewaffneter Täter und sagt „Mädel zu gefällst mir so gut.“ Denn da ist die
517	Chance dass etwas passiert extrem hoch, da gibt es keine Hilfe, da muss
518	man als erwachsene Frau abschätzen, ob der Nachteil da wirklich so groß

519	ist wenn der da jetzt 15 Minuten seinen Spaß hat und dafür bin ich
520	unverletzt, oder ich wehr mich und habe dafür eine gebrochene Nase oder
521	bin vielleicht tot, dafür kann man keinen Ratschlag geben. Der einzige
522	Ratschlag den man geben kann, ist: Bist du bereit dich zu wehren? Und ist
523	schnelle Hilfe zu erwarten? Dann genügt alles Weitere, das sind
524	Bedingungen.
525	(K) Gibt es da eine Initiative der FPÖ? Denn während des Wahlkampfes
526	hat es von der SPÖ z.B.: gratis Selbstverteidigungskurse für Mädchen
527	gegeben. Wäre so etwas andenkbar in Bezirken anzubieten?
528	(S) Wir unterschreiben alles was die Sicherheit erhöht. Ich wäre der erste
529	der Bezirksgelder in die Hand nimmt und Selbstverteidigungskurse für
530	Frauen und Mädchen anbietet, das wäre eine sinnvolle Geschichte. Das
531	wäre ein tolles Thema für die Sicherheitskommission, eine so eine
532	Geschichte welche ich gerne diskutiert hätte, wie können wir unserer
533	Bezirksbevölkerung einfach mehr Sicherheit, also objektive Sicherheit
534	geben. Das sind alles Dinge über die zu reden ist, aber ohne Kommission
535	würde das niemand tun und das ist momentan leider die Linie der SPÖ
536	– es spricht niemand darüber.
537	(K) Kurz vor dem Wahlkampf war das Sicherheitsthema bei allen Parteien
538	sehr aktuell, aber derzeit (anno Mai 2011) habe ich das Gefühl, dass das
539	Thema total eingeschlafen ist.
540	(S) Das war zu erwarten.
541	(K) Aber der Herr Gudenus hält sich da auch sehr zurück mit seinen
542	Aussagen.
543	(S) Ja, warum. Die Leute sind während dem Wahlkampf so überfrachtet
544	worden mit Forderungen, mit Informationen, sodass es nach der Wahlphase
545	total kontraproduktiv ist, das ganz nochmals gebetsmühlenartig zu fordern.
546	Dadurch stumpfen die Leute ab, d.h.: du musst das Thema leider einmal ins
547	Land gehen lassen, das ganz braucht etwas Ruhe. Bei uns war ja die SPÖ
548	völlig aus dem Häuschen, da sie die Absolute verloren haben, aber ich habe
549	das nachvollziehen können, denn das Ergebnis war ja hausgemacht. Ich
550	versteh ja bis heute nicht, dass man über bestimmte Themen nicht reden
551	will. Gerade solche Sachen wie die Überlegung Frauen mehr Sicherheit
552	geben zu können, objektive Sicherheit und natürlich auch zur Kenntnis zu
553	nehmen: Woher kommt die Gefahr? Von den Grünen erwarte ich es nicht,

554	aber von einer SPÖ schon, dass man sagt ok wir brauchen Zuwanderung,
555	das will auch niemand abstreiten dass das so ist, aber wir sagen immer
556	wieder: „Freunde mit Hirn!“ Es nützt uns halt nicht wenn von 10
557	Zuwanderern 6 Türken sind und davon 5 Analphabeten – das bringt nichts!
558	Wir machen eine Zuwanderung in unser Sozialsystem, wenn ihr das wollt
559	dass wir blitzartig den Bach hinuntergehen mit den leeren Kassen, denn wir
560	haben ja schon das Problem der leeren Kassen überall. Und wenn man so
561	weiter macht, dann wird die Kassa nur mehr leer sein. Und jetzt die
562	Diskussion mit den ganzen tunesischen Flüchtlingen, Fekter meint dass
563	5.000 bis 6.000 Flüchtlinge kein Problem sind. Das sind aber hauptsächlich
564	unausgebildete Jugendliche, die haben auf dem Markt keine Chance. Die
565	jungen Männer haben ja keine Ahnung wie es bei uns funktioniert, dann hat
566	man wieder das Problem mit der Schwarzarbeit, die Kriminalität wird
567	versorgt mit Nachwuchsmaterial. Das sind Dinge die verantwortungslos
568	sind, wo man sagt: „Leute denkt einfach einmal nach!“ Das hat nichts mit
569	Fremdenfeindlichkeit zu tun, sondern wir sind nun mal ein kleines Land und
570	haben eine begrenzte Anzahl an Lebensraum, eine begrenzte Anzahl von
571	Wohnungen, Schulen, Kindergärten, und, und, und. Das ist halt einmal nur
572	für eine geringe Menschenmenge ausgelegt und wenn es noch so gerne das
573	Sozialamt der Welt sein will. Ich habe manchmal den Eindruck, ... Man will
574	helfen, das ist ja eine schöne Sache, aber helfen ohne Plan und ohne
575	Nachzudenken ist ein Wahnsinn. Was ist ein Afrika? Da hilft man durch
576	eine Entwicklungshilfe über Jahrzehnte, da schickt man nur Nahrungsmittel
577	und Medikamente runter, die Leute sitzen dort herum und warten auf
578	Hilfslieferungen, anstatt man sagt: „Wir helfen euch zur Selbsthilfe.“ Wir
579	helfen euch, dass ihr selber lebensfähig werdet, aber die Entwicklungshilfe
580	ist völlig fehlgesteuert gewesen, da man die Leute zum Nichtstun erzogen
581	hat. Und bis heute gibt es nur wenige Projekte, wo die Bevölkerung gelernt
582	hat Brunnen zu bauen oder Dörfer zu organisieren. Und ansonsten haben
583	sie keine Veranlassung etwas zu machen, da sie alles geschenkt
584	bekommen. Und das gleiche ist bei uns, nur im kleinen Rahmen umgelegt,
585	denn bei uns ist die Sozialhilfe und viele dieser staatlichen Hilfen schon fast
586	so hoch wie das Einkommen in schlecht bezahlten Jobs. Und dann hast du
587	den Effekt, dass der sagt dass er mit der Mindestsicherung und ein, zwei
588	schwarzen Jobs mehr bekommt, als wenn er beim Billa vollbeschäftigt ist.

589	Wenn die Nichtarbeit genauso entlohnt wird wie die Arbeit, dann brauch
590	ich mich nicht wundern, wenn die nichts machen.
591	[ab 1:11:30 irrelevant]
592	(K) Danke für das Gespräch!

Transkript Interview Uschi Lichtenegger und Ruth Dögl, Grüne Bezirksrätinnen	
Interviewte Personen: Uschi Lichtenegger (L)	
und Ruth Dögl (Grüne) (D)	
Interviewerin (K): Isabella Kubicek	
Datum des Interviews: 10.02.2011	
Dauer des Interviews: 45:52	
1	(K) Welche Rolle spielt das Thema Sicherheit bei den Grünen, speziell im
2	Bezirkparlament, in Sektionen oder bei Anfragen von Bürgerinnen und
3	Bürgern?
4	(D) Im Bezirkparlament relativ wenig. Wir bekommen
5	Presseaussendungen von der FPÖ mit Forderungen und Ängste, die
6	artikuliert werden. Im Bezirkparlament im Sinne von Anträgen, relativ
7	wenig. Eher von der ÖVP im Sinne der Videoüberwachung. Brigittenu-
8	Erfahrung. Vom Zweiten weiß ich es nicht.
9	(L) In der Leopoldstadt spielt es in der Bezirksvertretung auch keine Rolle.
10	Ich glaube es gab in der letzten Periode einen Antrag von der FPÖ zu dem
11	Thema, aber ich kann mich eigentlich nicht mehr genau erinnern. Wo wir es
12	erfahren, sind die Presseaussendungen von der FPÖ. Aber auch von
13	Bewohnerinnen sehr selten, eher in Gesprächen. Oder ich bin bei mehreren
14	Vereinen von BewohnerInnen dabei, und da ist es Thema. Beziehungsweise
15	im Stuwerviertel gibt es Bewohnerinnen, die sich über die Polizeipräsenz
16	aufregen. Da ist es sozusagen gekippt.
17	(K) Da gibt's zu viel Polizeipräsenz? Das müssen wir einmal der FPÖ
18	sagen.
19	(D) Was mir noch eingefallen ist, bei den ÖVP Anträgen zum Thema
20	Videoüberwachung, war es gemischt, das ist das Sicherheitsthema aber auch
21	Devastierung – weil Sachen, Graffiti oder sonstige Geschichten
22	passieren und da glaubt man, dass man mit Videoüberwachung das richtige

23	Mittel dagegen hat.
24	(K) Die Grünen lehnen Videoüberwachung grundsätzlich ab?
25	(D) Es ist kein Präventionsmittel!
26	(L) Bei den Grünen ist Sicherheit eigentlich kaum Thema. Wir haben wahr-
27	scheinlich nicht so viel Angst, oder wir bewegen uns anders, als andere im
28	öffentlichen Raum. Würde ich einmal sagen. Wir haben Vertrauen,
29	Zutrauen und ..
30	(D) Ich kann mich noch erinnern, an die 10.00 PolizistInnen mehr für Wien,
31	die Forderung von der Vassilkaou – ich glaube, das war der vorletzte
32	Wahlkampf. Sicherheit war ein großes Thema. MigrantInnen als
33	PolizistInnen zu gewinnen. Es geht um ein besseres Verständnis von
34	Kulturen und weniger um Ängste. Deshalb war damals ein grünes, eigentlich
35	ein rot-grünes Projekt, MigrantInnen in den Polizeidienst zu bekommen.
36	Soviel ich weiß, werden auch heute noch MigrantInnen gesucht.
37	(K) Die FPÖ beobachtet - laut Presseaussendungen - im Stuwerviertel eine
38	immer größer werdende Drogenszene, sie haben es zuletzt als den „zweiten
39	Karlsplatz" beschrieben, ist das tatsächlich so und wie reagieren
40	Bewohnerinnen und Bewohner darauf?
41	(L) Es vermischt sich immer mit der Prostitution. Ein Thema geht dort nicht
42	ohne dem anderen. Es werden sehr viele Vorurteile und Gerüchte gestreut.
43	Wenn man die BewohnerInnen konkret darauf anspricht, hat es niemand
44	noch erlebt, sondern man hört es vom Nachbarn, vom Freund, vom
45	Arbeitskollegen. Ich bin mir sicher, es wird dort Drogen genauso geben,
46	wie woanders in Wien, wo es Parks und Lokale gibt. Das wird sich nicht
47	vermeiden lassen. Aber das es jetzt wirklich ein Treffpunkt wie der
48	Karlsplatz ist, das hat sich noch nie bestätigt. Es wird sehr viel erzählt,
49	dass sehr viele Spritzen am Spielplatz umherliegen. Ich habe in der
50	Venediger Au Polizisten darauf angesprochen und die wussten von nichts.
51	Ich habe SAM darauf angesprochen, SAM ist eine Initiative von der Stadt
52	Wien, die MitarbeiterInnen laufen in Uniformen umher und haben im
53	Stuwerviertel das Quartier und Einsatzgebiet Praterstern. Sie werden
54	dorthin wegen den Alkoholiker aber eher zu anderen Schwerpunkten im
55	Bezirk gerufen. SAM habe ich angesprochen, wie es aussieht in der
56	Venediger Au und sie wussten es auch nicht. Sie haben mir zwar
57	versprochen, sie werden dort ein wenig hinschauen. Ob sie wirklich dort

58	waren, weiß ich nicht, ich habe keine Antwort gefordert. Ich denke mir
59	aber, sie müssten Bescheid wissen, wenn das wirklich so ein Brennpunkt
60	wäre.
61	(K) Das schließt jetzt schon auf meine nächste Frage an, dass im Juni 2010
62	Gerhard Kubik mit der Polizei „Sicherheit am Praterstern“ präsentiert hat,
63	das war eine Präsentation mit SAM und mehr Polizeipräsenz. Wirkt das am
64	Praterstern? Ist es den Bürgerinnen und Bürgern bewusst, dass dort was
65	los ist?
66	(L) Das weiß ich nicht, ob es ihnen bewusst ist, das kann ich nicht sagen.
67	Ich kann nur von mir sagen, dass die Präsenz von Uniformen am
68	Praterstern auffällig ist. Es gibt an manchen Tagen, bis zu 10 Securities am
69	Praterstern, es gibt SAM und PolizistInnen. Wenn man hineingeht sieht man
70	die Securities, draußen die Polizisten. Man sieht sich schon um, was ist da,
71	auch wenn nichts ist, weil eben so viele Uniformierte da sind. Wie weit es
72	die BewohnerInnen dort bemerken, weiß ich nicht. Aber der Praterstern
73	ist ja ein Umsteigebahnhof, die BewohnerInnen der Leopoldstadt steigen
74	dort um. Aufhalten tut man sich dort kaum. Es ist auch so, wenn wir dort
75	Stände gehabt haben, dass wir nicht an die Leute herankommen. Dort ist
76	ein Kontakt schwer möglich, weil alle ein Ziel haben: sie kommen von der
77	U-Bahn, gehen zur Schnellbahn, kommen von der Schnellbahn, steigen in die
78	Bim ein. Und wenn hat man nur die Wartezeit zur Verfügung.
79	(K) Das bestätigt vielleicht auch meine Annahme, in meiner Diplomarbeit
80	schreibe ich, dass der Praterstern zwar oft negativ in den Schlagzeilen
81	vorkommt, aber die wenigsten eigentlich Erfahrung damit haben, weil sie
82	am Praterstern nur umsteigen. Und wenn, dann nur vom Hören-Sagen, da
83	gibt es vielleicht was, die wenigsten werden aber wirklich Opfer. Sie glauben
84	nur, sie könnten eines werden, obwohl in Wirklichkeit nichts passiert.
85	(L) Die Alkoholiker gibt es nach wie vor. Es wird versucht, sie von draußen,
86	vom Eingang des Pratersterns, auf die Rückseite zu bringen. Das sie nicht
87	offensichtlich sind. Aber sie sind nach wie vor da.
88	(D) Die empfinde ich allerdings nur selten als bedrohlich, als
89	Sicherheitsgefahr ...
90	(L) Aber sie sind für das Auge nicht schön. Und das ist für viele auch schon
91	bedrohlich.
92	(K) Eine andere Idee von der FPÖ war ja die berittene Polizei, gerade für

93	den Prater und Augarten. Wäre das für euch wünschenswert?
94	(L) Nicht im Augarten!
95	(D) Ich kann mich nur erinnern, an die Forderung „Berittene Polizei auf der
96	Donauinsel“ - das war aber nicht die FPÖ, sondern der Zilk wenn ich
97	mich richtig erinnere. Und dort, durch die Weite der Gegend macht das auch
98	noch irgendwie Sinn. Da haben sich dann aber Tierschützer eingemischt,
99	dass sich das mit dem Beton nicht verträgt. Ich kann mich an die Forderung
100	nicht erinnern, ich kenne sie nicht.
101	(L) Entspricht nicht unseren Forderungen. Der Augarten ist auch zu klein,
102	für ein Pferd. Wobei man auch bedenken muss, dass Pferde eine
103	Hinterlassenschaft haben. Ich kann mir nicht vorstellen, das PolizistInnen
104	wie bei den Fiakerfahrer mit Sackerln unterwegs sind. Was aber im
105	Augarten und auch im Prater aber sein müsste. Was ich interessant fände,
106	PolizistInnen zu Rad oder mit Skater.
107	(D) Das gibt es aber. Es gibt zum Teil Diensträder. Ich kenn nur einen mit
108	Dienstrad und das ist der Thomas Blimlinger, der hat ein Dienstrad. Aber
109	PolizistInnen? Ich habe zumindest einmal einen Fernsehbericht gesehen, wo
110	dann auch die Uniform angepasst wurde mit den Hosen, das hat man
111	zumindest überlegt. Gesehen habe ich noch keinem am Rad, könnte mir
112	aber vorstellen, dass es von Vorteil ist.
113	(L) Es ist auch die Frage, für was es eingesetzt wird. Im Augarten ist die
114	Polizei täglich am Vormittag unterwegs, um die Hundebesitzer zu stellen,
115	die ohne Leine gehen.
116	(D) Ich glaube, das ist auch das häufigste Verbrechen im Augarten, das
117	Hunde wo hinscheissen, wo sie nicht hinscheissen dürfen und nicht
118	angeleint sind.
119	(L) FahrradfahrerInnen
120	(D) Genau, weil Rad gefahren wird. Aber nicht weil ein Unfall passiert,
121	sondern weil einfach Rad gefahren wird. Ich wüsste jetzt nicht, dass die
122	großen Handtaschenräuber-Aktionen im Augarten gewesen wären,
123	Autodiebstähle gehen schon gar nicht.
124	(K) Die ÖVP und FPÖ fordern seit 2003 eine Sicherheitswacht bzw. eine
125	Stadtwache und fordern die Zusammenlegung der Ordnungsdienste der
126	Stadt Wien. Dazu kommt, dass die FPÖ ihre Sicherheitswacht mit
127	Schlagstöcken - nur zur Selbstverteidigung und Pfefferspray ausstatten

128	möchte.
129	(D) Prinzipiell stört mich, dass der Fokus erst so spät ansetzt. Also der grüne
130	Zugang wäre, etwas zur Prävention zu machen, aber nicht so lange Presse-
131	aussendungen zu schreiben, wie fürchterlich gefährlich es ist, und dann
132	hinten nach mit Videoüberwachung und seltsamen Konstrukte zu bilden,
133	wie man das verhindern kann, was eigentlich in dieser Form nicht stattfindet.
134	Für mich wäre der Zugang, mehr Geld und Aufmerksamkeit in präventive
135	Maßnahmen zu setzen, als dann im Nachhinein Pfeffersprays und Teasers
136	auszuteilen.
137	(K) Das heißt Mediationen im Park oder Sozialarbeiterinnen und
138	Sozialarbeiter in Schulen?
139	(D) Schule, Bildung, das setzt alles schon sehr früh an. Das man lernt,
140	welche Möglichkeiten gibt es überhaupt, Konflikte zu bewältigen. Wenn
141	man die Leute nicht so arm werden lässt, dass man den Spalt zwischen Arm
142	und Reich nicht so groß werden lässt. Das manche wirklich nicht wissen,
143	wovon sie die Miete zahlen sollen. Andere vergessen von fünf Konten
144	Steuerschulden zu zahlen ... das geht sich alles irgendwie ganz schlecht aus.
145	Da wäre das Thema, die Leute nicht so verarmen zu lassen, schon ein
146	wesentlicher Beitrag um so manches zu bekämpfen.
147	(K) In meiner Diplomarbeit gehe ich davon aus: umso weniger Einkommen
148	jemand hat, umso größere Wohnung sie bewohnt, umso schlechter ist das
149	Sicherheitsgefühl der Person. Das trifft vor allem auf Frauen zu und
150	speziell Migrantinnen und Migranten. Und da wiederum Türkinnen. Welche
151	Lösungsvorschläge gibt es seitens der Grünen, das Sicherheitsgefühl zu
152	heben, speziell bei Frauen und MigrantInnen?
153	(L) Früher war die Straßenbeleuchtung etwa besser, weil da musste jedes
154	Haus bei der Hausnummer auch eine Beleuchtung haben. Mit Abschaffung
155	der Hausbesorger schaut niemand mehr drauf und es gibt ganz wenige
156	Häuser die beleuchtet sind. Dadurch erscheint eine Straße viel dunkler.
157	Im Volkertviertel gab es Beschwerden von Frauen, dass die Straßen so
158	finster ist. Das wurde auch überprüft: allerdings sind sie nicht finsterner
159	als woanders. Aber subjektiv nehmen es die Frauen eben so wahr, als
160	wäre es weniger beleuchtet. Mir ist noch aufgefallen, dass MigrantInnen
161	auch ihren Töchtern viel weniger erlauben, weil sie mehr Ängste haben
162	bei Mädchen. Es gibt die Sozialraumanalyse von den zwei Jugendzentren

163	im Bezirk, wo die Wege der Kids verfolgt wurden: bei den Mädchen war es
164	immer so, dass sie immer nachhause musste und fragen, ob sie einen
165	Ortswechsel durchführen dürfen. Die Jungs gehen vom Jugendzentrum zum
166	Spielplatz, vom Spielplatz wieder zu einem anderen Ort. Die Mädchen gehen
167	immer nachhause und müssen immer nachfragen, weil sie sich nicht frei
168	bewegen dürfen, wie die Jungs.
169	(D) Für mich ist es auch eine Frage der Ermächtigung, d.h. wesentlich
170	mehr und kostenlose Selbstverteidigungskurse. Zum Beispiel könnte es ein
171	Teil vom Turnunterricht sein. Es müsste relativ barrierefrei für Mädchen
172	und Frauen erreichbar sein. Um ihnen dort zu sagen, „da gibt’s ganz
173	einfache Kniffe und Griffe, dass muss man nur wissen“. Da muss man sich
174	gar nicht viel trauen. Trauen, da bin ich beim nächsten Thema. Das ist
175	Zivilcourage. Es gab von ZARA Zivilcourage Seminare, die waren
176	ziemlich ausgebucht. Da gibt’s auch ganz leichte Methoden, wie man damit
177	umgeht, wenn etwas passiert. Sich einzumischen, da gibt es jetzt eine
178	Kampagne im ORF, wie man es richtig tut. Man muss sich nicht persönlich
179	in die Presche schmeissen, aber es würde reichen Hilfe zu holen, aber auch
180	das tun sehr viele nicht. Ich habe selbst erlebt, dass in bremslichen
181	Situationen, Leute einfach vorbei gehen und so tun, als würden sie es nicht
182	sehen. Das ist eine ganz schreckliche Methode und wenn Zivilcourage
183	wieder ein Wert sein würde, wenn man wieder mehr aufeinander aufpassen
184	würde, Solidarität und Zivilcourage wieder größeren Wert haben würde,
185	dann wäre vieles wahrscheinlich was anderes.
186	(K) Es gibt die Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen,
187	kennt ihr die? Sie haben einen Leitfaden herausgegeben, wie man
188	Frauengerecht plant und baut, sei es Wohnhäuser oder auch Straßen.
189	[Kennen die Leitstelle nicht]
190	(L) Es fällt auf, dass im öffentlichen Raum die Aufzüge jetzt nicht mehr
191	geschlossen sind, das sie aus Glas sind und man nie das Gefühl hat, man ist
192	eingesperrt, sondern das man von außen sichtbar ist. Was jetzt überall ist,
193	dass die Türen nach außen aufgehen. Überhaupt, Glas wird viel mehr
194	eingesetzt als früher. Was mir nicht gefällt, was besonders Frauen betrifft,
195	hat aber weniger mit Sicherheit zu tun, dass es wenige Bänke gibt und wenn
196	es Bänke gibt, dass sie ohne Stützmöglichkeit sind. Ältere Frauen brauchen
197	etwas, wenn sie aufstehen wollen, das ist praktisch nicht mehr vorhanden.

198	Die Spitze ist für mich die U2, wo man nur die Eisensitze hat. Dort holt man
199	sich eine Blasen- und Eierstockentzündung, wenn man sich nur draufsetzt.
200	Es ist kalt und wenn man eine dicke Winterjacke anhat, geht die Kälte
201	sofort durch.
202	(D) Ganz oft wird das falsche Material benutzt, was relativ einfach zu lösen
203	wäre. Die oberste Priorität ist nicht, wie reinige ich es am einfachsten,
204	sondern wie erfüllt das Ding am besten seinen Zweck. Jetzt sind mir noch
205	Tiefgaragen eingefallen, das ist wieder ein typisches Beispiel, wo der Focus
206	auf die ganz falsche Stelle gelegt wird. Vergewaltigungen passieren nicht
207	in der Tiefgarage, sondern das ist der Vater, der Bruder, das ist der beste
208	Freund der Familie. Die Gefahr lauert nicht in der Tiefgarage. Und so
209	werden ganz oft Gefahren erzählt oder hineingedichtet, wo sie gar nicht
210	liegen. Wer das aber warum macht weiß ich aber nicht.
211	(K) Im Interviewgespräch mit Waltraud Antonov hat sie mir erzählt, dass es
212	eine Sicherheitsveranstaltungsreihe gibt. Gibt es im 2. Bezirk
213	Sicherheitsstammtische die von den Grünen veranstaltet werden?
214	(L) Gar nicht.
215	(K) Machen die Grünen Hausbesuche im Bezirk? Spielt hier Sicherheit
216	eine Rolle?
217	(L) Wir sind in Gemeindebauten unterwegs, dort sind AusländerInnen
218	ein Thema bei den Einheimischen. Das sie viele Kinder haben, dass sie
219	alles versauen.
220	(D) Auch im Zusammenhang mit Sicherheit? Bei mir waren
221	AusländerInnen und Sicherheit eher weniger ein Thema.
222	(L) Sie bedrohen den Alltag. Jetzt nicht das eigenen Leib, sondern ...
223	(D) Eher Bedrohung für den Sozialstaat. Weil es alle Sozialschmarotzer sind.
224	(L) Genau, genau. Es gibt noch - das habe ich bei meinem letzten Bau
225	erlebt - Anhänger der Nazis. Sie drohen den Menschen die sich im
226	Gemeindebau aufhalten und drohen mit der Polizei. Sie versuchen so,
227	ihnen das Leben schwer zu machen.
228	(K) Am Nordbahnhof wird das Projekt „Multikulti“ mit mind. 20%
229	Migrationsanteil geplant. FPÖ befürchtet dahinter eine Bedrohung für
230	ÖsterreicherInnen. Gibt es Initiativen dagegen?
231	(L) AM Nordbahnhof-Gelände wird es überhaupt keine Rolle spielen, weil
232	wer sich das leisten kann dort einzuziehen, der wird damit keine Probleme

233	haben. Bzw. ist sozial so weit aufgestiegen, gebildet, dass es da keine
234	Probleme geben wird. Ich denke, das wird eine tolle Bereicherung sein,
235	so wie auch andere MigrantInnen, nur wird das noch nicht wahrgenommen.
236	Aber am Nordbahnhof wird das überhaupt keine Rolle spielen, weil das
237	ist zu teuer.
238	(K) Meine Daten ergeben, dass das Sicherheitsgefühl im 2. und im 15. am
239	schlechtesten ist. Gibt es hier einen Zusammenhang zwischen dem hohen
240	MigrantInnenanteil und das beide rote Bezirke sind?
241	(D) Vielleicht ist dort, wo sehr viel rot ist, Blau nachwächst? Ist zumindest
242	das, was man in vielen Gemeindebauten, zB. in Simmering erfahren hat.
243	Die Gemeindebauten waren ja einmal rote Hochburgen, die sich sehr blau
244	eingefärbt haben. Möglicherweise ist das ein Zusammenhang. Frage ist aber
245	beim Migrationshintergrund, wie lange rechnet man es? Ich kann mich an
246	eine Strache-Forderung erinnern, ein Wiener ist nur Wiener, der bis in die
247	dritte Generation Wiener ist. Ich glaub ich kenn so niemanden. Der siebte
248	Bezirk hat auch einen hohen Migrationsanteil, aber da sind es wahrscheinlich
249	mehr BelgierInnen oder SchwedInnen – keine Ahnung. Es ist ziemlich sicher
250	so, dass gerade in Rudolfsheim-Fünfhaus, in der Leopoldstadt, Brigittenau,
251	in Simmering und in Favoriten ein hoher Anteil an türkischstämmigen
252	Menschen ist. Und deswegen vielleicht eine gute Chance für die FPÖ.
253	Wie ich vorher schon gesagt habe, man kann Ängste züchten, man kann
254	das sähen, und dort hat man es als FPÖler besonders leicht. Wo ganz
255	besonders viele offensichtlich TürkInnen leben, dort ist guter Boden für so
256	etwas.
257	(L) Ich sehe es auch eher im Zusammenhang mit der FPÖ, durch die
258	Versuche die Absolute der SPÖ dort wegzubekommen, wo viele
259	Gemeindebauten sind, dass das auf guten Boden fällt, zu schüren und es
260	auch gut angenommen wird. In den Bezirken wie der 15, 20 und 2 leben
261	auch viele arme MigrantInnen, die durch die kleinen Wohnungen bedingt,
262	sich auf der Straße aufhalten, in ihrer Freizeit. Oder wenn es wärmer und
263	schöner wird, dann geht man raus aus der engen Wohnung, in den
264	öffentlichen Raum. Das wird vielleicht auch als Bedrohlich gesehen. Aber
265	es steht ja jedem frei, auch den öffentlichen Raum zu nutzen und den
266	genauso zu besetzen. Die ÖsterreicherInnen tun das halt nur am
267	Wochenende oder im Augarten oder im Prater.

268	(D) Armut und Migration - vielleicht kann man das so sagen, das TürkInnen
269	weniger verdienen, zumindest die im 15. und 20. - das sind die beiden
270	ärmsten Bezirke Wiens, hoher Migrationsanteil. Arm hat auch oft etwas mit
271	Bildung zu tun und hat auch etwas mit der Gesundheit zu tun. Das sind
272	alles Faktoren, die Menschen schwächen. Je schwächer ich bin, desto
273	leichter fühle ich mich bedroht. Arm, Krank und relativ ältere Bevölkerung -
274	dann hat man alles zusammen, um sich zu fürchten.
275	(K) Dann ist der einzige Weg raus aus der Spirale, in Bildung investieren.
276	(D) und (L) Absolut.
277	(L) Ich habe noch etwas zum Volkertviertel etwas anzumerken. Dort gab
278	es eine Zeit lang massive Ängste wegen den rumänischen Banden, die auch
279	eine Zeit lang in Gerüchten und Zeitungen umhergegeistert sind, es gab dann
280	eine Veranstaltung in der Gebietsbetreuung, wo auch der Grätzelpolizist
281	eingeladen wurde. Ich habe die Veranstaltung sehr interessant gefunden,
282	weil sich der Polizist alles angehört hat. Alles an Gerüchten, Überfällen,
283	Niederschlagungen, ... er hat sich alles angehört und eigentlich nichts
284	davon bestätigt. Als die Leute alles gesagt haben, haben sie sich wieder
285	gut gefühlt. Danach kam er zu den Sicherheitstipps. Er gab hier ein
286	Beispiel: jede Bank hat einen Raum, wo man sich Geld auszahlen lassen
287	kann. D.h. wenn man Angst hat, sich in der Bank anzustellen, kann man
288	darauf bestehen, in diesen extra Raum geführt zu werden. Auch bei
289	kleineren Summen. Um sich sicherer zu fühlen. Dieses Beispiel wurde sehr
290	angenommen. Später habe ich noch einmal versucht nachzufragen, wie es
291	wirklich im Volkertviertel aussieht, ob Leute niedergeschlagen werden, ob
292	Banden unterwegs sind. Nein, sind sie nicht. Das Viertel ist nicht anders
293	betroffen, als der Durchschnitt von Wien. Es ist halt die Gerüchteküche,
294	wenn die einmal losbrodelt...
295	(K) Wenn man sich die Zeitungen ansieht, sind sie ja voll von „Ausländer
296	überfällt ältere Dame“ usw. Schaffen es die Grünen und Roten durch
297	Präventionsprojekte die „Herzen“ der BewohnerInnen zu erreichen?
298	(D) Wir leben in einer Mediengesellschaft. Und da ist eine Geschichte eine
299	Geschichte, wenn sie dramatisch ist. Und da wird aus ganz vielen Dingen
300	ein Drama gemacht, wo überhaupt keines ist.
301	Man erreicht Menschen mit Angstgeschichten einfach im Bauch, das hast
302	du mit Argumenten einfach keine Chance mehr. Wüssten wir, wie es

303	funktioniert, hätten wir vielleicht die absolute Mehrheit, ich weiß es nicht.
304	(K) Danke für das nette Gespräch!

Schriftliches Interview per Mail mit Frau Dipl.-Ing.ⁱⁿ Claudia Prinz-Brandenburg (PD) von der Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen, vom 13.05.2009

(K) Sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Leitstelle "Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen" mit der Zusammenarbeit der Stadt Wien zufrieden oder würden Sie sich eine stärkere Einbindung wünschen?

(PB) Als Dienststelle der Magistratsdirektion - Geschäftsbereich Bauten und Technik ist die Leitstelle in der Wiener Stadtverwaltung strategisch gut positioniert, da aus dieser Position ressortübergreifendes Kooperieren auf direktem Weg gewährleistet ist. Eine durchgehende Einbindung in alle Planungsprojekte der Stadt ist aufgrund der Kapazitäten der Leitstelle (3 Planerinnen) ohnehin nicht möglich. Hier wurde in Form von exemplarischen "Gender Mainstreaming- Leitprojekten" eine gute funktionierende Form der Einbindung in den Planungsalltag der Magistratsabteilungen gefunden.

(K) Inwiefern gelingt es der Leitstelle, Stadtplanung an den Interessen von Frauen zu orientieren?

(PD) Positive Beispiele für die Orientierung der Stadtplanung an Fraueninteressen ist der GM-Pilotbezirk Mariahilf und dessen Konsequenzen für die Arbeit der Verkehrsabteilungen und die Stadtbeleuchtung, die geschlechtssensible Parkgestaltung oder die Berücksichtigung von Kriterien der alltags- und frauengerechten Planung im Wohnbau aufgrund der Kommentare der Leitstelle zu den zur Förderung eingereichten Wohnbauprojekten im Vorfeld des Grundstücksbeirats.

(K) Die Leitstelle hat in ihren Broschüren "Richtlinien für eine sichere Stadt" und "Sicherheit in Wohnhausanlagen" Sicherheitskriterien für öffentliche und halböffentliche Räume entwickelt. Werden diese Ratschläge und Hinweise bei aktuellen Planungsphasen herangezogen?

(PD) Die meisten der in den beiden Publikationen angeführten Aspekte sind in die oben genannten Projekte eingeflossen und finden auch bei neuen Gestaltungen im Einflussbereich der Stadtverwaltung (Parks, Straßen, geförderter Wohnbau) verstärkt Berücksichtigung, auch wenn noch nicht von einer systematischen Berücksichtigung aller angeführten Kriterien ausgegangen werden kann.

(K) Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Leitstelle fungieren in Beiräten und Gremien als Expertinnen und Experten. Wie erfolgreich können hier die Interessen vertreten werden?

(PD) Sowohl in Jurys als auch in beratender Funktion konnte die Leitstelle regelmäßig die Entscheidungen zugunsten einer frauenfreundlicheren Stadtgestaltung beeinflussen, allerdings sind diese Erfolge schwer zu quantifizieren. Ein wichtiger Faktor, der langfristig wirkt ist dabei die Bewusstseinsbildung, die im Zuge der Gremienarbeit jedenfalls erfolgt.

(K) Wo sieht die Leitstelle Verbesserungsbedarf?

(PD) Mehr zeitliche Ressourcen der MitarbeiterInnen in den Planungsdienststellen für die Weiterentwicklung genderspezifischer Qualitätskriterien.

(K) Wird in Wien der Frauengerechte Wohnbau gefördert?

(PD) Der frauengerechte Wohnbau wurde bisher in Form von 3 konkreten Projekten (Frauenwerkstadt I - Donaufelderstraße, II - Troststraße und III - Frauenwohnprojekt rosa und Wohnprojekt Kabelwerk - Calypso) gefördert. Gleichzeitig finden die qualitativen Anforderungen der Leitstelle an den geförderten Wohnbau im Rahmen von Bauträgerwettbewerben Berücksichtigung, wo die Leitstelle in der Jury vertreten ist, und im Zuge der systematischen Überprüfung aller zur Förderung eingereichten Wohnbauprojekte durch die Leitstelle; das Ergebnis der Überprüfung stellt eine Grundlage für die Entscheidung des Grundstücksbeirates dar.

(K) Die Stadt Wien versucht mit Hilfe der MA 33 ("Wien leuchtet") das Sicherheitsgefühl der Wienerinnen und Wiener zu erhöhen. Gibt es hier eine Zusammenarbeit zwischen der Leitstelle und der MA 33? Wenn ja - wie zeichnet sich diese aus?

(PD) Für die Beurteilung der Beleuchtungsqualität ist auch das subjektive Sicherheitsempfinden maßgeblich. Um das Bewusstsein dafür bei den (zum größten Teil männlichen Werkmeistern) zu schärfen, führt die Leitstelle gemeinsam mit der MA 33 Workshops und Begehungen durch. Es wurde eine Checkliste erarbeitet, um die Beurteilung eines potentiellen "Angstraumes" zu vereinfachen.

14. Abstract

Das Sicherheitsgefühl der Wienerinnen

Die vorliegende Diplomarbeit beschäftigt sich mit dem Sicherheitsgefühl der Wienerinnen.

Die zentralen Fragestellungen sind: fühlen sich Wienerinnen in ihrer Stadt sicher? Wenn sie sich nicht sicher fühlen, wer oder was beeinträchtigt ihr Sicherheitsgefühl? War das Sicherheitsgefühl früher besser als heute? Welche Maßnahmen hat die Stadtregierung in den letzten Jahren im Bereich der (subjektiven) Sicherheit gesetzt?

Die Arbeit konzentriert sich auf Frauen in den Altersgruppen unter 29 Jahre und über 60 Jahre. Daneben werden noch die Faktoren Wohnbezirk, Bildungsstatus, Migrationshintergrund, Erwerbstätigkeit, Einkommen und Wohnform in die Analyse mit einbezogen.

Dieser Arbeit liegen sieben Thesen zu Grunde. U.a. wird davon ausgegangen, dass sich Frauen in beiden Altersgruppen in ihrer Wohnumgebung wohl fühlen und dass das Sicherheitsgefühl der BewohnerInnen des 7. und 13. Bezirks höher ist, als das der BewohnerInnen des 2. und 15. Bezirks.

Die Thesen werden mit der Sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung der Stadt Wien (2008) und dem Frauenbarometer 2008 falsifiziert bzw. verifiziert. Daneben baut die Arbeit noch auf OTS-Nachrichten der politischen Parteien, wörtliche Protokolle der Sitzungen im Gemeinderat und Interviews mit PolitikerInnen auf.

Es kann festgehalten werden, dass sich das Sicherheitsgefühl sowohl im öffentlichen Raum als auch im eigenen Wohngebiet verschlechtert hat. Im selben Atemzug muss allerdings festgehalten werden, dass die Ergebnisse überwiegend positiv sind und von einer hohen Zufriedenheit zeigen. Schließlich sind 64% aller Frauen mit der Sicherheit in ihrem Wohngebiet sehr zufrieden bzw. eher zufrieden. Allerdings ist nur jede 2. mit der öffentlichen Sicherheit sehr bzw. eher zufrieden. Es hat sich gezeigt, dass Geschlechtszugehörigkeit, Alter, Bildung, Migrationshintergrund, Einkommen, Erwerbsstatus, Wohnbezirk und Wohnform Einfluss auf das Sicherheitsgefühl nehmen.

Abschließend kann man festhalten, dass Wien noch immer eine sichere Stadt ist. Es gibt zwar Entwicklungen, die das Sicherheitsgefühl verändern (Individualisierung, Anonymisierung, Öffnung der Ostgrenzen, Veränderungen am Arbeitsmarkt, politische Veränderungen und der zu beobachtende Kriminalitätsanstieg). Gleichzeitig gibt es in Wien sehr wohl Faktoren, die das Sicherheitsgefühl positiv beeinflussen. So ist weder von einem Stadtverfall noch von no go areas die Rede. Die WienerInnen vertrauen den Institutionen in Wien und stellen der

Lebensqualität ein gutes Zeugnis aus. Dazu kommt, dass in Wien Gewalt in der breiten Bevölkerungsschicht keine Rolle spielt und Stadtprobleme werden vernünftig diskutiert.

15. Abstract (english)

This diploma thesis deals with the sense of security (in particular the feeling of safety) of female inhabitants of Vienna.

The key question is: do they feel safe in their city? If not, who or what affects their discomfort? Was the feeling of safety used to be better in the past or today? Which preventive measures has been taken by the city government in the past years? In particular in the subjective security?

This work focuses on woman at the age under 29 and over 60 years. In addition to that the residential district, educational status, migration background, employment, income and housing type are included in the analysis.

The present work deals with seven theses. Among other things it is assumed that women feel in both age groups comfortable in their living environment. Furthermore it's assumed that the sense of security of the residents of the 7th and 13th district is higher than of those who live in the 2nd and 15th district.

The theses are falsified or verified on the basis of the social science basic research Vienna (2008) and the women's barometer (Frauenbarometer 2008). Additional cornerstones are OTS-messages (original text service) of political parties, literal transcripts of the meetings in the municipal council and interviews with politicians.

It may be noted that the sense of security in both indexes public as well as in their own residential area has worsen. In the same breath must be noted however that the results are overwhelmingly positive and show a high level of satisfaction. At least, 64% of all women are very satisfied or fairly satisfied with the security in their residential area.

However, only every second woman is very or rather satisfied with the public safety. It has been shown that not only the gender, age, education, migration background, income, employment status and the residential area influences the sense of security but also the type of housing.

Even though there are developments which changes the sense of security, like individualization, anonymity, opening the eastern borders, labor market changes, political changes and the increase of crime, we are pleased to say that Vienna is still a very safe city. There are important factors which influence the sense of security in a positive way: neither a decay of the city nor a expiration of no go areas is mentioned. The people believe in the institutions of Vienna and draw a good reference regarding their life quality. In addition to that, problems with violence among the population is fortunately just slightly listed and

doesn't demand too much attention. Layer-city problems getting discussed in a reasonable way.

16. Lebenslauf

Isabella Kubicek

Geboren am 28.03.1986 in Linz

Bildungsweg

1992 - 1996	Adalbert-Stifter-Übungsvolksschule, Linz
1996 - 1997	Bischöfliches Gymnasium Petrinum, Linz
1997 - 2004	BG/WRG Körnerschule, Linz
2004 - 2005	Diplomstudium Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Universität Wien
2005 - 2011	Diplomstudium Politikwissenschaft, Universität Wien
WS 2009	University of Vaasa (Finnland) Hauptfächer: Österreichische Politik, Politikwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterforschung, Internationale Entwicklung und Friedens- und Konfliktforschung

Arbeitserfahrung (studienrelevante Tätigkeiten)

April - September 2006	Bundesgeschäftsstelle der SPÖ SPÖ.Direkt und Wahlkampfzentrale
Juli - September 2008	Bundesgeschäftsstelle der SPÖ SPÖ.Direkt (Wahlkampfzentrale)
Jänner - April 2010	Wahlbüro Dr. Heinz Fischer
Mai – August 2010	Bundesgeschäftsstelle der SPÖ SPÖ.Direkt
September - August 2011	Landesorganisation Wien der SPÖ Presse
Seit September 2011	Parlamentarische Mitarbeiterin